Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Das
Loch
im
Kopf

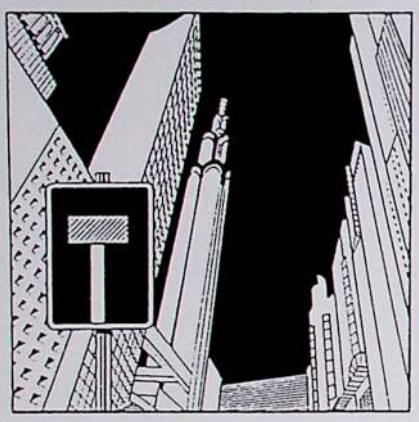
Medienwirklichkeit

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V

Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Sackgasse Neoliberalismus

Vier Millionen Arbeitslose - sieben Millionen Arme
zwei Billionen Staatsschulden - und kein Ende



Bilanz neokonservativer Wirtschaftspolitik
Wachstum ohne Ende?
Arbeitslosigkeit: Von Sockel zu Sockel
Armeen von Armen
Staatliche Pump-Wirtschaft
Reich an Reichen
Kapitalmacht
Casino-Kapitalismus
Der Steuer Skandal

Marktradikaler Umbau
Arbeit: "Salz wie Brack"
Demontage des Sozialstaates
Unternehmer-Staatswirtschaft
Privatisierung für das Profit System
Aufstand "Scheinheil"-Staat
Raus aus der Weltmarktfalle
Wirtschaftswende: Daten zur Existenzsicherung und Vermögensverteilung

isw REPORT NR. 20
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V

Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 30,- DM)
Wirtschaftsreform in Osteuropa
(Nr. 16, Juni 1993)
Krieg der Konzerne
(Nr. 17, Sept. 1993)
Energie - Müll - Verkehr
(Nr. 18, Jan. 1994)
Alternativen zum Neoliberalismus
(Nr. 19, April 1994
Sackgasse Neoliberalismus
(Nr. 20, August 1994)

isw-spezial
Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo
Standort D (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Porto

Zu bestellen / Prospekt anfordern bei
isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46,
80939 München, Tel. u. Fax: 089-323 17 80
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Spendet
für die Solarenergieprojekte

✳ Sonne für Cuba ✳

BAWAG 034 10 782 021

Kontakt: ÖKG
Seisgasse 1, 1040 Wien
Tel. 505 38 09 (Montag 18 - 23 Uhr)

Inländische Fluchtalternative Westtürkei

Mythos und Realität

Ein Bericht zur Situation kurdischer Flüchtlinge in der Westtürkei, entstanden im Rahmen einer Delegation vom 18. bis 29. März 1994 in den türkischen Teil Kurdistans und nach Istanbul. Er dokumentiert sorgfältig recherchierte Einzelfälle von Verhaftungen, Mißhandlungen und Folter, benennt Gesprächspartner, Tathergang und Zeugen.
Widerlegt wird eine Standardbegründung zur Ablehnung von kurdischen Flüchtlingen.

Herausgegeben von: **AKTION 3.WELT Saar**
Weiskircher Str. 24
66674 Losheim
Tel.: 0 68 72 / 69 82 Fax: 78 26

(Preis:Pro Expl. 4,00 DM + Porto, ab 10 Expl. 2,00 DM + Porto.
Bei Bestellwert bis 20,00 DM Vorauskasse),

Austauschinserat

Weg und Ziel
Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Karin Springer, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Bürozeiten:
Mo – Fr. 13 – 16^{30}

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu,
Werkstatt für digitales Gestalten

Druck:
Druckerei Gerstmayer
Ges.m.b.H., Schönbrunner
Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint im Dezember 1994

Inhalt

Nr. 4, Oktober 1994, 52. Jahrgang

Zum Tod von Erwin Scharf 2

EUROPA/EU

Walter BAIER: Der Kasperl und das Kokodil – Anmerkungen zur EU-Volksabstimmung 3

THEMA:
DAS LOCH IM KOPF – MEDIENWIRKLICHKEITEN IN ÖSTERREICH

Einleitung: Julius MENDE 6

Lutz HOLZINGER: Medieneinfalt – Anmerkungen zur österreichischen „Medienvielfalt" 7

Peter JIRAK: Die Mediatisierung des Politischen – Morgenröte des telematischen Faschismus 12

Franz SCHANDL, Gerhard SCHATTAUER: Elemente einer Theorie der Medien 16

Robert ZÖCHLING: Postmodernes Roulette – Warum es sich nicht empfiehlt, auf „Null" zu setzen 23

Wolfgang W. PRIGLINGER: Zur Dialektik von Wort und Bild 28

Arno MAIERBRUGGER: Ungleiche Brüder – Das Mißverhältnis von Werbung und „redaktionellem" Umfeld 34

Helmut RIZY: Die mobilisierte Volksseele – Oder: Einübung im Verhindern 37

Maulkorb fürs »TATblatt«? 40

KULTURJOURNALISMUS

Hubert SCMIEDBAUER: Ein neuer Österreich-Roman, – und warum er verrissen wird 41

Unsere hübsche Republik beruht auf einer Lebenslüge – Aus einem Gespräch mit Paul Blaha 43

SPRACHTHEORIE

Peter MOESCHL: Paradigmenwechsel des Materialismus und die Postmoderne 44

EX-YUGOSLAWIEN

Otto KREILISHEIM: Orientierung über den Balkan 52

CUBA

Christof PARNREITER: Golfen in Havanna? 56

BÜCHER

Michael Baiculescu, Joachim Becker (Hg.), Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid

Ewald Nowotny, Georg Winckler (Hg.), Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs

Jamake Highwater, Sexualität und Mythos 61

Umschlagfoto: Renate Bertlmann

Zum Tod von Erwin Scharf

Erwin Scharf war langjähriger KPÖ-Spitzenfunktionär, Chefredakteur der »Volksstimme« und von »Weg und Ziel«

Folgender Text stammt aus seinem Buch *„Ich darf nicht schweigen. Drei Jahre Politik des Parteivorstandes der SPÖ - von innen gesehen"*, 1948.

Aufgrund dieser Aussagen wurde der ehemalige Nationalrat aus der SPÖ ausgeschlossen.

Statt Einheit der Arbeiterklasse Burgfriede mit dem Klassenfeind

Als das Nazi-Regime im Jahre 1945 zusammenbrach und Österreich aus chaotischen Verhältnissen wiedererstehen sollte, war es notwendig, alle Volkskräfte zusammenzufassen, die bereit waren, an diesem Wiederaufbau mitzuwirken. Die Bildung einer Regierung, der Vertreter aller Parteien und gegensätzlicher Klassen angehörten, lag im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten jener Zeit. Die geschichtliche Funktion einer derartigen Regierung konnte vom Standpunkt einer sozialistischen Partei nur darin bestehen, Aufgaben, soweit sie außerhalb der gegensätzlichen Klasseninteressen lagen, zu lösen: Die Wegräumung des Kriegsschuttes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die Wiederherstellung des Status von vor 1934, die Führung der Staatspolitik bis zur Formierung und Konsolidierung der Klassenkräfte.

Von diesem politischen Start aus hätte sich *für eine zielbewußte sozialistische Partei* die Aufgabe ergeben, *der Arbeiterklasse die Führung* beim Wiederaufbau zu sichern, den Wiederaufbau von den privatkapitalistischen weg in sozialistische Bahnen zu lenken. Die anfängliche Schwäche der Bourgeoisie und die Bildung einer Aktionsgemeinschaft der beiden Arbeiterparteien hätten die Voraussetzungen hierfür im Rahmen des demokratischen Staates sein können. Noch die Wahlen vom November 1945 haben der *SP und KP zusammen die absolute Stimmenmehrheit* gebracht. Die Sozialistische Partei jedoch hat, wie wir sehen werden, nicht nur diese Chancen nicht auszunützen verstanden, sie war nicht einmal bereit, zu verhindern, daß der Mantel der Parteikonzentration von der ÖVP für ihre einseitige Machtpolitik mißbraucht wurde. (...)

Arbeitereinheit das Ziel

Seit der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung in eine sozialistische und kommunistische Richtung sind von beiden Seiten immer wieder Versuche unternommen worden, die Einheit auf einer neuen Grundlage wieder herzustellen. Mit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr ist es schließlich in verschiedenen europäischen Staaten zur Bildung von Einheitsfronten und Volksfronten gekommen, die zumindest vorübergehend das Vordringen des Faschismus zu hemmen vermochten (Frankreich, Spanien). Auch in Österreich sind durch die Diktatur-Regimes Dollfuß, Schuschnigg und Hitler die Arbeiterparteien enger aneinander gebracht worden. Der Wunsch nach Verstärkung des antifaschistischen Kampfes förderte den Willen nach Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung. (...)

Auch in der Illegalität war das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten durch Anfeindungen und ideologische Differenzen getrübt. Daraus ergab sich jedoch für verantwortungsbewußte Sozialisten nur umso eindringlicher die Notwendigkeit, einen Weg zur Überwindung des Zwiespaltes zu suchen. So wurde auch im Jahre 1935 von den Revolutionären Sozialisten ein Bündnisantrag an die Kommunisten gestellt, in dem *„die marxistische Einheitspartei"* als *„das politische Ziel der RS Österreichs"* bezeichnet wurde. (...)

Das war der Geist der sozialistischen Bewegung in Österreich, solange noch Marxisten an ihrer Spitze standen. In diesem Geiste haben auch wir eine Stärkung der proletarischen Klassenfront angestrebt, als wir im Juli und August 1945 im Parteivorstand für die Schaffung einer Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten eintraten. (...)

Welchen Weg gehen wir?

Natürlich gehört es nicht zu den gefahrlosen Vergnügungen, mit den Kommunisten Arbeitsgemeinschaften einzugehen. Ich sehe schon einige Genossen, die auf die volksdemokratischen Länder hinweisen, wo die sozialistischen Parteien scheinbar Opfer ihrer Zusammenarbeit mit den Kommunisten geworden sind, wo sie von Einheitparteien verschluckt wurden, die heute eine rein kommunistische Partei betreiben. Hätte die Sozialistische Partei Österreichs auch diesen Weg gehen sollen? Oder soll sie den Weg gehen, den die französische sozialistische Partei geht, die die Zusammenarbeit mit den Kommunisten gesprengt hat und heute gezwungen ist, die rein kapitalistischen, halbdiktatorischen Regierungen zu unterstützen, von denen sich sogar die rechten Gewerkschaften, die Force Ouvrière und der christliche Gewerkschaftsbund, lossagen mußten?

Beide Wege wollen und müßten wir nicht gehen. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten hätte in Österreich wesentlich andere Voraussetzungen als in den osteuropäischen Ländern: Erstens steht in Österreich die große Masse der Arbeiterschaft treu zur Sozialistischen Partei und nur ein Bruchteil wird von den Kommunisten erfaßt. Zweitens ist hier die Sowjetunion nicht die einzige Besatzungsmacht, sondern nur eine von vier. Und drittens ist Österreich kein Agrarland. Das bedeutet, daß zur sozialistischen Umgestaltung unserer kapitalistischen Produktionsformen *Zwangsmethoden*, wie sie in den volksdemokratischen Staaten angewendet wurden, *nicht notwendig* wären.

Fortsetzung auf Seite 64

Der Kasperl und das Krokodil

Anmerkungen zur EU-Volksabstimmung

Walter BAIER

Das Ja der EU-Volksabstimmung bedeutet, daß zumindest augenblicklich eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen für möglich hält, daß Selbstbestimmung zu haben sei durch einen Verzicht auf Souveränität, Sicherheit durch Abschaffung der Neutralität und sozialer Fortschritt durch Anschluß an einen Block, in dem Wirtschaftspolitik mit Monetarismus gleichgesetzt wird. In seiner praktischen Auswirkung berechtigt das Ja nun das Parlament zur Gesamtänderung der Bundesverfassung, deren voller Umfang allerdings noch immer nicht bekannt ist.

Aus der großen Zahl der Selbstaklamtionen der politischen Akteure verdient vor allem jene des Bundeskanzlers Beachtung: Noch in der Abstimmungsnacht beschied er seinen Landsleuten, daß Österreich „nun nach einem Jahrhundert der Frustrationen, des Leidens und der Enttäuschungen ein Signal gesetzt habe, daß es nichts anderes sein wolle als selbstbestimmt". Nicht allein die neuerliche Verkehrung der tatsächlichen und absehbaren Wirkungen des EU-Beitritts verdient Aufmerksamkeit, sondern: Bis vor kurzem war diese, nun vom Kanzler implizit formulierte These, Staatsvertrag und Neutralität (letzten Endes: die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus) bildeten nicht die Grundlage, sondern eine Beschränkung der österreichischen Selbstbestimmung, eine ausschließlich von Jörg Haider vertretene Position. Mit dem 12. Juni, dem Tag der Volksabstimmung, scheint dieser „österreichische Revisionismus" praktisch wie theoretisch staatsoffiziell geworden zu sein.

Ein grandioses Täuschungsmanöver wird so in seinen Umrissen sichtbar: Die „Dritte Republik", gegen die, weil angeblich Jörg Haiders Projekt, man für die EU zu stimmen aufgerufen war, wird nun von der großen Koalition selbst verwirklicht; die dazugehörende Geschichtsinterpretation wird mitgeliefert.

„Dritte Republik" ist nicht nur ein plastischer, sondern auch zutreffender Begriff, um den konservativen Umbau zu beschreiben: er reicht von der Privatisierung der verstaatlichten Industrien und Banken über die Zerschlagung des Sozialstaats bis zur einschneidenden Veränderung der internationalen Position Österreichs. „Dritte Republik" impliziert damit aber auch eine Umverteilung der innenpolitischen Macht.

Und zwar nicht in erster Linie zwischen den zu einer Langzeitkoalition verbundenen Parteiapparaten wie vor den Wahlen wiederum behauptet wird, sondern zwischen den Gebietskörperschaften von unten nach oben einerseits und eine Aufwertung der Exekutiven gegenüber der Legislativen auf den verschiedenen Ebenen andererseits.

Autoritäre Tendenzen

Nichts anderes ist der Inhalt der bis zuletzt umstrittenen „Bundesstaatsreform". Im Grunde geht es um die Frage, bis zu welchem Grade die in der EU angelegte autoritäre Tendenz im Zuge der Integration mitintegriert werden soll.

Ein Widerspruch ergibt sich daraus, daß die SPÖ mit der politischen Bindung eines Teils ihrer Apparate an sozialstaatliche Konfliktstrategien, ihrer wenn auch weitgehend entpolitisierten Massenbasis und zumindest auf dem Papier gegebenen partizipatorischen Strukturen ein Möbel der Zweiten und nicht der Dritten Republik ist. Ihre Strukturen werden nämlich, wie man in den USA und ansatzweise nun in Italien studieren könnte, durch ein weitgehend anonymes Netzwerk von politischen Eliten, Konzernspitzen und Medienmogulen dominiert sein. Der Versuch Josef Caps, der SPÖ das dazu kompatible Profil einer Marketing-Abteilung des Hauses Vranitzky zu verleihen, ist angesichts der sich herausbildenden neuen Verhältnisse allzu naiv.

Der Punkt ist daher, daß die österreichische Sozialdemokratie mit der schleichenden Ablösung der Zweiten durch die Dritte Republik ihre Selbstabschaffung betreibt.

Bruno Kreisky hatte dereinst die österreichische „Sozialpartnerschaft" als „Sublimierung des Klassenkampfes" erklärt. Dem folgend ließe sich der „Vranitzky-Kurs" als eine sublime Form der sozialdemokratischen Kapitulation vor dem Konservatismus kennzeichnen: If you don't want to beat them: Join them!

Der „Sieg des 12. Juni" war wohl ein großer Schritt auf diesem Weg. Mit Recht kann sich die traditionelle Partei des Bürgertums, die ÖVP, daher als der eigentliche Sieger der jahrzehntlangen Auseinandersetzung um Österreichs Integrationspolitik fühlen.

Die noch in der Abstimmungsnacht eilends verkündete Neuauflage der großen Koalition war schließlich auch das Eingeständnis, daß sich ökonomische Tatsachen weder durch Propaganda noch durch hohles Pathos verscheuchen lassen: Offiziell einbekannt ist inzwischen, daß der EU-Beitritt die öffentlichen Haushalte mit 30 Milliarden Schilling jährlich belasten wird. Für die nächste Legislaturperiode peilt der Kanzler dessen ungeachtet Maastrichtkonform die Reduzierung des Nettodefizits auf 2,5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt (derzeitiger Stand 5,8 Prozent) an. Sozialabbau, steigende Arbeitslosigkeit, Belastungen und weitere Privatisierungen werfen – trotz konjunkturellen Aufschwungs – ihre langen Schatten voraus.

Abgestimmte Demokratie

Massenverhaftungen, Deportationen und Terror bildeten die Umstände jener Pseudoabstimmung im April 1938, die heute niemand als eine freie und demokratische zu bezeichnen wagen würde. Vielleicht wird gerade sie

einst zur Legitimation des 12. Juni herhalten müssen; man mag dann darauf verweisen, daß (1994) niemand mit Verfolgung und physischen Terror bedroht wurde und daß die Abstimmungsalternative Ja und Nein gleich groß auf die Stimmzettel gedruckt waren.

Je fühlbarer die negativen Konsequenzen des EU-Beitritts für Teile der Bevölkerung werden, umso weniger werden sich die tatsächlich Verantwortlichen zu ihnen bekennen und umso notwendiger wird es ihnen erscheinen, daß an die Abstimmung des 12. Juni als ein mustergültig demokratischer Vorgang, als ein wahrer Volksentscheid erinnert wird.

Doch Demokratie ist nicht nur historisch relativ, sondern hat auch eine absolute begriffliche Grenze: Ein Vorgang ist oder ist nicht demokratisch! Thomas Chorherr, Chef der Wiener »Presse« brachte einmal mehr den zur Offenheit erforderlichen Zynismus auf: „Hat dieser Mann begriffen", teilte er einem universitären Beitrittsgegner mit, „daß er soeben einen Karriereknick absolviert hat?"

Die Bedeutung des Hinweises ergibt sich daraus, daß er nicht im Vier-Augen-Gespräch, sondern öffentlich und absichtsvoll exemplarisch gegeben wurde: Den Frommen zur Bestärkung, den Unbotmäßigen zur Warnung...

Dies und anderes zeigt, daß die „zivilisatorische Leistung", physischen Terror durch öffentliche Ächtung, Einsperren durch Ausgrenzen, Konzentrationslager durch Kommunikationsverhinderung, kurzum, manifeste durch strukturelle Gewalt ersetzt zu haben, noch keine hinreichenden Bedingungen tatsächlicher Demokratie schafft.

Wenn also Johannes Voggenhuber den „demokratischen Respekt" bemühte, um seine öffentliche Unterwerfung zu rechtfertigen, so beteiligt er sich an der staatsoffiziellen Legendenbildung.

Im Unterschied zu derlei „Realpolitik" mag der Versuch einer kleinen Gruppe von EU-Gegnern die Volksabstimmung vor dem Verfassungsgericht anzufechten, heillos und naiv wirken. Er ruft aber in Erinnerung, daß diese Volksabstimmung das Gegenteil eines demokratischen Akts war.

Vielmehr spiegelt das Abstimmungsergebnis die Machtverhältnisse im Staate und die Bereitschaft der Herrschenden diese bedenken- und rücksichtslos einzusetzen wider. Das ist die demokratiepolitische Wahrheit des 12. Juni 1994.

Niemand nahm das monoton moralisierend wiederholte Argument der Regierungsparteien „Wer gegen die EU ist, ist für Haider. Wer gegen Haider ist, muß für die EU stimmen", dankbarer auf, als Haider selbst, der sich vor nicht allzulanger Zeit noch als glühendster Westintergrationist gab. Seine mediale Aufwertung als *„der* Herausforderer der Koalition" mußte ihm umso mehr zupaß kommen, als sich weder sein Agieren im Kärntner Intrigantenstadl, noch der Verlauf der EU-Debatten als das politische Elementarereignis erwiesen, vor dessen Wirkung nur die Flucht unter die Kittelfalte der großen Koalition schützen vermochte.

Durch die künstliche und inhaltlich falsche Polarisierung der EU-Debatte wurde vor allem erkennbar, daß Haider „gemacht" wird; er mehr Kunstfigur, als Mensch aus Fleisch und Blut ist, ein Produkt des selben Systems, das herauszufordern er vorgibt.

Mir drängt sich daher die Analogie auf: So wie Hitler nicht durch Wählerwillen, sondern von Hindenburg und im Auftrag der deutschen Großindustrie zum Reichskanzler gemacht wurde, wäre ein Bundeskanzler Haider nichts anders als durch eine Machination der Eliten denkbar. Ein beunruhigender Gedanke angesichts des 12. Juni, der ja gerade diesen Eliten das Zeugnis beinahe uneingeschränkter Macht, die öffentliche Meinung zu manipulieren, ausstellte.

Jana Wisniewski: Medienwirklichkeit

Virtuelle Opposition

Haider mochte zappeln und springen, schimpfen und höhnen, unabhängig von seinen jeweiligen Aktionen wurde ihm mediale Aufmerksamkeit und Zuwendung gewährt bzw. entzogen. Doch vorderhand weder so vollständig, daß er eine tatsächliche Herausforderung für die große Koalition würde, noch komplett von der Bildfläche verschwände. Haider als „Simulation" von Opposition, Opposition als „virtuelle Realität" in einem System, in dem politische Auseinandersetzung nur als virtuelle stattfindet.

Diese „virtuelle Opposition" funktioniert tatsächlich ausschließlich als eine mediale Inszenierung. Der »Standard« enthüllte zudem ein wenig vom Geheimnis, das diese Mechanismen der Macht umgibt: Die allgemein überraschende Entscheidung, beim letzten Europa-Forum keine Publikumsdebatte mehr zuzulassen, sei, so stand zu lesen, nach Diskussion im Kanzleramt vom zuständigen ORF-Indentanten „in der wöchentlichen Koordinierungsrunde zur EU-Berichterstattung"(!) getroffen worden. Mit anderen Worten: Die EU-Berichterstattung – wohl nicht nur die des ORF – wurde von höchster Stelle („Integrationsrat"/Kanzlerbüro) und systematisch (wöchentliche Koordinierung) inszeniert.

Das dabei zugrunde gelegte dramatische Muster ist altbekannt und vielleicht deshalb so wirksam: Vranitzky

und Haider sind für die mediale Inszenierung der österreichischen Innenpolitik genauso unzertrennlich wie der Wurstl und das Krokodil im Kasperltheater, wobei in beiden Fällen zu jedem Zeitpunkt klar ist, wer als Sieger die Bühne zu verlassen hat. Erhard Busek, dem in diesem „Drama" die weniger dankbare Rolle der Gretl zugedacht ist, mag sich immerhin damit trösten, daß das Ende bislang immer nach seinem Geschmack war.

Linksliberaler Diskurs beunruhigt sich heute vor allem über die von Haider angerufenen Ressentiments des unteren Drittels der Gesellschaft.

Bei tatsächlich näherem Hinsehen sollte aber erkennbar werden, daß das von angeblich liberalen Medien voyeuristisch beschriebene Ressentiment, auch indem es und gerade wie es beschrieben wird, Teil einer Gesamtinszenierung ist. Beunruhigen und herausfordern sollte daher vor allem diese Inszenierung, von der mancher umso weniger Ahnung haben möchte, als er sich als Komparse zu gefallen beginnt.

Österreich jubelt - noch!

Wer die österreichische Integrationsdebatte von ihren Anfängen in den sechziger Jahren rekonstruiert, wird zweifelsfrei feststellen, daß der (EWG-, EG- bzw.) EU-Beitritt vor allem ein Anliegen des Kapitals und seiner konservativen politischen Vertreter war.

Jahrzehntelanges Warten auf eine günstige internatioale Konstellation erfuhr am 12. Juni eine Bestätigung.

Doch offenbart der 12. Juni auch eine andere langfristige Tendenz, nämlich die Frustration und wachsende Entfremdung der Bevölkerung von diesem System und seinen Apparaten.

Während eine Wiener Tageszeitung unter der Schlagzeile „EU Nein der Modernisierungsverlierer" zumindest ein Problem registrierte, titelte »News«, wie üblich von jeglichem Problembewußtsein unbeschwert: „Ja! Österreich jubelt!" Man könnte fragen: Wer jubelt? Wer hat Grund zu jubeln? Wer ist Österreich?

Das Zweidrittel-Ergebnis der Volksabstimmung wird so Gesellschaftsmodell: Wer „Modernisierungsverlierer" ist (was heißt „modern"?), hat keinen Grund zum Jubeln. Wer nicht jubelt, ist kein Österreicher.

Mit jedem neuen „Sieg" der Eliten vertieft sich diese Kluft. Es gehört zu den paradoxen Aspekten der EU-Debatte, daß gerade in dem Augenblick, in dem das Mißtrauen großer Bevölkerungsteile zur etablierten Politik wächst, Intellektuelle, die als fortschrittlich im weiteren Sinn als links gelten, Konformität demonstrieren.

Es wurde dem Ansehen von Wissenschaft und Intellektualität in den letzten Jahren wohl kaum so geschadet, wie durch jene Gefälligkeitsgutachten, mit denen sich anerkannte Institute und Persönlichkeiten vor der Volksabstimmung geradezu prostituierten.

„Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer", heißt es bei Goya. Oder anders formuliert: Auch diese Konformität und postmoderne Selbstentwertung von Wissenschaft und Wissenschaftern leitet Wasser auf die Mühlen Jörg Haiders.

Anti-EU-Kampagne zersplittert

Enttäuscht über das eindeutige Ergebnis der Volksabstimmung müßte man vor allem dann sein, wenn die Entscheidung des 12. Juni eine tatsächlich demokratische gewesen wäre. Darum ist entscheidend, sich über einen Punkt Klarheit zu verschaffen: Es wurde in den Wochen vor der Abstimmung keine rational-argumentative Auseinandersetztung, sondern ein politischer Kampf mit ungleichen Mitteln geführt. Selbstverständlich gibt es auch eine Verantwortung der EU-Gegner für ihre Niederlage. Sie besteht vor allem darin, daß es ihnen nicht gelang, eine demokratische, zu gemeinsamer Aktion fähige Antibeitrittsbewegung zu schaffen.

Damit hatten die Befürworter nicht nur eine totalitäre Kontrolle über die Kommunikation, sondern auch ein Monopol in der politischen Arena. Das wird auch durch Ergebnisse der Meinungsforschung verdeutlicht. Während die Befürworter angeblich positive Arbeitsmarktwirkungen immer mehr in den Vordergrund zu rücken vermochten und damit ein zentrales Ja-Motiv schufen, blieben die guten Gründe für das Nein diffus. Doch nicht nur das: Auch die mediale Manipulation, die Haider an die Spitze der Beitrittsopposition katapultierte, konnte nur durch die Absenz einer außerparlamentarischen und tatsächlichen Gegenbewegung gelingen.

Aus der Retrospektive kann man feststellen, daß eine Strategie, die sich – ausgesprochen oder nicht – in einer Auseinandersetzung von allgemein politischer Bedeutung auf dezentrale Information beschränkte und die in der Konfrontation mit den großen staatlichen und politischen Apparaten ausschließlich auf die Auftrittsmöglichkeiten einer Handvoll Prominenter setzte, scheitern mußte.

Neutralitätsverpflichtung bleibt

Mit dem 12. Juni ist der Kampf noch nicht vorbei. Aus welchen Töpfen wird die Regierung die EU-Beiträge finanzieren? Die noch vor den Wahlen ausgebrochene „Sozialdebatte" zeigt die Richtung an, in der nachgedacht wird.

Eine politische Lüge könnte in Kürze ein für ihre Erfinder unangenehmes Eigenleben entfalten: Entscheidend für das Stimmergebnis war ja offensichtlich, daß die Regierung die Frage der Neutralität erfolgreich neutralisieren konnte.

Maastricht-2 soll aber 1996 eine gemeinsame Militärpolitik der EU festlegen. Darüber und über die Zukunft der EU wird ein europaweiter Kampf geführt werden. Wo wird sich Österreich einordnen? Wird es sich seiner zwar ausgehöhlten und relativierten, aber dessenungeachtet noch immer bestehenden Neutralitätsverpflichtung entsprechend, einer Militarisierung der EU widersetzen? Oder wird es Mitglied der WEU bzw. der NATO werden und das Neutralitätsgesetz formell aufheben?

Am 12. Juni ermächtigte eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen das Parlament, 80 Prozent der österreichischen Souveränität an Brüssel auszuliefern. Zahlreiche Entscheidungen, die dort getroffen werden, werden mit Interessen der österreichischen Arbeiter und Angestellten, der Frauen und Männer, der Jugendlichen und Senioren kollidieren. Wer wird Widerstand leisten? Wer für Demokratie und Selbstbestimmung einstehen?

Daraus ergibt sich meiner Meinung nach: Die Wege Europas, der EU und auch Österreichs sind trotz des 12. Juni nicht eindeutig vorgezeichnet. Europaweit wächst der Widerstand gegen die in Maastricht paktierte reaktionäre Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik verstärkt durch die Debatte um „Kerneuropa". In Österreich wurden mit der Volksabstimmung erste, aber noch ambivalente Voraussetzungen geschaffen, sich an diesen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Das ist das Hauptergebnis des 12. Juni. ■

Mag. Walter BAIER ist Bundesvorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs.

Das Loch im Kopf
Medienwirklichkeit in Österreich

Über die Wirkung der Medien, deren massenmanipulative Intensität, die Verdrängung vom Wort durch das Bild und dergleichen ist schon viel geschrieben worden. Vielfach wird mit dem pädagogischen Zeigefinger vor der Verflachung und Verdummung der Medienkonsumenten gewarnt. Gleichzeitig steckt die Medienwirkungsforschung in einigen Grundfragen fest. Ist die „Medienwirklichkeit" Vorbild und Handlungsanleitung für das reale Leben der Konsumenten oder ist diesen die Differenz zwischen Mattscheibe und Wirklichkeit so präsent, daß reales Leben und Bildchenwelt sauber auseinandergehalten wird? Ist das Bild tatsächlich wirksamer als das Wort, wird letzteres durch das Bild ersetzt oder handelt es sich um parallele Kommunikationsstränge die einander ergänzen? Dämpft die Bilderflut den Leseeifer der Konsumenten — es gibt Untersuchungen, die ermittelten, daß Jugendliche, die viel lesen auch viel fernsehen. Fest steht, daß mit der Computeranimation und deren Andocken ans Fernsehen der Bildertaumel der zerhackten Wirklichkeit noch zunehmen wird.

Unsere Autoren des tragenden Theoriebeitrages, Schandl und Schattauer haben diesen Fragestellungen eine Art politische Ökonomie der Medien ausgehend von erkenntnistheoretischen Fragestellung zugrundegelegt.

Anknüpfend an die Einschätzung des EU-Volksbegehrens haben wir aber zwei konkretere Beiträge vorangestellt. Lutz Holzinger zeichnet sozusagen die Spuren der EU-Kampagne in den Medien nach, während Peter Jirak die Mediatisierung der Politik in den Medien hinsichtlich ihrer erkenntnisfördernden Wirksamkeit durchzieht alle Beiträge.

Die verbindende Klammer ist die Feststellung des Warencharakters medialer Botschaften, deren Vermarktung durchwirkt von Werbeeinschaltungen den schlichten Gesetzen des Marktes gehocht. Was ankommt ist gut, erhöht die Werbeeinnahmen. Die Einschaltquoten sind der Gradmesser.

So betrachtet, ist es konsequent, daß sich zwei Beiträge mit Werbung in den Medien befassen, schließlich bedarf das Ankommen von Inhalten der werbeästhetischen Zurichtung der Information. Inhalte (Sensatiönchen) und formale Gestaltung — selbst der Wetternachrichten — folgen der Inszenierung von Werbespots.

Daß auch die Kulturberichterstattung nicht in höheren Sphären schwebt, frei vom Wirken des Marktes und dem Sporn der Sensation, belegt der letzte Beitrag. Wir denken, daß im wohlüberlegten Zusammenwirken der Redaktion mit den Autoren ein runder Themenschwerpunkt entstanden ist, der im Rezensionsteil von einer neuerlichen theoretischen Anstrengung abgeschlossen wird, durch die Reflexion der Dialektik von Sprache und Denken im „Postmodernen Diskurs", dessen wesentliche Erkenntnisse, laut Peter Moeschl, schon Autoren der kulturhistorischen Schule der damaligen Sowjetunion vorweggenommen hätten.

Julius Mende

Medieneinfalt

Anmerkungen zur österreichischen „Medienvielfalt"

Lutz HOLZINGER

Nachdem die Parteipresse – wie es aussieht, für immer – vom Markt der österreichischen Tageszeitungen verschwunden ist, haben die sogenannten unabhängigen Blätter leichtes Spiel. Durch konkurrierende Meinungen ziemlich ungestört, lassen sie gewissermaßen die Sau raus. Nachhaltig wurde diese Neigung im Zuge der Kampagne für den EU-Beitritt Österreichs unter Beweis gestellt. 65 bis 75 Prozent der LeserInnen folgten bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt jeweils der Meinung ihrer Zeitung.

Insofern ist es müßig zu erforschen, wer oder was für das Ergebnis der Volksabstimmung letztendlich entscheidend war. Es liegt auf der Hand, daß keineswegs die große Koalition sowie ihre Agitation und Propaganda den Ausschlag gaben. Die Regierung hat es vielmehr vor allem dem WAZ-Konzern (Westdeutsche Allgemeine Zeitung), Hans Dichand (Herausgeber der »Kronen-Zeitung«) und der »Kronen-Zeitung« zu verdanken, daß zwei Drittel der an der Volksabstimmung beteiligten Bevölkerung der EU-Integration Österreichs zugestimmt haben.

Schön schaut die Realverfassung unserer demokratischen Republik demnach aus: Der Kurs eines sogenannten Schmierblattes, das Anfang der sechziger Jahre mit Hilfe von illegal abgezweigten Gewerkschaftsgeldern zu seinem Höhenflug angesetzt hat und ohne die Unterstützung durch Franz Olah längst in der Versenkung verschwunden wäre, bestimmt heute über die Zukunft des Landes. Die Regierung kam somit zum EU-Ja wie die Jungfrau zum Kind. Franz Vranitzky und Alois Mock dienten lediglich als Galionsfiguren des Beitritts. Wäre Österreich übrigens schon gänzlich auf Kurt Falks »Täglich alles« gekommen, hätten die Koalitionspolitiker am Abend des 12. Juni die Scherben ihrer politischen Europakonzeption zusammenkehren können.

Seit die »Kronen-Zeitung« ihren Höhenflug zur Nummer eins auf dem österreichischen Tageszeitungsmarkt angetreten hat, muß man sich darüber wundern, daß vor allem bessergestellte Käufer dieses Blattes wie Akademiker, Hofräte usw. nicht zur Rede gestellt und gefragt werden, weshalb sie sich nicht genieren, einen derartigen Scheißdreck zu lesen. Statt diesem Mysterium weiter nachzugehen, soll hier analysiert werden, wie der Zustand des heimischen Medienmarkts im allgemeinen aussieht.

Sublimierter Pluralismus

Für den Fall, daß die Massenmedien als Ort öffentlicher Meinungsbildung auf Dauer funktionieren sollen, müssen sie so konstruiert sein, daß die Veröffentlichung gegensätzlicher Meinungen gewährleistet ist oder scheint. Als Geburtshelfer der bürgerlichen Gesellschaft, mit der der Absolutismus längst schwanger ging, genügte die Presse diesen Ansprüchen. Bereits mit der Herausbildung des Monopolkapitals in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde die Pressefreiheit als Teil der Menschenrechte allerdings auf die Willkür weniger Millionäre eingeengt, ihre Meinung nach Lust und Laune veröffentlichen zu lassen. Um dem Eigenanspruch auf Pluralismus dennoch gerecht zu werden, haben „seriöse" Blätter den Meinungsstreit längst auf Dauereinrichtungen wie „Gastkommentar" oder „Kommentar der anderen" reduziert.

Der Doppelcharakter der Massenmedien, einerseits Ware wie jedes andere Produkt auch und andererseits Träger von Ideologie und Weltanschauung zu sein, bewirkt im Normalfall allerdings eine Verschleierung dieses Tatbestands. Print- und elektronische Medien stehen miteinander im Wettbewerb um Auflagenziffern und Einschaltquoten, die wieder für die zur Finanzierung unabdingbaren Werbeeinnahmen maßgeblich sind. Das drückt sich beispielsweise aus in starker Differenzierung bei Auswahl und Behandlung von Themen je nach dem, auf welche Hauptzielgruppe(n) das jeweilige Medium orientiert ist.

Geübte ZeitungsleserInnen kommen sich dennoch von den heimischen Medien ähnlich behandelt vor, wie in der seinerzeitigen DDR etwa am Tag des Lehrers. Dort war es üblich, daß sämtliche Tageszeitungen des Landes diese Gelegenheit Jahr für Jahr beim Schopf gepackt und die obligate Vorsprache einer Pädagogendelegation beim jeweiligen Zentral- bzw. Generalsekretär als Aufmacher auf Seite eins ihres Blattes gestellt haben. Ganz so einfältig wird der Einheitsbrei für die österreichischen Mediennutzer nicht angerührt.

Daß die heimischen Massenmedien den DDR-Bräuchen allerdings weit näher kommen, als man bis vor kurzem zu behaupten gewagt hätte, haben unter anderem Art und Weise bewiesen, in der sie die Frage des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union behandelt haben. Mit Ausnahme des sogenannten bunten Billigblattes (»Täglich alles«) machten sich alle heimischen Tageszeitungen – nicht taxfrei zu feurigen EU-Befürwortern und Organen zur Verlautbarung von Regierungsinteressen: Neben der allgemeinen und besonderen Presseförderung wurden für diesen Zweck aus der EU-Werbeschatulle des Bundeskanzleramtes stattliche Beträge ausgezahlt.

Nicht von ungefähr unterstrichen Meinungsforscher bereits am Abend des Volksabstimmungstages, daß das Ergebnis entscheidend durch die Haltung der »Kronen-Zeitung« zu dieser Frage beeinflußt worden sei. Man darf daher gespannt sein, auf welche Weise die beiden Parteien der Koalitionsregierung, die auch nach den Wahlen im Oktober weiter bestehen soll, sich bei der Mediaprint (größte Herausgebergesellschaft – WAZ-Konzern als Haupteigentümer) weiter erkenntlich zeigen werden. Gut möglich, daß sich das für das Kleinformat und seinen Verlag bereits bei der Vergabe der Pri-

vatradio-Lizenzen im Oktober bezahlt macht, und nicht ausgeschlossen, daß zum Lohn überdies ein eigener TV-Kanal winkt.

Kartell der Privatradio-Interessenten

Auffällig ist jedenfalls, daß sämtliche Tageszeitungen, die eine eigene Interessenvertretung zur Durchsetzung ihrer Privatradio-Interessen gebildet haben, mehr oder weniger einhellig den EU-Kurs der Regierung unterstützt haben. Das war für die Einpeitschung eines Ja zum Beitritt nicht ohne Bedeutung. Denn mit der »Kronen-Zeitung« allein wäre auch kein EU-Staat zu machen gewesen. Das Kleinformat verfügt österreichweit zwar über die mit Abstand höchste Auflage, aber zumindest vorläufig über kein flächendeckendes Monopol.

Außerhalb der Ostregion, wo »Täglich alles« (bereits die Nummer zwei unter den Tageszeitungen des Landes) LeserInnen-Anteile zu erobern und dem Dichand-Blatt abzunehmen begonnen hat, muß die »Kronen-Zeitung« sich den Markt jeweils mit anderen Blättern mehr oder weniger brüderlich teilen. Das trifft in der Steiermark und in Kärnten auf die »Kleine Zeitung«, in Oberösterreich auf die »Oberösterreichischen Nachrichten« und in Salzburg auf die »Salzburger Nachrichten« zu. In Tirol und Voralberg bilden »Tiroler Tageszeitung« bzw. »Vorarlberger Nachrichten« jeweils beherrschende Regionalmonopole mit Reichweiten von 80 bis 90 Prozent der TageszeitungsleserInnen in ihren Herkunftsbundesländern.

Was die Zahl der tatsächlich erreichten LeserInnen angeht, kann man »Presse« und »Standard« vergessen. Da sie jedoch unter Meinungsbildnern und Meinungsträgern (Multiplikatoren) hohen Stellenwert haben, dürfen auch diese beiden „Intelligenzblätter" nicht vernachlässigt werden. Der angeblich „liberale", auf lachsfabenem Papier gedruckte und damit die »Financial Times« nachäffende »Standard« stellte die Weichen für seine Pro-EU-Kampagne übrigens durch die Auswechslung des Leiters und der meisten RedakteurInnen im Ressort Innenpolitik bereits vor rund eineinhalb Jahren.

Der traurige, bisher nicht erwähnte Rest der heimischen Tagespresse steht auf wackligen Beinen. »Neue Zeit« (Graz; früher SPÖ, jetzt im Gemeinschaftseigentum der MitarbeiterInnen) und »Volksblatt« (Linz, im Besitz der ÖVP-Oberösterreich) haben lediglich beschränkte regionale Bedeutung. Das trifft auch auf die einst rührige »Kärntner Tageszeitung« zu, die mittlerweile in den Besitz der Mediaprint übergegangen ist.

Wem gehört was?

Weil wir schon bei der Eigentumsfrage angelangt sind: Die Mediaprint – mit dem WAZ-Konzern als Haupteigentümer – ist eindeutig der Platzhirsch am österreichischen Medienmarkt. Die Gesellschaft verfügt

Foto: Renate Bertlmann

neben »Kronen-Zeitung«, »Kurier« (der Nummer drei am Tagezeitungsmarkt) sowie »Kärntner Tageszeitung« mit »trend« und »profil« auch über die Spitzenreiter am Wirtschafts- bzw. Nachrichtenmagazinmarkt des Landes. Neben dem vermutlich schlagkräftigsten Vertrieb in Österreich wird die Vorherrschaft der Mediaprint auch durch beste Beziehungen abgesichert, wie sie etwa in der Einrichtung eines Druckereizentrums gemeinsam mit den »Salzburger Nachrichten« zum Ausdruck kommen.

Der deutsche Springerkonzern hat seine Arme ebenfalls nach Österreich ausgestreckt. Er kontrolliert neben dem »Standard«, der angeblich allerdings nicht und nicht in schwarze Zahlen zu bringen ist und nächstes Jahr möglicherweise mit dem »Kurier« fusioniert werden soll, die Illustrierte »news« und die »Tiroler Tageszeitung«. Ein Faustpfand wechselseitiger Verflechtung und/oder Abhängigkeit stellt »Tele – Das österreichische Fernsehmagazin« dar. Einerseits wird die Programmzeitung vom Springer-Verlag produziert und ausgerechnet in Nürnberg gedruckt. (Offenbar unter stillschweigender Duldung durch die Fachgewerkschaft Druck und Papier.) Andererseits bedienen sich mittlerweile bereits alle führenden Bundesländerzeitungen sowie die »Presse« dieser TV-Beilage, die jeweils an Donnerstagen mitgeliefert wird.

Trotz dieser Präsenz des Springer-Verlags ist Kurt Falk mit »Täglich alles« und »Die ganze Woche« eindeutig die Nummer zwei auf dem österreichischen Zeitungsmarkt. Großes Gewicht hat auch der Styria-Verlag der Erzdiözese Graz-Seckau, der außer dem Alleinbesitz an der »Kleinen Zeitung« (Graz und Klagenfurt) gemeinsam mit dem Wirtschaftsbund der ÖVP die »Presse« kontrolliert und die Geschäftsführung dieses Zeitung stellt.

Die restlichen Regional-„Monopole" (von »Oberösterreichischen Nachrichten« bis »Vorarlberger Nachrichten«) befinden sich im Privatbesitz jener Familien, die die jeweiligen Gründerväter, die auf der Basis von Lizenzen der (westlichen) Besatzungsmächte 1945 aktiv wurden, beerbt haben oder im Begriff sind, dies zu tun. Bleibt zu klären, wem der »Kurier« zuzuschlagen ist, der seinen Eigentümern aufgrund rapid sinkender Reichweiten immer weniger Freude macht. Neben dem bereits erwähnten WAZ-Konzern hat Raiffeisen – als formaler Mehrheitseigentümer – ein gewichtiges Wort mitzureden. Bekanntlich wurde das Blatt seinerzeit vor einer Übernahme durch die »Kronen-Zeitung« mit einem „Kraftakt" heimischer Unternehmer gerettet. Die Anteile dieser barmherzigen Samariter sind mittlerweile mehrheitlich bei jener Vereinigung gelandet, die eigentlich den Landwirten bei Vermarktung der Produkte, Einkauf von Betriebsmitteln und Finanzierung von Investitionen zur Hand gehen sollte.

Sonderstellung der „Intelligenzblätter"

So gering ihre Reichweite in Österreich auch sein mag, so wichtig ist die Rolle der sogenannten Qualitätszeitungen für die Medienkultur jedes Landes. Klarerweise schweben auch die Medien in keinem luftleeren Raum; sie sind vielmehr jeweils Ausdruck des Zustands, in dem sich sowohl die herrschende Klasse als auch die demokratischen Institutionen eines Staates be-

finden. Für Österreich bezeichnend ist es, daß die beiden überragionalen Qualitätszeitungen »Presse« und »Standard« sich trotz erheblicher Zuwendungen aus der allgemeinen und besonderen Presseförderung in einer Dauerkrise befinden.

Im Vergleich zu großen westeuropäischen Ländern scheint das vor allem mit der geringen Bevölkerungszahl Österreichs zu tun zu haben. So läßt sich die Reichweite der beiden österreichischen Multiplikatoren-Zeitungen durchaus mit jener der führenden Blätter in England wie »Guardian« und »Times« vergleichen. Aufgrund der in Zahlen allerdings niedrigen Auflagen- und LeserInnenzahl sind die österreichischen „Flaggschiffe" mit unzureichenden Einnahmen (aus Verkauf, Abos und Werbung) gesegnet. Es muß daher gespart werden; und da dies – wie meist – am falschen Platz geschieht, sind sie personell unterausgestattet.

Österreichs Qualitätszeitungen verfügen über zu kleine Redaktionsteams sowie quantitativ und qualitativ unzureichende Korrespondentennetze im In- und Ausland. Auf einem anderen Blatt steht, daß dies in anderen kleinen europäischen Ländern mit allerdings langer demokratischer Tradition anders aussieht. Die Schweiz und Dänemark etwa verfügen über eine dem Niveau und der Zahl der Titel nach vorzeigbare Qualitätspresse, obwohl ihr LeserInnenpotential im Vergleich zu Österreich rund um die Hälfte kleiner ist.

Die Arbeit bei »Presse« und »Standard« ist durch Personalmangel gekennzeichnet. Er kann durch das Engagement der beteiligten JournalistInnen nur in Ausnahmesituationen wettgemacht werden. Ein Beispiel dafür war etwa die Gründungsphase des »Standards«: Da war zu merken, daß ein Team, das zum Großteil aus der zweiten und dritten Garnitur anderer Redaktionen zusammengeholt wurde, zeigen wollte, wie leistungsfähig es ist. Im Normalfall und auf Dauer kann personelle Unterausstattung allerdings nicht durch guten Willen kompensiert werden.

Verfügt der »Guardian« beispielsweise über einen Kommentator, der nur auf Miet- und Grundstücksfragen spezialisiert ist, weiß der durchschnittliche österreichische „Innenpolitiker" (Mitglied einer innenpolitischen Redaktion) nicht notwendigerweise über das Mietrecht Bescheid. Damit ist nur *ein* Beipsiel aus der Fülle von Fachfragen genannt, die sich in raschem Wechsel am laufenden Band stellen. Es ist daher weiter kein Wunder, daß eingesessene JournalistInnen in der Pressekonferenz-Praxis ein Ritual entwickelt haben, das ein Recycling von praktisch des immer gleichen Fragetypus erlaubt. Die Rede ist vom Einwurf: „Was sagen sie zu ...?"

Mit dieser Frage werden in aller Regel meist keine sachbezogenen Themen angesprochen, sondern Meinungen zu bereits getätigten allgemein politischen Äußerungen oder in der Luft liegenden Entwicklungen eingeholt. Besonders beliebt sind Personal- (Motto: Wer wird was?) und Bündnisfragen (Motto: Wer mit wem?). Daraus – und nur daraus – ist beispielsweise zu erklären, weshalb während der EU-Kampagne „Sensationen" wie die Tatsache, daß Außenminister Mock sich nichts sehnlicher als einen Beitritt gewünscht hat, noch kurz vor dem Abstimmungstermin als absolute Neuigkeit behandelt wurden und es zur Ehre eines „Aufmachers" auf Seite eins mehrerer Tageszeitungen gebracht haben.

Recycling von Themen...

Geläufig ist notorischen Zeitungslesern auch, daß jeder Blödsinn, den etwa FPÖ-Chef Haider äußert, reihum Sprechern aller anderen politischen Konkurrenten zur Beurteilung vorgelegt wird. Den vermeintlich aufrechten Kämpfern gegen die Verhaiderung Österreichs dürfte noch nicht aufgefallen sein, daß sie damit nur Wasser auf seine Mühlen leiten. Der FPÖ Kärnten ist es mit einem Eisenbahnerschmäh, und zwar der Blockade der Landeshauptmannwahl, geglückt, bundesweit mehr als zwei Monate lang Schlagzeilen am laufenden Band zu liefern. Kein halbwegs ordnungsgemäß funktionierender Landtag hat je eine auch nur annähernd vergleichbare Medienpräsenz erreicht.

In den letzten Wochen der Regierungs- und Medienkampagne für den EU-Beitritt wurde die Aufforderung des FPÖ-Chefs an seine Wähler, der Regierung einen „Denkzettel" zu verpassen, zu einem geflügelten Wort: Es verging praktisch kein Auftritt eines Kabinettmitglieds, ohne daß die Frage gestellt wurde, wie ein derartiges Verhalten bei der Volksabstimmung zu beurteilen sei. Obwohl die große Koalition aus dem Ringen um den EU-Beitritt als Sieger hervorgegangen ist, haben die führenden Medien – speziell der ORF – wesentlich dazu beigetragen, um den FPÖ-Chef langfristig noch massiver im Gedächtnis des Publikums zu verankern. Jörg Haider ist längst die Person mit der stärksten direkten und vor allem auch indirekten Medienpräsenz in Österreich. Es wäre daher kein Wunder, wenn dieses – von den Akteuren gar nicht beabsichtigte – Fehlverhalten sich bereits im Ergebnis der bevorstehenden Nationalratswahlen niederschlägt.

Auch in diesem Fall gilt, daß das ständige Wiederkäuen der Frage, ob Haider nun der kommende Mann ist oder nicht, es den BerichterstatterInnen erspart, die – wie man seit Sinowatz weiß, schwierigen – Sachfragen aufzurollen, die mit den Arbeits- und Lebensinteressen der österreichischen Bevölkerung zu tun haben. Daß es in der heimischen Presse überhaupt um derartige Fragestellungen gehen könnte, ist vermutlich jedoch eine extrem weltfremde Vorstellung.

... und Boulevard-Orientierung

Hierzulande hat nicht Zeitung, sondern „Zunteig" Saison: Wie am Modell »Kronen-Zeitung« mit der weltweit realtiv größten Reichweite abzulesen ist, geht es den Blattmachern und ihrem Publikum nicht um Information, sondern um Unterhaltung. Nur unter dieser Voraussetzung ist ein Gebrauchswert der landesweit dominierenden und mehr oder weniger bunten Kleinformate erkennbar. Kommt die »Kronen-Zeitung« mit zwei Seiten für die Innen- und Außenpolitik aus, so ist in »Täglich alles« das Kochrezept jeweils der mit Abstand längste Artikel.

Aber auch wenn man eine Treppe höher steigt und Qualitätszeitungen samt Aktuellem Dienst des ORF zum Maßstab nimmt, zeigt sich ein fataler Hang zum Boulevard im österreichischen Journalismus – und eine gewisse Ideenlosigkeit beim Aushecken eigener Stoffe. Sind die US-amerikanischen Nachrichtenmagzine »Time« und »Newsweek« führend, was die Entwicklung neuer Themen betrifft, die dann weltweit abgekupfert werden, so spielten bzw. spielen »profil« und »news« diese Rolle in der österreichischen Medienlandschaft.

»profil« gab den Ton an, solange der Recherchejournalismus im Mittelpunkt des Magazins gestanden ist. Seit der besten Zeit von Alfred Worm und KollegInnen ist es allerdings schon lange her. Mit der Ausbootung der Gründungsmitglieder und der Verjüngung

der Führungsmannschaft hat »profil« wohl endgültig einen müden, hofrätlichen und manierierten Ton bekommen. Überhaupt dürften es sich die JournalistInnen des Landes mittlerweile zu Herzen genommen haben, daß eine Periode angebrochen zu sein scheint, in der niemand nichts mehr zu genau wissen will.

Daß auch in „gehobeneren" Sphären zumindest informationsmäßig Fast-Food gesellschaftsfähig geworden ist, signalisiert der Erfolg der Illustrierten »news«. Sie scheint nach dem Gebot gestrickt zu sein, daß die Lektüre von keinem Artikel länger dauern darf, als zum Verzehr eines Hamburgers erforderlich ist. Das wäre weiters nicht schlimm, weil bekanntlich niemand gezwungen werden kann, diese oder eine bestimmte andere Zeitung überhaupt zu kaufen oder gar zu lesen. Bedauerlich indessen ist, daß die anderen Medien am Erfolg des Blattes zu partizipieren suchen, indem sie ein Recycling von »news«-Themen betreiben. So kommt es, daß man bestimmten „Aufrissen" von »news« nicht entgeht, weil andere Blätter und der ORF glauben, ihrem Publikum „Skandale" wie entgeltliche Hilfeleistungen beim Ablegen der Externistenmatura nicht vorenthalten zu dürfen. Vom Skandal, der die Existent von Maturaschulen bedeutet, die ebenfalls keineswegs gratis sind, spricht hingegen niemand.

Anspruchsvoll auftretende Medien, die sich dennoch in erster Linie am Boulevard orientieren, signalisieren damit, daß sie sich selbst nicht ernstnehmen und eigentlich für überflüssig halten. Da es den Herausgebern dieser Produkte in letzter Konsequenz vor allem um (Werbe-)Einnahmen geht, wird von Print- wie elektronischen Medien versucht, Publikum durch Unterhaltung – oder was dafür gehalten wird – anzulocken. Mit Flöttl-Affäre und „Koma-Baby" haben auch andere Medien wie »Wirtschaftswoche« und ORF gezeigt, daß sie es verstehen, aus dünner Suppe dicke Luft anzurühren.

Der Fluch von Bruno Kreiskys guter Tat

Der spezifische Weg der heimischen Presse in die Bedeutungs- bzw. Belanglosigkeit wurde übrigens von „Medienkanzler" Bruno Kreisky geebent und damit indirekt mitverschuldet. Bis zum relativ überraschenden Wahlsieg der SPÖ im März 1970 brachten die etablierten Politiker Medienvertretern aller Art ein gesundes Mißtrauen entgegen. Offensiv betriebene Öffentlichkeitsarbeit war unüblich. Man begnügte sich mit offiziellen Verlautbarungen wie sie etwa der „Koalitionsfunk" verbreitete oder in offiziellen Kommuniques von Parteivorständen abgesondert wurden. Kreisky-Vorgänger Bundeskanzler Josef Klaus etwa dürfte noch darauf vertraut haben, daß die Öffentlichkeit alle wesentlichen Absichten seiner Regierung ohnehin der von der Bevölkerung vermeintlich mit Spannung verfolgten „Sendung des

Foto: Renate Bertlmann

Bundeskanzlers" entnehmen konnte.

Bruno Kreisky „erfand" – für Österreich jedenfalls – gleich nach Amtsantritt seiner Minderheitsregierung im Jahr 1970 den ersten absoluten Pflichttermin für heimische Medien. Und zwar führte er ein informelles Presseforum nach dem Ministerrrat ein, der traditionell jeweils am Dienstag jeder Woche tagt. Der langjährige SPÖ-Kanzler nahm diese Gelegenheit wahr, um nicht nur Vorhaben seiner Regierung zu propagieren, sondern auch seinen Senf zu aktuellen innen- und außenpolitischen Themen aller Art zu verabreichen: Ein Angebot, das ihm wie warme Semmeln aus den Händen gerissen wurde. Kreisky erwies sich dabei als Meister der – meist amüsanten, oft aber inhaltsleeren – Geschwätzigkeit. Der Fluch seiner guten Tat tritt uns heute tagtäglich in Gestalt einer schlechten Kopie und zwar einer unerträglich geschwätzigen Presse entgegen.

Diverse Ministerien, Landes- und Gemeindedienststellen, öffentliche und private Unternehmen usw. usf. haben Bruno Kreisky diesen Trick abgeschaut und versuchen seither ebenso emsig, selbst Anlässe zur Medienberichterstattung zu setzen. Mittlerweile hat sich in nahezu allen Ressorts von Print- und elektronischen Medien eine Fülle von Fixterminen eingebürgert, die einmal wöchentlich oder in längeren periodischen Abständen stattfinden und mehr oder weniger zwangsläufig besucht werden müssen. Die Kalender ganzer Heerscharen von JournalistInnen sind jedenfalls mit Pflichtterminen dieser Art gepflastert. Auch das ist ein Grund, weshalb personell schwach besetzte Redaktionen oder Abteilungen kaum dazukommen, eigenen Themen nachzugehen und nur verarbeiten, was ihnen in Fix-Terminen vorgekaut wird.

Personelle Unterbesetzung und themenmäßige Fremdbestimmung markieren den Teufelskreis, in den die österreichischen Medien geraten sind. Durchdrungen vom Anspruch, als unbestechliches Kontrollorgan die vierte Gewalt in der demokratischen Republik zu verkörpern, verkommen sie in der Wirklichkeit immer stärker zu bloßen Stichwortgebern für etablierte Politiker. Auffällig ist etwa, wie autoritätshörig die meisten Fragesteller im ORF agieren. Je nachdem ob eine Politikerin, ein Politiker einer Regierungs- oder einer Oppositionspartei angehört, wird sie/er „von unten hinauf" oder „von oben herunter" befragt.

Funktion von Stichwortgebern

SprecherInnen der Grünen brauchen einen guten Magen, um auf häufig infame Fragen oder an den Haaren herbeigezogenen Unterstellungen von ORF-JournalistInnen besonnen zu antworten. Daß der einschlägige Ton von Informationsintendant Johannes Kunz vorgegeben wird, ist seiner Sendung „Erinnerungen", einer Gesprächsserie mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens außer Dienst, zu entnehmen. Unparteiischen Beobachtern ist aufgefallen, daß Kunz bezeichnenderweise bisher die einzig „freche Lippe" gegenüber dem ehemaligen KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri riskiert hat. Was vermutlich allerdings nicht dafür ausschlaggebend gewesen sein dürfte, daß er die Wahl zum ORF-Generalintendanten zumindest vorläufig nicht gewonnen hat.

Daß die Funktion von Stichwortgebern nicht auf JournalistInnen von

Hörfunk und Fernsehen beschränkt ist, beweisen Angehörige der Printmedien am laufenden Band in der sogenannten Pressestunde des ORF. Eine der denkwürdigeren Veranstaltungen dieser Art fand im vergangen Mai mit FPÖ-Chef Jörg Haider statt. Bei dieser Gelegenheit gab Kurt Vorhofer, der als „Denkmal" des innenpolitischen Journalismus gilt, zu erkennen, wie leicht einem Eitelkeit einen Strich durch die Rechnung machen kann. Ein unbedeutendes Kompliment Haiders – nach dem Muster: „Wie auch Sie, Herr Vorhofer, einmal geschrieben haben" – genügte, um den Vertreter der „Kleinen Zeitung" in Wien um den Verstand zu bringen. Vorhofer stellte dem FPÖ-Chef daraufhin keine einzige kritische Frage.

Daß Opportunismus auch in der Medienbranche keine Seltenheit ist, zeigt sich daran, wie Jörg Haider von ORF- und Presseleuten behandelt wird. Da sie einerseits auf Exklusivinterviews hoffen und andererseits nicht genau wissen, ob er sein Ziel, 1998 Bundeskanzler zu werden, nicht doch erreicht, wagt es kaum jemand, ihn ernsthaft kritisch in die Zange zu nehmen, wie das mit „kleineren Lichtern" immer wieder passiert. Dabei wäre es von größtem – auch sportlichem – Wert, Maulhelden wie dem FPÖ-Chef in die Parade zu fahren oder tatsächlichen Spitzenpolitikern wie Bundeskanzler Vranitzky fundierte kritische Fragen zu stellen. Genau zu diesem – ihrem eigentlichen – Zweck scheinen die Medien in Österreich aber nicht erfunden zu sein. Da sie nicht fähig sind, mit erstklassigen journalistischen Mitteln zu brillieren, bleibt ihnen nur der Boulevard als Ersatz und Ausweg.

Zeitung und mittlerweile auch Radio und Fernsehen sind, was zwischen Inseraten bzw. Werbeblöcken Platz hat. Schon seit langem geht man davon aus, daß nur solche Medien ökonomisch gesund sind, deren Einnahmen zu rund zwei Drittel aus dem Anzeigenverkauf stammen. Vom Vertrieb der Zeitungsexemplare allein kann kein Verlag leben.

Die gegenwärtig an Hand zunehmender Internationalisierung wahrnehmbaren wirtschaftlichen Strukturveränderungen berühren in hohem Maße auch den Mediensektor. Dieser Wandel beruht vor allem darauf, daß regionale, nationale und kontinentale Märkte immer entschiedener in den Zusammenhang des einen einzigen Weltmarkts gerissen werden. Der Begriff des Weltmarkts existiert zwar schon geraume Zeit; seine Vertiefung in einer Form, daß er die Lebensinteressen praktisch jedes Individuums unmittelbar berührt, geht jedoch erst in allerjüngster Zeit vor sich.

Was gemeint ist, läßt sich an der vor kurzem in den USA abgewickelten Fußball-Weltmeisterschaft darstellen. Zumindest Teile des Ereignisses wurden von Hörfunk und Fernsehen in fast alle Staaten der Welt übertragen. Allein die Einnahmen für die TV-Rechte beliefen sich auf rund eine Milliarde Schilling. So ungewiß es von vornherein war, welche Mannschaften welche Vorfinal- und Finalrunden erreichen würden, so stand bei der Veranstaltung von vornherein fest, daß ihre Hauptsponsoren auf jeden Fall dabei ausgiebig ins Bild gerückt würden.

Weltmarken wie Coca-Cola zahlten für diese „Ehre" rund 200 Millionen Schilling. Es liegt auf der Hand, daß Werbeausgaben in dieser Größenordnung sich nur für Produkte rentieren, die weltweit vermarktet werden, und nur von Firmen aufgebracht werden können, die über entsprechende Weltmarken verfügen.

In dem Moment, wo der Weltmarkt vor allem im Konsumgütersektor durchgesetzt ist, wandelt er sich praktisch postwendend zu einem Ensemble von Anbietermonopolen: Denn nur wer von Anfang an dabei ist, scheint den Anforderungen gewachsen zu sein, die eine Präsenz in dieser Sphäre nach sich zieht. Von der österreichischen Warte aus betrachtet, hatte dieser Zusammenhang bei der Fußball-WM den Effekt, daß die heimischen Medien zwar eifrig über diese Werbeveranstaltung berichtet, aber keinen Groschen für die direkte und indirekte Werbung für Coca-Cola & Co. erhalten haben.

Schöne Zukunftsaussichten

Absehbar ist, daß bei immer tieferer Durchdringung des Weltmarkts Werbeträger mit der weltumspannenden Reichweite der Fußball-WM den Löwenanteil der Werbeausgaben auf sich ziehen. Unter diesen Umständen wäre die Existenz der bisher gewohnten nationalen und regionalen Medien ernsthaft gefährdet. Einerseits hätten sie von den marktbeherrschenden Weltmarken lediglich Brosamen zu erwarten. Anderseits würden die traditionellen Anzeigenkunden dieser Medien aufgrund des Verdrängungswettbewerbs mit der Zeit wegfallen. Hält man sich allerdings den Zustand der heimischen Medienlandschaft vor Augen, braucht man nicht zu fürchten, daß mit ihrem Untergang eine einzigartige Informationskultur verloren ginge. Es besteht kein Anlaß zur Trauer, falls es einmal tatsächlich soweit sein sollte.

Sieht man sich nämlich an, welche Entwicklungsperspektiven sich nicht nur bei den Medien, sondern der gesamten Kommunikationstechnologie ergeben, besteht noch weniger Grund, schwarz zu sehen. Der Aufbau der Breitbandverkabelung auf Glasfiberbasis ist auch in Europa nicht mehr aufzuhalten. Diese Infrastruktur erlaubt die Kombination von Fernsehen, Telefon, Datenbanken usw. Damit ist die Entwicklung völlig neuer Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und individuelle Aneignung und Nutzung von Informationen aller Art vorhersehbar.

Das Ergebnis dieser Entwicklung könnte höchst dialektisch ausfallen: Einerseits zeichnet sich die Herausbildung von weltumspannenden Telekommunikations-Konglomeraten bisher nicht gekannter Größenordnung ab, für die der Begriff Konzern ein Hilfsausdruck wäre und die zur Finanzierung der entsprechenden Investitionen ebenso wie zur Entwicklung der entsprechenden Innovationen unabdingbar sind. Andererseits eröffnet sich den Nutzern dieser technologischen Errungenschaft – und das ist in der Tendenz nicht nur jedes Unternehmen, sondern auch jeder Haushalt – unter anderem Zugang von und Zugriff auf verschiedene bereits jetzt ansatzweise existierende Netzwerke zur alternativen und eigenständigen Information.

Absehbar ist also eine Zeit, in der man über die heute noch übliche paternalistische Form von Information nur mehr lachen wird. Die aktuelle Praxis besteht darin, daß einzelne Medien die Informationen auswählen, die dem Publikum zugemutet werden, und in einem Aufwaschen vermitteln, was von ihnen zu halten ist. In der Zukunft wird dieses hierarchische System steinzeitlich anmuten. Daß die Print- ebenso wie die elektronischen Medien, wie sie heute agieren, keinen Endpunkt, sondern ein höchst unvollkommenes Zwischenstadium der Entwicklung darstellen, macht Gusto auf die – ansonsten nicht sehr klar umrissene – Zukunft auf dem Informationssektor. ■

Dr. Lutz HOLZINGER ist Journalist.

Die Mediatisierung des Politischen

Morgenröte des telematischen Faschismus

Peter JIRAK

„Die zunehmende Proletarisierung der heutigen Menschen und die zunehmende Formierung von Massen sind zwei Seiten eines und desselben Geschehens. Der Faschismus versucht, die neu entstandenen proletarisierten Massen zu organisieren, ohne die Eigentumsverhältnisse, auf deren Beseitigung sie hindrängen, anzutasten. Er sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen. Die Massen haben ein Recht auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse; der Faschismus sucht ihnen einen Ausdruck in deren Konservierung zu geben. Der Faschismus läuft folgerecht auf eine Ästhetisierung des politischen Lebens hinaus. Der Vergewaltigung der Massen, die er im Kult eines Führers zu Boden zwingt, entspricht die Vergewaltigung einer Apparatur, die er der Herstellung von Kultwerten dienstbar macht."
(Walter Benjamin, Das Kunstwerk im technischen Zeitalter seiner Reproduzierbarkeit, Nachwort)

Sich die ganze Welt als einen einzigen Markt vorzustellen, ist unmöglich. An jedem Ort dieser Welt zu Hause zu sein, verspricht das amerikanische Mediennetzwerk dem Fernseher. Hier wird Intimität suggeriert, bei gleichzeitiger und immer rascher sich vollziehender Entfernung von Wirklichkeit.

Menschen, die täglich auf den Markt gehen, um ihre Lebensmittel einzukaufen, riechen, betasten, sehen und wägen Güter, die sie zu ihren Speisen machen werden. Dabei reden sie mit dem Verkäufer, der im besten Fall der unmittelbare Produzent dieser Güter ist, mit dem Bauer, sie sprechen mit anderen, die auch einkaufen, sie tauschen Zubereitungsarten aus, sprechen über dieses und jenes, und, während sie laut reden, entwerfen sie im stillen ein Gericht für Gastfreunde. Zu Hause sitzt zur gleichen Zeit der immobilisierte, sich indes höchst mobil fühlende neue Konsument. Er hat soeben die Strich-Codes seiner Nahrungsmittel digital überprüfen und das Fehlende registrieren lassen. Nachdem die Check-Liste ausgedruckt ist, wird die Bestellung gesendet. Fein! Man braucht die Straße nicht mehr zu betreten – sie ist ohnehin nichts als ein „trottoir roulant" der Gewalt, man muß den ekeligen Zeitgenossen nirgends begegnen, auch vermeidet man die Miasmen der Stadt und spart Zeit und Energie: Wozu eigentlich?

In dem berühmten Film Polanskis, Rosmary's Baby, sagt ein gewisser Herr Casaveth, Welttourist wie alle Amerikaner, vom 3-Dollar-à-day-Tourist bis zum Millionär, zu einem jungen Mann, der mit seiner schwangeren Frau gerade eine Bleibe sucht: „Nennen Sie mir einen Platz auf dieser Welt und sie werden sehen: ICH WAR DORT." Es ist wie im Märchen vom Hasen und vom Igel. Der Igel verweilt immer am nämlichen Ort, stachelbewehrt und gepanzert; dort wo er ist, ist auch die Wende; indessen eilt der Hase von Ort zu Ort, ohne je in seinem endlosen Lauf anzukommen. So identifiziert sich der Welttourist, Herr Casaveth, der an allen Orten, die das amerikanische Mediennetzwerk als Luxusdomizil des amerikanischen Weltimperiums anpreist, mit allen imaginären Punkten dieses Weltatlas und motiviert seine jeweilige Anwesenheit durch die Summe all seiner Abwesenheiten.

Die Sprache telematischer Verfügung und Verführung spricht so: Bevor sich in Dir auch nur leise der Wunsch nach Ortsveränderung, der Gedanke an die Begegnung mit einem herbeigewünschten Menschen oder das Verlangen nach einer genauen medizinischen Diagnose regt, halte ich Dir eine bebilderte Welt von Antworten bereit, die Welt immaterieller Codes.

Herr Casaveth scheint mit dem Bösen im Bunde zu sein, er und seine Frau sind es bei Polanski tatsächlich, denn seine Allgegenwärtigkeit ist gottgleich. Da sucht einer mit seiner Frau, die sein Kind erwartet, einen Platz auf dieser Welt, einen Ort der Niederkunft, schon kommen zwei Alte daher und behaupten, überall zuhause zu sein. Das ist die Stimme des Imperialismus: Der Kapitalist hat überall seinen fetten Arsch hingesetzt, der Arme ist nirgends mehr daheim, dafür aber überall, wo es Fernsehen gibt, bei sich.

Flugblatt. Große Manifestation am 25. April 1994 auf der Piazza del Duomo in Mailand. LÖSCHT DAS FERNSEHEN AUS UND ENTZÜNDET DAS FEUER AUF DEN PLÄTZEN!

In einem totalitären Regime ist es ganz unerheblich, was die Menschen denken oder fühlen, begehren oder wessen sie bedürfen. Indes ist es von fundamentaler Wichtigkeit, daß die Machthaber in der Massen-Demokratie vorab wissen, nach welchem Muster von Begehren und Bedürfen sie das Netzwerk des allgemeinen Konsensus weben sollen. Hier liegt der Hund begraben: Die einzige Identität, die es in diesem System wirklich gibt, ist die Identität von Zustimmung und Illusion. Das äußere Erscheinungsbild der Macht ist die Illusion. Um sie täglich zu fabrizieren, bedarf es der Medien.

Die Medienmacht heute ist nichts als die säkularisierte Macht des Hohepriesters. Er behauptet, daß ausschließlich durch ihn der Gläubige zu Gott gelangen könne. Desgleichen sagt der Medienbesitzer, daß nur er die Bedürfnisse des Volkes kenne. Er unterstellt und täuscht vor, daß das Verlangen nach Gerechtigkeit, nach Wohlstand und Unterhaltung der Massen ausschließlich über sein Medium wahrzunehmen sei und er allein über eben dieses Medium die Masse mit allem versorgen könne.

Während der Abstimmung des Regierungsprogramms im römischen Se-

nat betrachtet der neugewählte Ministerpräsident, Silvio Berlusconi, das Spiel seiner Mannschaft AC Milan gegen Barcelona auf seinem Fernsehschirm, der zu seinem Netzwerk gehört. Nach dem Sieg seiner Mannschaft tritt dieser Herr vor die Senatoren und sagt, daß er und seine Regierung genauso siegreich sein werden, wie sein Fußball-Club. Das ist reine Identität und pure Simulation! Es fragt sich nur, wie die Revolte auszusehen habe? Ist Gegensimulation möglich?

Hinter dieser Perversion von ehemals Wünschen und Leidenschaften in vorab strukturierte Bedürfnisse steckt die gesamte Entwicklung von Güter- in Warenproduktion, die gesamte Entfaltung der Reproduktionstechnik, wie sie Walter Benjamin so unübertrefflich dargestellt hat.

In seiner Antrittsrede vor dem römischen Senat sagt Silvio Berlusconi mit verzogenem Lächeln und moderater Stimme: „Il nostro è un paese di straordinaria vitalità, capace di slanci miracolosi ... e di gioia di vivere." (Unser Land ist ein Land von außerordentlicher Vitalität, fähig zu wundersamen Wendungen und zur Lebensfreude.) Kommentatoren behaupten, noch niemals die Worte Glück, Lebensfreude oder ähnliches an diesem Ort gehört zu haben. Tatsächlich steht auf den Fahnen des europäischen Parlamentarismus nirgends – im Unterschied zur amerikanischen Verfassung – das Wort Glück. Berlusconi umgibt sich mit der strahlenden Aura des Wunders und der Glücksverheißung – bei gleichzeitiger rapider Progression des elàn mortel: Dort im Schatten, wo die Glücksversprechungen nicht hinfallen, durchbrechen die phallischen Köpfe der Naziskins den Asphalt. Der italienische Neologismus vereinheitlicht das Erscheinungsbild des Nazis und des Skinheads.

Es gehört zum Urschmerz des Menschen, als Kind schon erfahren zu müssen, daß die ursprüngliche und unmittelbare Einheit des leibhaftigen Kindes mit der leiblichen Mutter – die einzige je erfahrene Identität -, daß diese Einheit sehr rasch zerreißt. Aus diesem Riß stammt der Schrei: FORT! Das Kind kann nur überleben und als lebendiges Wesen in die Welt der Sprache eintreten, wenn es sich selbst symbolisch an den Ort der Mutter versetzt: DA! Diesem Urschmerz entspricht auch die Getrenntheit von Essen und Sehen. In dem einen Akt wird das geschaute Bild der Wirklichkeit als Einheit empfunden, die sogleich durch die Zerstörungskraft des Appetits, der den Akt des Essens bewegt, wieder zerstört wird. Es gehört zu den ununterbrochenen Anstrengungen des Menschengeschlechts, das Geschaute und das Getastete, das Gedachte und das Empfundene, an einem Ort – hier und jetzt – zu vereinen. Wird diese Anstrengung durch die Leichtigkeit des telematischen reproduktiven Daseins subversiv unterlaufen, steht an der Stelle leibhaftiger Präsens, die immer das Resultat eben dieser synthesierenden Arbeit ist, der digitale Schein von Anwesenheit, von Angeschlossensein ans Weltnetz.

Die gleichgültige Masse – auch hier der Zuseher, wie im Fernsehen – starrt unbeteiligt und regungslos. Es ist das Zeichen der Indifferenz, das die telematische Simulation bezeichnet: Alle Differenz wird auf ein einziges Zeichen reduziert, auf das Abzeichen der Identität. DA!

So tragen die Skins das Hakenkreuz auf ihrem Schädel; so wirken alle Zeichen der Selbstverstümmelung und der gewollten Verhäßlichung: als ein einziger gewaltsamer Schrei nach der großen Mutter, die sie alle verlassen hat.

Wo dereinst die nährende Mutter stand, steht jetzt dieses alles repräsentierende Zeichen wie ein Menetekel an der Wand: Der reproduktive Blick in die gähnende Leere (nach dem Abgang der Mutter oder Gottes) hat den Blickenden an die Stelle des Abwesenden gestellt. Masseninfantilismus. Massennarzißmus. Allseitige Selbstbespiegelung. Unendlicher Verweis und Retourkutsche. Vollendetes Panoptikum!

Alle diese Zeichen, Römischer Gruß, Hitlergruß, Hakenkreuz und Rune sind nach rückwärts gewandte Zeichen, Zeichen, die so leer sind, daß sie nie Symbol werden können. Sie bezeichnen einen fortdauernden Verlust: Den Verlust von Geschichte als Heimat.

Die Piazza und der TV-Spot

25. April 1994. Mailand. Festtag zur Befreiung vom Faschismus. Piazza del Duomo. Nacht. Leere. Dann allmählich Morgengrauen. Die Silhouette der gotischen Fassade mit ihren zweitausend Statuen und der über hundert Meter hohen Madonna taucht langsam aus dem Sprühregen auf. Vis-à-vis die gigantische Trägerwand der Reklamen, aufleuchtende Lichtzeichen, Datum, Uhrzeit, Temperatur, Campari-rot und Strega-grün. Links und rechts die Pfortadern und Arterien: Die berühmte Galleria Vittorio Emanuele und, zwischen zwei Risaliten aus der Mussolinizeit, die Straße des Erzbischofs, die auf das „moderne" Mailand hinausstößt. Über einem der Eckrisalite, der zur Hälfte mit einem Baugerüst verkleidet ist, prangt: Sony grüßt Mailand. Bald werden die früh aufstehenden Japaner knipsend durch die Passage ziehen, bevor die Tausende und Abertausende der Manifestanten in diese edle Fassung der Piazza del Duomo einströmen werden. Aber das Juwel in dieser Fassung sind sie, das freie Volk der Italiener. Und sie wissen es.

Die freie Bewegung des Leibes hat in ihrer Manifestation die Form des Tanzes angenommen, der sich nach der Partitur der architektonischen Bauwerke ringsum vollzieht.

Der Autor dieser Zeilen hat mit ihnen gesprochen: mit dem Friseur, mit dem Taxifahrer, mit dem Kellner und mit dem Restaurant-Besitzer, mit dem Carabiniere und mit dem Straßenarbeiter; mit den Marktfrauen und mit den Hausfrauen; mit den Punks, nackte Haut unter künstlichen Häuten, und mit den Trägern der roten Fahnen. Die Antwort auf alle Fragen ist ein strahlendes Lächeln: DIE POLITIKER KOMMEN UND GEHEN. WIR ABER, WIR BLEIBEN. NOI ITALIANI! WIR SIND DAS VOLK!

Über den politischen Konsensus hinaus, der nur allzu oft ein Dissens ist, besteht der unmittelbare Konsens des Fleisches: Die Lust! Auch darauf hat sich Berlusconi berufen. Weiß er, daß diese Kraft ihn hinwegfegen wird?

Die Plätze Italiens sind die Nachfahren der griechischen Agora. Polis – Ort der freien Rede. Freies Schreiten, freie Bewegung des Leibes. Intimität: Durchdringung von individuellem Gestus und gestalteter kollektiver Phantasie. Geht diese Orientierung des die Freiheit suchenden Menschen verloren?

Wenn Du nicht mehr weißt, wo Du bist, auf der Piazza vor der Basilica oder in einer Fernsehsendung über Naziskins in einer deutschen Stadt, fällst Du ins bodenlose. Alles ist gleichgültig.

Diese Gleich-gültigkeit ist seit langem da: es ist die gleiche Gültigkeit aller vor dem Warenangebot. Wer als Kaufkraft mithalten kann, der das Selbstbewußtsein hochdatierter Arbeitskraft entspricht, gehört dazu, wer nicht, der ist marginalisiert: er ist nichts als die phantasmatische Sehnsucht nach Identität, nach der Identität des anderen, wie sie sich jeweils stell-

vertretend im welteröffnenden Code der Mikrochips präsentiert.

Angesichts der Gewalt der Neonazis auf den Straßen heucheln die etablierten Politiker Entsetzen: „Diese Kahlrasierten mit dem Hakenkreuz auf dem Schädel gehören nicht zu uns. Schließt sie aus dem Volkskörper aus!"

Jeder Mensch ist in seiner wie auch immer erscheinenden Privatheit, ob nun häßlich oder schön, gepflegt oder ungepflegt, tätowiert oder geschminkt, mit langgezogenen oder durchbohrten Ohren, der andere, dem mein Mitgefühl nicht versagt bleibt. Von dem Augenblick an, wo er geordnet und in Reih und Glied als Krieger an den Machtapparat angeschweißt auftritt, verkündet er schon vorab alle Schrecknisse und Greuel des Krieges. So sind die Auftritte organisierter Banden im Zeichen sich verbergender Macht in allem die Drohgebärde des Herrschenden selbst.

Ohne das Vehikel dieser Angst erzeugenden Agenten auf der Straße wirkt die Gewalt, die Furcht und Schrecken verbreitende Militanz ja selbst der harmlos scheinenden Börsenberichte nicht: Jeder Schauspieler braucht sein Double. Und die auf der Straße mit dem Römischen Gruß agierenden Figuren brauchen den gewaltigen Schatten der Staatsmacht, der sie deckt. Es ist die immer beunruhigende Differenz von Wesen und Erscheinung, die hier verhüllt wird. Die telematische Idolatrie ebnet alle Unterschiede ein: Sie baut den leicht gangbaren Weg des billigen Vergnügens einer Seifenoper für alle. Dort, wo jeder einzelne Staatsbürger mit dem Finger auf jeden Punkt im digitalen Raster zeigen kann, ein Gestus, den jederzeit das Auge ersetzt, dort ist die Gleichheit aller verwirklicht. Die Naziskins sagen, sie hätten dasselbe Recht, auf die Straße zu gehen und für ihre Ideen zu demonstrieren, wie zum Beispiel die Autonomen. Gleiches Recht für alle!

Lassen sich die Verhältnisse umkehren? Was sagt die Manifestation von Massen aus, die für die Verfassung des Staates, für ihre Repräsentanz kämpft – im Gegensatz zu Demonstranten, die ganz öffentlich den Staatsstreich verkünden? Es sind die politischen Inhalte, wird man sagen. Die einen wollen die alte Ordnung, die nicht mehr funktioniert, die anderen wollen eine neue Ordnung, die noch nicht funktioniert. Ist es tatsächlich das Politische, das sich hier ausdrückt, oder ist es etwas anderes, das das Politische zum Plakat macht?

Die leibliche Präsenz der Massen auf einem Platz oder die Erscheinung des politischen Führers im Rahmen des Fernsehens ist ein Unterschied. Dieser Unterschied ist das Politische. Wie ein Regenbogen auf dem Firmament, erscheint das Volk auf der Piazza. Die Architekturen der Jahrhunderte, die gotische Fassade des Doms, die zweitausend Statuen, das Vittore-Emanuele-Denkmal, die Kolonnaden und die GALLERIA, die hunderttausend Tauben und der Dauerregen, die Häuserfront als Werbeträger, die Tausendschaften der Polizei, dröhnende Hubschrauber auf dem Himmel über der Piazza, Tausende roter Fahnen, das ununterbrochene Bella Ciao, die Ikonen des politischen Bekenntnisses – wie bei einem Fronleichnamszug, die Gesten der einzelnen und der Gruppen, ihre Gesichter, ihre Lieder und Kampfparolen – dies alles ist ihr Erscheinen: DIE AURA. Von ihr sagt Walter Benjamin, sie sei „die einmalige Erscheinung einer Ferne, so nah sie sein mag": Jetzt und in diesem Augenblick ist diese Masse das Fest. Das ist der ganze Unterschied: die politischen Gegner, vor allem ihre Vehikel, die manipulares, Skins, Naziskins, sie alle haben nichts Feierliches an sich, es sei denn die Feier des Todes. Hier fallen Macht und Illusion zusammen. Es ist der Augenblick des Todes selbst, Anfang und Ende der Macht, Auf- und Untergang der Reichsillusion. Es ist der Terror, das Brutum selbst, die Häßlichkeit des ungeschminkten Todes und der Macht, wie er, hier und jetzt, erscheint. Verhält sich das Bild des Führers zur Erscheinung seiner Anhänger wie die Abhängigkeit der Erscheinung vom Regieeinfall, so ist der Auftritt des Regisseurs, des politischen Führers, die Inszenierung einer Farce. In der Küchensprache ist die Farce die Füllung eines entleerten Tierkörpers oder einer ausgehöhlten Frucht. In der Welt des digitalen Scheins ist das Füllwerk, der Videoclip, schon die ganze Tragödie. Eine Tragödie freilich, die sich außerhalb des theatralen Raums abspielt – im Cyberspace:

„‚Fiat ars – pereat mundus' sagt der Faschismus und erwartet die künstlerische Befriedigung der von der Technik veränderten Sinneswahrnehmung ... vom Krieg ... Die Menschheit, die einst bei Homer ein Schauobjekt für die Olympischen Götter war, ist es nun für sich selbst geworden. Ihre Selbstentfremdung hat jenen Grad erreicht, der sie ihre eigene Vernichtung als ästhetischen Genuß ersten Ranges erleben läßt." (Walter Benjamin, s.o.)

Silvio Berlusconi, Cyber-Space-Joker, Ministerpräsident. Foto: Peter Jirak

Berlusconis spartenübergreifendes Dienstleistungsgeflecht der Verblödung simuliert Weit- und Weltsicht. Der AC Milan spielt gegen Nacional Medellin, die berüchtigte, vom kolumbianischen Drogenkartell finanzierte Mannschaft. Die Welt-Mafia, identisch mit dem Welt-Faschismus, hat nichts zu verbergen. Der Cavaliere Berlusconi grinst vom Cover seiner Zeitschrift Canzoni e sorrisi, eine Fernsehzeitschrift, die die höchste Auflage aller italienischen Wochenblätter hat und das niedrigste Niveau. Das Grinsen dieses Herrn wird in die Geschichte eingehen: als die völlige Durchdringung von

Jetzt und immer: Widerstand. Foto: Peter Jirak

Macht und Illusion in eben diesem Augenblick des Lächelns – unendlich oft wiederholbar und reproduzierbar, als würde mit dieser Maske nichts als das Verschwinden von Macht und Illusion selbst sich entbergen. Die alten Patriarchen verbargen hinter Goldmasken ihre individuelle Sterblichkeit – bei gleichzeitiger Suggestion von der Unsterblichkeit ihres dynastischen Machtanspruchs. Die neuen Patriarchen haben die taylorisierte Arbeit, die Autobahn und die digitalisierte Konsumtion gleichgeschaltet. Aber sie tun nichts anderes, als die Machthaber aller Zeiten: gewaltsam trennen, was organisch verbunden, illusionistisch verknüpfen, was technokratisch getrennt und vereinzelt zum Untergang verurteilt ist.

Die privaten Sender sind Verkaufsinstrumente in einer unkritischen Konsumgesellschaft. Der Konsument zeigt Entzugserscheinungen in Permanenz, wenn der versprochene Film nie stattfindet. Demnächst in diesem Theater! Filmriß. Tröstende Schnipsel aus Videokassetten, Werbung für Sexshops und Kassettenversand. Keine Reportagen aus dem Orient, dafür als Reportage fingierter Verkauf von Perserteppichen; kein Naturfilm über Biber, statt dessen exklusive Pelzmäntelangebote. Keine Live-Sendung, dafür die dümmsten amerikanischen Konserven zuhauf. Das Tonbandgelächter sagt dem Zuschauer, wann er zu lachen habe. Keine Buster Keatons oder Chaplins für die Kinder, sondern japanische Brutalos, in denen ein Superman den anderen mit dem Anihilator auslöscht. Keine Problemdiskussionen, aber als Diskussion getarnte Möbelwerbung. Und im ARD-Morgenmagazin präsentiert nicht der Meteorologe Jörg Kachelmann das Wetter, sondern die Häferlfirma Teflon. Schaltet das Fernsehen ab und entzündet das Feuer auf den Plätzen!

Die Menschheit – sie ist nur ein Leib! Auf den Plätzen, gebaut aus allen Architekturen, erfährt sich dieser Leib als das raum-zeitliche Kontinuum: als der hier und jetzt erscheinende, kontingente und ungebrochene Leib. Im Gegensatz steht die Erfahrung der Arbeit, des Transports, des Verkehrs und des Konsums – als ständige Gebrochenheit, als Leiden. Hier auf der Piazza, im Augenblick der explosiven Ekstase hat alles Leiden ein Ende. Die chaotische, einsame, leidende und sich jetzt in Freude orgiastisch erlebende Masse ist nacktes Fleisch auf dem Platz, nur gehalten vom Knochen der Architektur.

Im Gegenbild die organisierten Massen des Krieges. Überall dort, wo auf der Matrix des digitalen Bildes menschliche Identität als eine Speichereinheit verborgen ist, wird eine Schnittstelle: menschlicher Leib – technischer Apparat bezeichnet. Für den Operator, der den Regieanweisungen des Konstruktionsplans folgt, ist jeder dieser Punkte, der ein Moment der Masse bezeichnet, nichts als eine Strich-Code-Identität. In Wahrheit ist jede dieser Schnittstellen eine blutende Wunde.

In der telematischen Barbarei ist der Mensch, sein eigener Zwerg, zu sich gekommen. Und die Macht der videokratischen Herrscher zeigt sich in der Verfügungsgewalt von Gleichschaltung aller Bedürfnisse und Leidenschaften. Gesteuert wird der libidinöse Antrieb der Massen, ihre Seele. Jeder einzelne, der zappernd die gespeicherten Befehle im Telekommander simulierend agiert, vollendet als unendlicher Akt der Unterwerfung diese digital gespeicherte Gleichschaltung. Jeder Augenblick ist ein Augenblick des Krieges. Alles ist mit allem, jeder mit jedem austauschbar: der Sitzende vor dem Bildschirm ist der Sitzende vor dem Bildschirm – ob im Cockpit des Bombers oder im Plüschsessel daheim. Überall ist nirgends. Ende aller Utopie.

Es war einmal eine Zeit, da die Künstler und Philosophen sich das Paradies ausmalten; heute stricken sie zumeist nur noch am Netzwerk der Hölle. Der Künstler denkt zuerst die Bilder. Er imaginiert sie. Er nimmt sie innerlich wahr, bevor sie als Werkstücke gemacht und reproduziert werden können, bevor sie als Gebrauchs- oder Tauschwert auf dem Markt erscheinen. Diesen geheimnisvollen Urgrund empfangender Wahrnehmung versucht der technische Zugriff zu simulieren: als die Möglichkeit digitaler Speicherung beliebiger wirklicher Veränderungen. In der Kunst ist die Möglichkeit – wie im philosophischen Denken auch – immer an die Wirklichkeit gebunden. Dies heißt noch immer: Vorrang der Praxis vor allem virtuellen Getue. In der sprachlosen Welt der Dinge liegt die Aufforderung, sie selbst zum Sprechen zu bringen und nicht, wie die Technokraten meinen, sie auf- und daher zuzählen. Der Künstler sieht in allem Material nicht den immateriellen, nicht erscheinenden Code, er erblickt, mit tastender Gewißheit, die mögliche Gestalt seiner wirklichen Phantasie. Diese in allem verborgene und ruhende Gestalt zu befreien, ist seine Aufgabe:

„Ich finde den keltischen Aberglauben sehr vernünftig, nach dem die Seelen der Lieben, die uns verlassen haben, in irgendein Wesen untergeordneter Art gebannt bleiben, ein Tier, eine Pflanze, ein unbelebtes Ding, dennoch verloren für uns bis zu dem Tag, der für viele niemals kommt, wo wir zufällig an dem Baum vorbeigehen oder in den Besitz des Dinges gelangen, in dem sie eingeschlossen sind. Dann horchen sie bebend auf, sie rufen uns an, und sobald wir sie erkennen, ist der Zauber gebrochen. Befreit durch uns besiegen sie den Tod und kehren ins Leben zurück." (Marcel Proust, Auf der Suche nach der verlorenen Zeit; Band I) ■

Dr. Peter JIRAK ist Philosoph und Schriftsteller. Er lebt in München.

Elemente einer Theorie der Medien

Franz SCHANDL
Gerhard SCHATTAUER

Medientheorie ist selten etwas anderes gewesen als ein besonders seichter Abklatsch jener soziologistischen Phänomenologie, die die bürgerliche Theorie am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts kennzeichnet. Eine dialektische Medientheorie hat nie existiert.

Elemente einer solchen sollen im folgenden entwickelt, die Medien als aus der kapitalistischen Wert-Konstitution abgeleitete Sphäre erfaßt werden. Es geht uns nicht nur darum, sich wie die herkömmliche Technik- und Kulturkritik mit einer instrumentellen Kritik über die Imperative zu empören, die über Medien selektiert und kommuniziert werden, wir wollen auch zur Frage vorstoßen, was denn die Imperative sind, die diese Imperative bedingen.

Sinnlichkeit und Wahrnehmung

Sinnlichkeit ist das allgemeine Medium des menschlichen Weltbezugs, sinnlich werden die Objekte wie Zustände der Welt in ihrer äußerlichen Konkretion ins Subjekt transformiert. Sinnlichkeit ist ein Moment der Wahrnehmung, nicht aber schlechthin mit dieser gleichzusetzen. *„Wahrnehmung ist nur möglich, insofern das Ding schon als bestimmtes, etwa als Fall einer Gattung wahrgenommen wird. Sie ist vermittelte Unmittelbarkeit, Gedanke in der verführerischen Kraft der Sinnlichkeit."*[1] In der Wahrnehmung bereits wird der sinnliche Eindruck durch das Denken angereichert.

Die sinnliche Auffassung des Daseins schafft Bekanntschaft mit den Dingen, nicht a priori Erkenntnis. *„Das Bekannte ist darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt"*[2], schreibt Hegel. Um über die deskriptive Bezogenheit der Sinne hinauszugehen, bedarf es des begrifflichen Denkens. *„Zwischen dem wahrhaften Gegenstand und dem unbezweifelbaren Sinnesdatum, zwischen innen und außen, klafft ein Abgrund, den das Subjekt, auf eigene Gefahr, überbrücken muß. Um das Ding zu spiegeln, wie es ist, muß das Subjekt ihm mehr zurückgeben, als es von ihm erhält."*[3] Im Denken erfolgt diese Leistung. Aber auch was das Subjekt vom Objekt wahrnimmt, sind bloß Aspekte und Momente desselben; etwas bleibt zurück.

Ein Ding an sich zu erkennen, meint, sein Allgemeines zu erfassen. Erhält das Subjekt durch sinnliche Wahrnehmung die vielfältige Konkretion des Daseienden, so verleiht sein Denken den für sich seienden Objekten ihr allgemeines Wesen. *„Denken heißt, etwas in die Form der Allgemeinheit bringen."*[4] Denken ist die Reflexion der Wirklichkeit als jener Allgemeinheit, die in der besonderen Konkretion der natürlichen Dinge nicht aufgeht. Es verleiht dem Konkreten seinen abstrakten Begriff. Erst durch diesen wird Wahrnehmung zur Erkenntnis.

Wahrnehmung erfolgt nie isoliert, sondern setzt ihre Objekte immer, wenn auch vielfach gänzlich unbewußt, in einen kontextuellen Bezug. Sie leistet immer mehr, als die Sinne vermitteln. *„Jede Wahrnehmung enthält bewußtlos begriffliche, wie jedes Urteil unaufgehellt phänomenalistische Elemente."*[5] Die Konstitution der Sinne erschöpft sich nicht in evolutionärer Bedingtheit oder Ontologie. Sinnlichkeit ist nicht nur ein passives Kanalsystem, auf dem die Eindrücke zum Bewußtsein schwimmen, nicht nur durch die Vermittlung der äußeren Welt ist der menschliche Sinnbezug konstituiert, sondern auch durch die innere der denkenden Reflexion. *„Wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht sie auch vernünftig an, beides ist in Wechselbestimmung."*[6]

Sachdenken

Weder die Form der sinnlich konkreten Anschauung noch jene der denkenden Verallgemeinerungen und Abstraktionen sind losgelöst von der Entfaltung des Gesellschaftsverhältnisses zu betrachten. Wahrnehmung ist ein historisches Produkt. Die das moderne Alltagsbewußtsein beherrschende Überzeugung, die Welt sei eine Anhäufung von Sachen, ist selbst an historische Voraussetzungen gebunden. Um Dinge, Sachen zu erkennen, mußten diese erst einmal „erfunden", das heißt als begriffliche Abstraktion, die sie sind, in das Denken eingeführt werden. Dem christlichen Mittelalter und noch der frühen Neuzeit wäre begriffliche Sachlichkeit denkunmöglich gewesen, das Diesseits galt dem theologisch-metaphysischen Weltbild als nichtiger Schein, es war undenkbar ohne die Klammer eines transzendenten Jenseits und nur aus diesem begreifbar. Erst der moderne Empirismus und Positivismus hat den metaphysischen Schleier über der dinglichen Welt endgültig gelüftet – wenn auch freilich zu gründlich. Die positivistische Fixierung auf isolierte Analysis blieb nämlich selbst negativ metaphysisch; denn: kein Ding ist nur es selbst!

Technik und Herrschaft

Die „Herrschaft" des technischen Apparates verweist auf tiefer liegende Strukturen, sie läßt sich nicht aus der Problematisierung des instrumentellen Zweck-Mittel-Verhältnisses ableiten. Durch die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise ist die Gesellschaftsformation kapitalistisch konstituiert, mithin auch ihre Technik. Für den Mediensektor brachten dies Horkheimer und Adorno auch treffend zum Ausdruck, indem sie anstelle des blutleeren Wortes Medien den Begriff der *„Kulturindustrie"* verwendeten.[7]

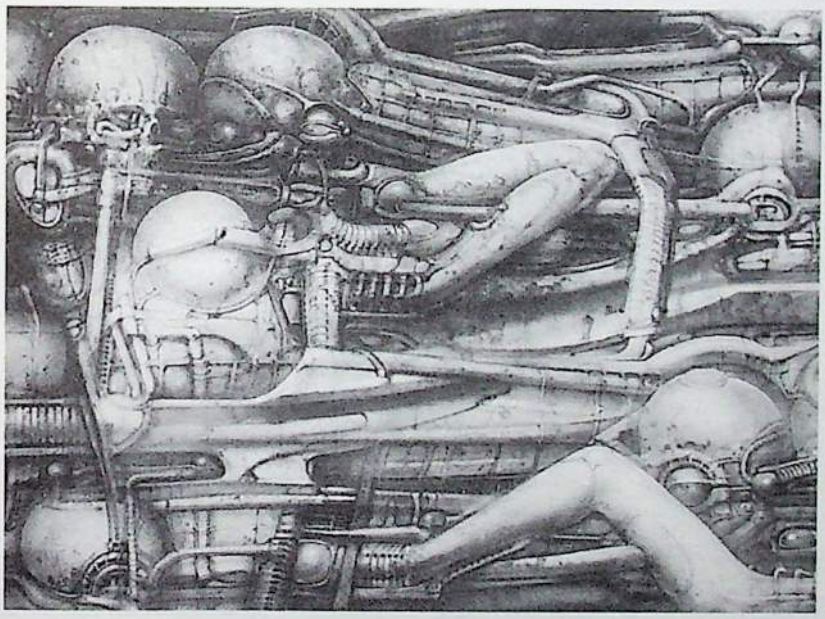
Die herkömmliche Technik- oder Zivilsationskritik linker wie rechter Provenienz unterläßt es freilich zumeist, den Bedingungszusammenhang der kritisierten technologischen Rationalität zu reflektieren. Für den Kulturpessimismus infiziert die technologische Rationalität die gesellschaftliche Totalität und unterjocht sich das Subjekt dergestalt, daß jegliches vorwärtsgewandtes Denken als ausweglos erscheinen muß. Der Mangel aller bürgerlichen Theorie liegt nicht in der Kritik der instrumentellen Rationalität, sondern darin, daß sie unhinterfragt mit der Schablone eines absoluten Subjekts operiert. Ihr Menschenbild erschöpft sich in Anthropologie, ist letzthin biologistisch.

Uns erscheint es wenig sinnvoll, die Technik als Sündenfall bloßzustellen. Das heißt aber auch nicht, daß wir in ihr die Emanzipation schlechthin erblicken. Das menschliche Technikproblem dialektisch aufzulösen, bedeutet vielmehr, schon im Ansatz das absolute Subjektdenken hinter sich zu lassen. Die größten Probleme der „Individuen" heute sind nicht subjektiver Natur, sondern sozialer. Wenn die Subjekte auch der technischen Immanenz ihres Mittel-Universums unterworfen sein mögen, so funktioniert dieses selbst nach gesellschaftlichen Regeln.

Emanzipation und sinnliche Gewißheit

Menschliche Emanzipation motiviert sich aus einem Mißtrauen gegenüber den Sinnen. Die geschichtliche Differenzierung der sinnlichen Apparatur begleitete ein elaboriertes Herausarbeiten aus den Unzulänglichkeiten sinnlicher Rezeption. Schon frühzeitig, an der Schwelle zur Menschwerdung trat mit dem Denken und der Sprache an die Seite der Rezeption die Reflexion. Diese selbst fächerte sich mit fortschreitender Vergesellschaftung weiter systemisch auf; wissenschaftliche Reflexion schied sich vom Alltagsdenken. Der naturgegebenen Technik des ersten Blicks, der rezipiert, ohne bewußt zu reflektieren, wie diese Rezeption konstituiert ist, fügt der vernunftbegabte Mensch den zweiten hinzu, der diese Reflexion leistet und imstande ist, in und hinter die Dinge zu blicken. *„Wären überhaupt die Dinge das, was man ihnen sofort ansieht, so müßten jede Untersuchung und Wissenschaft sich erübrigen."*[8] Wie schrieb doch Marx über die Erscheinungsformen und ihren verborgenen Hintergrund: *„Die ersteren reproduzieren sich unmittelbar spontan, als gang und gäbe Denkformen, der andre muß durch die Wissenschaft erst entdeckt werden."*[9] Wissenschaft ist die Technik der Ausbildung dieses zweiten Blicks, der *„Einmischung der Form des Allgemeinen in die sinnliche Erscheinung"*[10], der Besonderungen ausnimmt, um über ihre Konkretion hinauszudringen.

Der Fortschritt der Wissenschaften hatte im geschichtlichen Prozeß zwei Richtungen, deren eine die Aufhebung überkommener Momente begrifflicher Reflexion selbst darstellte, während sich die andere beständig gegen die Heimsuchungen des Bodensatzes sinnlicher Vernunft, die sinnliche Gewißheit (Hegel), das Alltagsdenken, den gesunden Menschenverstand, wenden mußte. In der bürgerlichen Aufklärung kulminierten diese beiden Tendenzen in der Denunziation der letzten Reste idealistischer Metaphysik gleichwie der sinnlichen Beschränkungen in den Sphären unmittelbarer Reproduktion.



G. Guntern-Gallati: Hautlandschaften

Das Refugium des gesunden Menschenverstandes, jener unelaborierten sinnlichen Anschauung, in der die begriffliche Selbstreflexion bis auf Rudimente beschränkt ist, die Technik des ersten Blicks sich erfolgreich gegen die Insistierungen des zweiten verwahren konnte, blieb das auf die Sphäre der (Re)Produktion abonnierte Alltagsdenken und -bewußtsein. Erst in der Moderne aber trat es vornehmlich als Sachdenken in Erscheinung. Seine Bedingungen setzte die Entfaltung des Gesellschaftsverhältnisses. Der Mensch der vorbürgerlichen Gesellschaft wurde von der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in eine Dimension rein abstrakter Subjektivität geschleudert. Die Rasanz dieses Prozesses katapultierte ihn geradezu aus dem Status der Unterworfenheit – die etymologische Wurzel des Subjekt-Begriffes weist noch darauf hin in eine Sphäre der Individualität, wo er nur abstrakte Person ist ohne konkretes Subjekt sein zu können. Die Feinheiten des Verstandes blieben der überwältigenden Masse der Menschen noch zu jedem Zeitpunkt unerschlossen. Die bürgerliche Demokratie als formale Demokratie, mit ihren an der abstrakten Einzelheit ansetzenden Partizipationsmöglichkeiten von Mitsprache und Mitbestimmung mußte zwangsläufig zu einer Ausweitung der Betätigungsfelder des sinnlichen Verstandes führen.

Bild und Text

Phänomenologisch schlagen sich Ausweitung und Umschlag des Sachdenkens auf die rationelle Vernunft in der Okkupation der Textsphäre durch das Bild nieder. Sprache, Text und Schriftkultur waren die geistesgeschichtlichen Medien zur Übersetzung begrifflicher Vernunft in die Wirklichkeit schlechthin. Die Differenz zur sinnlichen Bildwahrnehmung beschrieben Horkheimer und Adorno so: *„Als Zeichen soll Sprache zur Kalkulation resignieren, um Natur zu erkennen, den Anspruch ablegen, ihr ähnlich zu sein. Als Bild soll sie zum Abbild resignieren, um ganz Natur zu sein, den Anspruch ablegen, sie zu erkennen."*[11] Die modernen Massenmedien machten zuerst, vollends in den zwanziger Jahren, der Wissenschaft die Domäne der Schriftkultur streitig, um kurz darauf, mit der Verbreitung von Film und Fernsehen, die bildliche Rezeption als vorherrschenden Modus der Weltwahrnehmung zu installieren.

Der Philosoph Günther Anders sieht im Bild gar eine *„Hauptkate-*

gorie"[12] des heutigen Daseins. Er schreibt: *„Jedenfalls ist die Rolle der Bilder so ungeheuer, daß mir, wenn ich mir die Welt von ihren Milliarden Bildern: den Photos, Filmen, Fernsehphantomen und Plakaten entleert vorstelle, nur das reine Nichts übrigbleibt."*[13] Und an anderer Stelle: *„Früher hatte es Bilder in der Welt gegeben, heute gibt es ‚die Welt im Bild', richtiger: die Welt als Bild, als Bilderwand, die den Blick pausenlos fängt, pausenlos besetzt, die Welt pausenlos abdeckt."*[14]

Die Massenmedien verändern die Phänomenologie des menschlichen Weltbezugs, und damit auch die Formen und Erscheinungen auf dieser Welt. Das Informationswesen *„überflutet unsere Bewußtseinskapazitäten in einer geradezu anthropologisch bedrohlichen Weise"*[15], meint etwa Peter Sloterdijk. Alle Realität läßt sich jederzeit und unmittelbar als naturgetreues Abbild wiedergeben. Soziales Verhalten, eben weil die Realität permanent durch mediale Kanäle passiert wird, bestimmt sich zunehmend als Idolatrie. Die Zeitgenossen anerkennen das ganz profan und sachlich als hinzunehmende „Mediengesetzlichkeit". Daß sich Politik primär nur noch im Äther der Tagesaktualität vermitteln kann, der Rhythmus ihrer Manifestationen den Sende- und Druckterminen angepaßt werden muß, die Qualität dieser Manifestation sich nach dem Nachrichtenwert zu bemessen hat, erscheint heute bereits als selbstverständliche Norm. Was sich ereignet, ist als reelles Geschehen formell wie inhaltlich schon möglichst auf seine optimale Reproduktionseignung hin standardisiert. *„Das Wirkliche – das angebliche Vorbild – muß also seinen eventuellen Abbildungen angemessen, nach dem Bilde seiner Reproduktionen umgeschaffen werden. Die Tagesereignisse müssen ihren Kopien zuvorkommend nachkommen."*[16]

Wirklichkeit - Realität - Faktizität

Wirklichkeit zerlegt sich in Momente der Realität und Negation, doch dem Realismus der Sinne ist nur das erste zugänglich, ihr Eindruck bleibt einzig an den Realitäten haften. Die Medien technisieren diesen Mangel der Sinne schließlich. Dialektik ist ihnen instrumentell unzugänglich. Bürgerliches Denken ist Sachdenken, es drängt zur Isolierung, zur Wahrnehmung der Wirklichkeit nicht in ihrer Totalität, ihrer Bezüge und deren Vermittlung. Sein Vormarsch ist gleichbedeutend mit der Verdrängung und Ausblendung der Dimensionen des Allgemeinen wie Negativen. Alles hat sich in positiver Besonderung zu erschöpfen. Den Gipfelpunkt dieser Methode markiert die nur mehr schwerlich als Denken zu bezeichnende postmoderne Bezügelosigkeit, die die Welt nicht ungleich ihrer informationstechnologischen Zubereitung nur noch als Komposition von Differenzen und Heterogenität zu betrachten vermag. Wie das moderne Denken aber auf Sachlichkeit abonniert ist, so der mediale Apparat auf Rezeption sachlicher Eindrücke.

Mediale Berichterstattung reduziert den Weltzusammenhang auf pure Faktizität, die in ihrer gleichgültigen Aneinanderreihung abstrakte Faktizität ist. *„Eine Sache ist eine Sache, und mehr läßt das Medium nicht zu. Zusammenhänge zwischen ‚Sachen' herzustellen, das hieße ja Ideologie zu betreiben. Darum: wer Zusammenhänge herstellt, fliegt raus. Wer denkt, muß aussteigen. Wer bis drei zählt, ist ein Phantast. Der Empirismus der Medien duldet nur isolierte Berichte, und diese Isolation ist wirkungsvoller als jede Zensur, weil sie dafür sorgt, daß das, was zusammengehört, nicht zusammenkommt und auch in den Köpfen der Menschen nur schwerlich zu sich findet."*[17]

Aber nicht nur das Allgemeine hat die mediale Präsentation hinter der Seriellität ihrer Themen verschwinden lassen, auch das Besondere, Konkrete in der aufbereiteten Faktizität ist zur blutleeren toten Form geronnen. Hier kann die Ideologisierung der gesendeten Information ansetzen, in dem diese bar ihrer Konkretion nicht mehr für sich selbst sprechen kann und – eben aus ihrem Kontext gerissen – in den Medienkanälen neu kontextualisiert wird. Selbst das konkret an sich sinnlich Wahrnehmbare tritt in seiner Verknüpfung zu einer endlosen Reihe an Bedeutung hinter seine ideologische Kontextualisierung zurück.

Die Medien müssen die Dinge aus ihrem Zusammenhang reißen, um sie in der Berichterstattung aneinanderreihen zu können. An die Stelle gesellschaftlicher Verhältnisse in ihrer wechselseitigen Bezogenheit und Determinierung tritt eine Gruppierung und Reformation bloßer Fakten, die als solche nicht einmal als begrenzte Ausschnitte der Realität aufgefaßt werden können. Die Technik der Besonderung reiht abstrakte Einzelheiten zur Serie des Immergleichen. *„Jeder Film ist die Vorschau auf den nächsten."*[18] Um die Ereignisse für die Berichterstattung auffädeln zu können, müssen die Medien die Wirklichkeit zertrümmern. Sie atomisieren. Qualitäten werden auf quantitative Kommensurabilität heruntergebracht. *„In der linearen Reihung des Großen, Kleinen, Wichtigen, Unwichtigen, Verrückten, Ernsten etc. verschwindet das ‚Besondere' und das ‚eigentlich Wirkliche'."*[19]

Es ist die typische Leistung der Massenmedien, *„die Wirklichkeit zu entdialektisieren."*[20] Waren die Dinge und Umstände in ihren Verhältnissen vielseitig, so stehen sie jetzt nur noch für sich. Eins neben dem anderen sind sie sich einerlei und sind sie alle gleich. *„Die unerschöpfliche 'Ordnungs'kapazität der Massenmedien"*, schreibt Peter Sloterdijk, *„gründet in ihrem additiven ‚Stil'. Nur weil sie sich auf dem Nullpunkt gedanklicher Durchdringung festgesetzt haben, können sie alles geben und alles sagen, und dies wiederum alles auf einmal. Sie haben nur ein einziges intelligibles Element: das ‚Und'. Mit diesem ‚Und' läßt sich buchstäblich alles zu Nachbarn machen."*[21] Die Massenmedien können kein Ding dieser Welt auf den Begriff bringen, weil jeder wirkliche Begriff als gedankliche Abstraktionsleistung über eine bloß deskriptive Bezogenheit auf besondere Tatsachen hinausgehen müßte.[22]

Ungleich Texten, geschweige denn Kontexten, wo eine Befassung noch auf begriffliches Verstehen abzielen kann, weil die textliche Rezeption immer auf Abstraktionsleistungen fußt, zielt die Bildwahrnehmung vorrangig auf bloß sinnliche Anschauung. Bildliche Aufbereitung impliziert einen ungleich höheren Grad an Ausgeliefert-Sein als textliche Wahrnehmung. Herbert Marcuse hat darauf hingewiesen, daß diese Bebilderungstechnik bereits die Sprache infiziert hat. Er schreibt: *„Dieser Stil ist von einer überwältigenden Konkretheit. Das ‚mit seiner Funktion identifizierte Ding' ist realer als das von seiner Funktion unterschiedene, und der sprachliche Ausdruck dieser Identifikation (im funktionalen Substantiv und in den vielen Formen syntaktischer Abkürzung) schafft ein grundlegendes Vokabular und eine Syntax, die einer Differenzierung, Trennung und Unterscheidung im Wege stehen. Diese Sprache, die den Menschen unausgesetzt Bilder aufnötigt, widersetzt sich der Entwicklung und dem Ausdruck von Begriffen."*[23]

Ideologie und Pluralismus

Die ideologischen Ordnungsleistungen der medialen Informationsmaschine sind nur scheinbar hinter die rein faktische Informationsvermittlung zurückgetreten. Die sachliche Ideologie der Ideologiefreiheit baut gerade auf dieser Scheinhaftigkeit auf. Nach ihr gilt: *„Einen Unterschied zwischen ‚Fakten' und deren ‚Interpretation' darf es nicht geben."*[24] Doch die eigentliche Botschaft verbirgt sich nicht in der Sendung und den Fakten, sondern dahinter, in ihrem Prinzip. *„Die Flut von Einzelbildern soll verhindern, daß wir zu einem Weltbild überhaupt kommen und daß wir das Fehlen des Weltbildes überhaupt spüren."*[25] Cum grano salis stimmt die Behauptung der Ideologiefreiheit sogar. Ideologie, Weltanschauung hat einen kohärenten

G. Guntern-Gallati: Hautlandschaften

Weltbegriff zur Voraussetzung, wo dieser durch mediale Kanäle passiert und zerstückelt wird, verliert sich jedes Zusammenhangsdenken.

„Je integraler eine Macht, um so stummer ihr Kommando."[26] Mit dem Pluralismus der Medienlandschaft und der Vielfalt der Meinungen ist es nicht weit her. Schon die serielle Zurichtung der Information, ihre Normierung, die fetzenhafte, kausalitätsblinde Aufbereitung, ihr Abonnement auf das Sachdenken reduzieren die plurale Vielfalt auf eine monotone. Mit dem verbleibenden Rest ist nicht mehr viel anzufangen. Robert Musil bringt dies treffend zum Ausdruck, wenn er schreibt: *„Jeder Tag hatte seine Erregungen gehabt, und trotzdem ließ sich nur noch schwach oder gar nicht erinnern, was damals eigentlich los gewesen war. Man konnte es abkürzen. Das neue Heilmittel gegen die Lues machte-; in der Erforschung des Pflanzenstoffwechsels wurden-; die Eroberung des Südpols schien-; die Steinachexperimente erregten-; man konnte auf diese Weise gut die Hälfte der Bestimmtheit weglassen, es machte nicht viel aus."*[27]

Was bleibt und sich in den aufgestapelten Zeitschriften, Ton- und Bildträgern konserviert, ist letztendlich so pluralistisch, wie die Verwertungsoptionen des Kapitals erlauben. Wo alles Ware wird, hat alles seinen Tauschwert in Form des Preises. Insofern kann der Kapitalismus keinen Unterschied machen zwischen Artikeln, die in Zeitschriften erscheinen, und Artikeln, die in Lebensmittelregalen stehen. *„Emphatische Differenzierungen wie die von A- und B-Filmen oder von Geschichten in Magazinen verschiedener Preislagen gehen nicht sowohl aus der Sache hervor, als daß sie der Klassifikation, Organisation und Erfassung der Konsumenten dienen. Für alle ist etwas vorgesehen, damit keiner ausweichen kann, die Unterschiede werden eingeschliffen und propagiert. Die Belieferung des Publikums mit einer Hierarchie von Serienqualitäten dient nur der um so lückenloseren Quantifizierung."*[28] Das Profil ist eben die »Kronen-Zeitung« des gesellschaftlichen Mittelbaus, nicht mehr und nicht weniger.

Kommunikation und Entformation

Als systemische Schnittstelle – es ist ja strategisch keineswegs zufällig, daß die Medien gerade an den Bruchstellen der Kommunikation ansetzen[29] – sind sie alles andere als indifferent gegenüber den von ihnen transportierten Inhalten. Und das betrifft nicht nur die formale Adaptierung der Nachrichten an die Informationskanäle. Kommunikation ist ein dreistelliger Selektionsprozeß: *„Es geht nicht nur um Absendung und Empfang mit jeweils selektiver Aufmerksamkeit; vielmehr ist die Selektivität der Information selbst ein Moment des Kommunikationsprozesses."*[30]

Die Demokratisierung der Nachricht verbaut den Blick auf das Wesen dieser Prägeleistungen. In einer warenproduzierenden Gesellschaft ist jedenfalls davon auszugehen, daß die kommerzialisierenden Imperative weitaus stärker gewichtet werden müssen, als die politischen.

Im Journalismus dimensioniert sich Information als Ware, nicht als Gut. Die Frage nach der Story ist eine nach der Verkäuflichkeit, nicht eine nach Inhalten. An der Geschichte selbst interessiert nicht das sie Ausmachende, sondern das an ihr Verwertbare. Georg Lukacs schrieb schon Anfang der zwanziger Jahre: *„Am groteskesten zeigt sich diese Struktur im Journalismus, wo gerade die Subjektivität selbst, das Wissen, das Temperament, die Ausdrucksfähigkeit zu einem abstrakten, sowohl von der Persönlichkeit des "Besitzers" wie von dem materiell-konkreten Wesen der behandelten Gegenstände unabhängigen und eigengesetzlich in Gang gebrachten Mechanismus wird. Die „Gesinnungslosigkeit" der Journalisten, die Prostitution ihrer Erlebnisse und Überzeugungen ist nur als Gipfelpunkt der kapitalistischen Verdinglichung begreifbar."*[31]

Nicht Information wird geboten, sondern Entformierung. Zur Begrifflichkeit: Informierung ist etwas sich Zusammenfügendes, Information etwas Festgefügtes. Entformierung ist die Auflösung und Zerstückelung des sich potentiell Zusammenfügenden, Entformation ist das festgefügte Aufgelöste, die erstarrte Zersplitterung. Das Bewußtsein kann sich durch die Entformierung nicht formen, sondern wird in Stimmungslagen deformiert. Die Wirklichkeit wird bei der heute gebräuchlichen Entformierung nicht umgelogen, sondern in Tatsachen entmischt. Die meisten Meldungen sind

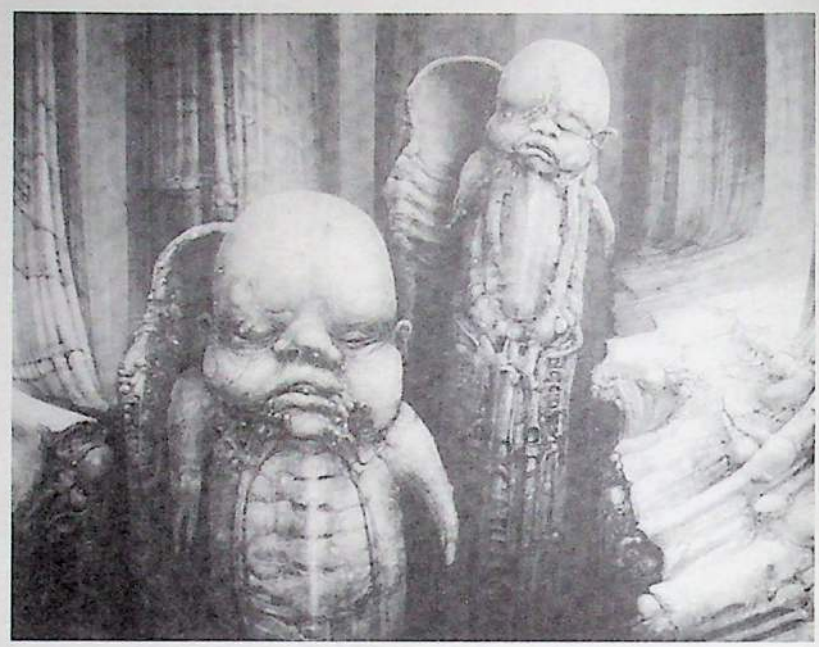
daher, wenn auch inhaltlich falsch, so doch sachlich richtig, weil keiner Lüge überführbar und einzeln auch nicht widerlegbar. Durch die Loslösung des Sachverhalts aus den gesellschaftlichen Verhältnissen kann dieser nicht mehr gewichtet und eingeordnet werden. Nur der gesellschaftliche Kontext erlaubt es, die Lüge in der Wahrheit zu erkennen. Die Fülle der auf sie einstürzenden Meldungen überfordert und überfährt jedes elementare Aufnahmevermögen, macht die Menschen apathisch und ohnmächtig.

Journalismus und Journaille

Der Journalist steht unter einem besonderen Druck zur positiven Affirmation, weil es seine Aufgabe ist, als Schnittstelle sozialer Kommunikation jene herrschenden abstrakten Werte zu vermitteln, mit denen sich ein gegebenes Gesellschaftssystem ideologisch zu legitimieren trachtet. Die Propagierung solcher Leitwerte schwingt daher bei jedem erdenklichen Thema mit, über das ein Journalist zu informieren hat. Wie sagt doch der unvergleichlich nüchterne Systemanalytiker Niklas Luhmann: *„Themen diskriminieren die Beiträge und damit auch die Beiträger."*[32] Als Generalist, der in vielen Gebieten der Tagesaktualität beheimatet sein muß, ist der Journalist – und das verbindet ihn mit dem Politiker – der durchgängige Internalisierer. Wie dieser muß er über vergegenständlichte gesellschaftliche Fragen sprechen, in denen er nicht sattelfest ist. Er kann nicht gegen seine Überzeugung schreiben und weil er über vieles schreiben können muß, muß er von allem irgendwie überzeugt sein.

Im Zeitalter der Spezialisierung ist der Journalist ein Prototyp des halb- oder gar viertelgebildeten Kosmopoliten. Er muß von allem etwas wissen, kann aber genau deswegen wenig begreifen. Als Mittler abstrakter Werte braucht er dies auch gar nicht, weil er ohnehin immer nur der Idealität den Vorzug vor ihrer schlechten Anreicherung in der Realität geben muß. Als Minimalist muß er überdies noch jedes übergreifende, komplexe Thema in linearer Tagesaktualität auflösen können. Freilich kann er dabei fortwährend erkennen, daß das positiv Affirmierte der postulierten abstrakten Werte-Idealität nie und nimmer gerecht wird.

Laufend muß der Journalist Zusammenhänge für das sinnliche Alltagsbewußtsein aufbereiten, Komplexitäten nivellieren, Zusammenhänge in Fakten zerstückeln. Der Umschlag des Partikularismus der Kritik zur Kritik des Totalitarismus ist dem Journalisten nur an politischen Systemgrenzen gestattet und dort sogar gefordert. Die „Systemstruktur" einer als feindlich erkannten Umwelt kann und muß er in ihrer Totalität als die allgemeine Wurzel des manifesten Übels bloßlegen – als Beispiele der jüngsten Geschichte drängen sich der Reale Sozialismus oder der islamische Fundamentalismus, für deren schlechte Wirklichkeit Ideologien (der Kommunismus oder die arabische Weltreligion) als solche einzustehen haben, geradezu auf.



G. Guntern-Gallati: Hautlandschaften

Promis

Wieder daheim in den Gefilden des demokratischen Westens findet der Journalist keine Spur mehr von der unendlichen Schlechtigkeit drüben und unten, hingegen reihenweise schlechte Unendlichkeit. Dies erklärt den Drang journalistischen Ausdrucks hin zu Aufdeckerei, Personenkult und Skandalisierung. Personalisierung meint die Idealisierung und Privatisierung der Person hin zu einer allgemein anzuerkennenden Besonderheit, kurz Persönlichkeit genannt. Sie ist nichts anderes als die Ausformung marktwirtschaftlichen Denkens betreffend das Individuum, wodurch einige erhöht und viele erniedrigt werden sollen.

Als Prominente können im Normalfall Menschen gelten, deren Kenntnis einem gesellschaftlich aufgezwungen wird, ohne daß sie einem wirklich bekannt sind. Von deren Existenz und Wirken erfahren wir nicht durch freie Wahl, sondern durch medial vorselektierte Entscheidungen. Tatsächliche Kenntnis und wirkliche Unkenntnis gehören dabei zusammen. Der Prominente ist sozusagen der mediale Scheinbekannte.

Die Forderung nach den sogenannten Persönlichkeiten stellt ab auf abstrakten Individualismus, der die Person in Form der Persönlichkeit zum Fetisch erhebt. Nicht der konkrete Mensch in seiner Vielzahl ist Ursprung und Ziel dieser Überlegungen, sondern seine idealistische Überhöhung. Theodor W. Adorno schreibt über die Tücken des Personalismus: *„Person, als Absolutes, negiert die Allgemeinheit, die aus ihr herausgelesen werden soll, und schafft der Willkür ihren fadenscheinigen Rechtstitel. Ihr Charisma ist erborgt von der Unwiderstehlichkeit des Allgemeinen, während sie, irre geworden an dessen Legitimität, in der Not des Gedankens sich auf sich zurückzieht."*[33]

Die potentielle Stärke des Ichs negiert sich in der Personalisierung durch ihre Außersichsetzung in einem Anderen. Das Gespür für die Unmöglichkeit der eigenen Selbstverwirklichung korrespondiert nicht mit einer Negation der Verhältnisse, sondern mit der Posi-

tivsetzung dieses Wunsches durch Transformation auf andere Personen. *„Persönlichkeit ist die Karikatur der Freiheit“*,[34] sagt Adorno. Ganz apodiktisch stellt er fest: *„Die Menschen, keiner ausgenommen, sind überhaupt noch nicht sie selbst.“*[35]

Der heute wieder einreißende Personenkult – so der alte unfreundlichere Begriff der Personalisierung – hat gerade die spürbare Nichtigkeit des Individuums zur Bedingung. Was es in ihm nicht spürt, aber spüren will, projiziert es in die großen Männer, die Leitfiguren, zu denen es dann aufschauen will. Der Populist und der Demagoge gedeihen auf diesem Boden. So gesehen ist dieses Phänomen nur die demokratisch domestizierte Stufe des Führerkults. Personalismus meint fiktive Fremdentfaltung, aufbauend auf individueller Ohnmacht.

Skandal und Stimmung

Die negative Kehrung der Personalisierung ist die Skandalisierung. Der Skandal stilisiert bestimmte Erscheinungen des Systems, reißt sie aus ihren struktiven Zusammenhängen und erschwert in seiner medialen Aufbereitung gezielt den Blick aufs Ganze. Das Allgemeine soll verborgen bleiben, darf nicht zur Frage oder gar zum Problem werden. Es verschwindet hinter den personalisierten Absonderlichkeiten.

Der Skandal kann jedenfalls nur als Skandal benannt werden, wenn die Normalität als normal betrachtet wird. Ein Skandal ist eine gröbliche Abweichung von der Norm, die aber die Anerkennung ebendieser voraussetzt. Skandalisieren meint Lärm erzeugen, Lärm, in dem unweigerlich die feinen und permanenten Geräusche des Systems untergehen. Der Skandal übertönt die Hörbarkeit des Normalen. Aufdecken meint das zur Schau stellen von öffentlich anerkannten Blößen; aufklären hingegen bedeutet die struktiven Zusammenhänge von Ereignis und Gesellschaft zu verdeutlichen und erkennbar zu gestalten.

Der Skandal folgt bürgerlichen Denkmustern. Es geht in ihm darum, was geschieht, aber nicht, warum es geschieht. Im Skandal inszeniert ein System seine Bedrohung, werden die inkriminierten Handlungen als wider seine Logik behauptet. Die Werte werden durch die öffentliche Vorführung der personalisierten Delinquenz verfestigt. Skandal meint Anregung zur Aufregung, ist eine Erregung ohne auf relevanten gesellschaftlichen Bewegungen aufzubauen. Karl Kraus schrieb schon 1914: *„Die Wahrheit ist, daß die Zeitung keine Inhaltsangabe ist, sondern ein Inhalt, mehr als das, ein Erreger.“*[36]

Stimmung statt Bewußtsein prägt den heutigen Medienkonsumenten. Das bringen die Meinungsumfragen – so unseriös sie auch prinzipiell sein mögen – deutlich zum Ausdruck. Nur so sind die eklatanten Schwankungen in diesen und jenen Fragen überhaupt erklärbar. Meinungen werden zusehends beliebiger, richten sich nach Zufälligkeiten, denen sie in ihrer Dimensionierung hilflos ausgeliefert sind. Die Menschen wissen immer weniger, was sie eigentlich wollen. Ihre Bewußtseinslagen sind äußerst labil, eben weil sie bloß Stimmungslagen sind. Sie reagieren oftmals nur noch wie stupide Durchlaufreaktoren: Emissionen und Immissionen sind in ihren Missionen substantiell gleich. Ihre Meinungen werden immer flexibler, auch wenn das Gestrige und das Morgige wesensmäßig sich nicht unterscheiden. Die freie Meinungsäußerung ist von diesem unserem Gesichtspunkt daher auch völlig anders zu interpretieren. Die meisten Menschen haben überhaupt keine Chance auf eine freie Meinung, wenn wir darunter ein sich selbst in ihnen formendes doppelt-reflexives Bewußtsein verstehen. *„Statt zu sagen ‚Der Meinende hat eine Meinung‘, sollten wir sagen: ‚Die Meinung hat den Meinenden‘.“*[37] Freiheit der Meinung heißt Freiheit von der Meinung, somit Meinungslosigkeit.

Vergesellschaftung und Wertkonstitution

Das entfaltete kapitalistische Gesellschaftsverhältnis entpuppt sich als negative Vergesellschaftung, als „Kommunismus der Waren“ (Robert Kurz). Indirekt, über die Geldbeziehung, das wahre Medium, stellt sie die Vergesellschaftung der Menschen her. Diese sind schon vor der medialen Indoktrination mediatisiert. Das Kapitalverhältnis konstituiert zwingend jene abstrakte Subjektivität des belebten Inventars im Globalsystem der Warenwirtschaft, die die Medien nähren und wie alle Technik spiegeln. Der gesellschaftliche Bezug der Menschen ist erst *„als ‚social contact‘, als gesellschaftliche Berührung innerlich Unberührter“*[38] wirklich geworden, auf einer Vorstufe am Weg zu einer konkreten Subjektivität direkter Vergesellschaftung.

Das bürgerliche Subjekt-Denken durchschaut den Konstitutionszusammenhang nicht, der die Individuen als belebtes Aggregat eines Verwertungsprozesses abstrakter Arbeit an der Leine führt. Die konstitutive gesellschaftliche Form des abstrakten Werts – im Sinne des von Karl Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie angelegten Begrifflichkeit – herrscht ihnen die Gesetze ihres Handelns ebenso auf, wie sie sich gleichgültig gegenüber der stofflichen Seite der im Verwertungsprozesses des Geldes umgewälzten Ressourcen verhält. *„Als Form ist der ‚Wert‘, der verdinglichte Gesellschaftszusammenhang, immer auch gleichzeitig Bewußtseinsform.“*[39] Vom „Wert“, dem automatischen Subjekt[40] als Motor des Kapitalismus sind eben auch die Individuen in ihrer Fungibilität im Verwertungsprozeß vollends durchdrungen. Sie sind ja gar keine Individuen, *„sondern bloße Verkehrsknotenpunkte der Tendenzen des Allgemeinen“*[41], *„Dividuen“*.[42] Nur in einer soziologistischen Verkehrung von Wesen und Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft kann das Agens als Konstituens aufgefaßt werden.

Die fortschreitende Verdinglichung des Subjekt-Objekt-Zusammenhangs im Realisierungsprozeß des Werts schlägt notwendig auf die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhanges oder vielmehr als Verlust einstiger Wahrnehmungsfähigkeit (Stichwort: neue Unübersichtlichkeit) zurück. Daher muß von einer doppelten Prägung gesprochen werden, bei der jene der Medien zwar am besten faßbar ist, aber nur deshalb, weil sie an der gesellschaftlichen Oberfläche stattfindet. Nie aber kann Technologie als solche die Individuen disponieren, die Individuen müssen ihrerseits dafür disponiert sein. Im fortschreitenden Prozeß „negativer Vergesellschaftung“ kommt zusehends unverblümter zum Ausdruck, daß die Menschen noch nie die Schöpfer ihres sozialen Zusammenhanges waren; denn auch ein Primat der Politik über die Ökonomie hat sich historisch gesehen allenfalls phasenweise und partikulär zu behaupten vermocht, konnte aber als objektive geschichtliche Tendenz nie nachhaltig konstitutiv werden. ■

Mag. Dr. Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.
Mag. Gerhard SCHATTAUER ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 35.
2 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 198.
3 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I (1817), Werke 18, Frankfurt am Main 1986, S. 117.
4 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 203.
5 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (1822/23), Werke 12, Frankfurt am Main 1986, S. 23.
6 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 128-176.
7 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft. Erster Band, Frankfurt am Main 1983, S. 118.
8 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals (1867), MEW Bd. 23, S. 564.
9 Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I, S. 102.
10 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 24.
11 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2, München 1979, S. 250.
12 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 1, München 1956, S. 56f.
13 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2, S. 250.
14 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft. Zweiter Band, Frankfurt am Main 1983, S. 562.
15 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 1, S. 190.
16 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft, Zweiter Band, S. 572.
17 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 172.
18 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft, Zweiter Band, S. 895.
19 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft, Zweiter Band, S. 880.
20 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft, Zweiter Band, S. 571.
21 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Frankfurt am Main 1970, S. 125.
22 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 114.
23 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2, S. 263.
24 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2, S. 253.
25 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2, S. 145.
26 Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften. Erstes und Zweites Buch (1930), Reinbek bei Hamburg 1994, S. 359.
27 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 131.
28 Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main 1987, S. 220.
29 Niklas Luhmann, Soziale Systeme, S. 194f.
30 Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik (1923), Darmstadt und Neuwied 1970, S. 194.
31 Niklas Luhmann, Soziale Systeme, S. 213.
32 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (1966), Frankfurt am Main 1992, S. 273.
33 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, S. 294.
34 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, S. 274.
35 Karl Kraus, Die Fackel, XVI. Jahr, Nr. 404, Dezember 1914, S. 11.
36 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Proletariats, »FORVM«, XXXIX. Jahr, Nummer 462-464, 24. Juli 1992, S. 11.
37 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 164
38 Robert Kurz, Geschichtsverlust. Der Golfkrieg und der Verfall des marxistischen Denkens, Krisis, Nr. 11, August 1991, S. 23.
39 Ernst Lohoff, Brüderchen und Schwesterchen, »Krisis«, Nr. 11, S. 126.
40 Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 164.
41 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2, S. 177.

G. Guntern-Gallati: Hautlandschaften

Postmodernes Roulette

Warum es sich nicht empfiehlt, auf „Null" zu setzen

Robert ZÖCHLING

Als Mitspieler im Casino der Warenwelt haben alternative Medien nichts zu gewinnen und alles zu verlieren.

Dieser Beitrag wird sich mit der Frage befassen, was denn das Alternative an alternativen Medien ausmacht und wofür das gut sein soll. Daß gewisse – jedoch bislang reichlich unbestimmte – gesellschaftliche Tätigkeiten und Ideen als „alternativ" und nicht einfach als „anders" bezeichnet werden legt den Verdacht nahe, daß es dabei nicht nur um ein wesentlich Gleiches von anderer Gestalt gehen soll, sondern um ein *wesentlich Anderes* gehen muß, das zu *Etwas* in Widerspruch steht und dessen Wahl zum Widerstreit führen muß. Der Duden kommt unter dem Stichwort *Alternative* nicht umhin, schon in der Definition den praktischen Aspekt zum Kern des Begriffs zu machen:[1] „freie, aber unabdingbare Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten (der Aspekt des Entweder-Oder)". Etwas weiter oben erfahren wir, daß es auch noch eine weniger fordernde Wahlmöglichkeit, eine „abdingbare" Entscheidung gibt, nämlich die „Alternation", den bloßen „Wechsel zwischen zwei Möglichkeiten, Dingen usw."

Um sich also für das alternative *Oder* frei entscheiden zu können ist es unerläßlich, sich über die wesentlichen Aspekte des *Entweder* Klarheit zu verschaffen und ihr Gegenteil zu finden. Wenn nun das *Entweder* das Gegebene (Herrschende, gerade Obwaltende, Mehrheitliche, der Mainstream) ist, dann ist das *Oder* (die Alternative) notwendig das Oppositionelle. Der Beruf des Oppositionellen ist indes nicht, nach Anerkennung durch das Herrschende zu streben, es nachzuahmen, ihm als braver, kleiner Bruder hilfreich zur Hand zu gehen, sondern sich ihm wo immer es möglich ist entgegenzustellen, es mit praktischer Kritik zu konfrontieren, ja gar seine Existenzgrundlagen zu untergraben und sich seine eigenen zu schaffen. Die Einlassung auf die Erfolgskriterien des Etablierten führt zum Verlust der Existenzgrundlagen des Oppositionellen. Wenn sich die angeblichen (oder vormalig wirklichen) Agenten der Opposition damit eine (neue) Existenzgrundlage im Rahmen des Herrschenden schaffen, soll es ihnen niemand neiden – sie sollen aber auch nicht vorgeben, sie täten das Gegenteil.

Eine ausführliche Erörterung der etablierten Medien, des Medienmarktes sollen andere Beiträge in diesem Heft ausführlich leisten, zu deren Gegenteil wird dieser Beitrag versuchen, einige Hinweise zu geben. Eine kleine Vorrede scheint jedoch unerläßlich:

Spielzüge ohne Einsatz?

Der Zeitgeist, in dessen Klima die Unterscheidung zwischen „Alternativen" und „Alternationen" besonders schwerfällt, ist jener des „postmodernen Denkens". Worin dieses bestehe, darüber gibt es landläufige Auffassungen, die in freier Assoziation etwa um die Begriffe (böse:) „Eklektizismus", „Beliebigkeit", „allgemeine Begriffsverwirrung" oder (gut:) „Vielfalt", „Differenzierung", „undogmatisches Denken" usw. kreisen. Die meines Erachtens für unseren Zusammenhang beste Charakterisierung des „Postmodernismus" gibt Burghart Schmidt unter dem Titel „Strategien des Vergessens": Die Postmoderne wird da beschrieben als der Übergang vom Semantischen zum Semiotischen,[2] das heißt als eine Entkoppelung des Bedeutenden vom Bedeuteten, als Abstraktion der Rede von ihrem Gegenstand und ihre Transformation zu einem „Sprachspiel von allgemeiner Agonistik",[3] in dem es keinen anderen Einsatz mehr gebe als seine Spielzüge selbst. Dies gibt eine in erster Annäherung sehr brauchbare Beschreibung dessen ab, was sich seit geraumer Zeit am Medienmarkt vollzieht. Es handelt sich darum, immer rascher immer neue – sprachliche und bildliche – Spielzüge zu erfinden, um damit neue Reize zu schaffen, die – nach Lyotard – „große Freuden bereiten",[4] nicht durch ihre Bedeutung, also nicht durch den – vergnüglichen – Gegenstand, auf den sie sich beziehen, sondern durch das „Erfolgsgefühl" einer dem virtuellen Spielgegner (der etablierten Sprache) abgerungenen, bisher ungekannten Variante (oder auch Alternation). Der „Freude bereitende" Reiz des Neuen führt in einer warenpsychologisch zugerichteten Gesellschaft stracks zur Reaktion *Konsumwunsch*. Diese „Spielerei" kann also dafür genützt werden, die Spielzüge selbst zu verkaufen oder dafür, sie als „Träger" für den Verkauf anderer Waren einzusetzen. Dies letztere ist jedoch ein schwieriges Unterfangen, denn wie soll man einen nicht-referenziellen Spielzug als „Träger" für *irgendetwas* benützen? Im innerhalb der Kommunikationsbranche stets am weitesten fortgeschrittenen Zweig, der Werbung, arbeiten die kreativen Köpfe hart an der Lösung der schier unlösbar scheinenden Aufgabe, ein Produkt zu bewerben, ohne von seinen Eigenschaften zu reden, ohne es vorzuführen, ja ohne es überhaupt noch zu erwähnen. Das vorläufige Zwischenergebnis sind jene unterhaltsamen TV-Spots, die längst als Kunstform anerkannt, prämiert und in abendfüllenden Zusammenschnitten immer wieder ausgestrahlt werden (etwa: Die Cannes-Rolle). In den weniger avantgardistischen Zweigen der Branche ist man bei der Befreiung der Zeichen vom Bezeichneten noch nicht so weit fortgeschritten: Das gedruckte Wort widersetzt sich seiner Befreiung, nicht ahnend, daß es durch sie die einzige Überlebenschance bekommen soll, die ihm am entfesselten Markt noch angedroht werden kann. Mit der Erwähnung der Werbung sind wir auch schon – im für eine Vorrede gebotenen Schnellgang – beim ökonomischen Kern dieses postmodernen Zeichengewimmels angelangt: In der Warenöffentlichkeit – zunächst als die öffentliche Präsentation von Gegenständen als Waren und im weiteren als die Transformation jeglicher Öffentlichkeit in eine „Warenöffentlichkeit", das heißt in einen Markt, auf dem schließlich Zeichen nicht mehr bloß und auch zur auslobenden Be-zeichnung von Waren verwendet, sondern selbst vermarktet werden. Diese fortschreitende „Verwarung" des „Bedeutenden" und die damit einhergehende Abstraktion von seinem spezifischen Gebrauchswert – etwas zu bedeuten – läßt sich unschwer als das von der postmodernen Theorie sprachspielerisch angegangene, tatsächlich hochmoderne Phänomen identifizieren, das meines Erachtens

am besten den gegenwärtig „herrschenden Medienbetrieb" charakterisiert. „Hochmodern" heißt aber gerade nicht, was „postmodern" nahelegt, daß nämlich das Phänomen oder gar das ihm zugehörige gesellschaftliche Sein vollkommen neu wäre. Bei Richard Sennett etwa finden wir eine kurze Darstellung der Warenöffentlichkeit, wie sie schon in den ersten Kaufhäusern mit festen Preisen um die Mitte des 19. Jahrhunderts hergestellt wurde: *im Prinzip* ging es schon in jenen Pionierzeiten, nicht anders als in der heutigen (zumindest präavantgardistischen oder präpostistischen) Fernsehwerbung, um die erfolgreiche Ablenkung vom nackten Gebrauchswert und um die Herstellung von überraschenden, immer neuen Konnotationen.[5] Auch die Transformation gedruckter Wörter und Bilder in Waren ist nicht wesentlich neu (ausführliche Schilderungen des „Medienmarktes" ebenfalls schon des 19. Jahrhunderts etwa bei Balzac[6] belehren uns darüber). Die Abstraktion vom Gebrauchswert (bei Zeichen also etwa: von ihrer spezifischen Fähigkeit, Bedeutungen herzustellen – oder Bestandteil einer Bedeutung zu sein) ist allerdings heute so weit gediehen, daß sie sich seiner vollständigen Ausschaltung aus dem gesellschaftlichen Leben nähert (als Privatangelegenheit bleibt es selbverständlich weiterhin jedem überlassen, sich mit vorhandenem oder fehlendem Gebrauchswert verschiedener Güter herumzuschlagen – ebenso damit, ob er in der Welt Bedeutungen und in seinen Handlungen Sinn findet) und das trifft viele doch mit der Wucht des Skandals – und wird offenbar als so unerhört aufgefaßt, daß es als völlig neuartig gilt und dementsprechend völlig neue Theoriebildungen unter Zurücklassung (angeblich „Überwindung") aller bisherigen erfordert. Große Ratlosigkeit allenthalben, die bei (je nach Selbstverständnis) mehr oder weniger alternativen Medienleuten verbreitet zu zweierlei Reaktionen führt: Einerseits zu einem wenig erklärenden und wenig bewirkenden Raisonnieren über verlorengegangene Perspektiven (der AutorInnen) und/oder Tugenden (der LeserInnen), über den Ungeist der Zeit und verwandte Gegenstände. Die andere Reaktion – und die soll uns im weiteren beschäftigen – ist das „Anerkennen" der „Sachzwänge" des Marktes und der Drang, die „richtigen Inhalte" unter der in der Vorrede festgestellten Erfolgsbedingung möglichst weitgehender Ausschaltung von „Inhalten" zu verkaufen.

Die unzweideutige Entscheidung einer Redaktion, sich fürderhin nicht mehr um die Herstellung einer *Alternative* zu bemühen, sondern um besseren Markterfolg und eine gesicherte Existenz, ist zwar mißlich aber – zumal in Zeiten forcierter Konkurrenz des *marktgerecht Etablierten* – verständlich und für diesen Beitrag nicht weiter interessant. Interessant sind hingegen die verschiedenen Formen der Angleichung an das Gegebene, zu dem man eigentlich die Alternative herstellen wollte, die gar nicht so gemeint sind oder die in ihrer Bedeutung und Wirkung nicht richtig eingeschätzt werden. In diesem Zusammenhang sind einige Argumente landläufig, die sich auf den gemeinsamen Nenner eines einzigen bringen lassen:

Das Reichweiten-Argument

Behauptet wird in allen diesen Fällen, daß es notwendig sei, das eigene Medium attraktiver oder „leichter lesbar" zu machen, um die „richtigen" Inhalte (an eine größere Zahl von LeserInnen) verbreiten zu können. Diese Notwendigkeit wird etwa folgendermaßen argumentiert:

1. *Das Kampfargument:* Man müsse den Leserzahlen der („immer schlimmer werdenden") etablierten Medien eigene Leserzahlen entgegenstellen.

2. *Das Zeitgeist-Argument oder auch das „antielitäre" Argument:* Die Zeiten linken Sektierertums und „elitärer" Medien seien ja endlich passé und es sei heutzutage unerhört borniert, Texte zu veröffentlichen, die an die LeserInnen „übersteigerte" Ansprüche stellen bzw. die sich von vornherein nur an eine begrenzte Zahl von LeserInnen richten und damit all jene ausschließen, welche die für das Verständnis dieser Texte gestellten Anforderungen nicht auf sich nehmen wollen oder können (aus „Bildungs-" oder „Zeitmangel" etwa – Mangel an Interesse, das ja auch nicht von jedem für alles erwartet werden kann, wird gar nicht erst in Betracht gezogen), was einer Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte gleichkomme.

3. *Das Überlebens-Argument oder das Argument vom geringeren Übel:* Auch alternative Medien könnten heutzutage nur überleben, wenn sie sich für LeserInnen und Anzeigenkunden attraktiver machten. Um wenigstens „etwas rüberbringen" zu können, müsse man eben in den sauren Apfel beißen (wenn das auch noch lustvoll geschieht ist das nicht Korruption, sondern die Befriedigung eines „wirklichen" und damit schon legitimen Bedürfnisses).

Diese drei Argumentationen (die hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit angeführt werden – vielfache Kombinationen, Windungen und Ergänzungen sind möglich und kommen auch vor) – werfen zwei Probleme auf: Zum einen: Ist es möglich und ist es sinnvoll, „alternative" Inhalte mit „etablierten" Mitteln zu „transportieren"? Zum anderen: Ist es erfolgversprechend und ist es sinnvoll, die Konkurrenz mit etablierten Medien auf deren Spielwiese und mit deren Mitteln zu suchen? Beginnen wir mit dem ersten Problem:

Böse Meinung, gute Meinung

Völlig selbverständlich scheint vielen, daß es gilt, einer „schlechten" oder „falschen" *Meinung* eine andere, nämlich „gute" oder „richtige" *Meinung* entgegenzuhalten. Dem wiederum entgegen halte ich für die Alternative zu einer Meinung nicht eine *andere Meinung*, sondern einen *Gedanken*. Erklärung: Eine bloße Meinung ist nach Hegel „bewußtloses Urteilen", „etwas End- und Bodenloses, das nie dazu kommen kann, zu sagen, was es meint, weil es nur meint und sein Inhalt nur Gemeintes ist"[7] – „seichtester Positivismus" nach Franz Schandl,[8] ein an den Phänomenen hängendes, unmittelbares Urteilen, das seinen Gegenstand nicht begreift, das sich nicht mit dem mühseligen Geschäft des Stiftens von Bedeutungen und Interpretationen abgibt, ein vor jeder verbindlichen Einsicht zu etwas Neuem hüpfendes, verkürztes, verstümmeltes Denken. Solcherart „Meinung" stellen die – wenngleich wirkungsmächtigen – zur „Bedeutungslosigkeit" herunterkommenden Massenmedien bis zum Überdruß her, in immer atemberaubenderem Tempo alternierend. Die Magazine sind randvoll mit urteilenden Kommentärchen und „Sagern" mit immer absurder werdenden „Pointen", Behauptungen und konnotativen Anspielungen, kurzum mit immer neuen Spielzügen, die sich in immer unverschämterer Weise die Maßstäbe und Argumente ihres Urteilens schuldig bleiben und so ihr Urteil einer Bewertung nach den Kriterien des *Wahren* und *Guten* entziehen, deren zunehmend ausschließliches Kriterium nicht das Wahre, sondern die Ware oder – nach Lyotard – ihre „Performativität" ist, ihre Fähigkeit, dem Spiel (dem Markt) mit möglichst geringem Aufwand einen neuen Reiz zu ge-

ben, der einer konsumbereiten Zielgruppe „leicht eingängig" ist. Wie gesagt: Kommt das Spiel auch ohne „Bedeutung" aus, *Meinung* durchzusetzen schafft es allemal. Und zwar jede private *Meinung*, die in der Lage ist, sich *Reichweite* zu verschaffen. *Meinung* wird aber nicht erst dadurch Privatmeinung, daß ihre Verbreitung privater Verfügung unterliegt. Meinung ist schon an sich privaten Charakters, da in privater Besonderung befangen, unwillig und unfähig zur begrifflichen Verallgemeinerung, damit in ihrer Unmittelbarkeit zunächst unbegreiflich und damit recht eigentlich undiskutabel. Sich auf einen bloßen „Meinungsstreit" einzulassen, ohne die bestrittene Meinung erst auf Begriffe zu bringen, begreifbar zu machen und sie im Namen eines Allgemeinen zu be-streiten (das nicht *abstrakt-ewiges*, sondern konkret jeweils Allgemeines, über das jeweils Besondere Hinausgehendes, es Aufhebendes ist), ist somit ein recht aussichtsloses Unterfangen. Jedenfalls ein Unterfangen ohne Aussicht auf Herstellung von Öffentlichkeit (die ich nämlich geradezu als das Gegenteil von Markt auffasse – dazu unten mehr) und ohne Aussicht auf Überwindung der „herrschenden Verhältnisse".

Die Alternative zur undiskutablen Meinung kann also nur ein Denken sein, das sich darum bemüht, allgemein zu werden – in dreifachem Sinn: allgemeine Begriffe zu bilden, sich über je noch vorhandene Besonderungen zu erheben und allgemein verbindlich zu werden. Damit ein Gedanke (und in der Produktion eines Mediums: das Ensemble der dort veröffentlichten „Mitteilungen gedanklichen Inhalts"[9]) aber solchermaßen allgemein werden kann, braucht er nicht nur Publikum, er muß zuvörderst sich so qualifizierender Gedanke werden und bleiben können. Stutzt man ihn von vornherein auf meinungshafte Beschränktheit zurecht, bleibt alles beim alten, also beim Herrschenden.

Mitteilung und Nachricht

Was für die *Meinung* gilt, läßt sich auch von der *Mitteilung* sagen. Ich behaupte also: Die Alternative zur Mitteilung ist nicht die andere Mitteilung, sondern die Nachricht. Erklärung: In Paraphrase des Hegelschen Diktums könnte man sagen: Eine bloße Mitteilung ist bewußtloses benachrichtigen, etwas End- und Bodenloses, das nie dazu kommen kann, zu sagen, wovon es berichtet, weil es nur mitteilt und sein

Foto: Karin Mack

Inhalt nur Mitgeteiltes ist. Und mit Franz Schandl können wir auch hier jenen „seichtesten Positivismus" orten, ein Mitteilen von Phänomenen, das ihre Bedeutung nicht begreift, sich nicht mit der Erforschung von *Wesen* und *Wahrheit* des Berichteten abgibt, sondern bloß kolportiert, ein vor jeder verbindlichen Analyse und Begriffsbildung zu etwas Neuem hüpfendes Anhäufen von unzusammenhängenden (oder für jeden gewünschten „Spielzug" aufs abenteuerlichste miteinander in Verbindung gebrachten) Fakten. Auch die Kolportage von Fakten stellt – im postmodernen Jargon für die Kategorien des Marktes – eine Ansammlung von Spielzügen dar, deren erfolgreiche Vermarktung nicht dadurch zustandekommt, daß die EmpfängerInnen diese Mitteilungen für einen Gedanken oder eine Entscheidung brauchen (oder nach dem Motto „alles ist wichtig, weil es wichtig werden könnte" die Chance auf einen künftigen derartigen Gebrauchswert kaufen), sondern durch den bloßen Reiz des Neuen, allenfalls Überraschenden, Ungewöhnlichen. Der Begriff „Relevanz" verliert in diesem Spiel seinen Sinn, denn: „Der Daseinsgrund der Nachricht besteht darin, dem Adressaten die Möglichkeit zu geben, sich nach ihr zu richten. Pragmatisch gesehen, macht sie den Gegenstand daher wirklich bei ihm ‚anwesend', bzw. ihn bei ihm. Der Adressat weiß nun bescheid über ihn. Und dieses Wörtchen ‚über' ist nicht etwa nur eine Caprice der Sprache. Vielmehr zeigt es ein wirkliches Darüberstehen an, die Verfügungsgewalt, die der Adressat nun über den Gegenstand und über die durch den Gegenstand veränderte Situation hat. (...) In anderen Worten: Wenn der Adressat statt des abwesenden Gegenstandes selbst nur etwas ‚von ihm', nur etwas Lösgelöstes empfängt, so ist das Empfangene kein mangelhafter Ersatz; sondern gerade dasjenige, was mit dem Gegenstand ‚los ist'; dasjenige Moment am Gegenstande, das den Adressaten wirklich oder angeblich angeht; dem nachzugehen er wirklich Ursache hat; dasjenige, wonach er sich richten soll."[10] Die bloße Mitteilung als Ware läßt nicht erkennen, was den Adressaten „wirklich oder angeblich angeht" und sie bietet keinen Anlaß, ihr „weiter nachzugehen", sondern lediglich einen Anreiz, empfangen also konsumiert zu werden. Auch die zur Mitteilung heruntergekommene Nachricht ist also – wie das zur Meinung heruntergebrachte Denken – ein Urteil: und zwar eines, das nicht nur – wie jenes der Meinung – bewußtlos, sondern auch noch unausgesprochen ist. Ohne ihre Urteilshaftigkeit zu erkennen zu geben, veranlaßt die Mitteilung ihren Konsumenten doch, gerade jene Fakten in seine Weltsicht aufzunehmen, die sie ihm liefert, diese Fakten also jenen anderen, möglichen Fakten vorzuziehen, die ihm nicht als Waren geliefert werden, die für ihn aber möglicherweise von größerer Relevanz wären. Auch von der Mitteilung muß daher gesagt werden, daß sie zwar (obwohl sie ständig wild gestikulierend irgendwohin deutet) auf (begriffliche) Bedeutungen verzichten kann, aber doch zur massenweisen Urteilsbildung führt. Und auch für die Mitteilung gilt, daß sie nicht bloß dadurch privaten Charakter erhält, daß ihre Zirkulation privater Verfügung unterliegt (durch Medienunternehmen, Agenturen, Behörden...), sondern schon dadurch, daß sie uns ihr Ur-teil nicht verrät, nicht kundtut, was sie für das Wesentliche an dem Gegenstand hält, sondern eben bloß mit-teilt, das heißt, beliebige, phänomenale Aspekte des Gegenstands abteilt und anliefert, die ungeeignet sind, sich einen allgemeinen Begriff von dem Gegenstand zu machen, ihn also zu begreifen, also über ihn Bescheid zu wissen, also Verfügungsgewalt über ihn zu gewinnen. Stattdessen verbirgt sie ihn hinter einem bunten Vorhang von (reizvollen, „große Freuden bereitenden") Besonderheiten und entzieht ihn so der allgemeinen Verfügung, wodurch er unbegriffen und unangetastet in der Verfügungsgewalt derer bleiben kann, die über ihn verfügen, ohne auf Nachrichten angewiesen zu sein. Die Alternative zur solchermaßen irrelevanten – wenngleich wirkungsmächtigen – Mittei-

lung kann also nur die Nachricht sein, die uns verrät, was das tatsächlich oder angeblich Wesentliche an dem Gegenstand sei (damit meine ich nicht konstante Wesenheiten, sondern jeweils diejenigen Aspekte, die geeignet sind, Bestandteil eines allgemeinen Begriffs des Gegenstandes zu sein, der den Gegenstand begreiflich und damit „handhabbar" macht). Eine Nachricht also, aus der wir *lernen* können, was uns in welcher Weise etwas angeht und wonach wir uns richten sollen. In welcher Weise wir uns danach richten sollen, darüber können wir uns dann *Gedanken* machen.

Alternativ ist Öffentlichkeit

Meine letzte These lautet: Die Alternative zum Markt ist nicht die Marktlücke, sondern Öffentlichkeit. Erklärung: Im (gar nicht post-modernen, sondern ganz klassisch modernen) bürgerlichen Horizont gibt es keinen Widerspruch zwischen Markt und Öffentlichkeit, weil Funktionen und Formen von Öffentlichkeit und Markt einander entsprechen, was ja schon in dem vorhin verwendeten Begriff Warenöffentlichkeit zum Ausdruck kommt – in der zweifachen Hinsicht, daß Waren öffentlich präsentiert werden und daß nach und nach jegliche Öffentlichkeit zur Warenöffentlichkeit wird, in die nur gelangen kann, was sich als Ware darbietet. Man könnte aber auch – und nicht nur aus purer Formulierlust – sagen: „Warenöffentlichkeit" oder „bürgerliche Öffentlichkeit" ist *eigentlich* gar keine Öffentlichkeit, sondern nur *ausgedehnte Privatheit* – auch das in zweifacher Hinsicht. Zum einen: Wenn aller Raum, in dem gesellschaftliche Kommunikation sich abspielen kann, nach und nach zum Markt wird und wenn alle Zeichen, mit denen Kommunikation sich herstellen läßt, zu Waren werden, dann wird dieser Raum zum ausschließlichen Tummelplatz privater, „atomisierter", abgesonderter, besonderer Interessen. Wie bereits erwähnt, werden damit alle konkreten Bedürfnisse, alle gesuchten, gefundenen, fehlenden Gebrauchswerte vollends zur Privatsache – ebenso wie die Gedanken und Nachrichten, die durch Meinungen und Mitteilungen (also sich im vormals öffentlichen Raum durchsetzende Privatheiten) in den privaten Raum verdrängt werden. Damit kann aber auch die Verfügungsgewalt über Kapital und Produktion, Staat und Politik unangefochtene Privatsache derer werden, die sie eben innehaben und innehaben werden (bei vom Markt absorbierter Öffentlichkeit sind Stimmungskanonen vom Typ eines Haider beste Chancen auszurechnen[11]). Das Grundthema ist nicht neu: „Das Private öffentlich machen!", hieß es etwa – aus der feministischen Bewegung kommend – zu unvordenklicher Zeit und in dieser Losung steckt, wenn man sie weiterdenkt, eine beträchtliche oppositionelle Sprengkraft. Heute sind wir im „alternativen" oder eigentlich alternierenden Milieu mit der Gegenbewegung konfrontiert: Alles rennet, rettet, flüchtet sich in Marktnischen oder was dafür gehalten wird: Räume, in denen die jeweiligen besonderen Interessen einer Gruppe gepflegt, gegen Anfechtungen von außen geschützt und mit – modischerweise „postmodernen" – Argumenten für den *Meinungs*wettbewerb gerüstet werden, in dem es sich darum handelt, mit den jeweiligen – privatistisch verbrämten statt publizistisch verkündeten – *Ansprüchen* zu Markte zu gehen und zu sehen, ob sich bei guter Konjunktur ein politischer Abnehmer findet. Dementsprechend verhalten sich dazugehörige Medien: Sie schlüpfen in das Gewand leicht konsumierbarer Zielgruppen-„Fanzines", geben immer leichter bekömmliche Meinungs- und Mitteilungshäppchen ab und werden schließlich tatsächlich so harm- und bedeutungslos, wie sie aussehen.

Die *Alternative* zu diesem Schreckensszenario kann nur die Schaffung eigener Öffentlichkeiten sein, in denen die jeweiligen Nachrichten und Gedankengänge ihren Weg zu interessierten LeserInnen finden können: solchen, die etwas beitragen wollen und solchen, die noch etwas lernen wollen. Öffentlichkeiten, in denen es um etwas geht, in deren Debatten es wieder andere Einsätze gibt, als die Lustigkeit von Spielzügen. Der Einsatz, um den es heute geht, ist mehr denn je *der Mensch* und *die Welt*. Die allgemeine Verfügungsgewalt darüber anzustreben, was mit denen, also mit uns, geschieht, und dies zu entwickelnden Kriterien des *ethisch Guten* zu unterwerfen, halte ich nicht für Totalitarismus oder elitäres Gehabe, sondern für die Existenzbedingung des Menschen und – in aller *persönlichen* Bescheidenheit – für historisch notwendig. Es steht an die „Vernetzung" dieser Öffentlichkeiten, in der die verschiedenen Sonderinteressen in Auseinandersetzung treten können, in solidarischem Streit ihr Aus- und Fortkommen finden, ihre Begriffe und Strategien verallgemeinern, wenn nötig auch einander bekämpfen können (ohne einander unbedingt auslöschen zu müssen). Wichtiger als die gegenseitige Bekämpfung wäre: Dem sich entgegenzustellen, gegen das man sich mit der Wahl der *Alternative* entschieden hat – mit allem Kampfesmut, der einem eben möglich ist.

Faites vos jeux!
(Machen Sie Ihr Spiel!)

Mit dem bisher ausgeführten hoffe ich verdeutlicht zu haben, daß es weder sinnvoll noch möglich ist, „alternative Inhalte mit etablierten Mitteln zu transportieren" – es bleibt also beim Aspekt des Entweder-Oder.

Alternative Medien müssen nicht hauptsächlich Profite erwirtschaften, sie müssen hauptsächlich erscheinen können: und zwar mit den Inhalten, die sie für sinnvoll halten und für die LeserInnen, die dies für sinnvoll halten. Für die Sinnhaftigkeit des Unterfangens spielt es keine große Rolle, ob die Auflage klein oder doppelt so klein ist. Alternative Leserschaft qualifiziert sich nicht durch Masse, sondern durch Interesse. Ich halte es allerdings weder für einen Qualitätsbeweis alternativer Medien, klein zu sein, noch für ein unumstößliches Gesetz, daß die Zahl der LeserInnen nur noch kleiner werden könne. Die aus der Öffentlichkeit in die Privatheit verdrängten Bedürfnisse, in der Welt Bedeutungen und in seinem Handeln Sinn zu finden bzw. zu schaffen, drängen, die (in anderer Richtung) vergesellschaftete Privatheit verlangt nach neuer – öffentlicher – Vergesellschaftung. Es ist also fraglich, wie lange noch die größtmögliche Zerstreuung für die größtmögliche Zahl erträglich sein wird. Überall dort, wo Konsumbürger sich von ihrem frustrierten (sinnentleerten etc.) Konsumismus ab- und minder Frustrierendem zuwenden wollen, sollten sie wirkliche Alternativen vorfinden. Und jede wirkliche Alternative kann künftig auf einen rettenden Aufschwung ebensogut hoffen, wie sie den totalen Niedergang befürchten kann – sofern so religiöse Haltungen wie „Hoffen" und „Fürchten" überhaupt in Betracht gezogen werden.

Wichtiger als abwartend zu hoffen und zu fürchten ist aber, so gut es geht Geschäfte zu machen, um die Alternative wirtschaftlich am Leben zu erhalten. Dazu gibt es nicht viel zu sagen, was nicht ohnehin alle Beteiligten und Interessierten wüßten und was nicht schon seit Jahrzehnten immer wieder

irgendwo erörtert würde: Es handelt sich darum, sich mit einem zu bestimmenden Erscheinungsrhythmus und Umfang, einer erreichbaren Auflage und einem erzielbaren Anzeigenaufkommen unter möglichst hemmungsloser und professioneller, das heißt den jeweils geltenden Usancen gerecht werdender Nutzung jeder Finanzierungsquelle die als nötig bestimmten Mittel aufzubringen. Das alles wie gesagt ohne Hemmungen außer der einen: daß die Souveränität der Produzenten über das Produkt (also den redaktionellen Teil der Zeitschrift) gewahrt bleibt. Das hört sich ganz nach dem an, was uns bei den „bürgerlichen Medien" als angebliche oder tatsächliche „Trennung von Anzeigengeschäft und Redaktion" immer schon verdächtig vorkam und das ist es auch – allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: bei *alternativen* Medien ist das ernst gemeint, bei Strafe des Verlustes nicht nur der Existenzberechtigung (oder, wenn man das vorzieht: der Berechtigung, sich alternativ zu nennen) sondern auch – und vollends – der Existenzgrundlage.

Die Behandlung des zweiten – eingangs selbst gestellten – Problems („Ist es erfolgversprechend und ist es sinnvoll, die Konkurrenz mit etablierten Medien auf deren Spielwiese und mit deren Mitteln zu suchen?") wird weniger Worte brauchen: Es ist weder erfolgversprechend noch sinnvoll, halbherzig (weil immer noch mit „alternativen" Inhalten belastet) und kapitalschwach die direkte Konkurrenz mit Medien zu suchen, die für den Markt gemacht sind und dort ganzen Herzens und zumeist unter unvergleichlich größerem Kapitaleinsatz agieren und die unter diesen Bedingungen mit ihren eigenen Waffen nicht zu schlagen sind: Ein „ganzen Herzens" für den Markt produziertes Medium, das schier unerschöpfliche Geldmittel in Werbeaktionen bei Konsumenten und Inserenten investieren kann (z. B. Mailings oder gleich Gratiszustellung an alle Haushalte, Gewinnspiele und sonstiger Firlefanz für die Vertriebsförderung, Gratis-Lockinserate für Insertionswillige, großflächige Werbeplakate exklusiv für potentielle Inserenten auf deren Weg ins Büro – wochenlanges Erscheinen ohne oder beinahe ohne Einnahmen bei Kosten von etlichen Millionen oder gleich zig Millionen wöchentlich oder gleich täglich), wird allemal eine höhere Reichweite bei den Medienkonsumenten und größere Attraktivität bei Inserenten erreichen, als eine durch Reste von Inhalt verunstaltete und auch im übrigen schwache Kopie. So viel fällt mir zur direkten Konkurrenz ein.

Für ungleich sinnvoller halte ich es, von jener Konkurrenz zu sprechen, die man indirekt nennen könnte und in die sich *jedes alternative* Medium mit der *Gesamtheit der etablierten* Medien begibt, vor allem aber mit dem Ensemble jener etablierten Medien, die ihrerseits – dank ihrer Eigenwerbung – als „anspruchsvoll" oder „intellektuell" oder irgendwie „alternativ angehaucht" gelten und von denen die Anzeigenkunden annehmen, daß sie dort gewissermaßen billiger mehr von der gleichen Zielgruppe bekommen (von Inserenten meiner Erfahrung nach meistgenannt sind eine rosa gefärbte Tageszeitung und das wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazin, das vom gleichen Herausgeber gegründet wurde – für die Auflösung des Rätsels gibt es keinen Preis zu gewinnen). Dieser Konkurrenz zu begegnen, könnte ein gemeinsames Anliegen vieler alternativer Zeitschriften sein (und – wieder einmal – gemeinsam über dafür geeignete Maßnahmen nachzudenken, lade ich hiemit alle Interessierten freundlich ein). ■

Robert ZÖCHLING ist Geschäftsführer des Vereins CONTEXT (für freie Studien und brauchbare Information), Redaktionsmitglied der Zeitschrift »JURIDIKUM« und Vorstandsmitglied der Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften (VAZ), alle in Wien. Dieser Beitrag stellt nicht die Position einer der genannten Organisationen dar, sondern die des Autors.

Anmerkungen

1 Allerdings meines Erachtens in über die Stränge schlagender Weise die Entscheidung mit dem Gegenstand der Entscheidung vertauschend: den zwei Möglichkeiten nämlich, die eine „freie aber unabdingbare Entscheidung" verlangen und sohin die beiden Alternativen bilden. Was zu dem Ergebnis führt, daß der Begriff im Singular eigentlich nicht sinnvoll zu gebrauchen ist, worauf ich hier zunächst allerdings keine Rücksicht nehme, da die „zweite Alternative" erst später zur Sprache kommen soll.

2 Burghart Schmidt: Postmoderne – Strategien des Vergessens, Frankfurt a. M. 1994, (stw 1136), S. 20: Mit Bezug auf Michel Foucault: „Eine semiotische, aufs bloße Zeichenwesen sich reduzierende Wendung, in der aller Sinn, das Semantische getilgt wird. Das mag von Bedeutungs- und damit von Interpretationszwängen befreien, aber Bedeutung und Interpretation haben dann überhaupt ausgespielt (...)"

3 Jean-François Lyotard: Das postmoderne Wissen – Ein Bericht, Graz/Wien 1986, (Böhlau/Edition Passagen Nr. 7), S. 40: „Jede Aussage muß wie ein in einem Spiel ausgeführter Spielzug betrachtet werden. Diese letzte Beobachtung führt dazu, ein erstes Prinzip anzunehmen, welches unsere ganze Methode bestimmt: daß Sprechen Kämpfen im Sinne des Spielens ist und daß Sprechakte einer allgemeinen Agonistik angehören. Das bedeutet nicht unbedingt, daß man spielt, um zu gewinnen. Ein Spielzug kann aus Freude an seiner Erfindung gesetzt werden, denn was sonst ist an der unaufhörlichen Provokationsarbeit der Sprache, die im populären Umgang oder in der Literatur geleistet wird? Die ständige Erfindung von Redewendungen, Wörtern und Bedeutungen auf der Ebene des Sprechens (parole), also das, was die Sprache (langue) zur Entwicklung bringt, bereitet große Freuden..."

4 A. a. O., S. 41

5 Richard Sennett: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens – Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt a. M. 1983, (S. Fischer), S. 170

6 siehe z. B. Honoré de Balzac: Verlorene Illusionen, Berlin und Weimar 1989, (Aufbau-Verlag)

7 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes, Werke 3, Frankfurt a. M. 1986, S. 241

8 Franz Schandl: Zurück zur Utopie, in: »JURIDIKUM« 3/93, S. 26-28, hier S. 28

9 Mediengesetz 1981, Artikel I 1 Abs.1 Z 1

10 Günther Anders: Die Welt als Phantom und Matrize, in: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 1, München 1992, (BsR 319), S. 156 f.

11 Vgl. dazu Rudolf Burger: Das Denken der Postmoderne, in: »Falter« 26/93, S. 16-19, hier S. 19: „Von diesem tragikomischen Ausgang her gesehen scheint die Lyotardsche Eingangsthese vom ‚Ende der Großen Erzählung' als geradezu groteske Fehldiagnose: Zu Ende ist tasächlich die universalistische Metaphysik der marxistischen Sinnstiftungserzählung, und die hatte Lyotard ja gemeint, damit aber, und das hatte er nicht gesehen, kehren die vielen großen Erzählungen gerade wieder, und zwar in ihrer primitivsten, narrativ konstruierten Form: als Erzählung der nationalen, der ethnischen, ja der rassischen Identitäten; angefangen hat es mit den kulturellen Identitäten." – Wie sich's mit der „Metaphysik der marxistischen Sinnstiftungserzählung" verhält, hätte man freilich gerne etwas genauer erklärt.

Zur Dialektik von Wort und Bild

Die Substituierung von Öffentlichkeit durch „Werbung" und die permanente Ästhetisierung der Krise

Wolfgang W. PRIGLINGER

Der Verfall traditioneller Formen der Öffentlichkeit und ihre Substitution durch Öffentlichkeitsarbeit und Werbung im weiteren Sinn ist ein allgemein diagnostizierbares Phänomen der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Die „Dialektik von Wort und Bild" hat in der Genese neuzeitlicher Rhetorik eine Schlüsselfunktion – beginnend mit dem reformatorischen Streit um das sakrale Wort und Bild über die ideologische Instrumentalisierung im Dienste der Propaganda bis hin zur postmodernen Sabotage der Bedeutung von Wort und Bild in einer aufkommenden „telematischen Gesellschaft" (V. Flusser).

Werbung – oder im weiteren Sinn „Öffentlichkeitsarbeit" – gab es wohl in vielen vorindustriellen Gesellschaftsformationen, überall dort, wo Menschen von dem Vorteil einer Religion, einer Partei oder eines bestimmten Lebensstils überzeugt werden sollten. Die antike Rhetorik, die nicht ohne historische Voraussetzungen (Zerfall der antiken Polis, Relativierung des Kosmos der Werte) ihre erste gültige und bis weit in die Neuzeit hinaufreichende Gestaltung durch Aristoteles erhielt, legt dafür Zeugnis ab. Der Überzeugungskraft des Wortes, das durch Einwirkung auf die Einbildungskraft der Zuhörer diese motivieren und zu Handlungen bestimmen soll, korrespondiert komplementär das „Bild" als bevorzugter Träger politischer und religiöser Institutionalisierung im Gemeinwesen. Die frühmittelalterlichen Religionskämpfe werden in weiten Bereichen zwischen Ikonoklasten (Bilderstürmer) und Ikonodulen (Bilderverehrer)[1] ausgetragen: In der Römischen Kirche setzt sich bis zur Reformation die Bilderverehrung durch. Papst Gregor der Große scheint mit seinem Diktum: „Die Bilder sind für die ungebildeten Betrachter das, was die Schrift für die Leser ist" vielleicht nicht nur für das Mittelalter recht zu behalten.

Der grundsätzliche Konflikt zwischen „Bild" und „Wort": „Bilder sind nicht wahrheitsfähig", verschärft sich nicht zufällig in der Reformation und den Religionskriegen; hier treten die jüdisch(-islamisch)e Tradition und das humanistische Erbe (griechisch-römischer Lebensstil) Europas auseinander: Calvin und Zwingli sehen im Bild an sich theologische Waffen der katholischen Kirche. Luther selbst war zwar kein Bilderstürmer, doch hat er mit seiner Betonung des eindeutigen Primates des Wortes über das Bild die Ästhetik des deutschen Idealismus (Kant, Hegel) nachhaltig beeinflußt. Schon in den mittelalterlichen religiösen Auseinandersetzungen wurde von seiten der Bilderverehrer festgelegt, daß das Bild selbst ambivalent sei und erst durch den *Titulus* (erklärende Unterschrift) eindeutig bestimmt werde. Die jesuitische Gegenreformation hat die Transformation des Wortes ins Bild – bis hin zum *Spectaculum* (Jesuitentheater)[2] – zur Grundlage einer auf soziologischen und psychologischen Studien beruhenden *Propaganda* gemacht. Die Auseinandersetzung um Bilder im „öffentlichen Raum" setzt sich in der Kontroverse von Jesuiten und Hugenotten um „Idolatrie" fort.[3] Die Französische Revolution führte *propagande* als säkularisierte Form des politischen Kampfes fort. Auch hier gab es im Nationalkonvent den Streit um die Macht der Bilder über die menschliche Intelligenz.[4] Im Kommunismus wurde Propaganda als professionalisierte politische Werbung zur „Parteischulung" und zur Agitation der Massen instrumentalisiert. Eine mitunter durch „Parteilichkeit" und Klassenstandpunkt verzerrte Perspektivik der Wahrnehmung gesellschaftlicher Wirklichkeit scheint bisweilen auch die Eliten des Proletariats überzeugt zu haben. Von der Linken übernahm dann die Rechte die Strategie einer alle Lebensbereiche durchdringenden Werbung unter Einbeziehung der Medien – das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.[5] Damit hatte sich Öffentlichkeitsarbeit als Propaganda zur systematischen, öffentlichen und medial perfektionierten Lüge entwickelt.

Das „öffentliche Bild" ersetzt (politische) Öffentlichkeit

Im spätmodernen Prozeß der Annäherung von Kunst, Wissenschaft und Technik einerseits sowie der tendenziellen „Ästhetisierung der Alltagswelt", in dem Kunst bisweilen als bloße „Apotheose der Werbung in der Kathedrale des Kapitalismus" (Kursbuch 1991) gesehen wird, nimmt das Phänomen Werbung in der Ästhetik des 20. Jahrhunderts eine zunehmend prominente Stellung ein. Die Abkoppelung der technologisch-industriellen Modernisierung von dem utopisch-sozialen Projekt der Moderne (J. Habermas) wird sozial durch jeweils wechselnde Moden einer *cultural identity* vermittelt, deren plastische Mobilität sich von der *corporate identity* bis zur nationalen Identität und dem Entwurf einer Weltzivilisation (nach dem Modell der westlichen Industriegesellschaft) spannt. Diese *cultural identity* ist in ihrem selbstreferentiellen Charakter weitgehend von Strategien der Werbung geprägt und als „öffentliches Bild" an die Stelle dessen getreten, was zuvor Öffentlichkeit als politischer Diskurs und kulturelle Avantgarde gewesen war.

Die gegenwärtigen technologischen Innovationen („Informationsgesellschaft") führen im Bereich der Ästhetik zu einer Veränderung der Paradigmen der „Wahrnehmungsgrammatik", die nach den jeweiligen theoretischen Ausgangspositionen als „Simulation" (J. Baudrillard), „Virtualität" (P. Virilio) oder „Deterritorialisierung" (P. Weibel) bezeichnet wird. Dieser Paradigmenwechsel kann je nach Standpunkt kritisch (N. Postman) oder auch affirmativ (V. Flusser) gesehen werden.

Gleichwohl ist eine Überlagerung der historisch-genetischen Diachronie von Wahrnehmungsparadigmen zu beachten.

Nach der Lösung von territorial konzipierten Raumstrukturen – vom menschlichen Körper bis zum Nationalstaat – zielt die Dynamik der Entwicklung audiovisueller Medien auf eine Kolonisierung der Zeit als Antizipation der Zukunft. Gerade Plakat und Werbephotographie scheint – etwa nach Paul Virilio – eine prominente Rolle beim Übergang der (bürgerlich-politischen) Repräsentation zu einer öffentlichen Präsentation zuzukommen: das „öffentliche Bild" löst den öffentlichen Raum ab. Nach den Epochen der „formalen Logik" des Bildes (bis ins 18. Jahrhundert) und der „dialektischen Logik" (Photographie und Film – seit dem 19. Jahrhundert) befinden wir uns mit der Entwicklung der audiovisuellen Medien heute in der Epoche der „paradoxen Logik" der Bilder mit der ihr zugeordneten Virtualität: „Damit hat das Werbephoto mehr noch als die Dokumentaraufnahme das phatische Bild [Präsentation statt Repräsentation] der audiovisuellen Medien vorweggenommen: das öffentliche Bild hat heute den öffentlichen Raum abgelöst, in dem die soziale Kommunikation stattfand; die Funktion von Straße und Marktplatz haben jetzt Bildschirme und elektronische Anzeigen übernommen." (P. Virilio)

Das Jahrhundert der Werbung

Werbung als Produktwerbung erlangt ihre gesellschaftlich bedeutende Funktion mit dem Eintritt der Industriegesellschaft in die Phase der Massenproduktion. Der Werbung obliegt in ihrer kommunikativen Funktion die Aufgabe einer weitgehenden „Harmonisierung" von Bedürfnissen des Konsumenten und dem Angebot der Produzenten. Gemäß ihrer grundlegenden Aufgabe bedient sich die Werbung vor allem der Massenmedien, wobei allerdings der Aspekt des *Spectaculums* nicht zu vernachlässigen ist.[6] Demnach läßt sich die Geschichte der Werbung zunächst unter dem Aspekt der jeweils dominanten Massenmedien lesen: Die Ära der ausschließlichen Dominanz von Massenpresse und Plakaten wird vom Zeitalter des Rundfunks und Films abgelöst und geht schließlich (in unseren Breiten) in den sechziger Jahren in die Phase der Vorherrschaft des Fernsehens über. Zwar besteht auch nach der Durchsetzung neuer Massen-

Hieronymus Bosch: Krüppel, die „den rechten Gang meiden"

medien – zumal des Fernsehens – der Bedarf nach Werbung in Fach- und Massenzeitschriften, durch Plakate sowie in Kino und Rundfunk nach wie vor, doch ändert deren medialer Gebrauch tendenziell seine Funktion im Hinblick auf die weitgehende Dominanz der Fernsehwerbung.

Das Wort „Reklame" *(réclame)* stammt ursprünglich aus der Druckersprache und wurde etwa ab 1821 in Frankreich zur Bezeichnung bezahlter Buchbesprechungen, die dem redaktionellen Teil der Tageszeitung unmittelbar folgten, verwendet. Um 1840 wird das Wort von Heinrich Heine eingedeutscht und erlangt etwa in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die allgemeine Bedeutung von *Kundenwerbung*. Als professionelle Werbung erfährt Reklame eine zunehmende Bedeutungsverschlechterung in der Öffentlichkeit; man verbindet mit diesem Begriff immer mehr unseriöse, ja bisweilen perfide Werbemethoden, bis in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts auf den Begriff Werbung[7] zurückgegriffen wird. Zu dieser Zeit begann die internationale Werbebranche neue Konzepte von Öffentlichkeitsarbeit – *public relations, publicity, publicité* – zu entwickeln.

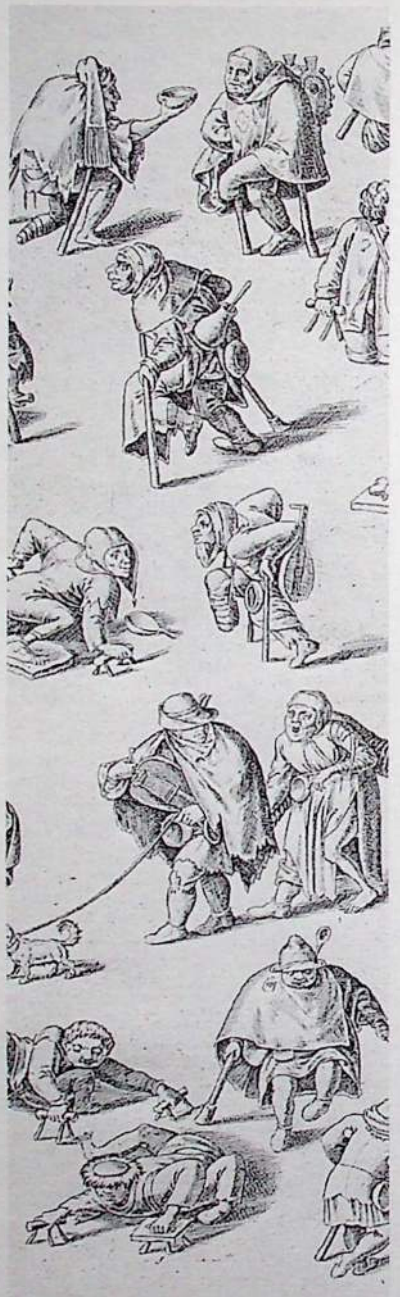
Mit diesem Konzept von „Öffentlichkeitsarbeit" gelingt es der Werbung, mit den neuen Marketingstrategien (sowie audiovisuellen Medien) den Bereich ihrer kommunikativen Zuständigkeit sowohl hinsichtlich des Konsumenten als auch im Hinblick auf den Produzenten auszuweiten. Marketing kann schließlich universal eingesetzt werden: ein bestimmter Wert (ein „Gut") soll am pluralistischen Marktplatz der „Öffentlichkeit" in seiner Position aufrechterhalten oder auch erst durchgesetzt werden. Dieser Wert muß nicht bloß ein materielles Gut oder eine bestimmte Dienstleistung sein, sondern es wird auch für kollektive Identitäten (*corporate identity*, Wirtschaftszweige, Kirchen etc.) sowie Ideen (politische Parteien, Ökologiebewegung etc.) in Form eines *Social Marketing* geworben. In letzter Konsequenz wird Produktmarketing nicht allein auf die Promotion eines bestimmten Produktes beschränkt bleiben, sondern sich um die Auffindung/Erfindung neuer Bedürfnisse bemühen, was nicht ohne Einfluß auf Kalkulation und Design neuer Produkte bleiben kann. Damit weitet sich die kommunikative Kompetenz der Werbung tendenziell sowohl auf die Erweckung und Prägung der Bedürfnisse des Konsumenten als auch auf die Idee und Gestaltung des Produkts beim Produzenten aus.

Dem Siegeszug der Werbung im „Jahrhundert der Werbung" korrespondiert eine gesellschaftliche Entwicklung, die deren psychosoziale und ökonomische Notwendigkeit zu affirmieren scheint, ihre Wirksamkeit jedoch an den Bruchstellen gesellschaftlicher „Identität" potenziell bedroht.

Der Öffentlichkeitsarbeit ist in gewissem Sinne die Öffentlichkeit abhanden gekommen[8]: Max Webers These einer fortschreitenden Rationalisierung – und der damit notwendig verbundenen wuchernden Bürokratie – als Paradigma der Neuzeit und einer fortschreitenden Trennung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche (Recht, Religion, Ökonomie) als *differentia specifica* (Unterscheidungsmerkmal) der Moderne erfährt unter den gegenwärtigen Bedingungen realkapitalistischer Expansion und der „Kolonisierung der Lebenswelt" ihre Widerlegung. Die sowohl von kapitalistischer (Adam Smith) wie marxistischer Seite angenommene rational-autonome Urteilsfähigkeit des Individuums – als Konsument und Produzent – am Markt erwies sich als Trugschluß. Der Traditionsverlust fortgeschrittener Moderne zeigt sich nicht bloß im sich vollziehenden Bruch gesellschaftlicher Synthesis: der „Fortschrittsglaube" als Motor der Industriegesellschaft in ihrer kapitalistischen, sozial-marktwirtschaftlichen (oder auch sozialistischen) Variante verliert zunehmend den gesellschaftlichen Konsens, ohne allerdings als geschichtsmächtige Dynamik in der ökonomischen und politischen Entwicklung abzutreten.

Der Fetisch „Individuum"

Der Bruch wird am Schnittpunkt kollektiver und individueller Identität und den jeweils korrespondierenden Bewußtseinslagen prekär. Kollektive Identität scheint nicht mehr über „Utopien" oder – wenigstens in ihrem Kern – utopische gesellschaftliche Ansprüche transportierbar.[9] Sie wird in die standardisierte Privatheit der Prestigewerte einer selbsternannten Elite und deren Klientel abgedrängt. Konsumgewohnheiten ersetzen Identität, Lebensstil den Lebenssinn. Die individuelle Identität landet dann auf der Couch, in der Therapiegemeinschaft oder beim Guru. Gleichwohl bleibt der Individualismus in einer von Narzißmus und weitgehender (sozialer) Atomisierung geprägten Gesellschaft das *summum bonum* („höchste Gut"). Die Fetischisierung des Individualismus erweist sich als Hypostase (ideologische Personalisierung) der Irrationalität und ist als solche auch Surrogat einer nicht mehr nachvollziehbaren gesellschaftlichen Synthesis, der die utopische Perspektive einer auf Zukunft bezogenen Erwartungshaltung der prinzipiell möglichen Verbesserung ge-



Hieronymus Bosch: Krüppel, die „den rechten Gang meiden"

sellschaftlicher Verhältnisse selbst als ideologische Prätention unbemerkt abhanden gekommen ist. Die Fetischisierung des Individualismus ist der Null-Meridian der historischen Entwicklung einer partikularisierten Gesellschaft, ab dem die Utopie ihrer Substanz und ihrem Inhalt nach privatisiert wird. Tendenziell projektiert die heutige Moderne ihre Zukunft im Singular des Singles. Konservative wie progressive „Projekte" einer Wiederherstellung von Gemeinschaft respektive Kollektiv in Familie, enger oder weiter verstandener Heimat haben der konkreten Realität des abstrakten Überlebenszwanges in der Arbeitswelt der entwickelten Industriegesellschaft nicht standgehalten. Das erfolgreich angepaßte Bewußtsein ist das Bewußtsein des abstrakten Erfolgs und des konkreten Leidens. In einer medienparalysierten Welt wird von den mehr oder weniger erfolgreich Angepaßten die Kategorie der Entfremdung – in einem psychischen Hochseilakt – gegen das eigene Selbst als Überlebensstrategie gewendet. Der Fetisch des Individuums gerinnt zu einer Strategie der Selbstdistanzierung: unter der Hülse des Fetisch herrscht ein identitätsloses Prinzip. Darauf beruht der psychotische Charakter moderner gesellschaftlicher „Normalität". Die bei diesen psychischen Trapezkünsten Abgestürzten tragen freilich die Male des Surrogats kollektiver Identität spiegelverkehrt.

Dem Fetisch Individuum als Rollenhülse entspricht eine fortschreitende Ästhetisierung aller Bereiche der Lebenswelt. Technisch-pragmatische Vernunft wird mit der Ästhetisierung des jeweils Individuellen kurzgeschlossen: das ethische Urteil hat keinen gesellschaftlichen Ort mehr. Ein grundlegender sozialer Erfahrungsverlust wird durch einen – der Freizeitindustrie entlehnten – Erlebnischarakter substituiert. Gerade auf dem Prinzip der Identitätslosigkeit mit dem Fetisch Individuum als Maskerade beruht die Fähigkeit tendenzieller Distanzierung – von den Mitmenschen, von der Gesellschaft und zugleich vom eigenen Selbst. Man distanziert sich vom Selbst bis zur Selbstaufgabe hin, um die anderen nicht mehr wahrnehmen zu müssen. Die gesellschaftlich induzierte Schizophrenie hat die der fortgeschrittenen Industriegesellschaft innewohnende Trennung von Funktion und Inhalt zur Voraussetzung: Insofern nähert sich das soziale System – zumindest im Bereich seiner elitären Strukturen – dem dehumanisierenden (und subjektlosen) Denkduktus der Systemtheorie.

Bewußtseinsmoden und „instant ideology"

Unter dem Eindruck der amerikanischen Verhältnisse während der Emigration hat die Frankfurter Schule im

weiteren Sinn – Th. W. Adorno, H. Marcuse und M. Horkheimer, im Rückgriff auf die Ästhetiktheorie der Moderne von Walter Benjamin – eine Theorie der Kulturindustrie als Bewußtseinsindustrie entwickelt. Hier wurden Tendenzen kultureller Manipulation in der modernen Industriegesellschaft aufgezeigt und systematisiert. Ihr volles Ausmaß scheint Bewußtseinsindustrie aber erst heute unter den Bedingungen technischer Innovation und realkapitalistischer Machtverhältnisse erreicht zu haben: bis zur „hohen Politik", zum Krieg und zur Revolution (Bürgerkrieg im Libanon, Tele-Revolution in Rumänien, „sales promotion" der US-Waffenindustrie im Golfkrieg) kann und wird alles als Show inszeniert – bisweilen mit dem archaischen Pathos einer Haupt- und Staatsaktion, bisweilen als Kabarettnummer oder Kabinettstück.

Jede historische Krisensituation verstärkt tendenziell den affirmativen Charakter kultureller Identität respektive von deren Versatzstücken. Unter den Bedingungen einer zunehmenden Akzeleration der Geschichte des „Fortschritts", die von seinen Objekten kaum oder nur ausschnittweise wahrgenommen wird, muß Heimatsuche in der Garderobe des Historismus notwendig zu einer fragmentarischen Wertselektion führen. Diese vollzieht sich unter den gesellschaftlich vorgegebenen Voraussetzungen unter dem Primat der jeweiligen Gegenwart auf der Basis einer weitgehenden individuellen und kollektiven Liquidierung des Gedächtnisses.[10] Das utopische Potential der Rettung (Erlösung) wird individuell und kollektiv in unseren Zeitläuften durch die Symptomatik der Ängste ersetzt – das Gedächtnis gibt nach. Kulturelle Sphäre als Identitätssurrogat ist vom jeweiligen Lebensbezug des Individuums – anders als etwa in den dreißiger Jahren – weitgehend distanziert. Abstrakte Prozesse der Gesellschaft werden vom einzelnen als individuelles Schicksal erlebt. Tatsächlich macht sich eine zunehmende Beliebigkeit unterschiedlichster und völlig heterogener Kulturinhalte breit. Auch und zumal im intellektuellen Bereich, also am gesellschaftlichen Ort eines kritischen Selbstbewußtseins, ist von der Philosophie bis zur Kunst ein kontinuierliches Fluktuieren von „Bewußtseinsmoden" zu beobachten. Ein kritisch-kontinuierlicher Entwurf etwa von Aufklärung oder jener Postulate, unter denen die Moderne angetreten ist, scheint sich nicht mehr durch-

Hieronymus Bosch: Krüppel, die „den rechten Gang meiden"

halten oder verkaufen zu lassen. Im Bereich gesellschaftspolitischer Reflexion gewinnt ein nostalgischer Ästhetizismus an Attraktivität. Mode statt Aufklärung, eine jeweils in wechselnder Optik und Perspektivik präsentierte „Weltsicht" oder „Geisteshaltung" dient dem rhetorischen Gestus der jeweiligen Selbstdarstellung. Letztlich ist eine grundlegende Unvereinbarkeit der Zeitstrukturen individueller Identität und der jeweils – wie auch immer mangelhaft etablierten – kollektiven Identität auszumachen. Die Auflösung dieser Unvereinbarkeit übernimmt eine „instant ideology": Ihr obliegt die je erforderliche Herstellung von hinlänglichen und notwendigen kollektiven Ad-hoc-Identitäten in Politik und Wirtschaft im Bereich der Öffentlichkeit, und zwar durchaus mit den formalen Mitteln einer ausgeklügelten Werbekampagne. Daß diese Ad-hoc-Identitäten nicht lange vorhalten, stört insofern nicht, als ihre Kurzlebigkeit schon in die Strategie eingeplant ist.[11]

Werbung als Life-style

Werbung durchzieht unsere moderne Arbeits- und Lebenswelt. Sprache, Bilderwelt, Gestik und Rollenverhalten werden von ihr mitgeprägt. Scheint sie manchen als Inkarnation des Negativen am Kapitalismus, so projiziert sie anderen (etwa auch in den ehemals sozialistischen Ländern) die Bilderwelt des nicht mehr so verborgenen Objekts der Begierde. Der pseudomythologischen Dämonisierung der Macht der Werbung (Ernest Dichter, Vance Packard) im Sinne eines „anything goes" widersprach die Werbebranche halbherzig mit einem Verweis auf die Mündigkeit der Adressaten. Die „Allmacht der Werbung" rückt die Thesen der Motivforscher in die Nähe einer selffulfilling prophecy, solange nur die potentiellen Kunden an diesen Mythos glauben. Gleichzeitig stellt Werbung eine nicht unbeträchtliche Faszination für avantgardistische Kunst – vom Dadaismus bis zur Pop-art – dar. Bisweilen wird sie als die eigentliche Kunstform unserer Gesellschaft bezeichnet. Avantgardistische Regisseure drehen gerne Werbespots – nicht bloß aus finanziellem Interesse, sondern auch wegen der Möglichkeiten, neue Formen der Cinematographie zu realisieren. Den „Dämonologen" der Werbekritik ist entgegenzuhalten, daß die Dominanz von Marketingstrategien in Politik und Kultur nicht so sehr der imaginierten Allmacht der Werbung, sondern vielmehr der Ohnmacht und dem Verschwinden traditioneller Öffentlichkeitsstrukturen korreliert. Werbung ist ein (notwendiges) Subsystem moderner Gesellschaft. Sie übernimmt somit jene Kommunikationsfunktion, die eine im Hinblick auf traditionelle Öffentlichkeit destruktive soziale und technologische Entwicklung als „Leerstelle" hinterlassen hat.

Letztlich umfaßt Werbung auch die Aufgabe, Wünsche und Bedürfnisse der Konsumenten aufzuspüren und auf dem Wege von der Transformation in vermarktbare Produkte (materielle oder nicht-materielle Güter) in die Kommunikationsstruktur des Marktes einzubeziehen. Damit ist freilich eine tendenzielle Ausweitung der Marktstruktur im Bereich unserer Gesellschaft verbunden, eine Ausweitung, die allerdings einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus entspricht und vom Subsystem der Werbung lediglich akzeleriert und intensiviert wird. Modernes Marketing setzt Produktwerbung in den Kontext einer „Lebensphilosophie", eines Lifestyles der jeweiligen Zielgruppe. Das identitätsstiftende Versprechen des Produktes wird – zumal im Bereich luxurierter Bedürfnisse – hervorgehoben. Durch die Dominanz des Ästhetizismus ergibt sich die Möglichkeit einer Referenz auf das angenommene Qualitätsniveau des „Lebensprojektes" des potentiellen Konsumenten – hier wird der Gebrauchswert des Produkts sekundär. Der Internationalismus eines Global Marketing verbindet sich im Sinne einer positiven Austauschbarkeit mit Regionalem. Vielleicht läßt sich eine Tendenz zu einem eurozentristischen Neosubstanzialismus gegenüber der US-Strategie einer „Massenexklusivität" ausmachen. In exklusiveren Produktbereichen wird in Europa ein höherer Standard an Bildungsbezügen und avantgardistischer Darstellung erreicht als bei vergleichbaren Produkten in der US-Werbung. Aber analog dem amerikanischen Pattern wirbt auch die europäische Industrie allmählich in verstärktem Maße indirekt durch Investition in „Kultur": Kultur präsentiert sich hier als „authentische Ware".

Thesen zum gesellschaftlichen Subsystem Werbung

INNOVATIONSWIRKUNGEN IM MEDIENBEREICH: Bereits die Einführung des Buchdrucks hat eine neue Öffentlichkeit geschaffen und damit auch die Voraussetzung geboten, auf diese Öffentlichkeit Einfluß zu nehmen. Die Erfindung und Ausbreitung von Photographie, Film, Radio, Fernsehen sowie die Erweiterung moderner audiovisueller Techniken hat sicher die Wahrnehmungsstrukturen des Menschen nachhaltig verändert. Die moderne Vorherrschaft der Bilder und „Moden" erscheint als systemimmanente Notwendigkeit einer Medienstrategie, die sich aber einer zunehmend anästhesierten „Öffentlichkeit" gegenübersieht.

Hieronymus Bosch: Krüppel, die „den rechten Gang meiden"

IDENTITÄT VON MODE UND WERBUNG: Scheinen Mode und Werbung in unserem Jahrhundert als soziales Phänomen weitgehend zu konvergieren, so ist doch daran zu erinnern, daß es sich ursprünglich um zwei getrennte Phänomene handelt. Zwar bemerkt bereits J. Locke, daß sich die Mehrzahl der Menschen vor allem an den Meinungen ihrer Umwelt orientieren und dazu neigen, „sich vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, nach dem Gesetz der Mode zu richten", gleichwohl bleibt im 18. Jahrhundert der Begriff der Mode dem Geschmack, der Sitte, der Gewohnheit und Etikette zugeordnet. In unserem Jahrhundert erscheint Mode als Formel der „ewigen Wiederkehr des Neuen". Sie wird zum Ritual, „nach dem der Fetisch Ware verehrt sein will" (W. Benjamin). Es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit es der Werbung gelingt, die ursprünglich kontingenten und gleichsam „naturwüchsig" sich entwickelnden Modetrends der Gesellschaft in Regie zu nehmen.[12]

KUNST UND WERBUNG UND WERBUNG ALS KUNST: Avantgardistische Kunst hat mit der Mode die Faszination des „Neuen" gemein. Von einem Kunstkritiker wird Kunst heute als „Apotheose der Werbung in der Kathedrale des Kapitalismus" (Kursbuch 1991) gesehen. Das mag zwar etwas überzeichnet sein, doch ist ohne Zweifel eine Konvergenz von Kunst und Werbung der ästhetischen Diskussion um die Phänomene der Postmoderne, insbesondere in den USA, zu entnehmen. Der „Entkunstung der Kunst" korrespondiert eine weitgehende Ästhetisierung des Alltags. Diese beschränkt sich nach R. A. Berman keineswegs bloß auf die Warensphäre mehr, sondern „it refers instead to the universal disappearance of an outside to art. There is no pre-aesthetic dimension to social activity, since social order has become dependant on aesthetic organization. Similarly nature, which art once imitated, has become secondary to art; any given piece of coastline, any single craggy peak cannot measure up to the standards set by the nature photographers and the Sierra Club calendars."[13] (Sie bezieht sich auf das universelle Verschwinden eines Außerhalb der Kunst. Es gibt keine vorästhetische Dimension sozialen Handelns, da die soziale Organisation von der ästhetischen Organisation abhängig geworden ist. In ähnlicher Weise ist auch die Natur, die die Kunst einst nachahmte, gegenüber der Kunst zweitrangig geworden: kein einziger Meeresstrand, kein schroffer Felsgipfel kann es mit den Standards aufnehmen, die durch Naturphotographen und die Sierra Club-Kalender gesetzt worden sind.) Letztlich versucht auch die europäi-

sche Fernsehwerbung in ihren avantgardistischen Formen (vor allem in Frankreich und Großbritannien) durch synergistische Effekte (Mitwirkung des Adressaten) die Anästhesie gegenüber Werbung zu überwinden.[14]

SOCIAL MARKETING: Mit ihrem neuen Konzept von „Öffentlichkeitsarbeit" gelingt es der Werbung, mit neuen Marketingstrategien (sowie audiovisuellen Medien) den Bereich ihrer kommunikativen Zuständigkeit sowohl hinsichtlich des Konsumenten als auch im Hinblick auf den Produzenten auszuweiten. Marketing kann schließlich universal eingesetzt werden: ein bestimmter Wert (ein Gut) soll am pluralistischen Marktplatz der „Öffentlichkeit" aufrechterhalten oder durchgesetzt werden.

ÄSTHETIK DES SCHEINS: Die tendenzielle Konvergenz von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst wird in der medialen Strategie entwickelter Industriegesellschaften in einer Ästhetik des Scheins verflüssigt, die eine konstitutive Voraussetzung der generellen Ästhetisierung der Alltagswelt ist. Die veränderten Paradigmen der Wahrnehmungsgrammatik – Virtualität, Simulation oder Deterritorialisierung – sind im Rahmen ihrer theoretischen Konzepte auf ihre politische und soziale Relevanz zu beziehen.

BEWORBENE WERBUNG: Der Einfluß der Gesellschaft auf Werbung macht sich vornehmlich in der Veränderung von Konsumgewohnheiten und Standards bemerkbar. Erfolgreiche Werbung muß schon den Ansatz einer Veränderung in der Gesellschaft wahrnehmen und diese in den jeweiligen Leitbildern, der „Lebensphilosophie" und den entsprechenden Strategien kreativ berücksichtigen. Marketing wird so in seiner kommunikativen Funktion zum konstituierenden Moment der Selbstinterpretation der Gesellschaft respektive ihrer jeweiligen Subsysteme. Produktion, Distribution und Konsumption haben unter dem Aspekt einer durchgehenden Ästhetisierung des Alltags teil an einem gemeinsamen Symbolsystem, das von Werbung mitgeprägt ist und gleichsam eine ästhetische Ebene der Synthesis gesellschaftlicher Kommunikation repräsentiert. Eine partielle Verselbständigung der Werbung und ihrer Symbolsysteme führt zum Phänomen der „beworbenen Werbung". ■

Dr. Wolfgang PRIGLINGER ist Philosoph.

Anmerkungen

1 Der Ikonoklasmus bildete sich im byzantinischen Reich im 8. und 9. Jahrhundert – wohl auch unter Einwirkung islamischer Vorstellungen – heraus und wurde unter einigen Kaisern zur Staatsideologie.

2 Das *Spectaculum* als öffentliche Theateraufführung war ein wirksames Propagandamittel jesuitischer Gegenreformation.

3 Vgl. etwa Louys Richeone, L'Idolatrie huguenote, Lyon 1608.

4 Fabre d'Eglantine besteht in einem Bericht 1793 darauf, die alten Bilder durch neue zu ersetzen: „Es ist also notwendig, an die Stelle dieser Visionen der Ignoranz Realitäten der Vernunft und an die Stelle des Priesterblendwerks die Wahrheiten der Natur zu setzen. Wir vermögen nichts ohne Bilder zu erfassen; in der abstrakten Analyse, in den metaphysischen Kombinationen höchsten Grades begreift unser Verstand nur durch Bilder, unser Gedächtnis stützt sich, ja es beruht nur auf Bildern." (Katharina Scheinfuss, Von Brutus zu Marat. Kunst im Nationalkonvent 1789-1795, Dresden 1973, S. 137).

5 Dr. Joseph Goebbels – der Reichspropagandaleiter der NSDAP seit 1929 – war seit März 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und durch Führererlaß (30. Juni 1933) zuständig „für alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation, der Werbung für Staat, Kultur und Wirtschaft, der Unterrichtung der in- und ausländischen Öffentlichkeit und der Verwaltung aller diesen Zwecken dienenden Einrichtungen". Mit der Errichtung der Reichskulturkammer wurde Goebbels Einflußbereich abgerundet.

6 Unter diesem Aspekt läßt sich etwa die Weltausstellung in London 1851 auch als Werbeveranstaltung der „modernen Industrie" verstehen, die im Repräsentationsbedürfnis nationaler Selbstdarstellung auch das Nahverhältnis von Werbung und Kultur dokumentiert. Gleichzeitig aber weist diese erste Weltausstellung der Industriegesellschaft – zumal in den westlichen Staaten (Großbritannien, Frankreich, USA) – den Weg in die Ära der Werbung.

7 Der alt- und gemeingermanische Stamm vom Verb „werben" bedeutet ursprünglich „sich drehen, hin- und hergehen, sich bemühen, etwas betreiben" und entspricht etwa dem Bedeutungsfeld von ambire. In der frühen Neuzeit wird es auf das Bedeutungsfeld „verkehren, Geschäfte machen, ein Gewerbe betreiben" eingeschränkt. Späterhin engt sich das Bedeutungsfeld von Werbung auf den kommunikativen Aspekt einer auf Erfolg gerichteten Botschaft ein.

8 Richard Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrranei der Intimität, Frankfurt a. M. 1986.

9 Zur Diskussion der Funktion der Utopie des „Kommunismus" beim Zusammenbruch des realen Sozialismus vgl. jetzt auch Domenico Losurdo, Demokratische Revolution oder Restauration? Über den Zusammenbruch des „realen Sozialismus" in Osteuropa, in: Topos 3 (1994), S. 59 ff.

10 Der Bourgeois schickt sich an, mit den Idealen der Französischen Revolution, unter denen die Moderne ja antrat, auch den Citoyen zu liquidieren: das „Schreckbild einer Menschheit ohne Erinnerung ... ist kein bloßes Verfallsprodukt ..., sondern es ist mit der Fortschrittlichkeit des bürgerlichen Prinzips notwendig verknüpft. ... Ökonomen und Soziologen wie Werner Sombart und Max Weber haben das Prinzip des Traditionalismus den sozialen Gesellschaftsformen zugeordnet und das der Rationalität den bürgerlichen. Das sagt aber nicht weniger, als daß Erinnerung, Zeit, Gedächtnis von der fortschreitenden bürgerlichen Gesellschaft selber als eine Art irrationaler Rest liquidiert wird." (Th. W. Adorno, Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: Bericht über die Erzieherkonferenz am 6. und 7. November in Wiesbaden, Frankfurt a. M. 1960, S. 14.)

11 Unter diesem Aspekt wäre auch nochmals zu überlegen, was in den fortgeschrittenen mitteleuropäischen Gesellschaften das offenbare Aufgehen des Proletariats in der kulturellen und ökonomischen Identität des „Bürgertums" bedeutet. Und zwar unter der Voraussetzung, daß das „Bürgertum" (als kulturelle Identität bei gleichzeitigem Funktionswandel seiner ökonomischen Position), in dem das Proletariat aufgeht, m. E. bloß noch imaginär existiert. Die vorgebliche rational-autonome Mündigkeit des Individuums in seiner verdoppelten Identität als Käufer und Verkäufer am Markt verleiht ihm die Resterfahrung eines empirisch nachprüfbaren gesellschaftlichen Realitätsbezuges, der freilich weitgehend auf die Perspektivik der Realabstraktion des Geldwertes beschränkt bleibt.

12 Vgl. R. Barthes' These der Mode als „code véritable" der Industriegesellschaft.

13 R. A. Berman, Modern Art and Desublimation, in: Telos Nr. 62 (1984/85), S. 48. Zum Phänomen vgl. auch Chr. und P. Bürger, Postmoderne: Alltag, Alegorie und Avantgarde, Frankfurt a. M. 1988.

14 R. Kloepfer – H. Landbeck, Ästhetik der Werbung. Der Fernsehspot in Europa als Symptom neuer Macht, Frankfurt a. M. 1991.

Ungleiche Brüder

Das Mißverhältnis von Werbung und „redaktionellem Umfeld"

Arno MAIERBRUGGER

Um Meinungsvielfalt zu erhalten, bedarf es funktionierender ökonomischer Rahmenbedingungen. Wenn kaufmännische Monopole alles daransetzen, diese Bedingungen zu verhindern, kommt es früher oder später zu einer empfindlichen Uniformierung des Medienangebotes: Österreich mit seiner „relativ größten Tageszeitung der Welt" ist davon nicht mehr weit entfernt. Das Ergebnis: eine unterhöhlte Demokratie, ein spürbares Informationsdefizit und mediale Mangelwirtschaft.

Im Gegenzug bedeutet das aber auch: ein erhöhter Gebrauchswert einzelner Medien für die Werbewirtschaft, die daraus resultierende Konsum- und Zeitgeistpresse und der Eindruck, nur profitable Presse wäre die einzig verwirklichbare Presse. Information wird damit zum Luxus, Konsum zur Norm. Einflußreiche Medien werden zum Vorentscheider über die Verwertbarkeit von Informationen („gate-keeper"), ohne sich um die Meinung ihrer Leser kümmern zu müssen. Alles ist hold in der Gegenwart der Medienwelt.

Freier Journalismus bzw. das freie Publizieren dagegen steht und fällt mit längerfristig tragfähigen ökonomischen Bedingungen. Aber welches Interesse hätte die Politik, solche Rahmenbedingungen herzustellen? Hängt sie nicht ohnehin am Gängelband der Zeitungssaurier? Statt endlich ein leistungsfähiges Kartellrecht zu entwerfen, das seinen Namen verdient, haben sich die Regierungsverantwortlichen die dubiose „Sonderpresseförderung" einfallen lassen, als typisch österreichische Lösung, um das, was man sich in den Büros des Bundeskanzleramtes unter „Meinungsvielfalt" vorstellt, teuer zu stützen. Viel Geld für ein Korrektiv, jedoch wenig Geist für Neues.

Von Meinungsmache bis Medialfaschismus

Mit allen weiteren Verkäufen von Medienbetrieben ins Ausland dörrt die österreichische Medienlandschaft aus. Wenige Zeitungen können sich noch eine eigene Meinung leisten, meistens bekommt sie sie vorfabriziert und vorgekaut von den dafür zuständigen Pressediensten. Je mehr die Pressevielfalt schwindet, umso mehr aber schwindet die Urteilskraft der Gesellschaft und umso eher läßt sich Uniformität dienstbar machen. Diese Entwicklung ist in unserem Jahrhundert nicht neu, sie erweist sich in jüngster Vergangenheit im Medialfaschismus à la Berlusconi oder in raffinierten Propagandatechniken von Fernsehsendern wie CNN.

Was Österreich betrifft, so reproduziert sich der Operettenstaat in der »Kronen-Zeitung« und in »Täglich alles« andauernd selbst. Besonders im Typus der Massenpresse ist die sogenannte „Reduktion gesellschaftlicher Komplexität" spürbar, und gleichzeitig dazu die Steigerung der Gebrauchswertfunktion dieser Art von Presse für die Kapitalwirtschaft. Eine Verschränkung also von inhaltlicher Verflachung zugunsten steigender Konsumorientierung. Der Grund, warum die Massenpresse politische und gesellschaftliche Ereignisse verflacht, vereinfacht und synonymisiert, liegt darin, der Werbewirtschaft ein möglichst kompromißloses „redaktionelles Umfeld" zu liefern, in dem die Produkte, die beworben werden, eine größtmögliche Wirklichkeitsentsprechung haben – auch wenn diese Wirklichkeit der tatsächlichen Realität, den Lebenszusammenhängen des Leser-Konsumenten, gar nicht entspricht. Das Erstellen „redaktioneller Umfelder" ist eine moderne Bezeichnung für eine professionelle Konsumpropaganda in den Diensten der Wirtschaft. Als solche könnte eventuell auch die EU-Berichterstattung der »Kronen-Zeitung« gesehen werden. Nicht die Spiegelung, Kritik und Kontrolle gesellschaftlicher Bedingungen ist es, die Eingang in die Massenpresse findet, sondern eine künstliche Lebenswelt, die sich allem anderen als den Informationsinteressen der Leser unterordnet.

Eine wesentliche Technik dieser künstlichen Zeitungswelt besteht in der Rücksichtnahme auf die Gebrauchswertansprüche der Leser. Diese lassen sich erzeugen, messen, bewerten und letztlich befriedigen: darin liegt eine der wesentlichen Aufgaben der Werbung. Die Medien müssen sich nur auf die Gebrauchswertansprüche der Leser einlassen und diese zufriedenstellen. Solche Ansprüche bestehen bei weitem nicht nur im Konsum: sie bestehen auch auf psychologischer und soziologischer Seite.

Personalisierung und Subjektivierung

Betrachtet man beispielsweise die vorherrschende Tonart von Gesellschafts- und Politikberichterstattung in großen Teilen der österreichischen Massenpresse, so fällt darin die starke Personalisierung und Subjektivierung gesellschaftlicher Tatbestände auf. Öffentliche Probleme, Sachverhalte, Bedürfnisse werden nicht nach ihrer soziostrukturellen Ursache her aufgezeigt, sondern meistens personalisiert. Dabei werden gesellschaftliche Tatbestände extrem simplifiziert, ihre Bedeutung aus dem Zusammenhang gerissen und die Meinungsbildung darüber emotionalisiert bzw. emotional mit der jeweiligen Person in Verbindung gebracht. Politiker werden hier zu Vaterfiguren oder Leidensmännern aufgebaut, werden als Ausführende politischer Prozesse in grob vereinfachende Prominententheatralik hineinzitiert. Im Falle der EU-Verhandlungsreisen unseres Außenministers ließ sich das, übrigens nicht nur in der Massenpresse, sehr gut beobachten.

Die Kommunikationswissenschaft subsumiert diese Form von vereinfachter Politikberichterstattung unter dem Terminus „human interest". Das würde implizieren, daß nach einer solchen Berichterstattung wirklich ein Interesse bestünde: vielfach wird es aber durch Werbung und Öffentlichkeit vorkonstruiert. Polit-Werbung spielt in unseren Meinungsbildungssituationen eine größere Rolle, als man gemeinhin glauben möchte. Was hier an gesellschaftlich notwendigem Schein aufgebaut wird und auch an die Adressaten gelangt, erleichtert bei vielen ihre eigene Entscheidung bzw. ersetzt diese sogar.

Die Personalisierung politischer Prozesse und politischer Entscheidungen als journalistische Verfahrensweise führt bei vielen Lesern dazu, ihr eigenes Entscheidungsbedürfnis hintanzustellen, eigene Probleme zu privatisieren und sich demokratischen Handelns zu entsagen. Parallel dazu werden subjektiv als schwerwiegend empfundene Probleme ebenfalls gern und leicht personalisiert, weil es dazu ja keiner Änderung der persönlichen Auffassungswelt bedarf. So wird also der clevere Oppositionspolitiker zum Sammelpunkt kanalisierter Ängste.

Innenpolitische Wallfahrt

Durch die Personalisierung politischer Sachverhalte kann dem Lesepublikum vorgegaukelt werden, daß es an der Lösung politischer Fragen quasi teilnimmt, obwohl dies jeder objektiven Erfahrung widerspricht. Dadurch kann der Klassencharakter der modernen Industrie- und Mediengesellschaft verschleiert werden, auch dessen ökonomische und politische Diskriminierung des lohnabhängigen Teils der Bevölkerung. Diskutierbare Probleme der Gesellschaft werden so zum schmückenden Beiwerk personenzentrierter Berichterstattung. Hat sich zum Beispiel anläßlich des unglaublich heiteren Einfalls von Staatssekretärin Ederer, nach Mariazell zu wallfahrten, jemand gefragt, was dies auf den Innenpolitik-Seiten der großen Tageszeitungen zu suchen hat? Ideologische Unterschiede gesellschaftstragender Parteien werden heute bestenfalls beschmunzelt, auch weiterhin ein Zeichen, wie schlecht es um Diskussions- und Diskurskultur in diesem Lande steht. Die Massenpresse hat daran ihren gütlichen Anteil.

Foto: Johannes Faber

Wenn man davon ausgeht, daß die Großparteien hierzulande keine Medienpolitik betreiben, die ihren Namen verdiente, darf man sich nicht wundern, daß mediale Belange zunehmend in die Hände parteiabhängiger Werbeagenturen gelangt sind, was das dümmste ist, was man mit politischen Inhalten machen kann. Leider regiert in diesem Zusammenhang nicht die Vernunft, sondern die Erfolgsquote, der Beeinflussungsfaktor in den Köpfen. Die Polit-Agenturen helfen der Massenpresse tunlichst, das Volk bei der Stange und die herrschenden Verhältnisse stabil zu halten. So wird dem Großteil des Lesepublikums die Möglichkeit gegeben, eine Unzufriedenheit mit seiner eigenen Lage, zum Beispiel das Empfinden sozialer Ungerechtigkeiten oder Ungleichheiten, irgendwie wegzukompensieren. Die Massenpresse liefert Informationen aus der Welt der Schönen und Reichen, läßt den Leser kurzfristig in einer „Traumwelt" wandeln, suggeriert den Erwerb von anerkannten, „aufstiegsträchtigen" Produkten und kompensiert das Machtlosigkeitsempfinden der eigenen Lage mit Flucht und Eskapismus. Hier verschränkt sich Polit-Werbung mit Konsum-Werbung: dem Lesepublikum wird vermittelt, nicht unmittelbar nach einer Änderung der eigenen (verbesserungsbedürftigen) sozialen Lage zu suchen, sondern diese mit dem Erwerb bestimmter Produkte zumindest auszugleichen. Parallel dazu wird allerdings eine tatsächliche Veränderung einer Lebenssituation als gefährlich und existenzbedrohend hingestellt. Für den einzelnen bedeutet die Gefahr, sich keine die soziale Lage kompensierenden Konsumgüter mehr kaufen zu können, mehr als das Risiko einer wirklichen mutigen sozialen Veränderung. Ähnlich funktionierte die österreichische EU-Propagandawerbung auf den Plakaten und in den Spots. Eigentlich funktioniert alle Werbung so, da sie um jeden Preis, also auch in politischen Entscheidungsfragen, die generellen Bedingungen der Kapitalherrschaft – die Kaufkraft und die Warenzirkulation – aufrechterhalten will. Der eigentliche Teil einer Zeitung, der in kapitalistischen Gesellschaften dazu bestimmt war, der Anzeigenteil, hat dafür längst ausgedient und überlappt sich mit der Redaktion.

Prostitutionszwang an die Werbewirtschaft

Im Grunde hat diese enge Verschränkung die allseits bekannten Gründe in der zunehmenden Ökonomisierung und Konzentration in der Medienwelt. Da Massenmedien heutzutage nicht mehr in erster Linie für den Leser gemacht werden, sondern für die Werbe- und Anzeigenwirtschaft, ist die Trennschärfe zwischen redaktionellem und Anzeigenteil nicht mehr gegeben. Je schwächer ein Blatt wirtschaftlich dasteht, umso höher ist seine tatsächliche Abhängigkeit vom Anzeigenkunden. Und umso geringer ist die Entscheidungsfreiheit der Redaktion, gegen ein objektives Mißverhältnis zu berichten, wenn es diesem Anzeigenkunden nicht geziemt. Mit diesem Sachverhalt schlagen sich höchstwahrscheinlich 90 Prozent der österreichischen Printjournalisten tagtäglich herum; die aufgeklärteren unter ihnen fragen sich vielleicht gelegentlich, warum es soweit gekommen ist.

Je nach Struktur und Charakter finanzieren sich Zeitungen heute zu 70 bis 90 Prozent aus Werbeerlösen, zum Rest aus Verkauf und Aboeinnahmen. Es liegt nun in der Fähigkeit von Verlagsleitung und Redaktion, sich über dieses grundsätzliche Übel kompetent auseinanderzusetzen, – vorausgesetzt, man ist an einem auch für Leser akzeptablen Trennverhältnis zwischen Anzeigen und Redaktion interessiert. Natürlich gibt es auch Verleger und Fernsehmacher, die den Raum im Blatt und damit auch ihr Publikum vollständig an die Werbewirtschaft verkaufen und sich immer noch einbilden, sie täten der Menschheit was Gutes. Es tritt aber klar hervor, daß sich auch historisch betrachtet das Lesepublikum, die „Öffentlichkeit", in einen Konsumfaktor verwandelt hat, wobei es grob vereinfacht vom Zeitungsverleger am liebsten als rein anzeigenkonsumierendes Publikum gesehen werden will. Hierin besteht aber das Dilemma der Zeitungswelt von heute: Zeitung ist an und für sich keine Ware im marktwirtschaftlichen Sinn, muß aber, um im kapitalistischen Wettbewerb zu bestehen, als Ware verkauft werden oder zumin-

dest den Charakter einer Ware annehmen. Da die Erlöse einer Zeitung nie und nimmer ihre Herstellungskosten decken, macht es auch nichts aus, sie massenweise an Sonntagen an die Österreicher zu „verschenken". Die Reichweitenzahlen an Wochenenden sind bei allen Massenzeitungen die höchsten und eine exzellente Bedingung für Werbeeinschaltungen. Dem Leser dazu ein schlechtes Gewissen zu machen, daß er diese Zeitung sonntags unter Umständen nicht bezahlt, obwohl er ohnehin bloß als Anzeigenvieh mißbraucht wird, grenzt an Verhöhnung.

Ist ein Zeitungskonzern kapitalkräftig genug, wird er den Kampf um Anzeigen- und Werbebudget locker mithalten und sogar mitdiktieren. Wenn es solche Platzhirsche gibt, haben aber alle anderen Kleinen das Nachsehen. Da eine Zeitung aber leider eine weitreichendere gesellschaftliche Bedeutung hat als beispielsweise Waschpulver oder Motoröl, ist die Verdrängungssituation am Markt weitaus verheerender als bei herkömmlichen Konsumgütern.

Die einzige Möglichkeit, die den Kleinen bleibt, ist, sich zusammenzuschließen und Zielgruppenwerbung anzubieten, die den großen Konzernen durch ihre Streuverluste nicht möglich ist. Oder aber regionale Böden zu beackern, die von den Großen nicht erreicht werden. Oder den Gedanken ganz aufzugeben, daß man mit einer Massenzeitung Weltanschauung und werbliche Finanzierung vereinen kann. Dazu sind die deformierenden Kräfte der Kapital- und Werbewirtschaft höchstwahrscheinlich zu groß.

Mit dieser Veränderung verliert natürlich auch der Journalismus an sich an Reiz. Reduziert sich der redaktionelle Teil einer Zeitung auf das Angebot eines „redaktionellen Umfeldes" für die Anzeigenwirtschaft, so wird manch einer seine Ideale über Bord werfen; und doch existiert noch das Kuriosum im Journalistengesetz, daß man seinen Herausgeber zwar wegen „Wechsels der politischen Richtung", nicht aber wegen „Prostitutionszwang an die Werbewirtschaft" belangen kann. Stattdessen bewegt sich die Arbeitsplatzbeschreibung von Journalisten immer weiter weg von seinen klassischen Aufgaben des Recherchierens, Aufbereitens und Verfassens von Artikeln, seit sich die Berufsfelder der Öffentlichkeitsarbeit und PR mit der Branche zu mischen beginnen. Das Diktat der Werbewirtschaft mit allen seinen reduktiven und negativen Eigenschaften mengt sich in Form dieser „Arbeit an der Öffentlichkeit" (= Meinungspropaganda bzw. strategische Beeinflussung durch Kommunikation) in den Journalismus ein: das Resultat ist auch eine Veränderung interner Strukturen von Redaktionen, deren PR-geschulte Mitarbeiter die Bedürfnisse der Werbung schon zuvor kennen. Illustrierte, wie zum Beispiel der »Wiener« oder ähnliche, funktionieren nur auf diese Weise. Letztlich sind Funktionen des kommentierenden Journalismus, die im Reflektieren von Weltbildern, gesellschaftlichen Erscheinungen, Mißverhältnissen und in der Kontroll- und Kritikfunktion liegen, durch diese Entwicklung ausgeblendet. PR und Werbung reduziert Reflexion auf wenige emotionale Einheiten, kommt dafür mit viel weniger Platz aus, ist aber als solche allein noch nicht ganz überzeugend. Daher braucht es die Zeitung sozusagen als Ausrede für die eigene Existenz, als Marginalie mit Legitimierungsfunktion.

Werbezeitungen als Selbstzweck

Letztlich hat die Konjunktur der PR schon dazu geführt, daß große Konzerne ihre Beziehungen zur Massenpresse insofern reduziert haben, daß sie einfach eigene Magazine, Werbezeitungen, Betriebsjournale und so weiter aus der Taufe gehoben haben, einzig um zu zeigen, wie sie sich ihre tägliche Zeitung am liebsten vorstellen würden: als Meldungs- und Werbeforum ihrer alleinigen Interessen. Als Journalisten arbeiten hier fast ausschließlich die vielgerühmten „Freelancer", eine sozialrechtlich äußerst mangelhaft abgefederte Klasse, die das versinnbildlichen, was den durch die Werbewirtschaft bedrohten Redaktionen blüht, wenn es so weitergeht.

Für kritische Alternativmedien auf dem Printsektor ist derzeit in Österreich wenig Platz. Eher scheint die Etablierung als Radiosender eine Möglichkeit, etwas an Meinungsvielfalt in den österreichischen Meinungsbrei zurückzubringen. Doch sind die Strukturen bezüglich Werbeeinschaltungen und -finanzierung nicht wesentlich anders als bei den Printmedien; Radio hat einfach den Vorteil, daß es in Betrieb und Verbreitung einfach billiger ist. Mit dem neuen Privatradiogesetz wird sich einiges am Äther umstrukturieren, doch zeigt ein Blick auf die Liste der Bewerber deutlich einen starken Überhang in Richtung Werbewirtschaft, nicht mehr Redaktionen sind gefragt, sondern „Agenturen", die keineswegs klassisch redaktionell arbeiten, sondern einfacheren Unternehmenszielen verpflichtet sind: bei diesen Zielen steht die Vereinfachung gesellschaftlicher Wirklichkeit mit der Steigerung des Werbeaufkommens in direktem Verhältnis; ganz einfach, weil Werbung und Konsumpropaganda die Definition der Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft übernommen haben.

Politik und Werbung

Wie schon angemerkt, verschlimmert sich dieser Sachverhalt drastisch, wenn die Politik beginnt, sich der Werbung zu bedienen. Wenn nämlich die Werbung, deren eigentliche Arbeit darin besteht, Bedürfnisse über möglichst kurze Botschaften, die nicht einmal unbedingt in den Verstand dringen müssen, zu wecken, kann man sich leicht vorstellen, von welcher Qualität eine solcherart beworbene politische Landschaft sein muß. Diese Tendenz ist nicht aufzuhalten.

Betrachtet man beispielsweise die „Journalistenausbildung" in Österreich, so wird man die Suche nach Substanz bald aufgeben. An den beiden Universitätsinstituten überwiegt bereits bei weitem die Fachausbildung zu „Öffentlichkeitsarbeitern" jene der Journalisten. Am Wiener Institut, das bis jetzt eine Vortragspolitik der sozialdemokratisch-gemäßigten Mitte vertreten hat, wird ab Herbst ein neuer Wind blasen: Thomas A. Bauer (u. a. promovierter Theologe) wird als Institutsvorstand das Ruder übernehmen und will neue PR-Eliten schaffen. Aus den gleichnamigen (gebührenpflichtigen) Hochschulkursen werden dem Vernehmen nach auch Fachkräfte für FPÖ-Presseabteilungen angeheuert. Die Selbstinszenierung des Instituts erreicht daneben schon mitleiderregende Ausmaße.

Wodurch Emanzipation? Eine neue Medienpraxis läßt sich im Geiste wohl vorexerzieren, an eine breitere Umsetzung ist derzeit nicht zu glauben. Neue Medienpraxis wird neue Medien brauchen, oder zumindest eine durch wirksame Gesetze so umstrukturierte Medienlandschaft, daß sie der Verflachung der öffentlichen Meinung etwas entgegensetzen kann. Aber ein solches Gesetz ist ferner denn je, wenn man bedenkt, daß eine eigenständige Medienpolitik nach erfolgtem EU-Beitritt noch unwahrscheinlicher geworden ist. ■

Mag. Dr. Arno MAIERBRUGGER ist Journalist.

Die mobilisierte Volksseele

Oder: Einübung im Verhindern

Helmut RIZY

Als bei der Volksabstimmung am 12. Juni die österreichische Bevölkerung in unerwartet hohem Maß einem EU-Beitritt unseres Landes zustimmte, da hielten sich dieses Ergebnis die heimischen Medien – gewiß nicht zu Unrecht, wie die Demoskopen erklärten – zugute. Die Fähigkeit zu mobilisieren beanspruchten sie für sich, selbst von Medienmacht war die Rede.

Dazu muß selbstverständlich angemerkt werden, daß in diesem Fall, mit wenigen Ausnahmen, das ganze Spektrum von elektronischen und Printmedien, und hier vom Boulevard bis zum „großen Horizont", konzertiert auf der von der Koalition vorgegebenen Linie im Einsatz war. Wirksamkeit und Ziele sind deshalb wohl in anderen Bereichen zu prüfen – etwa im Bereich von Kunst und Kultur.

Hier ist der einheitliche Marschtritt nicht vorgegeben – zumindest nicht im selben Ausmaß, da unterschiedliche Interessen maßgeblich sind und vor allem auch das jeweilige Zielpublikum des Blattes angesprochen werden muß; auch wenn die Ausläufer deutscher Medienmultis in manchen Punkten durchaus konform mit den Postillen des heimischen Großkapitals gehen. – Entscheidend ist ganz allgemein die Frage, wann, zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln das Mobilisierungspotential eingesetzt wird.

Die Kernpunkte der medialen Selbstdarstellung liegen zumeist im karitativen Bereich: Katastrophen und Einzelschicksale werden zum Spendenaufruf genutzt, sofern man davon ausgehen kann, daß sich der Aufwand, der dafür nötig ist, marktwirtschaftlich lohnt. Unter dieser Voraussetzung läßt sich für alles ein Herz entdecken: für Kinder wie für Hunde oder Krebskranke. Ausgenommen ist natürlich, wo keine überwiegende Akzeptanz vorauszusetzen ist, zum Beispiel Ausländer, Aidskranke oder Spinnen.

Erfolgreich kann eine Kampagne nur dann sein, wenn sie möglichst viele Menschen anspricht, die sich mit dem Ziel und daraus folgernd mit der Zeitung identifizieren können. Und es muß als Ergebnis der Kampagne Wirksamkeit signalisiert werden können, seien es nun Geldsummen oder Hilfsleistungen anderer Art. – Das gilt für den karitativen Bereich, der in jedem Fall positiv besetzt sein muß. Eine Kampagne *gegen* notwendige Hilfe ist nicht vorstellbar. Ähnlich lief es auch dort, wo man sich an die Initiativen von Bürgerbewegungen anhängte, um ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Kultur – vernachlässigbare Größe

Anders dagegen ist das im kulturellen Bereich. – Welche Merkmale sind hier zu beobachten, um überhaupt von einer Kampagne sprechen zu können? Auffallend ist, daß das Thema nicht mehr auf der dafür vorgesehenen Seite und mithin zumeist auch nicht mehr von den zuständigen Redakteuren abgehandelt wird. Für die Großzahl der Medien – und dies gilt keineswegs nur für die Boulevard-Presse, auch wenn es dort am signifikantesten ist – ist Kunst eine vernachlässigbare Größe. Da es sich aber nun einmal eingebürgert hat, daß Zeitungen eine *Kulturseite* haben, wird dieser Platz ganz allgemein für eine Art Haus- und Hofberichterstattung aus dem Angebot der Hochkultur zur Verfügung gestellt.

Allerdings wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß ohnehin nur ein geringer Prozentsatz der jeweiligen Leser damit bedient werden will. Geht es also darum, einen Kunst-„Skandal" aufzugreifen, muß man ihn klarerweise auf jenen Seiten abhandeln, die das Gros der Leserschaft ansprechen. Und da es bei der gezielten Aufbereitung eines solchen Themas selten um Information an sich geht, sind in erster Linie jene Kolumnisten und Rubriken-Verfasser darauf angesetzt, die ihr fixes Publikum haben.

Wenn man die markantesten Themen, die in jüngerer Zeit von einzelnen Medien kampagnemäßig aufgegriffen wurden, Revue passieren läßt, dann fällt auf, daß es – im Gegensatz zum karitativen Bereich – nie darum gegangen ist, etwas durchzusetzen, sondern immer nur darum, etwas zu verhindern. Fünf Beispiele seien vorerst einmal herausgegriffen: Alfred Hrdlickas Denkmal gegen Krieg und Faschismus, Thomas Bernhards Stück „Heldenplatz", Elfriede Jelineks Stück „Burgtheater", das Museumsquartier im Wiener Messepalast und Claus Peymanns Berufung als Burgtheater-Direktor einschließlich der jeweiligen Vertragsverlängerungen.

Welche Gemeinsamkeiten lassen sich feststellen; gibt es überhaupt solche? Hrdlicka, Jelinek und Peymann sind als „Linke" verschrien, was in der jeweiligen Polemik auch eine besondere Rolle spielte. Für Thomas Bernhard wäre die Bezeichnung allerdings kaum zutreffend gewesen, ebensowenig für die Architekten des Museumsquartiers. – Vielleicht, so könnte man daraus folgernd naiv fragen, geht es tatsächlich jeweils nur um die Sache selbst? Die Verschandelung des Albertinaplatzes, die Nestbeschmutzung, die Verunglimpfung einer betagten Schauspielerin, die Zerstörung einer historischen Silhouette und die Zerrüttung einer österreichischen Institution?

Wozu brauch' ma so was überhaupt?

Nimmt man in allen fünf Fällen als bestimmenden Protagonisten der jeweiligen Kampagne die »Kronen-Zeitung«, so erhebt sich erst recht die Frage: Was sollte denn damit bezweckt werden? Wer sollte denn da mobilisiert werden? Ein Leser, von dem man weiß, daß er sich im allgemeinen nicht um die Kunst schert, um die es hier geht. Gleichermaßen konnte man davon ausgehen, daß es diesem im Grunde egal war, ob auf dem Albertina-Platz oder auf dem „Platz hinter der Oper, wo doch viel besser ein Mozart-Denkmal hinpassen würde", Skulpturen von Alfred Hrdlicka stehen – wenn man ihm nicht mit großem Nachdruck eintrichterte, daß dieser „linke" Bruder dafür „unser

Geld" verpulvert. Man hielt es zumindest nicht für opportun, allzusehr dagegen zu wettern, daß es um ein Denk-Mal gegen Krieg und Faschismus ging. Dabei war das aber der entscheidende Punkt. Das ließ man jedoch nur insofern einfließen, daß man die Frage suggerierte: *Wozu brauch' ma so was überhaupt?* Oder indem man dem „Stalinisten" Hrdlicka die Kompetenz absprach, mit seinem Werk mahnen zu dürfen. Wobei es nicht um die künstlerische Kompetenz ging. Die läßt sich in der Polemik selbstverständlich auch in Abrede stellen, doch kann man damit wohl kaum die Volksseele mobilisieren.

Bezüglich des „Heldenplatzes" im Burgtheater wandte man sich ja wohl auch kaum an *den* Theaterbesucher, sondern an einen Leser, der bestenfalls weiß, daß man an diesem Theater vorbeikommt, wenn man über die Ringstraße fährt. Ihm ist gleichgültig, was dort gespielt wird, es sei denn, man stößt ihn solange mit der Nase auf – aus dem Zusammenhang gerissene, zweifellos provokante – Zitate, bis sich auch er ganz persönlich beleidigt fühlt und laut *Pfui!* schreit. Aber Thomas Bernhard ist tot und statt über seine testamentarische Verfügung, daß seine Stücke in Österreich nicht mehr aufgeführt werden dürften, zu frohlocken, alterierte man sich letztlich über diese, seine letzte *Gemeinheit*.

Aber es ging ja vor allem darum, daß diese Beschimpfung von uns aufrechten Österreichern im Burgtheater stattfand; wo wiederum „unser gutes Geld" dafür ausgegeben wurde. Als vor einigen Monaten „Heldenplatz" vom ORF ausgestrahlt wurde, der das Stück schließlich auch „um unser gutes Geld" aufgenommen und gesendet hat, blieb die Erregung aus. Nun argumentiert zwar unser öffentlich-rechtliches Rundfunk- und Fernsehunternehmen immer damit, daß sich angesichts des mangelnden Interesses beim TV-Publikum Theater- und Opernaufzeichnungen nicht aus*zahlten*, doch sollte man wohl annehmen, daß das Stück über den Fernsehapparat mehr Zuseher erreichte, als im Haus am Ring.

Was nun Elfriede Jelinek und ihr Stück „Burgtheater" betrifft, so kam der gute Österreicher, sofern er redlich im Land blieb, gar nicht in Gefahr, dieses Stück zu sehen, geschweige denn, daß sein Geld verschwendet worden wäre; fand doch die Uraufführung in der früheren BRD statt. Die Infamie der Autorin bestand allerdings darin, daß sie ein Denkmal der österreichischen Schauspielkunst besudelte, indem sie dessen Rolle in der Nazi-Propaganda aufzeigte und damit an die nicht vorhandene Aufarbeitung ostmärkischer Geschichte rührte. – Hätten wir vielleicht gar unsere bewährten Schauspieler nur wegen ein bißchen Propaganda für Hitler gegen die Juden aus dem Exil eintauschen sollen? Zum Schluß wäre es so weit gekommen, daß der eiserne Vorhang in der Oper von dem russischen Juden Chagall bemalt worden wäre und nicht von Rudolf Hermann Eisenmenger, der zuvor seine Qualifikation immerhin durch eine Gobelinserie für das Reichspropagandaministerium unter Beweis gestellt hatte.

Künstler als mediales Freiwild

Womit sich auch gleich die Frage stellt: Wer sind die Künstler, gegen die man eine mediale Kampagne reiten darf? Und: Gibt es Künstler, die wegen ihrer Beliebtheit geradezu unantastbar sind? – Was müßte eine Paula Wessely anstellen, um zum „Skandal" zu werden, um die Volksseele zum Brodeln zu bringen? – Es ist also davon auszugehen, daß es zumindest zwei Kategorien von Künstlern gibt: auf der einen Seite die, die äußerst bedacht zu behandeln sind, und auf der anderen die, nach Maßgabe der Dinge, zur Hatz freigegebenen.

Der Status von Architekten mag diesbezüglich ein wenig anders gelagert sein. Nicht daß deren ideologische Positionen in ihren Arbeiten nicht ebenso offenkundig werden wie bei Schriftstellern, bildenden Künstlern oder Theaterregisseuren – man betrachte nur einige jener „postmodernen" Werke, die in jüngerer Zeit aus der Wiener Erde geschossen sind -, aber abgesehen von Häuserentwerfern wie Hundertwasser und Brauer bleiben sie doch für die Allgemeinheit weitgehend anonym. So richtet sich die Kampagne bezüglich des Museumsquartiers kaum gegen die Person des Architekten Lauritz Ortner, sondern beschränkt sich gewissermaßen auf einen Teil seines Gesamtplans, den sogenannten „Leseturm".

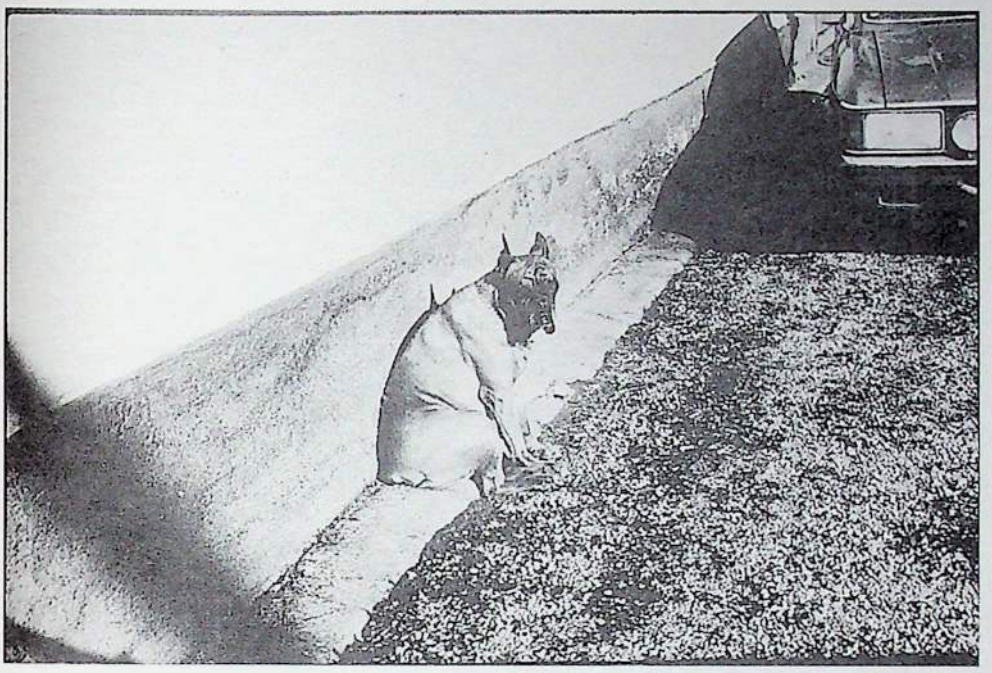
In diesem Punkt läßt sich ebenfalls ein Unterschied zwischen Architekten und anderen Künstlern feststellen: Theoretisch, und je nach Charakter des Architekten auch praktisch, besteht immer die Möglichkeit der Modifizierung eines Bauplans, anders als bei fertiggestellten Werken in den Bereichen Literatur und bildende Kunst (die Musik, sofern sie nicht an Texte gebunden ist, führt ohnehin ein Eigenleben). Der Vergleich mit einem Regisseur, der eilfertig Passagen aus einem Stück streicht, die Anstoß erregen könnten, ist insofern unzulässig, da dieser ja ein fremdes Werk verstümmelt, während der Architekt sein eigenes bestimmten Wünschen anpassen kann.

Der „Leseturm", so heißt es nun, würde das historische Ensemble der einstigen, von Johann Bernhard Fischer von Erlach begonnenen und dessen Sohn Josef Emanuel weitergeführten Hofstallungen beeinträchtigen. Tatsache ist allerdings, daß sich um Zustand und Wirksamkeit der 360 Meter langen Fassade kaum jemand gekümmert hat, solange sich dahinter der „Messepalast" verbarg. So hat wohl kein Passant, der in vergangenen Jahren über die „2er-Linie" kam, etwas von der Attraktivität des Ensembles bemerkt. Und gewiß ist im Bewußtsein der Wiener die vorgelagerte Tiefgarage stärker verankert.

Ein die Fassade überragender Glasturm würde vielmehr, wie man meinen sollte, wirkungsvoll das Augenmerk auch wieder auf diese richten. Doch der Turm paßt eben nicht zu den barocken Roßköpfen. Ja, wenn es Eulen wie auf dem nahegelegenen Sezessionsgebäude wären! Rankt sich doch um sie eine Anekdote, die treffend jene Geisteshaltung umschreibt, die hier wirksam wird: Es war um die Jahrhundertwende, der Bau der Sezession war vollendet und ein Stukkateur eben mit dem Schmuck der Außenwände beschäftigt, als ein Passant vorbeikam und meinte: „Was, das sollen Eulen sein?!" Der Stukkateur: „Wer sagt Ihnen denn, daß das Eulen sein sollen?" Worauf der Mann erwiderte: „Na, das sieht man doch!"

Nun noch zum „Zerstörer unseres Burgtheaters", Claus Peymann. In der ständig wieder angeheizten Kampagne gegen ihn ist kaum jemals die Rede von Kunst, nicht einmal von der Anziehungskraft, die das Haus am Ring in der Ära Peymann gewonnen hat; es sei denn, man schreibt wider besseres Wissen, er hätte „weite Teile des Publikums in die Flucht" gespielt. Gewiß kehrten manche – wahrscheinlich hatten sie noch *den* Werner Krauß im Ohr – dem Burgtheater angewidert den Rücken, umso mehr entdeckten aber hier ein Theater für sich.

Das allein müßte allerdings schon verdächtig sein. „Peymann versucht in einem übertragenen Sinne etwa das, was die deutsche Terrororganisation RAF (Rote-Armee-Fraktion) so sata-



Gudrun Stockinger: Wien

nisch getan hat und noch immer tut: Destabilisierung unserer staatlichen Gemeinschaft, Zerstörung des Bestehenden", weiß Cato, alias Hans Dichand, Herausgeber der »Kronen-Zeitung«. Da müssen doch die Leser seines Blattes wie ein Mann gegen diesen Peymann aufstehen, noch dazu, wenn man ihnen deutlich macht, daß das alles – wie „Staberl" sekundiert – „auf Kosten der erdrückenden Mehrheit der steuerzahlenden Österreicher" geht.

Ein Ire als Direktor der Pradler Ritterspiele?

Wenn das alles ein einzelner Deutscher – zwar unterstützt durch die heimische „linke Kulturschickeria" und „starke Kontingente von Darstellern aus Bochum, Buxtehude oder sonstwo her"* – schon zu einem Zeitpunkt vermag, da Österreich noch gar nicht in der EU ist, was kommt da erst auf uns zu, wenn auch für uns der Vertrag von Maastricht zum Maß aller Dinge wird. Wer weiß, vielleicht übernimmt glatt ein Portugiese oder ein Ire die Pradler Ritterspiele.

Das hätten die Mannen der »Kronen-Zeitung« mitbedenken sollen, als sie sich so entschieden für einen EU-Beitritt starkmachten. – Doch da ging es um etwas ganz anderes. Die Spatzen pfiffen es von den Dächern, daß Dichands Einlenken auf den EU-Kurs der Regierung zur Jahreswende keineswegs uneigennützig war. Jedenfalls sollen seine Chancen, sich den Traum eines eigenen Fernsehkanals erfüllen zu können, durch die Gefolgschaft in der EU-Frage erheblich gestiegen sein. Daß Meinungmachen über den Bildschirm noch um vieles wirksamer sein kann als über die Printmedien, das hat mittlerweile in Italien Berlusconi vorexerziert.

Wobei es natürlich eine glatte Übertreibung wäre, bei den genannten Kampagnen davon zu sprechen, daß Meinung im Sinn von Überzeugung *gemacht* wird; es wird vielmehr emotionalisiert, es werden Aufregungen geschaffen, Gefühle wie Mitleid, Angst, Neid, Zorn geweckt. Das war auch die entscheidende Frage im Hinblick auf die EU-Abstimmung: Menschen, die nicht von der Sinnhaftigkeit oder Notwendigkeit eines EU-Beitritts zu überzeugen waren, dennoch dazu zu bringen, ins Wahllokal zu gehen und mit Ja zu stimmen.

Festigung der Leser-Blatt-Bindung

Wenn es um Kampagnen im Bereich von Kunst und Kultur geht, so spielt das Meinungmachen allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Vordringlichstes Ziel ist hier nicht, neue Leser und Leserinnen zu gewinnen, wenngleich dies auch immer dazugehört, sondern die Bedienung des Stammpublikums, die Festigung der Leser-Blatt-Bindung. Die Konsumenten sollen wissen, warum sie immer wieder zu *ihrer* Zeitung greifen. Dazu muß ihnen nach dem Mund geredet oder aus der Volksseele gesprochen werden. Und dazu ist die Kultur am besten geeignet. Sie hat keine mächtigen Lobbies, die man vergrämen könnte.

Da muß man bei den wirklichen Skandalen schon viel vorsichtiger sein. Selbstverständlich berichtet man auch über sie, etwa die alljährlichen Fleischskandale, doch es herrscht darin Einverständnis, daß damit nicht Zeitungspolitik gemacht werden darf. Schließlich gehören die Inserate der diversen Supermarktketten zu den wichtigsten Einnahmequellen. Aber auch sonst ist die Privatwirtschaft potent genug, um – sollte dies nötig sein – applanierend eingreifen zu können.

So demonstriert man Unabhängigkeit und Verbundenheit mit der Leserschaft am risikolosesten im Bereich der Kunst. Da kann man sich nach Herzenslust austoben und Stammtischatmosphäre aufkommen lassen. Das Publikum weiß das zu schätzen – und die Betroffenen müssen eben lernen, damit umzugehen. Deshalb müssen die Kampagnen nicht notgedrungen „erfolgreich" sein. Goebbels Propagandafeldzug gegen die „entartete Kunst", aber auch der Kalte Krieg gegen Bertolt Brecht hatten andere Voraussetzungen. Hier geht es eher um ein Einüben im Verhindern.

Übrigens: Hans Dichand gibt sich doch gern als gewiefter Kunstsammler. Vielleicht sollte man ihm zusagen, daß nach Fertigstellung des Museumsquartiers im „Leseturm" Räumlichkeiten auch für die Präsentation seiner Sammlung zur Verfügung gestellt werden ... ■

Helmut RIZY ist Schriftsteller und Journalist

* Alle Zitate zu Peymann, »Kronen-Zeitung«, 29. Juni 1994

Maulkorb fürs »TATblatt«?

Das »TATblatt« erscheint seit Herbst 1988 alle 14 Tage mit dem Anspruch, linken, politisch handelnden Personen und Gruppen, die in den bürgerlichen Medien nicht zu Wort kommen, Raum zur Darstellung ihrer Aktivitäten und derer Hintergründe, sowie zur Diskussion, zu bieten. Neben vom »TATblatt«-Kollektiv recherchierten Artikeln prägen daher von AktivistInnen selbst erstellte Berichte und Erklärungen zu mehr oder – zumeist – weniger legalen Aktionen das Erscheinungsbild der Zeitung.

Damit bewegte sich das »TATblatt« zwangsläufig stets am Rande der Legalität, und das Kollektiv gab sich auch keinen Illusionen hin, daß die staatlichen Institutionen diesem emanzipatorischen Politikverständnis sonderlich aufgeschlossen gegenüberstehen würden.

Trotzdem schlug der Arm des Gesetzes lange Zeit nur eher selten auf das »TATblatt« ein. 1993 sollte sich das aber ändern.

Nachdem im Winter 1992/93 ausführlich über die rassistische Stimmungsmache im Umfeld des von der FPÖ eingeleiteten völkischen Begehrens „Österreich zuerst" berichtet und dabei der Schwerpunkt auf die Darstellung dagegen gerichteter Aktionen gesetzt wurde – nicht zuletzt um NachahmungstäterInnen gute Tips zu geben –, klagte Jörg Haider höchstpersönlich. Stein seines Anstoßes war der Abdruck eines Faksimile einer in ganz Wien öffentlich plakatiert gewesenen Wandzeitung namens „Querformat". In dieser war unter dem Titel „Rassismus hat Name und Adresse" der Aufruf zu lesen, die FPÖ bzw. ihre FunktionärInnen „als Antwort auf ihre rassistische Hetze" anzurufen und ihnen die Meinung zu sagen oder kleine Aufmerksamkeiten zu schicken. Daran schloß eine Liste von Namen, Adressen und Telefonnummern von FPÖ-PolitikerInnen – unter ihnen freilich auch Jörg Haider – an. Haider fühlte sich daraufhin in seinem Kredit, Erwerb und Fortkommen schwer beeinträchtigt, denn: „Ein Politiker, von dem behauptet werden kann, er betreibe eine rassistische Hetze, hat sein Ansehen in der Öffentlichkeit verspielt." (Jörg Haider [!] in seiner Klagsschrift.) Nachdem Haider ähnliche Klagen gegen die KPÖ („FPÖ: ausländerfeindlich – rassistisch – deutschnational"), Simon Wiesenthal („Menschen wie Haider [...] sorgen aber dafür, [...] daß die Idee des Nationalsozialismus [...] nicht aussterben wird.") und Peter Pilz (Haider ist „Ziehvater und Ideologe des rechtsextremen Terrorismus") verloren hatte, betrachteten die »TATblatt«lerInnen die Klage anfänglich als „... a matte Sache". Entsprechende Überraschung löste die Ende Juni zugestellte Entscheidung des Handelsgerichtes Wien aus, in der Haider vollinhaltlich recht gegeben wurde. Während der Richter den vom »TATblatt« angebotenen Wahrheitsbeweis einfach nicht beachtete, unterstellte er ohne Belege, daß sich das »TATblatt« „an ein Publikum [wendet], das aus politischen Motiven zum Teil gewaltbereit ist und sich anarchistischer Methoden bedient".

Mit der Methode, unbekannten LeserInnen irgendwelche gefährlichen Gesinnungen anzudichten, läßt sich praktisch jede richterliche Entscheidung rechtfertigen. Dies verursacht – nicht nur für die »TATblatt«lerInnen – eine gewaltige Rechtsunsicherheit.

Die – noch nicht rechtskräftige – Entscheidung des Richters verbietet dem »TATblatt« hinkünftig, zu behaupten, daß Haider rassistische Hetze betreibe, sowie sinngleiche Äußerungen zu veröffentlichen. Dies kommt praktisch einem Verbot der Berichterstattung über die FPÖ gleich, da ein seriöser Artikel über eine Partei wohl nur schwer die wesentlichen Inhalte ihrer Agitation ausklammern kann.

Mit der Entscheidung, daß das »TATblatt« für die Prozeßkosten von über 60.000 Schilling aufzukommen hat, ist darüberhinaus auch ein gewaltiger Anschlag auf die ökonomische Tragfähigkeit des selbstverwalteten Zeitungsprojekts gelungen. Offensichtlich wird damit auch angestrebt, spezialpräventive Wirkung zu erzielen, andere kritische Medien davor abzuschrecken, radikale antirassistische Standpunkte zu vertreten.

Den Angriffen auf oppositionelle Medien und Initiativen im allgemeinen, dem »TATblatt« im besonderen, schloß sich im Frühsommer 1994 auch die ÖVP an. In einer Anfrage des Abgeordneten Hofer an den Sozialminister wird die Förderung von Arbeitsplätzen von Langzeitarbeitslosen mit Mitteln der Aktion 8000 bei vier als „dubios" bezeichneten Vereinen angeprangert. Zu diesen Vereinen zählte neben dem kritischen EG-Informations- und Aktionsbüro die ARGE für Wehrdienstverweigerung und eine „Schule des Friedens" freilich auch die „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" als Herausgeberin des »TATblatts«. „Blattlinie und Berichterstattung weisen in die Bereiche des terroristischen Umfeldes bzw. dessen Sympathisantenkreis", so der Anfragetext. Zum Beweis für die terroristische Gesinnung des »TATblatts« wurden der Anfrage einige Belege beigefügt: darunter ein Bericht über die Gruppe „Radfahren am Freitag" (RaF), ein satirischer Beitrag über den Brand der Hofburg („Der Brand in der Hofburg war kein Unglück, sondern eine politische Notwendigkeit!"), eine Informationsseite, die in klassisch terroristischer Manier auf die neuen Fristen für Zivildienstanträge nach der Novellierung des Zivildienstgesetzes hinwies und ein von der KPÖ geschaltenes Inserat. Der ÖVP-Abgeordnete Molterer legte auch noch gleich ein Schäuferl nach und fragte sich öffentlich, warum dieses linksterroristische Pamphlet obendrein auch noch Presseförderung (er meinte die weitaus niedriger dotierte Publizistikförderung) bekommen hat.

Dank der Vorwahlzeit waren die eher kurios anmutenden ÖVP-Vorstöße von Erfolg gekrönt. Die vom zuständigen Landesarbeitsamt fix zugesagte und bereits laufende Aktion-8000-Förderung von Arbeitsplätzen beim »TATblatt« wird gerade neuerlich überprüft und vermutlich gestrichen. Gerüchtehalber wird zwischen ÖVP und SPÖ derzeit sogar die Auflassung der Aktion 8000 überhaupt diskutiert. Die Publizistik-Förderung des »TATblatts« wurde bereits aberkannt, und zwar mit der Begründung, daß Zweifel an der Erfüllung der Bedingung, „ausschließlich oder vorwiegend Fragen der Weltanschauung (Religion) oder der damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Disziplinen auf hohem Niveau ab[zu]handeln und dadurch der staatsbürgerlichen Bildung [zu] dienen" gehegt würden.

Der doppelbödige österreichische Weg der Konfliktbekämpfung mit freundlichem Gesicht schließt ein Verbot linker Zeitschriften – zumindest derzeit noch – aus. Wirtschaftliche Vernichtung kommt aber einem Verbot gleich, verlagert lediglich den politischen Konflikt auf die ökonomische Ebene. Die Angriffe auf das »TATblatt« waren vermutlich nur der mißlungene Anfang einer Reihe von Versuchen, oppositionelle Medien mundtot zu machen. Die Reaktion darauf darf weder Resignation noch Selbstzensur sein, sondern muß sich in offensiver solidarischer Verteidigung linker Kommunikationsstrukturen ausdrücken.

Kostenlose »TATblatt«-Probeabos können jederzeit bestellt werden:

1060 Wien, Gumpendorferstr. 157/11.

Ein neuer Österreich-Roman...

... und warum er verrissen wird

Hubert SCHMIEDBAUER

„Die Republik Figls und Kreiskys, die Republik des Staatsvertrages und der Neutralität und der Sozialpartnerschaft wird es bald nicht mehr geben."... „Ihr werdet an der Dritten Republik, die eine deutsch-österreichische Handels- und Transit- republik sein wird, wenig Spaß haben."

Das verheißt der neue Roman „Die Hinterbliebenen" von Paul Blaha.* Ein ungewöhnlicher Roman, der aufschlußreiche Reaktionen in den Medien bewirkte. Dieser Beitrag setzt sich mit zwei dieser Reaktionen auseinander.

Wir alle sind für Paul Blaha Hinterbliebene eines Zeitalters und mehrfach Hinterbliebene einzelner Abschnitte dieses Zeitalters. Für uns stehen die Romanfiguren, ihre Schicksale, ihre unbestimmte Zukunft. Bestimmtheiten gibt es nur für jene, die das Ende des Romans nicht erleben. Aber nicht wegen deren dramatischem Ende ist der Roman geschrieben. Paul Blaha zeichnet das Ende zweier Jahrhunderte, „denn im Grunde genommen stammen ja ohnehin alle großen Bewegungen und Themen des zwanzigsten Jahrhunderts aus dem neunzehnten: der Kapitalismus und der Sozialismus, der Nationalismus und das Kommunistische Manifest... Das zwanzigste war bloß Übergang, sagte er sich, Versagen. Quittung. Endzeit eben", läßt er eine seiner Personen sinnieren.

Die Handlung spielt 1990-1991, vom Kreisky-Begräbnis und dem Golfkrieg bis zum Beginn der Balkan-Katastrophe und Jelzins Freigabe der Nahrungsmittelpreise: „Der erste Schritt auf dem langen Weg ins Chaos. In den Frühkapitalismus", nennt es Blaha am Schluß. Die Schicksale der wenigen handelnden Personen sind ebenso düster gezeichnet wie der gesamtgesellschaftliche Rahmen, der den größten Teil der Menschheit zu Hinterbliebenen aller Träume von einer gerechten, friedlichen, sozialen Welt macht.

Die sogenannte Literaturkritik

An diesem Punkt bleibt eine von den österreichischen Medien aufgepäppelte „Literaturkritik" stecken. Kritik an der Kritik gehört hier sehr wohl zum Thema einer Rezension, denn Paul Blaha selbst legt die Latte dafür: Der langjährige Kulturredakteur des »Kurier« und Direktor des Volkstheaters (1979 bis 1987) widmet der Schilderung des Theater- und Literaturbetriebes, der Medienlandschaft und der Manipulation nicht erst in den „Hinterbliebenen" ausführlichen Raum.

Schon in der „Schönen freien Welt", 1991 bei Langen-Müller erschienen, stellt er sie bloß, allerdings innerhalb einer Science-fiction-Handlung (besser: Polit-fiction) ziemlich verschlüsselt. In den „Hinterbliebenen" jedoch werden Namen genannt oder sind hinter den Tarnungen leicht erkennbar. So erleben wir Dutzende Personen aus Politik, Wirtschaft, Theater, Literatur, eingebaut in Dialoge und Reflexionen. Der Ablauf von Aktualitäten und Romanhandlung wird aber stets unterbrochen – durch unerwartete Bezüge mit mehr oder weniger weit zurückliegenden Ereignissen, die sich in der beschriebenen Gegenwart widerspiegeln.

Sind nun „Die Hinterbliebenen" wirklich nur ein Grabgesang? „Unerträgliche Larmoyanz" ortet der »Standard« (Lothar Lohs, 16. April 1994). „Endzeitschauer, Veteranenklage" doziert die »Presse« (Hans Haider, 30. April 1994). Es wird damit ignoriert, daß Blaha die kurze Zeit des Handlungsspielraums als Etappe innerhalb einer langen Entwicklung schildert; daß er Fakten und Zusammenhänge vorlegt, mit denen ein wacher, ein politischer Mensch etwas anfangen kann, woraus er für eigenes Denken und Handeln zusätzliche Motivation erfährt. Die »Presse« berichtet natürlich von „leitartikelgleichen politisch-historischen Reflexionen", der »Standard« empfindet es „leider so, als ob man nicht einen Roman, sondern noch einmal die alten Zeitungen aus den Jahren '90 bis '91 lesen würde". Ein paar Zitate sollen auf die Spur der Motive für solche Abqualifizierungen führen.

Was den Medien nicht gefällt

Der Auschwitz-Überlebende Karl Szidlowski „hatte sich daran gewöhnt, mit seinen Peinigern zu leben. Das mußte man in Wien", heißt es an einer Stelle. Und später: „Der Antisemitismus ist salonfähig geworden. Nationale Rülpser sind salonfähig geworden. Wenn Haider seinen völkischen Schwachsinn verzapft, bekommt er zwar von österreichischen Intellektuellen eine über den Mund, doch den Applaus in breiten Kreisen der Bevölkerung, den hat er. Und im Fernsehen ist er. Ohne das Radio, hieß es in den Dreißigerjahren, wäre es zu Hitler nicht gekommen. Das sollten sich die Medien überlegen."

Mehrmals wird die Entwicklung in Osteuropa angesprochen. „Ich weine den Zwangsregimen im Osten keine Träne nach... Aber unsere Freiheitsapostel und Markt-Anbeter wollen die Welt in ein modernes Mittelalter zurückreformieren. Die Aufklärung würden sie am liebsten ungeschehen machen und den Sozialstaat wegregulieren... Weil der Gulag eine Katastrophe war, dürfen die Mieten in astronomische Höhen klettern... Weil der COMECON versagt hat, ist die Wirtschaft nicht mehr für den Menschen da, sondern der Mensch für die Wirtschaft..."

„Theo war wütend... ‚Die Arschlöcher drucken meinen Slowenien-Bericht nicht', schnaubte er... ‚Mit welcher Begründung?' – ‚Na, mit welcher schon. Platzmangel! Was hast du gedacht. Glaubst du, die sagen dir: Ihr Bericht verträgt sich mit unserer Blattlinie nicht?'" Dann wird Theo gefragt, was er denn so Ungeheuerliches geschrieben habe. „Nichts, was sich nicht diskutieren ließe. Ich habe nach dem Sinn eines slowenischen Kleinstaates gefragt. Ich habe überhaupt nach dem Sinn des postsozialistischen Nationalismus gefragt. Und ich habe dabei nicht einmal den serbischen Chauvinismus ausgelassen." Ein paar Kapitel weiter setzt Blaha nach und er läßt Chefredakteur Lackenbach beteuern: „Im Betrieb gibt es keine Zensur. Im Betrieb kann es nur unternehmerische Entscheidungen geben."

Daß Blaha „unternehmerische Entscheidungen" in der Medienlandschaft auch mit den braunen Wurzeln manches journalistischen Veteranen in Verbindung bringt, macht ihn selbst nachgeborenen profilierungssüchtigen Rezensenten für einen Verriß reif.

Unerwünschte Definitionen

Die offizielle Kritik klagt, „daß der große Zeitroman fehlt, das Buch, das wortgewaltig unser postmodernes Unglück zwischen zwei Buchdeckel bannt und endlich definiert, was uns allen so undefiniert im Weg herumsteht" (»Standard«-Rezension). Aber da kommt Paul Blaha, schreibt „Aktualitätenmüll" und „Zeitschrott" statt der erwarteten Definitionen! Das Problem dürfte weniger an Blaha liegen, der von sich

* Haymon-Verlag, Innsbruck 1994, 317 Seiten, 280 Schilling.

kaum behauptet, „den großen Zeitroman" geschrieben zu haben, sondern daran, was der Rezensent eines „liberalen" Mediums im Roman definiert zu bekommen wünscht. Statt dessen findet er etwa folgendes:

„Sie hatten sich alte Geschichten erzählt. Sie waren beide im Frühjahr neunzehnhundertfünfundsechzig unter den Tausenden jenes antifaschistischen Umzugs gewesen, der von Anhängern des Universitätsprofessors Borodajkewicz angegriffen worden war. Etwa zweihundert rechtsextreme Studenten hatten mit Stöcken und Stahlruten auf die Teilnehmer der Kundgebung eingeschlagen. Szidlowsky erinnerte sich an ihr Gebrüll. Er hielt die Augen geschlossen und hörte sie ‚Saujuden' und ‚Kommunistenschweine' und ‚Hoch Auschwitz' schreien, und er überlegte, daß das mehr als ein Vierteljahrhundert her war, und daß die Schläger von damals heute um die fünfzig und längst Väter oder Großväter waren, und daß es müßig war zu fragen, was aus dieser Saat geworden ist..."

Oder ein anderes Thema, das „undefiniert im Weg herumsteht" und von Blaha ganz und gar nicht so definiert wird, wie es ein großer Zeitroman laut »Standard« müßte, am Beispiel eines Gesprächs zwischen dem Jornalisten Theo Hawlitschek und dem Bühnenbildner Max Carmesini, zwei Hauptpersonen des Romans:

„...Die Slowenen sind nicht so sehr das Problem. Das Problem, das die Serben und die Kroaten miteinander haben, ist das Problem." – „Hoffentlich macht es Europa nicht zu dem seinen", sagte Carmesini. – „Wird es machen. Die europäische Balkanpolitik, diese Anerkennungspolitik, kann Jugoslawien in ein europäisches Libanon verwandeln... Ich will den Kroaten das Recht auf ihren eigenen Staat nicht absprechen. Aber die Welt sieht sie mit verklärtem Blick. Und statt auch sie einzubremsen, macht man ihnen Mut zu Aktionen, deren Folgen nicht abzusehen sind. Der Vatikan stützt sie dabei und Bonn stützt sie. Und die Medien spielen mit und der einäugige Ballhausplatz spielt den Balkankenner..."

Blaha hat den Holocaust am Balkan vorausgesagt und die Frage nach der Verantwortung gestellt. „Österreich nahm eine Schlüsselposition in der slowenischen Sezessionspolitik ein. ... Wie durchsichtig diese neue Liebe Österreichs zu den jahrzehntelang verachteten und in Kärnten kujonierten Slowenen war, ... wußten die in Ljubljana genau..."

Noch eine unerwünschte Definition gefällig? „Im mächtigen Amerika, das den Kalten Krieg, den vierzigjährigen Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion gewonnen und soeben seine Machtdemonstration am Golf mit militärischem Spektakel abgeschlossen hatte, machten sich Depression und Verarmung in katastrophaler Weise breit... Zwanzig Millionen Arbeitslose im EG-Raum, das sind mit Familien im Schnitt mindestens sechzig Millionen Menschen ohne Existenzgrundlage... Eine Gesellschaft, deren Wirtschaftssystem, um gerade noch davonzukommen, zwanzig Millionen und mehr Arbeitslose braucht, funktioniert nicht..."

Kritisches und Grausliches

Die handelnden Personen im Roman sind nicht die Alternative zur geschilderten Welt, nicht das Hinterbliebensein ist das Wesentliche an der menschlichen Existenz. Daß Paul Blaha den Verlauf der zwei geschilderten Jahre, das Leben (und Sterben) der Personen in den Zusammenhang einer ganzen geschichtlichen Epoche stellt, ist das Wesentliche. Er bedient sich tatsächlich eines Chronismus, der die LeserInnen an die gewohnte Rolle des Konsums von Tagesmeldungen erinnert. Doch das Konsumieren der Meldungen wird stets durch lebendige Handlungsläufe, durch kommentierende Dialoge, durch emotionale Elemente „gestört", die den eigenen Denkprozeß ankurbeln.

Die Kritik an der Kritik ist die eine Sache. Dem Buch soll nicht unkritisch begegnet werden. Da mögen Meinungen auseinandergehen. Etwa über die Rolle der Sozialdemokratie, deren „Selbstmord durch Ideologieweglegung" nicht erst nach dem Tod Kreiskys passiert, sondern ein fast schon hundertjähriger Prozeß ist. Man könnte auch fragen, ob der Roman nicht gewonnen hätte, wenn die handelnden Personen mit gegensätzlicheren Meinungen ausgestattet worden wären. Zu oft erscheinen Dialoge wie zerstückelte Monologe. Die Passagen zum Theater enthalten zuviel aktuelle Rezension, hinter der das Grundsätzlich-Kulturkritische zurücktritt.

Das sind jedoch nicht die entscheidenden Kriterien, warum die beiden zitierten Medien den Roman verreißen. Der »Presse« ist es außer den politischen Aversionen auch um die dargestellten Menschen zu tun. Als „die grauslichsten Figuren" – neben den übrigen weniger grauslichen? – werden auf eine Stufe gestellt: der alte SS-Mordbube Suchy, der sich von der heroinsüchtigen Margot oral befriedigen läßt, weil sie ihn so sehr an die KZ-Jüdinnen erinnert, und der langsam an Aids dahinsterbende Peter Horvath, der seine Recherchen über Rauschgiftprofite und Waffenhandel nicht mehr beenden kann. Grauslich ist hier nur die Gleichstellung in der »Presse«.

Die weniger grauslichen Figuren sind dann eben „ein ehemaliges DDR-Kadergirl und jetzt Ärztin in der Rudolfsstiftung", oder Olga, die „glühende Rote", oder überhaupt auch die übrigen des „effektvoll miteinander politisch und sexuell verknüpften Wiener Personals".

Lehren aus der Geschichte sind für gewisse Medien eine eigentümliche Sache, denn der »Standard« vermißt an Blahas Roman resümierend die „Trauerarbeit", als ob die Hinterbliebenen der Geschichte nicht in erster Linie stets die Erneuerer zu sein hätten. Diese Aufgabe weist Blaha den LeserInnen zu. Die »Presse« wiederum setzt einen grauslichen Schlußpunkt hinter ihren Verriß. Im Roman wird einmal ein gewisser Offizier erwähnt, der braune Pferde liebte und in bezug auf seinen Balkan-Einsatz im hitlerischen Welteroberungskrieg Erinnerungsschwächen zeigte. Der Rezensent sieht sich anscheinend zur persönlichen Retourkutsche veranlaßt und richtet an Blaha die Forderung nach „Klartext, was er wo als 18-, als 20jähriger am Balkan erlebt und getan hat". Blaha, der verstümmelt aus dem Krieg kam, mag es als Ex-Kollege gar nicht in den Sinn kommen, daß es einen Journalisten-Ehrenrat gibt. ■

Foto: Rolf Aigner

Hubert SCHMIEDBAUER ist Journalist.

Unsere hübsche Republik beruht auf einer Lebenslüge

Aus einem Gespräch mit Paul Blaha*

Herr Blaha, Ihr Roman „Die Hinterbliebenen" wird – wie schon die vorangegangene „Schöne freie Welt" – zu einer Kritik an österreichischer Geschichte und Gegenwart. Welche Schlußfolgerungen erwarten Sie von den Lesern?

Ich hoffe, daß sie durch die Lektüre dieser Ereignisse nachdenklich werden und doch der eine oder andere gewisse politische Fehlverhalten in der Vergangenheit erkennt, um das in der Zukunft zu nützen. Vor allem scheint mir wichtig, betont zu haben, daß die Schwierigkeiten, unter denen wir jetzt leiden – neuer Nationalismus, neuer Fremdenhaß, neuer Rassenhaß – nicht von ungefähr

kommen. Die Versäumnisse liegen im Beginn dieser Republik, die, so hübsch sie ist, auf einer Lebenslüge beruht: daß es nach 1945 keine Nazis mehr gab. Dabei gab es 600.000 eingeschriebene Nazis, die sich die Parteien dann aufgeteilt haben. Auch durch den Kalten Krieg kam es zu keiner wirklichen „Entnazifizierung", das heißt, sie ist gestoppt worden. Es ist vermogelt worden, es ist unter den Teppich gekehrt worden, es ist beschönigt worden – und das rächt sich jetzt. Daß in dieser Richtung Gedanken mobilisiert werden, das erwarte ich, das erhoffe ich von den Lesern.

Sie bereiten Spannung auf, wenn Sie Bewußtsein, Verhalten, Handeln der Personen im Roman mit deren Vergangenheit konfrontieren. Glauben Sie an die Lernfähigkeit der Menschen?

An die Lernfähigkeit des Menschen zu glauben fällt einem nicht leicht nach dem, was man am Ende dieses Jahrhunderts erlebt hat. Ich habe sogar das Gefühl, daß sich gewisse Lernfähigkeiten bereits wieder rückentwickelt haben. Ein Humanismus war schon stärker als er heute ist. Es gab schon mehr humanen Ethos, zumindest war er angestrebt. Es wird ja nicht Humanismus gepredigt, sondern Überlebenskampf, Konkurrenzkampf, Wirtschaftskampf, Kampf um ökonomische Dinge, materielle Werte, die das Streben nach immateriellen Werten nahezu ausschließen. Trotzdem hoffe ich, daß die Personen in diesem Roman verdeutlichen, wie es Leuten ergeht, denen ihre Überzeugungen, ihre Ideale verloren gegangen sind, die vor den Ruinen ihrer Ideale stehen, von Weltbildern, die ihnen aus welchen Gründen immer zerstört worden sind. Ich glaube, daß das auch viele Menschen innerlich zerstört hat. Sie sind die Hinterbliebenen einer geistigen, humanisierenden Entwicklung eines Jahrhunderts, fast zweier Jahrhunderte. Und ihre Lernfähigkeit? Ja, sagen wir, ich glaube daran!

Ihre Kenntnisse zum Thema Theater, Literatur, Medien sind aus Ihrem Berufsleben erklärbar. Im Roman behandeln Sie auch das zerfallende Jugoslawien, und zwar mit seiner Vergangenheit unter mehr oder weniger gewaltsamer Einwirkung von außen – ob 1941, 1971 oder 1991. Welche Beziehung haben Sie dazu?

Andeutungsweise sind autobiographische Elemente drinnen. Ich stamme aus Jugoslawien, aus Maribor. Mein dritter Roman wird auch in Maribor spielen, und zwar mit der Geschichte zweier Familien, davon eine deutsch-österreichisch-nationale und eine slowenisch-österreichische. Das geht bis 1918 zurück.

Schon 1938 gab es serbische Kreise, die mit Deutschland sympathisiert haben. Nach der Besetzung wurden 80.000 Slowenen zur deutschen Wehrmacht eingezogen. Davon sind 4000 gefallen und 16.000 sind zu den Partisanen gegangen, von ihnen war ein Bataillon auf der Koralpe gemeinsam mit ehemaligen Schutzbündlern und Wehrmachtsflüchtlingen. Faschistische jugoslawische Kräfte – Ex-Ustascha usw. – haben dann dem neuen Jugoslawien von Anfang an den Krieg erklärt. Sie haben nie Ruhe gegeben und haben auch immer von außen gewühlt.

Ich bin der Überzeugung – und das steht ja im Buch –, daß 1989, als sich der Zerfall bereits abzeichnete, dieser durch einen sehr schwierigen internen jugoslawischen Verhandlungsausgleich möglicherweise aufgefangen werden hätte können, wenn damals nicht die Radikalisten, sondern die vernünftigeren Kräfte, die es ja gab, die Oberhand behalten hätten. Von außen hat man die radikalen Kräfte geführt, hat ihnen Hoffnungen gemacht und die Chancen für einen innerjugoslawischen Ausgleich sind vereitelt worden, und zwar ganz bewußt durch die Politik vieler europäischer Staaten.

Österreich war eine romantische Vorhut einer sehr bewußten Haltung, die aus den christlichsozialen Parteien – etwa Deutschlands – kam und nicht zuletzt mit vatikanischen Interessen in Beziehung stand und mit den faschistischen Organisationen, die ihre Kräfte überall in der Welt haben. Das ist keine Behauptung, das ist mittlerweile historisch. Die Anerkennung Kroatiens und vor allem Bosniens, das nie ein Staatsgebilde war, sein kann und werden wird. Trotz des Wissens darum hat diese Anerkennung stattgefunden. Das geschah sogar gegen den Wunsch von Izetbegovic, der sie angefleht hat, bitte jetzt nicht anerkennen, denn das können die Serben nicht schlucken, sie werden reagieren. Die Anerkennung Bosniens war grob gesagt eine Anzettelung des Krieges, ich möchte es fast als Kriegsverbrechen bezeichnen.

Angesichts der Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie können Sie Schmerz und Enttäuschung nicht verbergen. Im Buch sagen Sie einmal, eine Linke ohne Vision eines Sozialismus sei undenkbar. Was würden Sie sich wünschen?

Ich würde mir wünschen – na ja, die Wiedererstarkung einer neuen sozialen Vision. Wir wissen genau, wie belastet der Sozialismus durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre geworden ist. Wir wissen, wie der Staatssozialismus selbst zerfallen ist – und der westliche Sozialismus tut ja auch alles, um Selbstmord zu begehen. Es wird schon eine Weile brauchen, bis sich wieder etwas entwickelt – ich nenne es eine soziale Vision als Gegenpol zu diesem ungeheuren Materialismus unserer Zeit, und zwar Materialismus insofern, daß asoziale Werte des Besitzes und der Besitzgewinnung mit all den Erscheinungen des freien Marktes und der angeblichen ökonomischen Zwänge alles beherrschen und verdrängt werden müssen.

Paul Blaha wurde als Sohn eines Österreichers und einer Slowenin in Maribor geboren. 1946 kam er nach Linz, seit 1954 lebt er in Wien als Journalist uns Schriftsteller. 1979 bis 1987 leitete er das Wiener Volkstheater. Er erhielt den Theodor-Körner-Preis und den Karl-Renner-Preis.

* Das Gespräch führte Hubert Schmiedbauer am 10. Juni 1994.

Paradigmenwechsel des Materialismus und die Postmoderne[1]

Zu Janette Friedrich: „Der Gehalt der Sprachform."*

Peter MOESCHL

Die Postmoderne hat es gewußt: Die großen Erzählungen der Moderne, zuletzt die des realen Sozialismus, sind tot. – Keineswegs aber, und wir spüren es nur zu gut, die kleinen, die der Nationalismen.

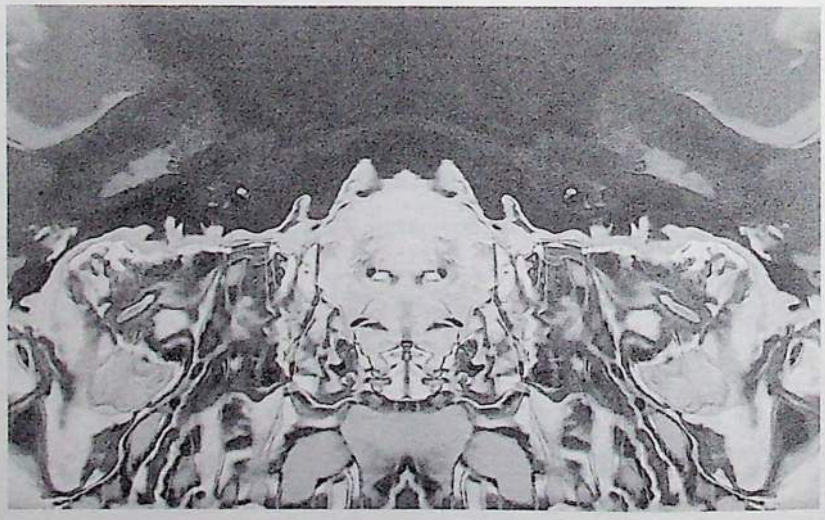
Eindringlich genug demonstriert deren Wortgewalt eine realitätsbildende Macht: Täglich wird „Nation" als neue soziale Wirklichkeit imaginiert, als kollektiv sinnvoll suggeriert und schließlich sogar mit Waffengewalt vermittelt.

Wer möchte da noch jene, die soziale Realität konstruierende Funktion von solchen „Erzählungen" bezweifeln, wie sie uns schon in allen Varianten, und sei es über die „Dekonstruktion" (Derrida), von den Postmodernen vorgeführt wurde? Wer wollte auch die televisionär verbreitete technische Variante der Konstruktion, die Errichtung virtueller Realität bis hin zu jener, aus der Eigendynamik der Abstraktion geschöpften „Hyperrealität" (Baudrillard) in Frage stellen?

Darf daher der Materialismus heute noch, angesichts der ideellen Konstruktion und materiellen Funktion des Nationalismus, mit einer philosophischen Terminologie arbeiten, welche soziale Probleme ausschließlich auf materiell gegebene Strukturen zurückführt, sie darauf reduziert? Mit einer Terminologie, die die Realität auch dann, wenn sie als von uns – ideell wie materiell – selbst gemacht erkannt wird, nur als jeweils gegebene betrachtet? Die vielleicht – was letztlich als „Reduktionismus der kleinen Schritte" auf das gleiche hinauskommt – den Prozeß des „sozialen Machens" mit einem jeweils „sozial Gegebenen" verbindet, diesen aber vorgegeben als geschlossenes Relationsgefüge behandelt? Die also kein konkretes Werkzeug zur entwicklungsdynamischen Analyse des Verhältnisses von „Machen" zu „Gegebenen" bietet?

Die Reduktion auf ein Zugrundeliegendes[2] allein mag sich noch so variantenreich gestalten, die Spezifik gesellschaftlicher Konstruktionsdynamik als offenes System kollektiver Sinnbildung bleibt damit immer schon vorweggenommen. Vorauseilende Dialektik, jene nur strukturell behauptete, und nicht wirklich entdeckte Einheit der Widersprüche, vermag die hierfür unterstellten Entgegensetzungen nicht einfach in ein produktives Verhältnis zu verwandeln! – Haben also die Postmodernen mit ihrem provokanten Gehabe wirklich völlig Unrecht? Sind sie einfach nur ignorant, wenn sie behaupten, die Marxisten wollten sich mittels dialektischer Zwangsbehandlung alle real persistierenden Differenzen, die ideellen wie die materiellen, schlichtweg nur vom Leibe halten? Liegt nicht gerade darin der Grund, warum materialistische „Erzählungen" heute, in einer gesellschaftlichen Umbruchszeit, so antiquiert klingen?

Was nützt es da in klassischer Weise feststellen zu können, daß gerade jetzt nicht nur der Marxismus in seinen universellen gesellschaftstheoretischen Vorstellungen, sondern auch jenes „freischwebende" Denken der Postmoderne von einer erneut hereinbrechenden „archaisch nationalen Moderne" zerschlagen wird? Was bringt es, immer schon gewußt, aber nie erkannt zu haben, wie das bis zur Beliebigkeit betriebene Spiel „frei flottierender Signifikanten" mit dem ersten Schlag der Wirklichkeit zum Stillstand, sprich: zur Deckung mit dem Signifikat, gebracht wird? Kann es uns befriedigen, mitansehen zu dürfen, wie das antihierarchisch strukturierte, bildhafte Denken der Postmodernen, ihr sogenanntes Surfen auf den Metaphern, zu einem esoterischen Zynismus verkommt? – Und glauben wir schließlich ernsthaft, wir bräuchten uns der, von den Postmodernen angesprochenen Problematik kollektiver Sinnproduktion, wenn überhaupt, dann nur in althergebrachter Weise zuzuwenden?



Sepp Schmölzer: Spiegelungen

* Janette Friedrich, Der Gehalt der Sprachform. Paradigmen von Bachtin bis Wygotski. Akademie-Verlag 1993, 216 Seiten, 530 Schilling.

Oder sollten wir doch noch versuchen, aus der Postmoderne zu lernen, selbst dann, wenn wir in ihr nur ein „Kopfschütteln der Moderne über sich selbst" (R. Burger) erblicken? – Wie aber lernt man von denen, gegen die man sich innerlich wehrt, und mit denen man gerade deshalb nicht in Berührung kommen will, weil man es im vorhinein noch nicht besser wissen, und sich daher einer allfälligen Befleckung seiner materialistischen Seele auch nicht entziehen kann?

Ohne Zweifel nur durch ein Anderes, ein vermittelndes Drittes! – Und tatsächlich existieren Überlegungen, die als solch ein Drittes fungieren können, schon lange: Es sind dies die vielfach verfolgten und vergessenen Psychologen, Sprachphilosophen und Ästhetiker der frühen Sowjetunion, von denen im wesentlichen nur Leontjew, Lurija und Wygotski bekannt, zugleich aber auch in spezifischer Weise vereinnahmt wurden.

In ihrem Buch mit dem einzelwissenschaftlich anmutenden Titel: „Der Gehalt der Sprachform, Paradigmen von Bachtin bis Wygotski" hat Janette Friedrich philosophisch grundlegendes geleistet. Es ist ihr gelungen, eine ganze Reihe origineller Denker der frühen Sowjetunion ausfindig zu machen (A. N. Leontjew, E. V Il'enkov, K. R. Megrelidze, L. S. Wygotski, M. Bachtin, V. N. Volosinov, P. N. Medvedev), die ausgehend von linguistischen und psychologischen Fragestellungen kommunikationstheoretische Konzepte entwickelt haben, welche viele der bei uns erst über die Postmoderne thematisierten Probleme analytisch und umfassend darzustellen vermochten.

Figurales Denken? Funktionierende Beschwörung?

Kurz zurück zur Postmoderne: Deren Kritik am modernen Denken ist im Grunde genommen weniger eine Kritik von Inhalten, als eine der damit verbundenen Denkvorstellungen, vor allem des durch seine Universalismen beengten Rationalismus. Bildhaft inszeniert hat sich daher diese Kritik im wesentlichen indirekt, über die analytische Tragweite der von der Postmoderne dem modernen Denken entgegengesetzten Anschauungen und Vorstellungen entfaltet. Die im figuralen Denken dieser Kritik enthaltene Gegen-Metaphorik markiert demnach nicht einfach ein analytisches Unvermögen, sondern sie war immer schon von zentraler Bedeutung und als solches beabsichtigt. Sie hat – unter dem negativen Vorzeichen der Posthistoire – schließlich auch ihre eigene Geschichte, indem sie die in unserer Kultur enthaltenen Geschichten und Mythen an ihren eigenen Gegenbildern abarbeitet. Es kann daher auch nicht verwundern, daß die Postmoderne – ausgehend von den beachtlichen Verdiensten der Poststrukturalisten wie Lacan und Foucault – an den mythologisch aufgeladenen Themen der Psychoanalyse ihre weiteste Verbreitung gefunden hat. Viel zu wenig wird aber in diesem Zusammenhang beachtet, daß unter der mittlerweile alles überdeckenden psychoanalytischen Ausrichtung ein noch tiefer gelegener sprachphilosophischer Kern im Sinne eines „linguistic turns" auszumachen ist. Erst dieser, bei den Franzosen im wesentlichen auf F. Saussure zurückgehende linguistic turn ermöglichte einen bewußtseins- und sozialphilosophischen Paradigmenwechsel, welcher nach einer klassisch objektivitätsorientierten Moderne die realitätsbildende Funktion sozialer Subjekte – vor allem in deren überindividuellen Sprach- und Symbolbildung – in den Mittelpunkt stellte. Reflexive Strukturen und Selbstreflexion wurden für die Genese von Subjekten auf neue Weise als bedeutsam erkannt. Dementsprechend erschien auch das Objekt, die soziale Welt, nur in Beziehung zum Subjekt sinngeladen, nur in der Reflexion. Davon ausgehend, wurde die Frage nach der Macht der Diskurse, nach struktureller und symbolischer Gewalt, sowie nach der Ausrichtung der Individuen darin thematisiert.

Dieser unter dem Blickwinkel klassisch deutscher Philosophie zunächst ungewöhnliche Zugang der französischen Poststrukturalisten hat schließlich ein ganzes Genre divergierender und unterschiedlich ernstzunehmender postmoderner Philosophen hervorgebracht. Nicht zuletzt deshalb, weil deren sozialtheoretische Aussagen eine wesentliche sprachphilosophische Wurzel haben, sahen sich diese Philosophen immer auch veranlaßt, eine eigene, unkonventionelle philosophische Sprache zu sprechen. Daß dabei im Rahmen ästhetischer Inszenierungen eine bilderreiche Sprache oft das leisten mußte, was bei fehlenden analytischen Begriffen nicht erreicht werden konnte, mag im Sinne einer mehrdimensional aufgefaßten sprachlichen Kommunikation – und nicht nur in einer explizit logischen! – durchaus hingehen. Weniger leicht hinzunehmen war und ist aber, daß die in den Sprachbildern somit deskriptiv verwendeten Begriffe nur über eine Provokation, quasi eine Beschwörung ihres Inhaltes, eine analytische Wirkung entfalten können, – und daher zusehends zu nominalistischen Begriffen – also zu reinen Benennungen – vertrocknen. Da das Funktionieren der Beschwörung wesentlich von der emotionalen Willfährigkeit der Rezipienten und deren immer wieder erforderlichen Inszenierung abhängt, hat sich der Erfolg der Postmodernen über die Bildung eigener philosophischer Gemeinden mit der Entwicklung eines eigenen Vokabulars und Jargons erhalten.[3] Die dieser Sprache zugrunde liegende Sprachtheorie selbst ist jedoch gerade dadurch immer mehr ins Unbewußte ihrer Anwender gesunken. Gerade weil aber Saussures strukturalistische Terminologie bereits völlig in dem Vokabular und dem Jargon der postmodernen Epigonen aufgegangen ist (man denke nur an den inflationären Gebrauch von: Signifikant/Signifikat, – langage/langue/parole usw.[4]), wurde und wird dessen Sprachtheorie selbst – der in ihr artikulierte linguistic turn – in ihrem grundlegenden Charakter immer weniger hinterfragt. – Nicht zuletzt scheint auch die immer wieder kritisierte Positionslosigkeit postmodernen Denkens der dieser Terminologie impliziten Subjektentlastung geschuldet: Willfährig identifiziert sich das denkende Subjekt mit den frei flottierenden Signifikanten, – die Funktion des Referenten gerät dabei aber aus dem Blickfeld.

Infragestellung bloßer Reflexologie

Anders der Zugang bei den frühen sowjetischen Denkern: Wie Janette Friedrich in ihrer Analyse der frühen Sowjetautoren nachweist, sind diese ebenfalls, und zwar in den zwanziger und dreißiger Jahren auf besagte subjekttheoretische Probleme hinsichtlich der Errichtung der (sozialen) Realität, unserer sogenannten zweiten Natur, gestoßen. Aus dem Anspruch, sowohl handlungstheoretische Lösungen für die Beherrschung unserer Umwelt (Subjekt – Objekt Problematik), als auch einen Schlüssel für die Eigendynamik ideeller Konstrukte in den zwischenmenschlichen Beziehungen (Subjekt – Subjekt Problematik) zu finden, sahen sich die sowjetischen Autoren gezwungen, übergreifende Strukturen und Prozesse ausfindig zu machen, welche zugleich bewußtseins-

theoretische, sprachphilosophische und handlungstheoretische Erklärungen versprachen. Hauptsächlich vom Wissenschaftsgebiet der Psychologie ausgehend, haben die verschiedenen Autoren unterschiedliche praktische Aspekte bis in die anderen Spezialgebiete (Handlungs- und Bewußtseinsphilosophie, Ästhetik, Linguistik, usw.) verfolgt. Bei gleichzeitiger Aktualisierung der philosophischen Frage des Was haben sie in Beantwortung der psychologischen Frage des Wie grundlegende und richtungsweisende philosophische Arbeit geleistet, wobei eine Reihe origineller Einsichten gewonnen werden konnten.

Von Beginn an war die sowjetische Psychologie mit einer allgemein vorherrschenden physiologisch-psychologischen Korrespondenztheorie konfrontiert, welche sich in der Nachfolge von Bechterew und Pawlow vor allem als Reflexologie und Reaktologie etablieren konnte. Diese als ein Relikt eines, auch bei uns populären mechanischen Materialismus zu betrachtende Theorie vermeint einen psycho-physischen Parallelismus allein schon dadurch lösen zu können, daß sie eine unmittelbare Entsprechung von Psyche und Physis annehmen dürfe und damit physiologische Beobachtungen direkt zur Begründung psychischer Phänomene heranziehen könne. Demgegenüber versuchte vor allem Leontjew auf die grundlegende Bedeutung psychophysischer Vermittlungsprozesse in der Tätigkeit hinzuweisen. Dies gelang ihm in der Entwicklung seines vielbeachteten Konzeptes der gegenständlichen Tätigkeit, für welches er die Formulierung des sogenannten Modalitätsproblems – die modal sinnliche Erfassung der amodalen Realität – als zentral ansah. Relevant sei dabei, daß „Gegenständlichkeit" eine schon in der objektiven Realität vorfindbare Funktion bezeichne, in der sich die Dinge zugleich abgrenzen und vermitteln. Subjektive Tätigkeit an den Objekten projiziere also nicht die Gegenständlichkeit in diese, sondern beziehe sie erst aus ihnen um sich darüber zu vermitteln. – Mag dieses Konzept auch zur Bestimmung der subjektiven Realität noch nicht ausreichen, Leontjew erkannte dabei jedenfalls, daß mittels einer orthodoxen Korrespondenztheorie weder psychische noch physische Prozesse und Entwicklungen in ihrem Verhältnis zueinander analysiert werden können, weil dieses als unmittelbar unterstellt ausgeblendet bleibt. Seine Kritik erhält aber erst heute durch die Selbstorganisationstheorien, welche die aktive Herstellung von derartigen Vermittlungsprozessen im Sinne der Systemtheorien betonen, ein neues Gewicht.[5]

Philosophische Unterstützung erfuhr Leontjew durch Il'enkov, welcher eine materialistische Theorie des Ideellen entwickelte. An Spinoza anknüpfend, der das Denken als die Fähigkeit eines Körpers, sich entsprechend der Form jedes beliebigen anderen Körpers zu bewegen, sieht, hat Il'enkov das Denken als die Tätigkeitsweise des denkenden Körpers begriffen. Er formulierte damit das Denken als die Fähigkeit, andere Körper, die Objekte, ideell zu rekonstruieren. Indirekt hat er dadurch auch auf die Erfordernis funktionaler Kriterien der Konstruktion, nämlich als die einer ideellen Praxis, hingewiesen. Er hat damit bereits deutlich gemacht, daß Konstruktion nicht einfach ein Willkürakt isolierter Subjekte sein könne.

Trotz der erkannten „Materialität" des Ideellen wurde jedoch dessen sprachliche Gegenständlichkeit laut Friedrich weder von Leontjew noch von Il'enkov hinreichend erfaßt, da diese an Stelle einer bedeutungsorientierten Begriffstheorie nur über eine den Strukturalisten vergleichbare, abstrakt-systematische Zeichentheorie der Sprache verfügten.

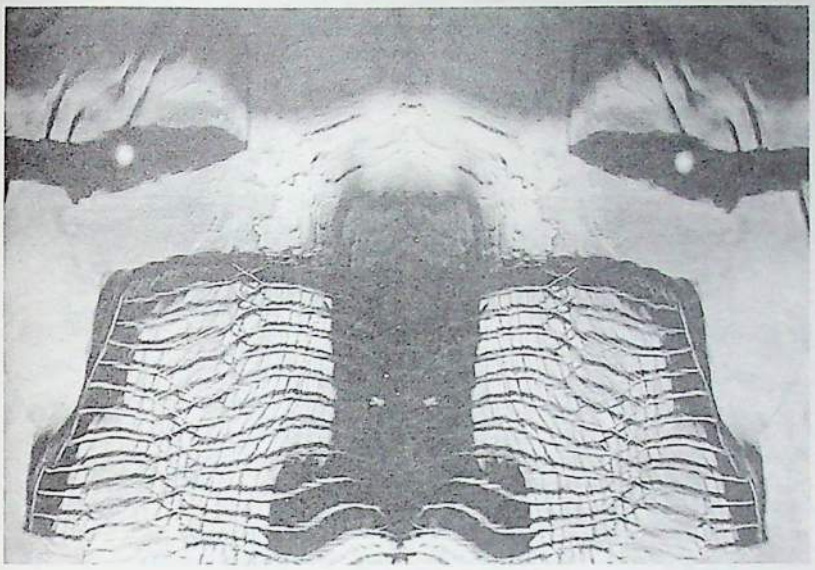
Unabhängig von den bisher Genannten, und in Anlehnung an die Gestaltpsychologie, entwickelte der Georgier Megrelidze eine eigene Vorstellung über die Soziogenese und soziale Verwirklichung von Ideen. Er sah dabei die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt in Gestalt einer praktischen Reflexionsbeziehung, das heißt, als eine Reflexion, die auf die Praxis, die praktische Verwirklichung gesellschaftlicher Interessen gerichtet ist. Nicht der Gegenstand an sich fungiert hierfür als Objekt, sondern das durch das Subjekt bedingte Denken des Gegenstandes. Damit schließt die Wahrnehmung des Gegenstandes oder des anderen Subjektes die Wahrnehmung der Beziehung des Subjektes zu diesem ein.

Megrelidzes Verdienst ist es auch, eine Differenz zwischen den gesellschaftlichen Interessen als präreflexive Objektivation des Ideellen und den Ideen als reflexiver Selbstbezug herausgearbeitet zu haben. Hier wird im Gegensatz zu den objektiv oft unbestimmt gehandhabten Reflexionen der Postmoderne klar, welche differenzierte Funktion etwa Reflexion, Selbstreflexion, praktische Reflexion oder präreflexive ideelle Objektivation haben. Gegenüber dieser präzisen Sicht Megrelidzes wird nämlich bei vielen Vertretern der Postmoderne Reflexion und Selbstreflexion stillschweigend gleichgesetzt, sodaß die von ihnen reflexiv erkannten Handlungen schließlich wieder zur solipsistischen Selbstentäußerung im Rahmen einer autistischen Beliebigkeit des Subjektes verkommen müssen. Das Subjekt bleibt damit – wie in den Aporien der klassischen Philosophie – im Kreislauf selbstbezüglicher Reflexionen gefangen, der philosophische Kunstgriff des „Setzens" vermag das Subjekt aus diesem Kreislauf nur um den Preis völliger Willkür für die Handlung freizugeben.

Selektive Blindheit

Demgegenüber korrespondiert Megrelidzes Differenzierung zwischen präreflexiven und reflexiven Bereichen in der subjektiven Realität des Einzelnen durchaus mit jenen tiefgreifenden ideologiekritischen Einsichten Lacans, in denen dieser auf die existenzsichernde, strukturelle Funktion von Unwissen, auf die, das individuelle Sein stabilisierende, selektive Blindheit innerhalb jeglicher Ideologie hinweist. Ideologie sei uns nämlich – obwohl ein gedankliches Konstrukt – keineswegs bewußt, und daher selbst auch nicht als ein „falsches Bewußtsein" individuell verfügbar. Sie gründe vielmehr direkt im Sein als dem wirklichen Lebensprozeß, welcher immer schon als ein von vornherein bestimmter, ein – von uns wie von anderen – „traditionell" bewerteter, – mit einem Wort: ideologisch geführt werde. Gegenüber einem, dem unmittelbaren Lebensprozeß, dem Handeln, aktiv entgegentretenden falschen Bewußtsein habe man es hier vielmehr objektiviert – mit dem Sein selbst, das auf einem Verkennen gründe, mit Existenziellem also, zu tun. Mit Recht betont daher der Lacanschüler S. Zizek, daß Ideologie nicht einfach nur Theorie sei, sondern die der sozialen Praxis impliziten ideellen Konstrukte bezeichne. Nicht Richtigkeit im Sinne einer gesellschaftlichen Zielvorstellung, sondern systematisches Funktionieren allein sei das dafür praxisrelevante Kriterium.

Bei dem heute durch Warenfetischismus überformten Tauschhandel erfordere der individuelle Tauschakt durchaus ein, wenn auch stereotyp funktionierendes Alltagsbewußtsein des einzelnen. Indem dieser Akt aber auf einem „Verkennen" gründe,



Sepp Schmölzer: Spiegelungen

schließe er gerade das sich in seinem fetischistischen Verhältnis reflexive Bewußtwerden – die subjektiv aktive Funktion des Bewußtseins! – unabdingbar aus. In unserer objektiv gegebenen, ideologisch konnotierten Welt wäre – wie hier in Form des Warenfetischismus – jegliche, im einzelnen als kritische Selbstbehauptung versuchte Reflexion[6] unausweichlich vom Verlust der ontologischen Konsistenz von Ich und Welt gefolgt. Eingebunden in die paradox funktionierende Situation könne das reflexive Erkennen den Einzelnen nur desorientieren – das Ich verstünde die Welt nicht mehr! Reflexion als individuelle Subjektorientierung sei hier gerade ein unzureichendes, ja sogar selbstzerstörendes Werkzeug für die Veränderung der sozialen Wirklichkeit. Gegenwelten müßten vielmehr erst geschaffen, das heißt, objektzentriert[7] als kollektiver Anspruch jener paradoxen Rationalität entgegengestellt und – gelebt werden! – Die Konsequenz wäre sonst jedenfalls das persönliche Scheitern, oder der schließlich wieder reflexiv phantasierte Selbstbetrug als korrupter Versuch eigener Reintegration. Die „Achtundsechziger" mit ihrem Marsch durch die Institutionen mögen ein Lied davon singen!

In Anlehnung an Hegels Begriff des Forminhaltes, der bereits andeutete, daß die Form den Inhalt nicht einfach nur repräsentieren könne, sondern in spezifischer Funktion auf diesen verweise, interpretierte Wygotski das reflexive Denken als einen Forminhalte generierenden Prozeß. Gestützt auf seine weithin bekannten Untersuchungen zur inneren Sprache, erkannte Wygotski in der Sprache gerade deswegen die Funktion des Ideellen, weil diese das Denken nicht repräsentiere. Erst der Abbau der Darstellungsbeziehung zwischen Wort und Denken im aktuellen, individuellen Sprachgebrauch, ermögliche diese Funktion. In den Worten Wygotskis: „Doch während sich der Gedanke in der äußeren Sprache im Wort verkörpert, stirbt das Wort in der inneren Sprache und gebiert dabei den Gedanken." – Zu Recht bemerkt Friedrich, daß hier Wygotskis Anschauungen nicht mehr einfach auf den Tätigkeitsansatz Leontjews zurückgeführt werden können.

Kernstück des sowjetischen Paradigmenwechsels sind nach Friedrich die sprachphilosophischen Arbeiten des sogenannten Bachtin-Kreises (M. Bachtin, V. N. Volosinov, P. N. Medvedev). Voraussetzung für die Entdeckungen dieser Autoren war auch hier die Ablehnung eines, in der klassischen Philosophie quasi substanzhaft unterstellten individuellen Subjekts. Denn sobald das Individuum spricht, realisiert es gewollt oder ungewollt seine Selbstreflexion durch das Hineinstellen des Ich in ein Verhältnis zu anderen, es produziert das Ich als Verhältnis und nie als ein an und für sich. Über ein Drittes aber, das objektbezogene Handeln, wird das in der Kommunikation reflexive Subjekt-Subjekt-Verhältnis erst in Szene gesetzt, die Reflexion bleibt praktisch. Diese, gerade auch in der Sprachhandlung – einer besonderen, eigenen Handlung! – kommunikativ realisierte Ich-Bildung läßt sich damit als die gesellschaftliche Genese des derart individuell differenzierten Subjekts im Sinne eines Wertungs/Selbstbewertungsprozesses erkennen (siehe dazu „werttheoretische Aspekte der Psychologie ", in: «der streit» Nr.41/42).

Wichtig ist aber in diesem sprachtheoretischen Kontext, daß auch hier die Selbstreflexion nicht in einem, gleichsam autistisch geschlossenen System des Selbst gefangen bleibt, sondern sich allein schon mittels Sprachgebrauch in jeder aktuellen Situation gegenüber den in das reflexive Selbstverhältnis einbezogenen Objekten und Subjekten – der Welt und den Mitmenschen – fundamental öffnen muß.

Kommunikationstheoretisch orientiert, gelingt es den Autoren des Bachtin-Kreises eine „Materialität" des Ideellen in der Struktur der Sprache ausfindig zu machen, welche nicht als unabhängiges Zeichensystem dem Bewußtsein einfach vorausgesetzt ist, sondern im Sprachgebrauch, in der Praxis, von den sich reflexiv verstehenden Subjekten erst realisiert wird. In dieses generative Reflexionsverhältnis ist der präreflexive Objektbezug zur Wirklichkeit über die in der Sprache zugleich vollzogene präreflexive ideelle Objektivation immer miteingebunden. Die Sprache besitzt damit eine Materialität, die nicht einfach ein abstraktes, vorausgesetztes Zeichensystem ist, sondern konstruktiv für die darin angelegte Bedeutung wird. Dies steht im Gegensatz zu den herkömmlichen Theorien, wie der Saussures, aber auch der von Leontjew unterstellten. Von den Autoren des Bachtin-Kreises wird nämlich die Beziehung zwischen Zeichen und Bedeutung nicht vorgegeben feststehend, sondern sich innerlich umsetzend als Entwicklungsverhältnis aufgefaßt. Die Realität der Sprache wird in der Rede der Individuen[8] lokalisiert, denn die Sprache determiniert den Bewußtseinsinhalt ohne ihn darzustellen. Die „Materialität" des Sprachzeichens ist als Form nicht repräsentativ wirksam, sondern verweist auf den Inhalt, sie konstituiert diesen damit als einen bedeuteten. Die Sprachform ist also nicht strukturell präexistent, sondern entwickelt sich als Funktion für den jeweiligen Inhalt, indem sie diesen in eine kontextuelle Beziehung setzt, ihn somit konkretisiert und differenziert.

Die in ihrer Aktualisierung realisierte Sprache erweist, daß die sprachliche Fassung der jeweiligen Situation nicht einfach durch Rückbeziehung

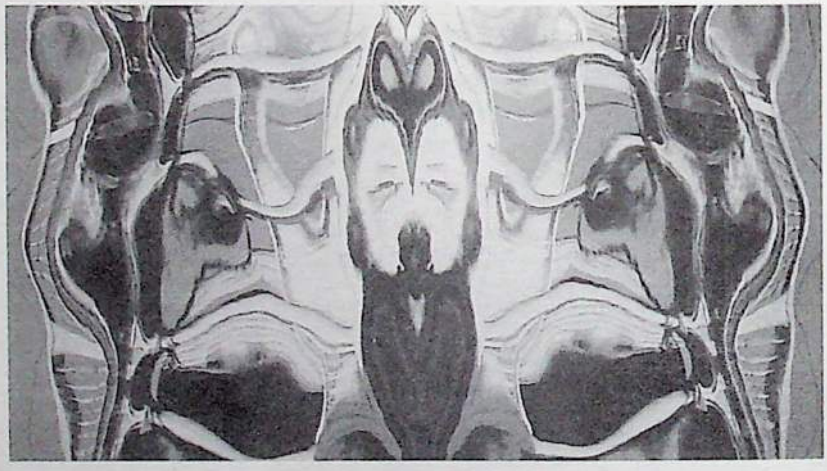
auf ein fixiertes sinntragendes Sprachsystem erfolgt. Nicht die repräsentative Eingliederung des Aktuellen in ein vorgeformtes sprachliches Sinngeflecht, sondern dessen fundamentale Sinnauflösung führt in der Sprachhandlung – über den genannten Repräsentationsabbau – zu dem aktuell produzierten neuen Sinn. Bei jeder Sprachhandlung steht also die jeweilige Sinnstruktur der Sprache selbst mit zur Disposition. Dergestalt hat auch Deleuze in seiner „Logik des Sinns" eine poststrukturalistische Kritik am klassischen Strukturalismus Saussures geübt.

„Materialität" der Sprache

Nicht zuletzt manifestiert sich die „Materialität" der Sprache auch darin, daß diese, wie aus den gezeigten Theorien zu folgern ist, nicht nur das Erkenntnisvermögen, sondern, viel ursprünglicher noch, das Erfahrungsvermögen der Menschen bestimmt:

Abgesehen von den in ihr ablaufenden Verallgemeinerungen liegt der Erkenntnis nämlich die Vorstellung von Beobachtung im Sinne einer den Objekten gegenüber äußeren Position des Subjekts zugrunde. Darin unterscheidet sie sich primär von der, von vornherein als innerlich aufgefaßten Erfahrung. Erkenntnis verweist selbst dann, wenn sie als aktive Leistung angesehen wird, auf eine, gegenüber dem zu erkennenden Gegenstand distanzierte und gerade in der spezifischen Erkenntnisfunktion auf den Gegenstand nicht verändernd einwirkende, letztlich also unabhängige Haltung des Subjekts. Demgegenüber erfordert Erfahrung eine unmittelbare Einbeziehung von Subjekt und Objekt in eine Handlung. Erst in der praktischen Auseinandersetzung und über die darin gegenseitige Veränderung von Subjekt und Objekt kann Erfahrung entstehen. – Während also Erfahrung direkt, „ganzkörperlich" gewonnen zu werden scheint, zumindest aber über den Rahmen der Sprache als eines geschlossenen Systems hinausgeht, erfordert jedenfalls die Erkenntnis einen, dem Subjekt verfügbaren, für die besagte Erkenntnisdistanz des Subjekts aber von ihm unabhängigen, vermittelnden Repräsentationsapparat, wie er in, oder besser: mit der Sprache gegeben ist.

Daß also in der Sprache, gesehen als Repräsentationsapparat, die Bedingungen von Erkenntnis für das Subjekt realisiert werden, ist die auf Basis der heute vorherrschenden linguistischen Theorien gängige Ansicht. Im Rahmen dieser Ansicht ist es aber durchwegs von sekundärer Bedeutung, ob es beim Sprachgebrauch, als einer an der und über die Sprache vollzogenen Handlung, zur aktuellen Veränderung der Sprache im Sinne einer Veränderung der Bedingungen von Erkenntnis kommt oder nicht: Sie würde nicht als wesentlich wahrgenommen. Dies deshalb, weil bei der in jedem Erkenntnisakt ohnehin gegebenen Subjekt-Objekt-Distanz die genannten Bedingungen nicht aktuell in der jeweiligen Sprachhandlung mitgebildet werden müssen, sondern durchaus schon in einem vorgegebenen System verfügbar sein können. Sollten aber – und dies implizieren die Theorien des Bachtin-Kreises – in der Sprache, tiefer noch als die Bedingungen der Erkenntnis, die der Erfahrung realisiert werden, so



Sepp Schmölzer: Spiegelungen

wäre mit jeder über die Sprache vermittelten Erfahrung auch aktuell eine fundamentale Veränderung am Sprachsystem selbst möglich, ja im Sinne der Handlung, wie sie als Aneignung der Sprache durch das individuelle Subjekt im Sprachgebrauch erfolgt, sogar zu erwarten.

Daß sich menschliche Erfahrung als eine gesellschaftliche über das Medium Sprache verwirklicht, ja daß wir uns als sprachbegabte Wesen einem sprachlichen Aspekt jeder unserer Erfahrungen wohl kaum entziehen können, wird niemand ernsthaft bestreiten. Trotzdem wird von den geltenden Sprachtheorien immer noch nicht hinreichend erkannt, daß sich mit der, bei der Erfahrung zu beachtenden „Innerlichkeit" der Subjekt-Objekt-Beziehung, eine grundlegend neue Problematik ergibt. Die Frage, die wir uns dann nämlich zu stellen haben, lautet nicht mehr nur wie beim herkömmlichen Erkenntnisschema: „Wie fungiert die Sprache als Bedingung unserer Erkenntnis/Erfahrung?", sondern darüber hinaus noch: „Welchen Veränderungen ist die Sprache in ihrem aktuellen Gebrauch – bei der Realisierung von Erfahrung als der der Erkenntnis vorausgehenden Unmittelbarkeit – unterworfen?" Erst dadurch wird die vorige Frage in ihrer ganzen dialektischen Dynamik entfaltet.

Mit den Beobachtungen zur Bildung der inneren Sprache und dem hier festzustellenden Abbau der Repräsentationsfunktion hat Wygotski schon anhand des kindlichen Spracherwerbs gezeigt, daß wir nicht nur Erkenntnisse über die Sprache erlangen, sondern in und mit ihr Erfahrungen machen. Daß diese Erfahrungsfunktion auch später noch im aktuellen Sprachgebrauch – als einer Handlung, die mit den Mitteln der Sprache den eigenen Rahmen der Repräsentation sprengt – immer erneut realisiert wird, ist in den Untersuchungen des Bachtin-Kreises deutlich gemacht worden.

Tätigkeitsbezogene Sprachhandlung

Diese schon als Erfahrung bewußtseinsbildende und bewußtseinsaktualisierende Funktion der Sprache läßt sich auch an den einzelnen Sprachstrukturen selbst feststellen. Anhand der Analyse von Dostojewskis Romanen spricht Bachtin von einer polyphonen Struktur bzw. einem dialogischen Charakter der Sprache. Darin werde die zugleich kommunikative wie tätigkeitsbezogene Sprachhandlung – dra-

matisch – vollzogen. Ausgehend vom ideologischen Zeichen gelingt es darüber hinaus Volosinov Intonation, Wortwahl und Wortkomposition als konkrete Sprachformen ausfindig zu machen, welche im aktuellen Sprachgebrauch eine Beziehung zwischen dem äußeren Kommunikationskontext (der Situation und dem Auditorium, gleichsam dem sozialen Inhalt) und dem Inhalt der sprachlichen Äußerung aufbauen.

Im Anschluß an seine Kritik des Form-Begriffes beim Kunstwerk bringt schließlich Medvedev das schon von Wygotski angerissene Thema des Forminhaltes für die Sprache auf den Punkt. Er interpretiert die Sprachformen als eigenwertige Formgebilde, weil sie den Sprachinhalt nicht ausdrücken, sondern diesen zu einem anderen Inhalt, den Kommunikationskontext, in Beziehung setzen, – ihn also orientieren. Er zeigt damit auf, daß die Form nicht in den Inhalt, für den sie steht, übergeht, sondern nur einen Bezug auf ihn besitzt. Friedrich spricht demnach auch nicht von Inhalt, sondern von einem Gehalt der Form. „Gehalt" meint dabei, daß die Form dadurch einen Inhalt „determiniert", daß sie diesen zu einem anderen Inhalt in Beziehung setzt ohne einen dieser Inhalte darzustellen.

In der Folge erkennt daher auch Volosinov aus den sprachtheoretischen Einsichten, daß soziale Werte generell als Formgebilde im Sinne ihres orientierenden Gehaltes aufzufassen sind. In Fleisch und Blut des jeweiligen Kollektivs übergegangen, organisieren die sozialen Werte die Handlungen und das Verhalten der Menschen und bedürfen deshalb keiner besonderen verbalen Formulierung. Ein funktionierender sozialer Wert bleibt auf diese Weise „von selbst" lebendig, mag er die zwischenmenschlichen Verkehrsformen nun starr und gleichförmig oder locker und variabel gestalten. Sobald aber ein Wert als formal notwendiges Moment des täglichen Lebens dieses nicht mehr derart selbstverständlich orientiert, sondern als Inhalt zum – gefeierten – Objekt menschlicher Anstrengungen gemacht wird, ist die Lebendigkeit schon verloren und gerade damit nicht mehr zu retten. Die Objektivierung von sozialen Werten ist bereits der utilitaristische Todesstoß für jede konkrete Wertfunktion, geschweige denn von Wertbildung. Unter diesem Aspekt sind daher rituelle Feiern mit großer Vorsicht zu betrachten. Riten mögen verschiedene und durchaus notwendige Funktionen für eine Gemeinschaft erfüllen, soziale Werte schlichtweg repräsentieren können sie nicht – und dies, obwohl sie gewöhnlich gerade unter solch einer Vorstellung inszeniert werden.

In diesem Rahmen erscheint auch der heute so aktuelle Verlust allgemeiner gesellschaftlicher Werte und das gleichzeitige Aufblühen des Nationalismus in einem neuen Licht. Im Grunde genommen ist nämlich der gesellschaftlich konstruierte Begriff der Nation und die kollektive Beschwörung der damit verbundenen Phantasmen nichts anderes als eine paranoide Anstrengung zur Rettung nicht funktionierender oder verlorener sozialer Werte. Der Begriff der Nation markiert demnach heute genau diejenige Leerstelle für soziale Werte, die eine selbstverständliche, eine innere Beziehung den menschlichen Gemeinschaften vermitteln sollten.

Machtstrukturen generell – um nur ein weiteres, von den postmodernen Philosophen intensiv beleuchtetes Thema anzusprechen – sind vom orthodox materialistischen Denken immer nur als ein bloßes „Formproblem" gegenüber den „eigentlichen" gesellschaftlichen Inhalten mißachtet worden – und das bis zu den bekannten bürokratischen Folgen! Trotz einer differenzierten Darstellung von Phänomenen der Macht – und zwar vor allem in ihrem, den gesellschaftlichen Institutionen impliziten Wesen – ist es hingegen auch der postmodernen Philosophie nicht hinreichend gelungen, Macht mit den sie ausdrückenden gesellschaftlichen Inhalten verbunden zu erfassen. Sie ist bis heute nicht in der Lage gewesen, Machtstrukturen in ihrem Verhältnis zu den sie bedingenden, wie den durch sie bedingten Inhalten systematisch zu entwickeln. Trotz vieler Beispiele und Illustrationen steht die Postmoderne immer noch bei der allein strukturellen Einsicht, Macht müsse zu ihrem systematischen Funktionieren geheim, den gesellschaftlichen Institutionen implizit sein – Gewalt sei daher schon Zeichen der Ohnmacht, zusammenbrechender Macht (N. Boltz).

Der Grund für diese unbefriedigende Situation scheint darin zu liegen, daß Macht weder als Form, noch als Inhalt im klassischen Sinne angesehen werden kann. Jeder Versuch eine systematische Geschichte der Macht zu schreiben, wäre nämlich im Rahmen klassischer Terminologie zusehends mit der Aporie konfrontiert, Macht als einen eigenständigen gesellschaftlichen Inhalt aus den sie befördernden institutionalisierten sozialen Inhalten zu isolieren – gerade damit aber deren inneren Zusammenhang nicht mehr aufrechterhalten zu können. Bei Auflösung dieses inneren Zusammenhanges müßte dann die Plausibilität einer Reihe machtstruktureller Erscheinungen genealogisch all das leisten, was durch Begründung nicht mehr zugänglich ist.

Indem aber – wie von der Postmoderne sehr richtig erkannt wurde! – Macht heute, im Zeitalter intensiver gesellschaftlicher Vernetzung, mehr denn je unausgesprochen, als innere wirkt, fragt sich natürlich, inwieweit diese nicht gerade unter dem hier gezeigten Begriff des Gehaltes – einer, die Inhalte orientierenden, impliziten Form – adäquat analysiert werden kann. Über die konkrete Entwicklung der gesellschaftlichen Inhalte in ihrem Verhältnis zueinander, den Gehalt, scheint nämlich die Dynamik dieser Prozesse noch bis ins einzelne ihres Ablaufes hin, ihrer Geschichte, verfolgbar. – Dem nahekommend gelangten jedenfalls auch M. Foucault und G. Deleuze zu der Einsicht, Macht nicht einfach als Form, sondern als Verhältnis von gesellschaftlichen Kräften im Sinne einer Funktionsbeziehung ansehen zu müssen. Die Frage, was Macht sui generis sei, werde also gegenüber der Art und Weise, wie diese ausgeübt werde, immer schon falsch gestellt.

Allein dieser kurze Exkurs über die Sprachtheorie hinaus mag die fundamentale Bedeutung des Paradigmenwechsels beim Formbegriff verdeutlichen. – Damit verweist allerdings Friedrichs Buch auch auf die Notwendigkeit, sich mit noch weiteren allgemeinen Ansichten angrenzender Fachgebiete auseinanderzusetzen. So würde man sich etwa, ausgehend von jenem originellen dynamischen Aspekt eines, dem Inhalt wesentlichen Äußeren, der orientierenden Form, auch die Diskussion der Arbeiten eines anderen sowjetischen Psychologen, Pjotr Galperin, wünschen, welcher den Gegenstand aller Psychologie generell in der Orientierungstätigkeit sieht. Damit könnte vielleicht der sprachphilosophische Paradigmenwechsel, wie schon anhand der sozialen Werte gezeigt, in einem noch umfassenderen gesellschaftlichen Kontext analysiert werden. – Schließlich ist aber gerade der Wunsch, noch weitere Aspekte anderer Autoren[9] hier eingebracht sehen zu wollen, nicht so sehr als Mangel von Friedrichs Buch anzusehen. Er mag vielmehr als notwendige Folge aus dem großen Verdienst zu verstehen sein, die

übergreifenden, zentralen gesellschaftlichen Aspekte der hier entdeckten sowjetischen Arbeiten erkannt und entsprechend dargelegt zu haben.

Eingebildetes leeres Aussageobjekt?

Angesichts derartiger Gedanken über soziale Subjekte und deren Konstruktion gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie bereits von den frühen sowjetischen Autoren erbracht wurden, fragt sich natürlich, inwieweit es der postmodernen Philosophie überhaupt schon gelungen ist, den zentralen Bereich dieser Problematik produktiv zu erschließen. Im besonderen fragt sich nämlich, inwieweit ihre, zum Thema der gesellschaftlich institutionalisierten Subjektivität eher als geistige Haltung denn als Wissenschaft inszenierte Philosophie nicht schon vorweg zu einer Pose eigener Subjektivität erstarrt ist. Sogar G. Deleuze selbst, ein dem Poststrukturalismus nahestehender Denker, beklagt an der jüngsten Generation, den sogenannten Neuen Französischen Philosophen, deren Rückzug auf den Autor als ein eingebildetes, leeres Aussagesubjekt, sowie auf summarisch stereotypisierte Begriffe. Ist aber diese Gefahr subjektivistischer Degeneration postmoderner Philosophie nicht schon in ihrer Grundhaltung angelegt? Denkt man dabei etwa an das von den Postmodernen abstrakt und zugleich mystifiziert gehandhabte Thema vom „Tod des Subjekts" sowie an die damit – ex negativo – erneute Subjektbeschwörung[10], so kann man sich derartigen Überlegungen wohl nicht entziehen. – Jedenfalls ist aus dem frühen – aber leider bis heute noch nicht wirksam gewordenen – materialistischen Paradigmenwechsel der Sowjetautoren klar ersichtlich, daß mittels undifferenzierter Reflexionsbegriffe und den darauf fußenden romantisch-ästhetisierenden Subjektinszenierungen mehr verdeckt als kenntlich gemacht wird.

Letztendlich werden unter dem Eindruck der sowjetischen Materialisten auch die, in der spielerisch „freischwebenden" Philosophie der Postmoderne, die in ihren ästhetischen Inszenierungen verborgenen Sehnsüchte und Wünsche an ein neues Denken besser verständlich: Ohne Zweifel setzt nämlich jedes analytische Begreifen den Bezug auf einen zumindest schematisch geschlossenen Begriffsapparat voraus. Dessen – wenn auch noch so weit entferntes – systemisches Apriori steht in den darin vorgegebenen Denkvorstellungen jeglichem Paradigmenwechsel entgegen. Im Angriff auf die objektivistischen Paradigmen der Moderne kann daher die Postmoderne auch nicht auf einen tradierten analytischen Begriffsapparat vertrauen, sondern muß eine eigene, bis auf Anschauung und Vorstellung zurückgreifende Begrifflichkeit entwickeln. – Beiden, den sowjetischen Materialisten wie den Postmodernen, geht es darum, dem Denken die selbstgemachte Objektivität menschlicher Lebensbereiche in ihrer subjektiven Dynamik – den Zentralbereich individueller Lebenspraxis! – zu erschließen. Auf der Ebene eines „Materialismus des Ideellen", welcher dem Bereich der Ideen keinen metaphysisch festgelegten Wahrheitsanspruch erfüllt, treffen sich die Auffassungen beider. In ihren permanenten, und mit den verschiedensten Inszenierungen provozierten Verweisen auf die subjektive Bedingtheit aller gesellschaftlichen Systeme und Institutionen versuchen die Postmodernen zu verdeutlichen, daß es auch bezüglich Sprache und Begriffssystem nicht einfach nur um die Kritik an einzelnen, innerhalb des Systems bestimmten Vorstellungen gehen kann. Es geht hier vielmehr darum, daß generell die, in jedem starr vorgegebenen, quasi naturhaft etablierten Denksystem enthaltenen Vorstellungen nicht in der Lage sind, die ideelle Dynamik der gesellschaftlich konstruierten Realität praxisrelevant nachzuvollziehen. – Zu konkreter Sprengkraft einer tiefgreifenden Kritik ist daher – und das hat die Postmoderne erkannt – primär eine philosophische Praxis mit direkter Artikulation der einzelnen Themen und frei von einordnenden Präliminarien erforderlich. Damit ist aber zugleich jene, von seiten des Aktuellen drohende Gefahr gegeben, sich in Okkasionalismus, in eine Gelegenheitsphilosophie mit verschwimmenden Kriterien zu verlieren. Dergestalt ist es der Postmoderne trotz oder gerade wegen ihrer okkasionalistischen Provokation von verschiedenen Aporien und Paradoxien der klassischen Denkschemata immer noch nicht gelungen, eine flexible, an den zu erfassenden Inhalten konsistent sich entwickelnde Denksystematik zu entfalten. Denken als subjektive Haltung ist und bleibt daher ihre ultima ratio. – Das heißt allerdings nicht – und das ist zu betonen -, daß die Moderne mit ihrer Behauptung, es könne keine Theorie des Subjekts geben, da dieses selbst schon objektivistisch sei, recht behielte. Nicht einer angeblich unfaßbaren Subjektivität liegt nämlich diese behauptete Unmöglichkeit zugrunde, sie ist vielmehr dem eigenen, beschränkten Theorieverständnis der Moderne selbst anzulasten. Richtig ist hier lediglich, daß es keine *repräsentative* Theorie des Subjekts geben kann, keine Theorie also, die den Objekten im herkömmlichen Sinn ein selbständiges Subjekt als eigene Entität gegenüberstellt.

Ausgehend von einem explizit materialistischen Anspruch an das Ideelle haben demgegenüber die Sowjetautoren eine analytische Kritik an dem der klassischen Philosophie geschuldeten abstrakt materialistischen Schematismus – einem Naturalismus geübt. Sie haben dadurch endlich auch das Denken selbst unter einem materialistischen Aspekt erschlossen, daß sie dessen ideelle Produkte nicht mehr nur formal als ein von der Realität abgehobenes und auf diese rückprojizierbares, abstraktes System ansahen. Sie haben vielmehr diese ideellen Produkte, wie etwa die Sprache, als an und in der Realität prozessierend erkannt. Im Medium Sprache konnten sie konkrete Anhaltspunkte fiir einen *genetischen* Strukturalismus entdecken, wie er schon von J. Piaget für die Erfassung jeder Subjekt-Objekt-Beziehung erträumt wurde. Ohne großartige Verkündigungen sind sie dabei auf analytische Weise tief in die Problematik der subjektiv konstruierten gesellschaftlichen Realität vorgedrungen.

Sie haben uns gezeigt, daß bei vorrangiger Sensibilität für die Lebenspraxis – jener dynamischen Vorstellung von Materialismus[11] – ein konsequent analytischer Weg zu dem beschriebenen Paradigmenwechsel führt. Das heißt schließlich auch nicht mehr, als daß sie diese Problematik über eine systematisch neue, umfassendere Fragestellung anzugehen vermocht haben. Erst weitere Anstrengungen müssen klären, ob ihr Weg fruchtbringend fortgesetzt werden kann. – Demgegenüber bringt jedenfalls eine rein subjektive Haltung, welche sich allein schon mit der bei jeder Gelegenheit in ihrer subjektiven Bestimmung nur vermeinten sozialen Realität begnügt, diese selbst noch nicht weiter. Erst die Ausarbeitung der von den sowjetischen Autoren gebotenen Anregungen vermag eine erstrebenswerte Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse durch unsere subjektiv *aktive* gesellschaftliche Praxis in Aussicht zu stellen. ■

Univ.-Prof. Dr. Peter MOESCHL ist Mediziner und Mitherausgeber des »streit«.

Sepp Schmölzer: Spiegelungen

Anmerkungen

1 Der Stereotyp „Postmoderne" entspricht hier nur bedingt dem Selbstverständnis der sich damit bezeichnenden Autoren. Er bezieht sich primär auf eine über deren und andere Texte gebotene Rezeptionsfigur, wie sie zumindest im deutschen Sprachraum als ideelle Realität wirkt.

2 Ökonomie als den sozialen Diskursen zugrundeliegend zu erkennen, bedeutet keineswegs schon Ökonomismus. Trotzdem blendet die – auch begründete – Reduktion des Sozialwesens auf Ökonomie den subjektiv konstruierten Charakter gesellschaftlicher Prozesse aus. Dieser unausgesprochenen Abwertung aller Subjektivität sozialer Prozesse ist im klassisch reduktiven Denken nicht zu entkommen. Ökonomismus erzeugt dieses Denken aber erst in dem Maße, in dem es sich gezwungen sieht, zur Subjektivität gesellschaftlicher Prozesse explizit Stellung zu beziehen.
So gesehen ist auch Althussers Begriff der „Überdeterminierung" gesellschaftlicher Prozesse durch Ökonomie ein nur strukturell vorauseilender und daher inhaltlich kaum tragfähiger Versuch, Reduktion und Konstruktion zu versöhnen.

3 Deren Hang zu philosophisch aufgeblasenen Kalauern – und den darin enthaltenen fortschrittlichen wie bornierten Tendenzen nominalistischer Willkür – ist übrigens auch von J. F. Reemtsma anhand von Heideggers Sprache treffend charakterisiert worden.

4 Derartige linguistische Begriffe werden, insbesondere nach Einbeziehung der Informationstheorie (U. Eco), in verschiedener Modifikation und zum Teil sogar gegensätzlich verwendet. Die ihnen zugrundeliegenden Systematiken interessieren im Rahmen der hier besprochenen Konzeptionen aber nur in dem Maße, in dem sie generell als Zeichentheorien von der eigenen strukturellen Veränderbarkeit im aktuellen Prozeß des Bedeutens, in der Praxis des Sprachgebrauches, abstrahieren. Inwieweit diese im einzelnen das sich jeweils aktuell als ein *inneres* ausbildendes Verhältnis von Zeichen und Bedeutung ignorieren, muß Gegenstand detaillierter Untersuchungen bleiben.

5 Der übrigens in den Selbstorganisationstheorien ebenfalls zentrale Begriff der Konstruktion (z. B. die Autopoiesis des Radikalen Konstruktivismus) verweist, da schon im Vorsprachlichen bedeutsam, auf eine der Sprache noch vorausgehende Handlungsebene der Konstruktion. Eine Gegenüberstellung mit dem über die Sprache entwickelten Konstruktionsbegriff der Postmoderne wäre lohnenswert.

6 Auf die für eine eingehendere Betrachtung erforderliche Differenzierung von Reflexion und Selbstreflexion wird hier verzichtet – Reflexionsprozesse werden als unter der, heute üblichen, Dominanz der Selbstreflexion stehend kritisiert.

7 Der durch ihren Werkcharakter vermittelten Objektzentrierung der Kunst scheint hier eine besondere, die herrschende Ideologie des Alltäglichen aufbrechende Funktion, zuzukommen. Allein dadurch, daß die Kunst – und sei es nur die künstlerische Sicht! – die Dinge des Alltags aus ihrem – ideologisch – automatisierten Ablauf herausnimmt, stellt sie die Automatismen des Alltags *objektiv* zur Disposition. Erst über die Objektivierung als Werk – mag dieses auch aktionistisch oder minimalistisch versteckt sein – durchdringt und verändert die Kunst die sozial verbindlichen Symbolebenen und emanzipiert derart die individuelle Subjektivität.

8 Es mag verblüffen, daß heute auch der Quine-Schüler D. Davidson in der dialektischen Betrachtung des sokratischen Dialogs zu Ansätzen einer ähnlich ausgerichteten, generativen Sprachtheorie der Rede gelangt: *„Wenn die elenktische Diskussion ihren Zweck erfüllt, ist sie ein Ereignis, bei dem die Bedeutungen der Wörter – die Begriffe, die den Sprechern vorschweben – eine Entwicklung durchmachen und geklärt werden."*

9 Mittlerweile hat J. Friedrich auch P. Bordieus soziologische Habitustheorie sprachphilosophisch beleuchtet: Der individuelle Habitus, jene expressiv-affektive Selbstgestaltung, mit der sich das Individuum in seiner Sozietät behauptet, entspreche der gezeigten praktischen Reflexion.

10 Die postmoderne Konjunktur des Erhabenen, wie sie etwa von J. F. Lyotard betrieben wird, entspricht laut R. Burger einer derart negativen Subjektkonzeption: Nach Auflösung des sich als aktive Einheit verstehenden einfachen Willens-Subjekts der Moderne hat man es hier nämlich wieder mit einem einfach-einheitlichen Subjekt, allerdings einem passiv-affirmativen zu tun. Über die Aporien substantiell einheitlicher Subjektivität kann sich ein derartiges Subjekt auch nur durch illusionierte Unmittelbarkeit, über „das Ereignis", die Frage: „Geschieht es?" hinwegtäuschen.

11 Entgegen der Verabsolutierung eigener Kategorien unterstützt solch ein lebendiger Materialismus alle Philosophie in dem Maße, in dem sie die Diesseitigkeit menschlicher Lebensmöglichkeiten erhöht. Seine minimalistische Beantwortung der Frage: „Wieviel Jenseits braucht der Mensch?" zielt dabei weniger auf religiöse oder ähnliche Letztbegründungen, als vielmehr auf das strukturell festgelegte Jenseits in den alltäglichen Dingen, in die das Leben, und in der gängigen Begrifflichkeit, über die das Leben immer schon „verjenseitigt" ist, – uns als Subjekten der Praxis metaphysisch verschlossen bleibt.

Orientierung über den Balkan*

Otto KREILISHEIM

Als die Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien noch heil waren:

Hunderttausende Österreicherinnen und Österreicher haben nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Urlaube in Jugoslawien verbracht. Als einer von ihnen kann ich mich erinnern, daß die österreichischen Touristen sowohl von den Behörden als auch von der Bevölkerung gut aufgenommen wurden. Beim Abschied sagten die Gastgeber: „Hoffentlich hat es Ihnen bei uns gefallen, der Krieg ist aus, jetzt können wir wieder gute Freunde sein, kommen Sie wieder." Ganz ähnlich verhielten sich auch die Behörden. Im Interesse eines guten Einvernehmens mit den österreichischen Touristen verschwiegen sie uns auch, daß es unter den Peinigern Jugoslawiens im Krieg viele Österreicher gegeben hat. Das betrifft nicht nur den österreichischen Luftwaffengeneral Alexander Löhr, der die offene Stadt Belgrad in Schutt und Trümmer bombardieren ließ, sondern auch andere.

Der nach dem Krieg neu erstandene Gesamtstaat Jugoslawien war international anerkannt, Mitglied der UNO, und als im Jahre 1955 der Österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde, da wurde Jugoslawien sogar einer seiner Garanten.

Österreich ändert seine Haltung zu Jugoslawien

Unsere Regierung änderte ihre Haltung, als sich die Teilrepubliken Slowenien, Kroatien und später auch Bosnien-Herzegowina entschlossen, einen Kurs auf Trennung vom Gesamtstaat Jugoslawien einzuschlagen. Die Welle des nach dem Zusammenbruch des sogenannten „realen Sozialismus" entstandenen Nationalismus hatte auch sie ergriffen. Entgegen einer ganzen Reihe völkerrechtlicher Bestimmungen ergriff Österreich vom Anfang an Partei für sie. In dem Gespräch, das der emeritierte Innsbrucker Universitätsprofessor Zoran Konstantinovic mit Universitätsprofessor Gerhard Oberkofler und Herrn Peter Goller führte, werden Probleme diskutiert, die mit der Entwicklung in Jugoslawien und der österreichischen Haltung zu dieser Entwicklung zusammenhängen.

Wer ist Professor Zoran Konstantinovic?

Konstantinovic ist gebürtiger Serbe, seine Frau ist Kroatin, der aus dieser „Mischehe" stammende Sohn versteht sich als Jugoslawe. Zu den akademischen Verpflichtungen von Professor Konstantinovic gehörte der Aufbau eines österreichischen Instituts für Vergleichende Literaturwissenschaft. Als österreichischer Universitätsprofessor besitzt Konstantinovic auch die österreichische Staatsbürgerschaft, hat also zwei Heimatländer: ein aus tausend Wunden blutendes Jugoslawien und Österreich, ein Land, dem er sich schon vor seiner Berufung im Jahre 1970 freundschaftlich verbunden gefühlt hatte. Heute leidet er darunter, daß seine neue Heimat Österreich Jugoslawien gegenüber eine Haltung einnimmt, die er für zutiefst verfehlt ansieht, weil sie seiner Meinung nach weder Jugoslawien hilft, noch den Interessen Österreichs dient.

Ich habe aus dem Gesprächsprotokoll viel gelernt, auch wenn es unter den Auffassungen von Professor Konstantinovic einige gibt, mit denen ich nicht übereinstimmen kann.

Außenminister Mock: Selbstbestimmung für die Teilrepubliken – Jugoslawischer Gesamtstaat verzichtbar

Konstantinovic zitiert Stellen aus den Reden Mocks, aus denen hervorgeht, daß die Welt die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens „respektieren" müsse, während Walter Siegl, unser letzter Botschafter in Belgrad, bereits von einem Wunsch des Außenministers berichtet, „eine internationale Aktion für die Herstellung des Friedens (!! O. K.) in Gang zu setzen, ohne Belgrad die Möglichkeit zu formalen Einwänden zu geben".

Das ist aber auch schon die Orientierung auf Sanktionen und unter Umständen auch auf militärische Interventionen, an denen Österreich aus Gründen der Neutralität nicht teilnehmen könne. Wie verschieden verwendbar doch ein flexibler Begriff der Neutralität sein kann. Man benützt ihn, wenn das opportun ist, und man erklärt ihn für überholt, wenn man ihn nicht mehr braucht. Für all das fand Mock die volle Unterstützung der vielfach von deutschen Finanzinteressen abhängigen österreichischen Presse. Bei der Verurteilung Jugoslawiens, das den Abspaltungstendenzen der Teilrepubliken nicht gleichgültig gegenüberstand, gab es in den österreichischen Zeitungen volle Übereinstimmung. Hier nennt Professor Konstantinovic den Namen des österreichischen Journalisten Dr. Paul Schulmeister, der in seinen Fernsehkommentaren den Anschein erweckte, als könne er es gar nicht erwarten, daß die NATO ihren Bombern die Genehmigung erteile, ihre Ladung über den serbischen Stellungen abzuwerfen. Der österreichische Philosoph Rudolf Burger nennt Schulmeister ein „Scharfmacherbubi". (Dieses Zitat und die folgenden stammen aus: Rudolf Burger: „Überfälle", Sonderzahlverlag, Wien 1993.)

Um auf die einzelnen Schritte in diesem Ablösungsprozeß einzugehen, fehlt der Platz. Man lese sie in „Orientierung über den Balkan" nach. Erwähnt sei nur, daß den führenden Schichten sowohl Sloweniens als auch Kroatiens die Steuern, die sie der Zentralregierung in Belgrad zahlen mußten, schon lange gegen den Strich gingen.

Zu einer wirklich ernsten Spannung kam es, als die große serbische Minderheit in Kroatien – Konstantinovic spricht von 650.000 Menschen – bei dem Gedanken in Panik geriet, einem selbständig gewordenen Kroatien völlig ausgeliefert zu werden. Soll sich, fragten sich die in Kroatien lebenden Serben, all das wiederholen, was wir im Ustascha-Staat mitgemacht haben: die Zerstörung serbischer Dörfer, der

* Zu einer von der Universität Innsbruck veröffentlichten „Orientierung über den Balkan". Ein Gespräch mit Zoran Konstantinovic über die Jugoslawienkrise, dokumentiert von Gerhard Oberkofler und Peter Goller, Innsbruck 1994.

erzwungene Übertritt zum Katholizismus und vieles andere? Professor Konstantinovic berichtet, daß in dem Konzentrationslager Jasenovac allein 200.000 Serben umgekommen waren. Sollten Übereinkommen zwischen der neuen kroatischen Regierung und der amtierenden jugoslawischen Zentralregierung nicht zustande kommen bzw. ergebnislos verlaufen, drohte die Zentralregierung, die immer mehr zu einer serbischen wurde, mit Gebietsveränderungen. Der Ausbruch des Krieges wurde so zu einer Frage der Zeit.

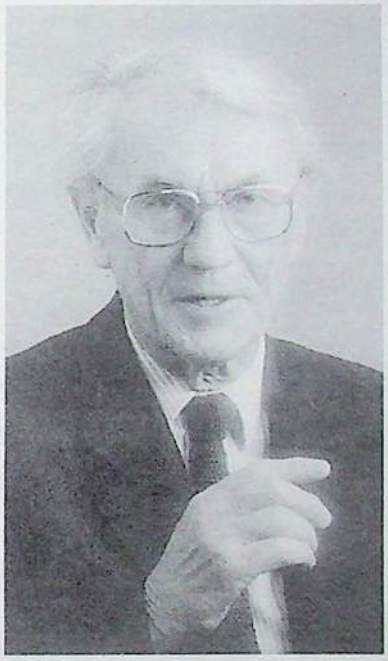
Busek: Mitteleuropa

Die antiserbische Hetze erreichte immer neue Höhepunkte. Man fühlte sich an das „Serbien muß sterbien" aus dem Jahre 1914 erinnert. Mit Recht erinnern deshalb Oberkofler und Goller an „Die letzten Tage der Menschheit" von Karl Kraus. Die österreichische Regierung vergaß bzw. verdrängte die Antwort auf die Frage nach den Hintergründen des Konflikts mit Serbien. Konstantinovic meint, daß der Umstand eine Rolle gespielt haben könnte, daß Österreich Sympathien für Kroatien hege, weil beide Länder katholische Länder sind. Ich meine, daß hier der von Professor Konstantinovic angeführten Mitteleuropa-Ideologie größere Bedeutung zukommt. Dem Projekt von Busek liegt die Vorstellung zugrunde, daß es möglich sein müßte, die Länder, die einmal der österreichisch-ungarischen Monarchie angehört hatten, unter der Führung Wiens neuerdings zusammenzubringen. Dieser Plan stützt sich darauf, daß es nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie viele Kreise gegeben hat, die im neuen Österreich nur einen „Staat wider Willen" sahen. Sie träumen heute noch von neuen Grenzen und von einem österreichischen Triest. Mit von dieser Partie ist immer auch Otto Habsburg gewesen, auch wenn er aus optischen Gründen lieber im Hintergrund agiert. Der Zerfall Jugoslawiens, meinen diese Leute, würde sie ihren Zielen näher bringen.

Germany first, Österreich Junior-Partner

Es war schon ein harter Schlag für Mock, daß er eines Tages zur Kenntnis nehmen mußte, daß es eine Macht gab, die ihm den Rang eines Vorreiters bei der „Befreiung" der Südslawen vom „Joch" der Serben, streitig machen könnte: Es war der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der Mock an die Wand spielte, als er Slowenien und Kroatien im Alleingang anerkannte – zum Ärger von Mitterand und der Regierungen der übrigen EG-Länder, die sich von Kohl überrollt fühlten.

Mock schluckte seinen Ärger hinunter, setzte aber seine bisherige Politik fort – sozusagen als Deutschlands Junior-Partner. Bei einem erfolgreichen Vorstoß Deutschlands in den Südosten würde auch Österreich, so dachte Mock offenkundig, ökonomische und politische Vorteile erzielen.



Zoran Konstantinovic

Konstantinovic erinnert ferner daran, daß Österreich, genauer gesagt: Österreich-Ungarn, schon einmal in südslawisches Gebiet eingebrochen war. Das war 1878, als Österreich-Ungarn mit Zustimmung Bismarcks und des Berliner Kongresses Bosnien-Herzegowina okkupierte, wobei aus dieser Okkupation schon 1908 eine regelrechte Annexion wurde.

Friedrich Naumann

Der Zufall wollte es, daß Deutschland auch über eine eigene Mitteleuropa-Perspektive verfügt. Professor Konstantinovic erinnert den Leser daran, daß Friedrich Naumann im Jahre 1915, das heißt im ersten Kriegsjahr des Ersten Weltkriegs ein Buch „Mitteleuropa" veröffentlichte, in dem er Deutschland den Weg vorzeichnete, den es nach dem Siege beschreiten müsse, um mit Hilfe Österreich-Ungarns durch den Balkan über Konstantinopel bis Bagdad vorzustoßen.

Aus dieser Sache wurde nichts, da Deutschland den Krieg nicht gewonnen, sondern verloren hat. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Was sich auch darin zeigt, daß der gegenwärtige deutsche Außenminister und die gesamte deutsche Presse Österreichs aggressive Jugoslawienpolitik voll billigen.

Es ist von Interesse, daß Naumann bei einem derartigen Vorstoß doch auch mit einem möglichen Widerstand rechnete. Für diesen Fall, meint er, wäre auch die Anwendung von Waffengewalt nicht auszuschließen.

Ich muß gestehen, daß ich bestimmte Vorurteile gegen jede österreichdeutsche Waffenbrüderschaft habe. Wir haben damit in der Vergangenheit keine guten Erfahrungen gemacht.

Warnungen

Zurück zu den Plänen Mocks. Er kann nicht sagen, daß er vor den Folgen seines Anerkennungsfanatismus nicht gewarnt worden wäre. Konstantinovic berichtet, daß als man in Österreich mit einer militärischen Intervention der NATO liebäugelte, das Spottwort entstand, daß „Österreich bis zum letzten Belgier" kämpfen würde. Der bereits zitierte Philosoph Rudolf Burger nannte unser Außenamt einen „kriegsgeilen Kiebitz". Interessant erscheint, daß laut Botschafter Walter Siegl die USA und die meisten EG-Staaten die Aufrechterhaltung des jugoslawischen Gesamtstaats für die Stabilität der Region als „essentiell" und durch Einflußnahme von außen als „durchsetzbar" ansahen und daß auch für Hansjörg Eiff, den letzten BRD-Botschafter in Belgrad, die Erhaltung der „Klammer" Jugoslawien eine „Voraussetzung für den Frieden" war.

Anders Außenminister Mock. Nach einer Mitteilung von Siegl teilte Mock nicht die Auffassung, „daß das Bestehen auf der Einheit Jugoslawiens a priori mehr Stabilität brächte". So kann aber nur einer sprechen, der wie Mock kein Interesse an der Stabilität und am Frieden in der südslawischen Region besitzt.

Dabei haben Serbien bzw. Jugoslawien Österreich niemals etwas zuleide getan. Im Gegenteil: War es doch der opferreiche Widerstand der jugoslawischen Partisanen gegen den Hitler-Faschismus gewesen, der auch zu der Be-

freiung Österreichs beigetragen hatte. Immer noch an Österreichs gutem Willen festhaltend, nennt Professor Konstantinovic Österreichs einseitiges Verhalten eine „vertane Chance". Österreich hätte, so meint er, „zum ausgleichenden Faktor und zum tragenden Element eines Mitteleuropas des friedlichen Zusammenlebens der Völker werden können". Konstantinovic selbst hofft auf „neue, verändernde Verhältnisse".

In seiner Eigenschaft als Leiter des von ihm geschaffenen Instituts für Vergleichende Literaturwissenschaft hat er Kontakte mit vielen Kulturschaffenden angebahnt, und es ist fast selbstverständlich, daß das Thema Mitteleuropa in den Gesprächen, die er mit ihnen führt, eine tragende Rolle spielt. Daß sich sein Mitteleuropakonzept von den Projekten Buseks und Naumanns positiv unterscheidet, liegt auf der Hand. Die in diesem Raum lebenden Völker müßten in voller Gleichberechtigung miteinander leben – ohne ethnische Diskriminierung und ohne rassistische Vorurteile. Kulturelle Bestrebungen würden einen hohen Stellenwert besitzen. Es ärgert ihn, daß es Kulturschaffende gegeben hat, die den politischen Charakter von Buseks Mitteleuropa nicht erkannten und ihm deshalb „auf den Leim" gingen.

Zu den Gesprächspartnern von Professor Konstantinovic gehört auch der Triester Germanist Claudio Magris, in dessen Werk „Der Habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur" wertvolle Impulse für das Verständnis unserer Literatur enthalten sind.

Wie soll es weitergehen?

Konstantinovic erstellt keine Prognosen und ich glaube, daß er damit recht hat. Noch ist der Krieg nicht zu Ende, es ist sogar möglich, daß er sich ausweitet (Kosovo, Mazedonien) und neue Schlachtfelder entstehen. In den Völkern Jugoslawiens gibt es natürlich Widerstand gegen ein weiteres Blutvergießen, doch ist dieser Widerstand im Augenblick zur Erreichung dieses Zieles noch zu schwach. Das gegenseitige Morden hat Gräben geschaffen, die zuzuschütten Zeit und viel Mühe erfordern wird.

Wenig zu erwarten ist auch von der internationalen Diplomatie. Zu den Motiven ihrer Friedensbemühungen gehören: die Furcht, daß bei einer Ausweitung des Krieges ihre eigenen Länder in das Kriegsgeschehen einbezogen werden könnten und gleichzeitig die Aufgabe, die ökonomischen und politischen Interessen ihrer eigenen Regierungen nicht aus den Augen zu verlieren.

Ohne es anhand von Zitaten beweisen zu können, lese ich aus der „Orientierung über den Balkan" doch heraus, daß Professor Konstantinovic an die alle Wunden heilende Kraft der Zeit glaubt und meint, daß die Völker Südslawiens wieder den Weg zueinander finden werden. Die These, daß Jugoslawien ein „künstliches Gebilde" gewesen sein sollte, lehnt er mit Entrüstung ab. Mit Anteilnahme und Wärme spricht er von der „jugoslawischen Idee", die es seiner Meinung nach ausschließt, daß die blutsmäßig und sprachlich verwandten südslawischen Völker zum Spielball der Großmächte werden könnten, „wenn sie einander beistehen und einer staatlichen Gemeinschaft zustreben". Das ist vielleicht auch auf Rudolf Burger gemünzt, der wie viele andere meint, daß Jugoslawien „früher oder später" zerfallen wäre.

Rudolf Burger hat übrigens in seiner Einschätzung der jugoslawischen Situation mit Recht unterstrichen, daß es falsch wäre, Österreich die Schuld an der jetzigen Krise in die Schuhe zu schieben. Das heißt aber nicht, daß Außenminister Mock nicht an der Zuspitzung der Krise schuldlos sei. Mock und seine „Entourage" hätten, so Burger, die Möglichkeit gehabt, die bestehenden Gegensätze „bei langsamer Gangart" zu entpathetisieren, anstatt sie „argumentativ und politisch" zu unterstützen. „Deshalb trifft sie eine erhebliche Mitschuld an dem, was heute am Balkan passiert. Jetzt sehen sie die Nachbarn, die sie in den Krieg hetzten, in Not."

Unsere Situation hat wirklich etwas Eigenartiges an sich. Das österreichische Volk schickt Lebensmittel und Medikamente im Wert von Millionen Schilling nach Jugoslawien, um Menschen zu helfen, die katastrophalen Zustände zu überleben. Gleichzeitig tut die österreichische Regierung alles, um auf der Grundlage ihrer einseitigen Befürwortung der Abspaltungstendenzen den Zerfall Jugoslawiens zu beschleunigen. Der Kalte Krieg gegen Serbien geht also weiter, auch wenn die Europa-Diskussion in unseren Massenmedien diesen vorübergehend aus den Schlagzeilen unserer Zeitungen verdrängt hat.

Was zu den Pflichten der österreichischen Demokraten in dieser Situation gehört, ist schon von anderer Seite deutlich ausgesprochen worden, so daß es an dieser Stelle nur einer kurzen Unterstreichung bedarf:

Solidarität mit den Völkern Jugoslawiens, in deren Händen die Kraft für die Beendigung des Blutvergießens liegt. Schluß auch mit dem von Österreich geförderten Kalten Krieg gegen Serbien. Keine militärische Intervention. Freundschaftliche Kontakte zu denjenigen Kräften, die innerhalb Jugoslawiens für Demokratie und Frieden eintreten und deshalb auch ihre eigenen Kriegstreiber unter Druck setzen.

Jetzt würde es vor allem darauf ankommen, daß die kriegsmüden und friedenswilligen Kräfte in den verschiedenen Streitparteien so sehr erstarken, daß es zu einem Kompromißfrieden kommen könnte, der den Ansprüchen der Völker natürlich nicht hundertprozentig aber doch weitgehend gerecht werden sollte.

Nun aber zu einigen Bereichen, wo ich die Auffassungen von Konstantinovic für ergänzungsbedürftig halte bzw. mit ihnen nicht übereinstimmen kann.

Man hat Professor Konstantinovic vorgeworfen, daß sein Herz so sehr für Serbien schlage, daß er über die von Serben begangenen Untaten schweigend hinweg gehe. Dieser Vorwurf ist meiner Ansicht nach unberechtigt. In einer Auseinandersetzung mit den österreichischen Massenmedien spricht er von den „Verbrechen, die die Leute des bosnischen Serbenführers Radovan Karadjiz auf sich geladen haben". Diese Distanzierung widerlegt die oben angeführten Vorwürfe. Dennoch scheint sie mir ergänzungsbedürftig. Ich denke hier an den großserbischen Nationalismus, der sich in den letzten Monaten bei einem Teil der serbischen Führung entwickelt hat und nun den Abschluß eines Friedensvertrages ernsthaft gefährdet. Ist doch ein zukünftiges Nebeneinander der südslawischen Völker nach all dem, was bisher passiert ist, nur unter demokratischen Regierungen möglich, deren Mitglieder weder mit Cednik- noch mit Ustascha-Traditionen noch auch mit Moslemssympathien für Hitler zu tun haben und die Rechte der nationalen Minderheiten voll anerkennen. Ein durch Waffengewalt geschaffenes Großserbien wäre kaum in der Lage, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Ganz abgesehen davon, daß schon die Orientierung auf ein Großserbien die Gefahr in sich birgt, den gegenwärtigen Konflikt auszuweiten und unter

Umständen sogar ausländische Kräfte zu einem militärischen Eingreifen zu motivieren. Ich meine, daß eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept des Großserbentums zweckmäßig gewesen wäre.

Nicht abfinden kann ich mich ferner mit den sehr persönlich gefärbten Bemerkungen von Konstantinovic über die altösterreichische Monarchie. Er erinnert an die gemeinsamen Bemühungen von Österreichern und Serben bei der Abwehr der türkischen Angriffe, und er würdigt die geistige Hilfe, die Serbien nach der Befreiung von der Türkenherrschaft beim Aufbau eines neuen Nationalbewußtseins von Wien erhalten hat. Professor Konstantinovic geht aber noch weiter. Er nennt die österreichische Monarchie einen „Rechtsstaat", der fähig gewesen wäre, „große soziale Ideen zu einer übernationalen Gemeinschaft zu entwickeln". Er ist darüber enttäuscht, daß „Österreich nicht so gewirkt hat, wie es ... seinen großen Traditionen zufolge ... hätte wirken können". Er meint, man müsse die 1918 erfolgte Auflösung der Monarchie „differenziert" betrachten.

Ich bin davon überzeugt, daß es im Jahre 1918 keine Voraussetzungen für die Umwandlung der Monarchie in einen Bund freier Völker gegeben hat. (Auf eine Begründung dieser Meinung muß ich allerdings aus Platzmangel verzichten.) Dazu kommt, daß Bemerkungen dieser Art dazu beitragen können, als Unterstützung für die reaktionären Mitteleuropa-Konzepte von Busek gewertet zu werden, von dem sich Konstantinovic an anderer Stelle eindeutig distanziert hat.

Wertvoller Diskussionsbeitrag

Abschließend möchte ich unterstreichen, daß ich die Ansichten von Professor Konstantinovic trotz dieser Vorbehalte für einen sehr wertvollen Diskussionsbeitrag ansehe, für den wir ihm zu Dank verpflichtet sind. Konstantinovic ist kein Stubengelehrter, sondern ein engagierter Wissenschaftler, der sich auch nicht scheut, seine Auffassungen öffentlich zu vertreten. Das hat ihn, wie er selbst berichtet, bereits in Schwierigkeiten gebracht, die durchwegs aus der rechten Ecke kamen. Er hat Drohbriefe erhalten.

Zu Dank verpflichtet sind wir auch seinen Gesprächspartnern und der Universität Innsbruck, die dieses Gesprächsprotokoll gemeinsam mit der „Adele-Stürzl-Stiftung"* herausgebracht hat.

Anmerkungen

- Alija Izetbegovic, der Führer der bosnischen Moslems, hat, wie Professor Konstantinovic mitteilt, im Jahre 1970 eine „Islamische Deklaration" verfaßt, in der er ein Zusammenleben zwischen den islamischen Glaubens- und den nichtislamischen Institutionen für unmöglich erklärt.
- Für Österreichs Haltung zur slowenischen Minderheit war bezeichnend:
  a) „Die Spracherhebung besonderer Art",
  b) Der Ausspruch des ehemaligen Kärtner Landeshauptmanns Leopold Wagner: „Ich bin ein echter Kärntner, ich spreche kein Wort Slowenisch."
  c) Der Ortstafelsturm.
  d) Die noch heute propagierte „Urangst" vor der Slowenisierung Kärntens.
- Professor Konstantinovic berichtet, daß Tito, der ursprünglich Österreich gut gesinnt war, über das Verhalten mancher Österreicher im Krieg gegen Jugoslawien so lange verärgert war, bis er erfuhr, daß es im Rahmen der Volksbefreiungsarmee fünf österreichische Bataillone gab, die für die Befreiung Österreichs von der Naziherrschaft kämpften. Auf einer Großaufnahme von Österreichern in Partisanenuniform werden auch die Mitglieder des ZK der KPÖ Friedl Fürnberg und Franz Honner gezeigt, die sich bei der Aufstellung dieser Bataillone Verdienste erworben haben.
- Der Ministerpräsident Kroatiens, Franjo Tudjmann, hat vor einiger Zeit bekanntgegeben, daß sich unter seinen Vorfahren weder Serben noch Juden befinden.
- Die neue Allianz zwischen bosnischen Moslems und der Republik Kroatiens wurde auf der Wiener amerikanischen Gesandtschaft ausgearbeitet und besiegelt. Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben.
- Der Amerikanische Kongreß hat vor kurzem einen Antrag auf Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien-Herzegowina gestellt. Die Regierung Clinton ist diesem Antrag bis jetzt noch nicht nachgekommen.
- Die Zusammenarbeit zwischen der USA und Rußland in bestimmten Bereichen des Bürgerkrieges hat Mitterand so verärgert, daß er mit der Abberufung der französischen Blauhelme drohte.
- Die „treuen" Kroaten sind eine Legende der Geschichtsschreibung. Sie beruht auf der Verwendung kroatischer Truppen bei der Niederschlagung der Revolution in Wien und Ungarn in den Jahren 1848/49. Daß die Vertreter Kroatiens später mit der Bevorzugung Ungarns im Reichsausgleich nicht zufrieden waren und einen „Trialismus", der ihnen mehr Rechte geben sollte, verlangten, ist noch lange kein Beweis für Treue gegenüber dem Kaiserhaus. Wer die tatsächliche Haltung des kroatischen Volkes zur Monarchie kennenlernen will, der greife zu dem Buch „Der große kroatische Gott Mars" von Miroslav Krleza.
- In der Türkei kursieren Landkarten, auf denen der ganze Balkan als Bestandteil der Türkei aufscheint.
- Griechenland hat zur Zeit Mazedonien ein Embargo auferlegt, weil es von seiten Mazedoniens eine nationalistische Einwirkung auf die in Nordgriechenland lebenden Griechen fürchtet, die ihrer Herkunft nach Mazedonier sind. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf Alexander den Großen (356 v. Chr. bis 323 v. Chr.) verwiesen, der heute noch als der größte Feldherr von Griechenland gilt. ■

Otto KREILISHEIM ist Germanist und ehemaliger Sekretär von Viktor Matejka.

* Adele Stürzl ist der Name einer Arbeiterfrau aus Kufstein, die wegen ihrer kommunistischen Tätigkeit am 16. August 1944 von der NS-Justiz enthauptet wurde.

Golfen in Havanna?

Christof PARNREITER

Über die cubanische Emigration, US-Diskussionen, ob die Hungerblockade oder Dollarinvestitionen der bessere Weg seien, Fidel Castro zu stürzen und die über die Zukunft der Revolution.

Zwei Standpunkte prägten die öffentliche Diskussion über Cuba, als im August und September Tausende die Karibikinsel verließen. Erstens wurde die sogenannte „Massenflucht" zum Anlaß genommen, wieder einmal das nahe und endgültige „Aus" für Castro und die Revolution zu prophezeien. Und zweitens stieß die US-Politik gegen Cuba, insbesondere die Erdrosselung durch die Blockade, auf immer mehr Kritik. Mit welcher der beiden Haltungen sind nun die Ereignisse der letzten Wochen und das schließlich erzielte Verhandlungsergebnis adäquater zu interpretieren? Markiert die tausendfache Ausreise den Anfang vom Ende der Revolution oder der Blockade oder gar von beidem? Oder kommt ihr längerfristig gesehen gar keine dieser geschichtsträchtigen Bedeutungen zu?

Keine Massenflucht,...

Vor der Erörterung dieser Fragen ist eine Begriffsklärung angebracht. Cuba erlebt(e) keine Massenflucht. Erstens fehlen dazu die Massen. Seit Anfang der achtziger Jahre sind, sehr großzügig geschätzt und die Massenausreise von Mariel 1980 inkludiert, 200.000 bis 250.000 CubanerInnen[1] in die USA emigriert. Im selben Zeitraum wanderten rund 3 Millionen MexicanerInnen in die USA ein. In Relation zur Bevölkerungsgröße hat Mexico damit mindestens ein Viertel mehr EmigrantInnen als Cuba. Auch wenn weitere Faktoren[2] in den Vergleich miteinbezogen werden, zeigt diese sowohl vom Zeitraum als auch dem Vergleichsland Mexico her repräsentative Gegenüberstellung, daß eine Dramatisierung der Ereignisse unangebracht ist. Cuba erlebt die Normalität mittelamikanischer und karibischer Emigration. Allerdings wirkt sie aus geographischen Gründen besonders explosiv: Das Meer zu überqueren birgt mehr Dramatik als den Rio Grande.

Es kann also zweitens auch nicht von Flucht gesprochen werden. Die immer wider ins Treffen geführten angeblichen Menschenrechtsverletzungen und Repressionen dienen der Propaganda. Auf eine Journalistenfrage, ob die ausgereisten CubanerInnen nun als Polit- oder Wirtschaftsflüchtlinge anzusehen seien, antwortete US-Justizministerin Janet Reno nichtssagend: „Das Recht auf Asyl entspringt politischer Verfolgung, und dafür gibt es Standards." Aber genau die bereiten den USA Probleme. So heißt es in einem Dokument der US-Interessensvertretung in Havanna, das cubanischen Diplomaten zugespielt und von diesen der UN-Menschenrechtskommission vorgelegt wurde, „Menschenrechtsfälle bilden die am wenigsten fundierte Kategorie des Flüchtlingsprogramms". Weiters ist die Rede von einem „Mangel an stichhaltigen Beweisen für eine Verfolgung", von nur „angeblichen Menschenrechtsaktivitäten" der Ausreisewilligen sowie von deren „mangelndem politischen Hintergrund". Gerade deshalb fielen CubanerInnen ja bis Mitte August nicht unter die Flüchtlingsdefinition laut Genfer Konvention, sondern unter den „Cuban Adjustment Act", ein US-Gesetz aus dem Jahr 1966, das den in den USA eintreffenden CubanerInnen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verspricht. Einzige erforderliche Qualifikation: die illegale Ausreise aus Cuba.[2] Wie wenig Cuba bezüglich Menschenrechte zu verbergen hat, zeigt die im Juli ausgesprochene Einladung an den UN-Hochkommissar für Menschenrechstfragen, José Ayala Lazo, das Land zu besuchen.

Aber flohen die Ausgereisten nicht vor unerträglich gewordenen Lebensbedingungen? Sind sie nicht vor Verzweiflung und Elend auf der Flucht? Nein und ja. „Nein" deshalb, weil Cuba nach wie vor kein Land des Hungerns, der Seuchen, der Obdachlosigkeit ist. Nicht ohne Grund bescheinigte die UNICEF 1993 Cuba immer noch die höchste Lebensqualität Lateinamerikas. Ein Befund, der sehr viel über das Elend in Mexico oder Brasilien aussagt und der das Bild vom „Armenhaus" Cuba widerlegt, in dem es angeblich nur mehr einen Wunsch gibt: „Weg!" Wenig sagt die UNICEF-Diagnose aber über die Ursachen der rapid angewachsenen cubanischen Emigration. Denn die sich dramatisch verschlechternden Lebensverhältnisse stellen ohne Zweifel einen Grund für das Anwachsen der cubanischen Auswanderung dar.

... sondern Emigration

Drei wesentliche Motive lassen sich für den Emigrationsschub der letzten Wochen finden: die drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen bei wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit, die vielen „Brücken" von Cuba in die USA und der Wunsch nach Familienzusammenführung.

Zur Rückkehr der Not braucht nicht viel gesagt zu werden. Die Wirtschaft des Landes ist „vom Notstand in den freien Fall" übergetreten, wie Hans-Jürgen Burchardt, Ökonom, profunder Kenner Cubas und Gast beim Cuba-Solidaritätskongreß vergangenen Jahres in Wien, formuliert. Die Auswirkungen:

- Das Recht auf ausreichende Ernährung, auf Gesundheit, auf Bildung, auf menschenwürdiges Wohnen, das alles ist durch die Rückkehr von Mangel und Not wieder in Frage gestellt. Auch die Ursachen sind weithin bekannt: 32 Jahre US-Blockade, die die cubanische Wirtschaft seit 1989 am Lebensnerv, der Zufuhr von Devisen, trifft.
- Der Verlust der Sowjetunion als wichtigstem Handelspartner.
- Ineffizienz und mangelnde Produktivität, die auch auf wirtschaftspolitische Fehler zurückgehen.
- Und last but not least schlagen sich die ökonomischen Reformen Cubas sowie die Öffnung für den Tourismus in einem Auseinanderdriften der Gesellschaft nieder.

Dieser dramatische *Niedergang* von Versorgung und sozialer Sicherheit, nicht deren absolutes Niveau, ist eine wesentliche Wurzel der Auswanderung. Für einen 21jährigen Cubaner

zählt eben nicht, daß die UNICEF ihm bescheinigt, daß er absolut mehr hat als ein gleichaltriger Peruaner. Für ihn zählt, zu spüren, daß er gemessen an seiner Situation vor fünf Jahren viel weniger hat. Daß relative Verarmung als Stimulus für Wanderung wichtiger ist als absolutes Lebensniveau, ist nicht nur von der Migrationstheorie her bekannt.[3] Wenn, wie der ORF berichtete, die armseligen Boote, mit denen viele CubanerInnen Richtung Florida aufbrachen, am Schwarzmarkt bis zu 2.000 Dollar oder 40.000 Pesos kosten, dann können es auch gar nicht die Ärmsten sein, die sich ein solches Gefährt leisten.

Ähnlich wie die relative Verarmung wirken sich auch größere Einkommensunterschiede innerhalb einer Gesellschaft migrationsfördernd aus.[4] Immer wieder wurde von cubanischer Seite und von der Solidaritätsbewegung betont, daß der Kurs ökonomischer Reformen, wie ihn die Anpassung an den Weltmarkt erzwingt, einen sozialen Preis habe. Und dessen erste Rate ist nun zu bezahlen: Die Gesellschaft entwickelt sich sehr schnell auseinander, Ungleichheit und Ungerechtigkeiten stehen wieder auf der Tagesordnung.

Der zweite wesentliche Grund für Emigration in die USA sind die vielen „Brücken", die zwischen Cuba und den USA bestehen. Solche werden von der Migrationsforschung als erforderlich angesehen, um aus bestimmten Bedingungen (wie Unterschiede im Lohn- und Lebensniveau oder Arbeitskräftebedarf im Zielland) tatsächlich Migration werden zu lassen.[5] Im US-amerikanischen-cubanischen Fall kann kein Zweifel an der engen Verbindung bestehen. Cuba *war* historisch eine US-Zuckerplantage und ein US-Bordell. Cuba *ist* Feinbild Nummer Eins, mit allen Auswirkungen. Wenn die „cross-penetration" (Alejandro Portes, John Walton),[6] die Durchdringung eines Landes mit den ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen eines anderen eine Prämisse für Migration zwischen diesen Ländern ist, dann trifft diese Bedingung auf Cuba hundertprozentig zu, – wenn auch im umgekehrten Sinn. Ist es meist die ökonomische Penetration, die Regionen oder Länder aus dem ökonomischen Gleichgewicht bringt und so Migrationspotential erzeugt, geht im cubanischen Fall die Destabilisierung auf die Blockade zurück. Die Blockade durch die USA minimierte nach der Revolution die ökonomischen Optionen des neuen Cubas auf eine einzige: die enge Anbindung an die Sowjetunion. Heute geht die Blockade weit über die Erzeugung interner wirtschaftlicher Ungleichgewichte hinaus: sie stranguliert die Bevölkerung, ist in hohem Maße die Ursache für existentiellen Mangel, Zermürbung und Hoffnungslosigkeit. Über das Schaffen unerträglicher Lebensbedingungen trachten die USA, den Ausreisewunsch zu nähren und soziale Unruhen zu schüren.

Eine weitere „Brücke" dabei ist, daß die cubanische Auswanderung den USA stets als Propagandamittel gegen die Revolution diente. Deshalb wurde sie einerseits mit allen Mitteln stimuliert, andererseits aber in ihrer legalen Form unterbunden. Neben der Förderung des Emigrationswunsches über die bewußt herbeigeführte Verschlechterung der Lebenssituation darf die aktive Rekrutierung von EmigrantInnen nicht übersehen werden. Radio Martí und andere US-Sender riefen jahrein, jahraus zur „Flucht" auf. Im Juli und August spitzte sich die Propaganda so weit zu, daß verkündet wurde, Schiffe stünden im Hafen von Havanna bereit, um Ausreisewillige aufzunehmen. Demgegenüber wurden CubanerInnen, die gemäß dem US-amerikanisch-cubanischen Abkommen von 1984 um Einreise in die USA ansuchten, großteils zurückgewiesen. Je nach Quelle und Zeitraum schwanken die Angaben über den Anteil der abgewiesenen Visaanträge zwischen 76 Prozent und 93 Prozent. Wer aber ein Schiff entführte, ein Floß bastelte oder ein Flugzeug in seine Gewalt brachte, der wurde in Florida erstens als Held empfangen und bekam zweitens spätestens nach einem Jahr die begehrte „green card", die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung bedeutete. Dank dieser Gesetzeslage und Politik stellte Cuba 2,04 Prozent der Flüchtlinge oder De-facto-Flüchtlinge in den USA, aber nur 0,25 Prozent der ImmigrantInnen.

Die Formel: „Ökonomische Strangulierung + Verweigerung von Visa + psychologische Kriegsführung + Propaganda via Radio" schafft eine enge, wenn auch für Cuba tödliche, Verbindung zu den USA. Daß viele CubanerInnen den Wunsch hegen, just in jenes Land zu emigrieren, das zu einem Gutteil für ihre Misere verantwortlich ist, mag als Ironie der Geschichte angesehen werden. Tatsächlich ist es aus propagandistischen und ideologischen Gründen, aber auch wegen bestehender familiärer Bande, folgerichtig.

10 Prozent der CubanerInnen leben im Ausland, der überwiegende Teil davon in Florida. Familienzusammenführung als Antrieb für Migration ist ein unumstrittenes Standardthema diesbezüglicher Forschungen. Die Stichhaltigkeit dieses Arguments auch für die gegenwärtige cubanische Emigration läßt sich an den Hautfarben ablesen. Während rund 60 Prozent der CubanerInnen „schwarz" sind, besteht der überwiegende Teil der jetzigen Auswanderer aus „Weißen". Neben der sozialen Komponente der Hautfarbe (wer sind die Schwarzhändler?) klären die Familienbeziehungen das Mißverhältnis auf: Die bisherigen cubanischen Auswanderer in Florida sind zu 84 Prozent „weiß", was sich aus den politischen und klassenspezifischen Motiven der Emigration der frühen sechziger Jahre, als viele Angehörige der Mittel- und Oberschichten „abhauten", erklärt. Viele der jetzigen EmigrantInnen folgen Verwandten, die sogenannte „Flucht" vollzieht sich entlang familiärer Bande und nicht politischer oder klassenspezifischer Interessen.

Die Verhandlungen: Wer gewinnt was?

Welche Bedeutung kommt der jüngsten Emigrationswelle und dem zwischen den USA und Cuba getroffenen Abkommen zu? Diesbezügliche Spekulationen reichen von einer möglichen Lockerung der Blockade nach den US-Kongreßwahlen über einen nahen Volksaufstand gegen den „Diktator Castro" bis zu einer bevorstehenden militärischen Intervention, um ein für allemal Ordnung zu schaffen im Hinterhof.

Das Verhandlungsergebnis selbst wird von der Parteizeitung »Granma« zwar als „gerecht" gepriesen, ist aber eindeutig als Erfolg der USA zu werten. Denn es enthält nicht viel mehr als jenes Abkommen, das schon 1984 geschlossen, allerdings von den USA nicht eingehalten wurde. Wenn Washington allerdings künftig seine Zusage, 20.000 CubanerInnen plus 7.000 im Rahmen von Familienzusammenführung jährlich einwandern zu lassen wahr macht, dann könnte die cubanische Emigration in geregelten Bahnen verlaufen und entpolitisiert werden.

Der Preis für den Vorteil, der Auswanderung die propagandistische Schärfe zu nehmen, ist, daß Cuba gezwungen ist, das zu tun, wofür es medial immer verurteilt wurde: die Grenzen weitgehend dicht zu machen. Und das wird nicht ohne innere Spannun-

gen abgehen. Denn wenn die cubanische Führung nun die im August praktizierte „Laissez-faire"-Politik gegen eine „Notfalls-mit-Gewalt"-Politik der Grenzkontrollen tauscht, könnte „Castro sich mit Unruhen konfrontiert sehen", wie Wayne Smith, ehemals Leiter der US-Interessensvertretung in Havanna, gegenüber der Nachrichtenagentur „IPS" sagte. Castro, der zu Beginn der Verhandlungen noch gemeint hatte „man kann uns nicht bitten, das mit Waffen oder Gewalt zu lösen, weil wir diese immer vermieden haben", sieht sich nun nicht gebeten, sondern gezwungen, zumindest politische Gewalt anzuwenden. Insoferne leistet das Verhandlungsergebnis seinen Beitrag zum „low-intensity-warfare" gegen Cuba und zur inneren Destabilisierung.

Andererseits hat die cubanische Entscheidung, als Antwort auf die Stimulierung illegaler Ausreise diese zu tolerieren und aufzuhören, „die Wächter der US-Grenzen zu sein" (Fidel Castro), außenpolitische Erfolge gebracht. Obwohl die Blockade nicht wie von Cuba gefordert auf der Tagesordnung der offiziellen Verhandlungen stand, war sie in der Öffentlichkeit noch nie ein so wichtiges Thema wie in den letzten Wochen. Insofern stimmt es, wenn »Die Presse« titelte: „Die erste Runde geht an Castro." Denn zunehmend sieht sich die US-Regierung mit der Blockadepolitik isoliert.

Wenn die Londoner »Times« für Cuba „Respekt und Sympathie" verlangt, dann artikuliert sie die allgemeine Zurückweisung der Aushungerungspolitik der USA. Im Vorjahr fanden sich nur mehr drei Länder, die mit den USA gegen die cubanische Anti-Blockade-Resolution in der UN-Vollversammlung stimmten. Von denen, die sich der Stimme enthielten, dürften bei der nächsten Abstimmung im heurigen Oktober zahlreiche die Aufhebung verlangen. So forderten am Ibero-Amerikanischen Gipfel von 1994 21 Staaten, ohne das Wort „Blockade" zu nennen, deren Ende. Und laut Parlamentspräsident Ricardo Alarcón, Chefverhandler in Washington, hätten sogar die BRD und Großbritannien Unterstützung signalisiert.

Zum außenpolitischen Erfolg Cubas gehört auch, daß die Cuba-Politik in den USA selbst in Bewegung geraten ist. Eine wachsende Anti-Blockade-Stimmung sowie ein immigrationsfeindliches Klima in den USA ausnützend, hat Fidel Castro Bill Clinton ins politische Schach gesetzt. Seine eigene Isolation könne der US-Präsident nun nur durch eine Lockerung der Isolationspolitik gegenüber Cuba überwinden, analysiert Carlos Castilho von der Nachrichtenagentur „IPS".

US-Politik zwischen Verschärfung der Blockade...

Hält man sich an die Tagespolitik, so kann man Castilho nicht recht geben. Die auf Aushungern und „low-intensity-warfare" setzende Politik fand in einer nochmaligen Verschärfung der Blockade und der Konfrontation ihre Fortsetzung: Rimessen, also Dollarüberweisungen cubanischer EmigrantInnen an ihre Familien auf der Insel sind (mit wenigen Ausnahmen) nicht mehr erlaubt, die Reisemöglichkeiten von ExilcubanerInnen und US-BürgerInnen nach Cuba werden massiv eingeschränkt, die Charterflüge von Miami aus werden drastisch reduziert, Radio-Martí weitet seine Sendezeit aus.

Vor allem die ersten beiden Maßnahmen stellen für Cuba eine dramatische weitere Verschlechterung dar. Wenn, wie das Weiße Haus angibt, 80 bis 90 Prozent der Familienbesuche von der Einschränkung der US-Reisefreiheit betroffen sein werden, wenn ferner der nun gestoppte Devisenzufluß von Familienangehörigen (jährlich etwa 500 Millionen Dollar) ein Viertel bis ein Drittel des cubanischen Devisenhaushaltes ausmachte,[7] dann ist nicht schwer sich vorzustellen, welche Auswirkungen zu erwarten sind. Tatsächlich sind minimale Fortschritte der ökonomischen Erholung zunichte gemacht worden. Der Dollar, dessen Schwarzmarktpreis in Folge des am 1. Mai beschlossenen Programms zur Gesundung der Finanzen von über 100 auf 50 bis 80 Pesos gefallen war, kletterte nach Bekanntwerden des Verbots von Dollarüberweisungen sofort wieder auf die alte Marke. Auch die Schwarzmarktpreise für Produkte des täglichen Bedarfs, die laut „IPS" ebenfalls im Sinken begriffen waren, dürften wieder anziehen.

Neben der sozialen Zuspitzung ist auch eine militärische nicht auszuschließen. Die ultrarechten Kongreßabgeordneten Robert Menendez und Robert Toriceli fordern eine komplette Seeblockade Cubas, die aber unwahrscheinlich erscheint. Mehr Gefahr geht von der Internierung cubanischer EmigrantInnen in Guantanamo aus. Dadurch werden sowohl Spannungen zwischen den CubanerInnen und den HaitianerInnen dort geschürt als auch Zwischenfälle in und um Guantanamo provoziert. Und die wiederum könnten, so Golfkriegsheld General Powell, Anlaß für „chirurgische Schläge" sein. Verteidigungsminister William Perry kündigte nicht nur eine Aufstockung des Militärpersonals und eine Vermehrung der Waffen in Guantanamo an, sondern meinte auch, daß eventuelle Zwischenfälle als „unfreundlicher Akt gegenüber den Vereinigten Staaten interpretiert werden und geeignete Gegenmaßnahmen hervorrufen würden". Last but not least ist nicht auszuschließen, daß cubanische EmigrantInnen, die laut Verteidigungsminister Perry motiviert werden sollen, von der Militärbasis aus nach Cuba zurückzukehren um dort „für eine demokratische Gesellschaft und eine freie Marktwirtschaft zu arbeiten", dies mit Waffen in der Hand tun sollen.

Hinter der Konfrontationspolitik gegen Cuba steht eine mächtige Lobby von Exilcubanern. Angeführt wird sie vom Bauunternehmer Jorge Mas Canosa und seiner „Cuban American National Foundation", die ausgearbeitete Pläne für die Machtübernahme, eine neue Verfassung sowie Besitz- und Landverteilung im postrevolutionären Cuba in der Schublade liegen hat. Die „Foundation" hat zwar keineswegs die Mehrheit der CubanerInnen in Florida hinter sich, dafür aber großen Einfluß in Washington. Den verdankt sie großzügigen Spenden – Bill Clinton erhielt etwa 250.000 Dollar für seinen Wahlkampf – sowie dem US-Wahlsystem. Die jüngsten Verschärfungen der Blockade tragen eindeutig Canosas Handschrift. Nach Informationen der „Pastoren für den Frieden", die Solidaritätskarawanen von den USA nach Cuba organisieren, wurde am 19. August bei einem Treffen zwischen Clinton, Justizministerin Reno und Mas Canosa das Maßnahmenpaket geschnürt. Experten des State Departments und des Nationalen Sicherheitsrates, die gewöhnlich in außenpolitischen Fragen beraten, wurden nicht gehört.

... und Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen

Ebensowenig wie die bewußte Zuspitzung durch die US-Regierung ist aber zu übersehen, daß sie für das Aushungern Cubas nicht nur keinen internationalen, sondern auch keinen nationalen Konsens mehr herstellen kann. Praktisch alle wichtigen US-Zeitungen wie die »New York Times«, die »Los Angeles Times«, die »Washington Post« oder der »Miami Herald« nahmen die

sogenannte „Fluchtwelle" zum Anlaß, Präsident Clinton aufzufordern, den von Castro angebotenen Dialog anzunehmen und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren.

Die Verfechter einer Kursänderung gegenüber Cuba sitzen nicht nur an den Schreibtischen der Zeitungen. Geharnischt fielen auch die Reaktionen der politischen Elite auf Clintons Unterordnung unter Mas Canosa aus. Lee Hamilton, Präsident des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus, verlangte eine „vollständige Revision", Richard Lugar, Präsident des Komitees für Auswärtige Beziehungen im Senat, forderte bilaterale Gespräche, Peter Kornbluh, Analytiker im „Archiv für Nationale Sicherheit", erinnert sich an keine außenpolitische Entscheidung, die auf so breiten Widerstand gestoßen wäre und Bernard Aronson, ehemaliger Staatssekretär für lateinamerikanische Fragen, forderte einen Dialog über die Rückgabe der Basis von Guantanamo, Nicht-Interventionsgarantien sowie eine schrittweise Aufhebung der Blockade. Dem Repräsentantenhaus liegt eine Gesetzesvorlage von Jose Serrano, Abgeordneter aus New York, vor, die die Aufhebung des Toricelligesetzes vorsieht, sowie eine andere von Charles Rangel, ebenfalls aus New York, die den Titel „Freier Handel mit Cuba" trägt.

Gerade die Wirtschaft ist es nämlich, die auf eine Kursänderung drängt. Das »Wall Street Journal«, „die Stimme der rein gewinnorientierten Vernunft" (Erhard Stackl im »Standard«), also des Kapitals, fordert die Aufhebung der Blockade ebenso wie Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler. Dieser Ruf wundert nicht, wären durch die Öffnung doch 60.000 bis 120.000 Jobs in den USA zu gewinnen, wie eine Wirtschaftsdelegation nach einem Besuch in Havanna meinte. Mit Neid müssen nun Kapitaleigner in den USA beobachten, wie die „internationale Versteigerung" Cubas (Fidel Castro) ohne ihre Beteiligung abläuft. Dies ist umso bedrohlicher, als nicht nur Spanier, Franzosen und Japaner zum Zug kommen, sondern auch die NAFTA-Partner Mexico und Kanada. Damit stünde Cuba de facto in Beziehung zum Freihandelsraum, ohne daß das US-Kapital daraus Profite ziehen könnte. US-amerikanische TouristInnen, die über Mexico auf die Karibikinsel gelangen, würden dort in spanischen Hotels schlafen, Textilien mexicanischer Firmen made in Cuba würden in New York verkauft werden, cubanisches Kobalt, ausgebeutet, verarbeitet und vermarktet vom kanadischen Sherritt-Konzern wäre am US-Markt erhältlich – alles Perspektiven, die politische Lobbyisten der US-Wirtschaft aus der Demokratischen und sogar Republikanischen Partei für eine Normalisierung der Beziehungen eintreten lassen.

Die Ausreisewelle fachte den schon länger schwelenden politischen Konflikt um die Cuba-Politik erneut an. Eines steht dabei allerdings fest: Strittig sind die Mittel, nicht das Ziel. Dieses lautet für alle die Restauration kapitalistischer Verhältnisse auf Cuba. Während die einen mehr politisch orientiert sind, weil sie nicht nur Profite, sondern auch Macht wollen, denken die anderen ans reine Geschäft. Und sie sind zusätzlich davon überzeugt, daß das soziale und politische Projekt der Revolution am besten durch einen massiven Influx von Dollars zu zerstören ist. Am deutlichsten bringt der Londoner »Economist« diese Position auf den Punkt, indem er argumentiert, die Blockade sei aus zwei Gründen ein „Politikfehler" geworden. Erstens tauge sie als Erpressungmittel nicht: „Manche werden sagen, daß das Embargo schrittweise aufgehoben werden sollte, und das im Tausch gegen punktweise Grantien: Zugang zum Rundfunk, Respektierung von Privatbesitz. In Wahrheit arbeiten wirtschaftliche Kräfte ohnehin so. Und sie arbeiten so stark so, daß man sich schwer vorstellen kann, sie könnten in kleinen Schritten Fortschritte machen." Zweitens bremse die Blockade die cubanische Transformation sogar, denn nur ihre Aufhebung würde „eine lohnende Möglichkeit bieten: daß der wechselseitige Strom von Handel, Investitionen und Menschen und die wirtschaftlichen Früchte, die daraus wachsen, Castros Gegner endlich ermutigen würden, diesen zu stürzen".

Etwas moderater formuliert Gillian Gunn, Direktorin eines Cuba-Forschungsprojektes an der Georgetown University, in der »Washington Post«. Cuba befinde sich mitten in einer Grundsatzdebatte über Reformen; durch eine Lockerung der Blockade könnte „der Führung das Gefühl gegeben werden, sie könne Reformen durchführen, ohne kollektiven Selbstmord zu begehen". Und wäre es nicht traurig, so könnte man darüber lachen: Im »Wall Street Journal« wird die Einladung zu einem Golfturnier in Havanna inseriert. Die republikanische Art des Blockadebrechens oder Vorgeschmack auf neue, alte Zeiten?

Der Anfang vom Ende?

Trotz ihrer antirevolutionären Absichten kann die Stärkung der liberalen Position für Cuba nur positive Auswirkungen haben. Denn die Blockade ist eine mörderische, ungesetzliche, unmenschliche Barbarei, die jeden Schritt Cubas, jeden seiner Atemzüge erschwert. Ganz gleich, wohin Cuba sich entwickelt, jeder Weg ist ohne Blockade leichter zu gehen.

Bleibt abschließend nur mehr, die Eingangsfrage zu wiederholen. Schwächte die Ausreisewelle neben der Position der Verfechter der Blockadepolitik auch die der cubanischen Regierung? Markiert sie den Anfang vom Ende der Revolution? Das Gerede vom Fanal scheint aus mehreren Gründen falsch.

Erstens braucht, wie dargelegt, die Emigration nicht zur Flucht dramatisiert werden. Zweitens ist die politische Lage stabil. Zwar verliert die Regierung angesichts der extrem schwierigen sozialen Lage Unterstützung, zwar büßen Staat und Gesellschaft an Zusammenhalt ein, weil halblegale und illegale Praktiken zum Versorgungsalltag gehören, dennoch mußten die Konfrontationen, die es im August gab, alle enttäuschen, die auf den Umsturz warten. Laut „Agence France Press" beteiligten sich nicht, wie die USA behaupteten, 20.000, sondern 200 Personen an den „Unruhen". Die überdies diesen Namen gar nicht verdienen: „IPS" vermerkt ironisch, daß 10 Schaufenster in der „Calle Neptuno" und einige Fenster des Hotels Deauville in Brüche gingen sowie das Dollar-Geschäft „La Filosofia" geplündert wurde.

Der prophezeite Umsturz scheint aber nicht nur unwahrscheinlich, weil die Revolution und auch die Regierung die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wissen. Ein dritter Grund ist, daß auch alle jene, die eine kapitalistische Öffnung Cubas anstreben, auf die Kommunistische Partei angewiesen sind. Der Politologe und Journalist Robert Lessmann, der für den SPD-Think-Tank Friedrich Ebert Stiftung eine Studie über Joint-Ventures und Investitionsmöglichkeiten in Cuba verfaßte, fragt sich dort (und übrigens auch in der KPÖ-Zeitung »Volksstimme«), wer Castro eigentlich ablösen soll. Niemand, ist sein Schluß, die Reform brauche ihn und die Partei. So zynisch diese Sicht einer letzten historischen Aufgabe für Castro auch ist, sie entbehrt nicht einer gewissen Grund-

lage. Für ausländische Investoren mag nämlich ein von ihnen abhängiges „revolutionäres" Land angenehmer sein als die Rückkehr der ExilcubanerInnen, die Land und Leute auf eigene Faust ausbeuten möchten. Außenminister Roberto Robaina: „Das schlimmste, was den Investoren passieren kann, ist, daß Cuba vom Sozialimus zum Kapitalismus übergeht."

Viertens ist die These vom „Anfang vom Ende" falsch, weil die Frage falsch gestellt ist. Cuba nimmt schon seit geraumer Zeit Abschied von seinem sozialen und politischen Projekt. Schrittweise mußte die Revolution zurückweichen – vor der Blockade, vor den Anfordernissen der Weltmarktintegration. Volk und politische Führung stottern den Preis für das nackte Überleben in Zugeständnissen ab: Öffnung für den Tourismus, Aufgabe des Außenhandelsmonopols, Buhlen um ausländisches Kapital, Freigabe des Dollarbesitzes, fast schon demütigende politische Werbung um Alliierte.

Daß es fast auf den Tag genau der erste Jahrestag der Freigabe des Dollarbesitzes war, an dem die Ausreisewelle begann, mag ein Zufall sein. Aber ein symbolträchtiger. Denn die sozialen Folgen der Reformpolitik sind gravierend. Ist Cuba durch Blockade und Verlust der Handelspartner wieder arm geworden, so ist es durch die dadurch erforderlichen Krisenlösungsstrategien auch wieder ungleich geworden. Nur um einen Eindruck zu geben: Bei der ersten Exekutierung des Dekretes 149 vom 1. Mai 1994, das die Konfiszierung durch Diebstahl, Schwarzhandel oder Spekulation illegal erworbener Vermögen ermöglicht, wurden bei 15 Personen 373 Autos, 166 Motorräder, 92 Lastwägen, 270 Wohnungen, 71 Traktoren, 9 Schiffe sowie 6,7 Millonen Pesos und fast 19.000 Dollar beschlagnahmt. Ohne Zweifel wird sich die Auseinanderentwicklung von „reich" und „arm" fortsetzen.

Viele sozialistische oder revolutionäre Prinzipien mußten der „Reform", also der Weltmarktintegration, schon geopfert werden, weitere werden in Kürze folgen: Privatisierungen öffentlicher Unternehmen, Auslandsbeteiligungen auch in bisher als „strategisch wichtig" definierten Bereichen wie Zucker oder Biotechnologie, Joint-Ventures über 50 Prozent hinaus, die Wiedereinführung der Bauernmärkte, die Einführung von Sozialabgaben (wenn auch eher auf symbolischem Niveau: etwa müssen künftig 7 Pesos monatlich für das tägliche Mittagessen in der Schule bezahlt werden), die Schließung unrentabler Betriebe, die Schaffung eines frei konvertierbaren Pesos, die Streichung von Subventionen für Lebensmittel.

Wenn manche Reformen durchaus für sich selbst genommen sinnvoll sind – etwa die Aufteilung der staatlichen Ländereien auf kleinere Kooperativen, die Autorisierung bestimmter Sparten für privates Unternehmertum oder die Dezentralisierungen -, so ist der Großteil doch eine „Konzession an den Liberalismus" (Fidel Castro). So traurig es ist: Die Kombination aus eigener Krise, neoliberaler Öffnung und verstärkter ökonomischer Blockbildung in Lateinamerika (NAFTA, Marcosur, AEC – Vereinigung der karibischen Staaten) lassen Cuba keine Chance. Es muß sich integrieren, muß mitbuhlen um internationales Kapital. Und das heißt eben auch, selbst neoliberale Reformen durchzuführen und den sozialen wie politischen Preis dafür zu bezahlen. Unter diesen Bedingungen die Binnenwirtschaft auf effiziente und sozial verträgliche Weise zu sanieren, kommt der Quadratur des Kreises gleich.

Cuba befindet sich inmitten einer kapitalistischen Restauration. Was es dabei immer noch von anderen Staaten unterscheidet, ist das Aufrechterhalten eines sozialen Anspruchs. Das chinesische Modell stellt keine Möglichkeit dar. Nicht nur, daß die Blockade dem entgegensteht, auch scheint Cuba noch nicht bereit zu sein, breite Bevölkerungsschichten einer wirtschaftlichen Dynamisierung zu opfern. Niemand soll von Grundversorgung, elementarer sozialer Sicherheit, Bildung oder Gesundheit ausgeschlossen werden – das ist es, was von der Revolution zu bleiben scheint. Wie weit dieser sozialstaatliche (nicht sozialistische!) Anspruch aber aufrechterhalten werden kann, wird erstens von der weiteren ökonomischen Entwicklung abhängen. Vor der jüngsten Verschärfung der Blockade deutete manches auf eine Verlangsamung der Talfahrt hin. Einige Indikatoren, wie etwa der Tourismus, die ausländischen Investitionen in der Öl- und Minenindustrie sowie im Kommunikationsnetz, der Rückgang des Haushaltsdefizites oder die Steigerung der Öl- und Nickelproduktion entwickelten sich sogar positiv. Andere, wie etwa die Zuckerindustrie und die Lebensmittelproduktion, haben sich aber nach wie vor nicht erholt. Zweitens bleibt abzuwarten, ob die Reform nicht ihre Kinder frißt. Wird nach erfolgter kapitalistischer, aber sozialstaatlich abgefederter Transformation sich eine Schicht innerhalb der cubanischen Wirtschafts- und Politikeliten bilden, die auf das soziale Beiwerk verzichten möchte um kruden Liberalismus zu betreiben? Ist es für ein Land der Peripherie überhaupt möglich, Sozialpolitik europäischen Ausmaßes zu betreiben?

Den Abschied vom Sozialismus verkündet niemand geringerer als Fidel Castro. Seine Reden dokumentieren den Wandel von der „Verteidigung des Sozialismus" über die „Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus" bis hin zum Tausch „Sozialimus gegen soziale Gerechtigkeit". Diesen bot er im vergangenen August in einem Interview mit »el Diario/La Prensa«, einer spanischsprachigen Zeitung aus New York City, an: „Wir sind bereit, unsere politischen Vorlieben, wie den Sozialismus, für eine (lateinamerikanische, Anm.) Integration, Frieden und soziale Gerechtigkeit zu opfern." Und Außenminister Robaina verlangt, daß man Cuba erlaube, seine Anpassung „mit Würde" zu vollziehen. ■

Mag. Christoph PARNREITER ist Wirtschafts- und Sozialhistoriker sowie Romanist. Als Aktivist des Projektes „Sonne für Cuba" hat er bei mehreren ausgedehnten Reisen die Verhältnisse Cubas eingehend studiert und zahlreiche Politiker interviewt.

Anmerkungen

1 133.825 CubanerInnen verließen 1980 das Land Richtung USA, von 1985 bis 1994 weitere 11.222 legal und 13.275 illegal. Im selben Zeitraum stoppten die cubanischen Behörden 37.801 Personen, die versuchten, das Land illegal zu verlassen. Heuer waren es bis Mitte September rund 33.500.

2 Wie etwa cubanische Ausreiserestriktionen (bis 1988), das Meer als natürliche Barriere, die Mauer gegen mexicanische EmigrantInnen oder die Verlockungen für CubanerInnen, in den USA bereits nach einem Jahr die begehrte „green card" für Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

3 Siehe dazu etwa: Stark, Oded, 1991: The Migration of Labor.

4 Stark, Oded, 1991: The Migration of Labor.

5 Siehe dazu etwa: Sassen Saskia, 1988: The Mobility of Labor and Capital.

6 Portes, Alejandro/Walton, John, 1981: Labor, Class and the International System.

7 Nicht nur Cuba, sondern zahlreiche Arbeitskräfte exportierende Länder sind von den Rimessen ihrer „EmigrantInnen" essentiell abhängig.

Kap der enttäuschten Hoffnungen?

Michael Baiculescu, Joachim Becker (Hg.), Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid. Promedia-Verlag, Wien 1993, 224 Seiten, 240 Schilling.

„Die westlichen Regierungen haben im südlichen Afrika ihre Ziele weitgehend erreicht", bringt der Herausgeber des Buches „Kap der kleinen Hoffnung", Joachim Becker, seine Einschätzung der Zukunftsperspektiven dieser Region auf den Punkt. „Die Staaten konnten weitgehend auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik verpflichtet werden, die sie eher noch stärker als zuvor auf die Rolle von Rohstoffexporteuren fixiert und dem transnationalen Kapital öffnet." Eine „sozialdemokratische" Abmilderung der neoliberalen Politik nach IWF- und Weltbankrezeptur sei auf Grund stärkerer Gewerkschaften und Basisorganisationen sowie eines höheren Industrialisierungsgrads noch am ehesten in der Republik Südafrika zu erwarten. Es ist das Verdienst des in Wien lehrenden Wirtschaftswissenschafters, die Entwicklung in Südafrika nach dem Wahlsieg des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) sehr exakt vorausgesehen zu haben.

Was der Korrespondent der linksliberalen britischen Tageszeitung „Guardian", David Beresford, als „Mandelas sanfter Wind des Wandels" positiv beurteilt, ist im linken politischen Spektrum Anlaß für Sorge und Enttäuschung über eine vermeintlich verpaßte Chance für tiefgreifende Veränderungen eines durch die Politik der Rassentrennung pervertierten Gesellschaftssystems. Diese Skepsis begleitet die Einschätzungen der Entwicklung im Südlichen Afrika, seit die portugiesischen Kolonialherren 1975 aus Angola und Mosambik vertrieben wurden und die nachkoloniale Ära eingeleitet wurde. Während etwa Cuba und Vietnam noch Aufnahme im „Rat für Wirtschaftliche Zusammenarbeit" (RGW) fanden, animierten die Erfahrungen in Mosambik DDR-Ökonomen zur These, Entwicklungsländer hätten zuerst das Stadium des Kapitalismus zu durchschreiten, bevor sie sich an den Sozialismus heranwagen könnten.

Die Enttäuschung über die „Realpolitiker" prägt auch die Länderanalysen des vorliegenden Buches, die in der Regel in die Mahnung münden, daß durch die Unabhängigkeit, „ein neuer Bezugsrahmen für die sozialen Kämpfe hergestellt" wurde, „den es trotz aller Mängel zu hegen und zu schützen gilt", wie es Henning Melber für Namibia formuliert.

Wenn heute allerorts auf den Wert wirtschaftlicher Integration verwiesen wird, so läßt sich ermessen, welche Hypothek die vom weißen Minderheitsregime betriebene Destabilisierung der Nachbarstaaten und die daraus resultierenden Kriege hinterlassen haben. Um die historische Bedeutung des Wahlsieges Mandelas zu ermessen, sei in Erinnerung gerufen, daß die Einwohnerzahl Südafrikas höher ist als die von Angola, Mosambik, Namibia und Simbabwe insgesamt und seine Wirtschaftsleistung dreimal so hoch ist als die der zehn übrigen Staaten der Region zusammengenommen.

Diese Fakten werden wohl dafür sorgen, daß das Schicksal der Region weiterhin von der Entwicklung in der Republik Südafrika geprägt wird, auch wenn manchen Nachbarregierungen diese Perspektive nicht behagt. Aufgrund des Apartheiderbes und des wesentlich höheren Industrialisierungsgrads stellen sich die zu lösenden Probleme sehr viel komplexer als in der Nachbarschaft. Die derzeit für Lohnerhöhung Streikenden werden mit dem Argument konfrontiert, daß 40 Prozent der südafrikanischen Bevölkerung aus der Lohnarbeit ausgegrenzt sind und sich mit Straßenhandel und Gelegenheitsarbeiten durchschlagen müssen. Gleichzeitig ergab eine Untersuchung der Gewerkschaften, daß Manager vierzigmal mehr als Arbeiter verdienen und sich Gehaltserhöhungen bis zum Doppelten der Inflationsrate genehmigt haben. Diese soziale Kluft nährt ein Klima, in dem weiterhin täglich 50 Menschen ermordet werden. Mit den Widersprüchen dieser Realität ist auch der frühere KP-Chef Joe Slovo konfrontiert, der nun als Wohnbauminister vor der heiklen Frage steht, ob er zum Weiterbau eines der

Wohnprojekte illegale Siedler von der Polizei vertreiben läßt. Wird die Regierung dem wachsenden Druck nachgeben, der die Aktivierung des todbringenden Elektrozauns zur mosambikanischen Grenze fordert, um die Flut illegaler Einwanderer zu stoppen?

Obwohl mit dem Ende der Apartheid, des Kalten Kriegs und der US-Hegemonie wesentliche Hoffnungen der späten siebziger Jahre in Erfüllung gegangen sind, ist sich der Soziologe Immanuel Wallerstein nicht sicher, „ob uns das gefällt, was wir sehen. Vor allem fühlen sich viele, was politisches Handeln betrifft, der Orientierung beraubt."

Es ist ein Verdienst der Autoren, daß sie sowohl mit einer kritischen Reflexion der jüngsten Geschichte der Region und mit konkreten Studien etwa des vielfach idealisierten „informellen Sektors" Grundlagen für eine solidarische Parteinahme in den andauernden sozialen Auseinandersetzungen anbieten.

Ein besonders Gustostück ist der Exkurs des seinerzeit durch eine Apartheidbombe schwer verletzten Albie Sachs. In seiner südafrikanischen Farbenlehre geht er davon aus, daß das Apartheidregime und der oppositionelle ANC gleichsam siamesische Zwillinge waren, die beide „desetabliert" werden müßten. „Es bedeutet nicht, daß ein Establishment zerstört und durch ein anderes ersetzt wird, noch ist damit bloß gemeint, daß geeignetere Leute in die existierenden Autoritätsstrukturen eingeschleust werden. Desetablierung verlangt einen neuen Blick auf das, was wir unter Kultur verstehen, und insbesondere einen energischen Versuch, Konzepte eines offiziellen Geschmacks und institutionalisierter künstlerischer Darbietungen zu begraben", fordert Sachs. Es dürfe daher nicht dazu kommen, an die Stelle von Mozart etwa eine sogenannte schwarze Staatskultur zu setzen. „Wir wollen nicht das Ballett den Siedlern und die Trommeln den Eingeborenen zuordnen. Das Ballett ist für alle, die Trommel für jedermann. Wenn wir kühn genug wären, Stimmen und Klänge zu entwickeln, die den Raum zwischen Oper, traditioneller Musik und Kirchenmusik ausfüllen und wenn wir dazu den holprigen Witz städtischer Dance-Hall-Bands einbeziehen, könnten wir mit einer südafrikanischen Oper einen Beitrag zum Weltrepertoire liefern und nicht nur Opern des Weltrepertoires in Südafrika präsentieren."

Mit seinem Exkurs setzt Sachs ein Zeichen, die afrikanische Wirklichkeit nicht nur in ökonomischen Kriterien zu beurteilen, auch wenn dadurch die andauernde Kriegsrealität in Angola und die weiterhin prekäre Situation in Mosambik nicht in den Hintergrund gedrängt werden soll.

Peter Mandorfer

Keine Alternativen für eine Modellwelt ohne Zukunft?

Ewald Nowotny, Georg Winckler (Hg.), Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs. Manz/Wirtschaft, Wien 1994, 295 Seiten, 425 Schilling.

Wer sich auf den Weg der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus macht und als Ziel dessen notwendige Überwindung formuliert, dem bleibt es nicht erspart, das System anhand der vorhandenen Quellen zu studieren. Legionen von Wissenschaftern sind unentwegt damit befaßt, das Bestehende aufzulisten, zu erklären und auch zu beschwören – eine Fundgrube, aus der Widersprüche und Alternativen herausgearbeitet werden müssen.

Die herrschende Lehre ist nicht theoretische Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft und deren politischer Rahmengestaltung, sondern Beschreibung einer sich spontan entwickelnden Realität. Das läßt sich auch am Beispiel der bisherigen Wirtschaftspolitik in Österreich nachweisen, wie sie im vorliegenden Band beschrieben ist. Deutlichstes aktuelles Symptom ist der EU-Anschluß, dessen angebliche Notwendigkeit durchwegs mit unbekannten Größen „bewiesen" wurde, während sich gleich nach der Volksabstimmung die Wahrheit Schritt für Schritt ans Licht zu schleichen begann. Auch die Beiträge in den „Grundzügen" lassen immer wieder darauf schließen, daß in den kommenden Jahren viele neue Theorien über die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik und die hiefür noch in Restbeständen vorhandenen österreichischen Spielräume erscheinen werden.

Die Modellwelten

Aus den kompakten, gut gegliederten Arbeiten, die in den „Grundzügen" samt ausführlichen Literaturhinweisen enthalten sind, erfahren wir, wie es (bis jetzt) funktioniert und welche ökonomischen Motivationen dem politischen Handeln zugrunde liegen. Einiges sei herausgegriffen. Zum Beispiel aus dem Kapitel III „Arbeitsmarktpolitik: Theoretische Grundlagen und österreichische Institutionen" (Ingrid Kubin und Peter Rosner), die Darstellung der ökonomischen Modellwelt, von der die etablierte Wirtschaftswissenschaft ausgeht: Es wird angenommen, „daß die Erbringung von Arbeitsleistungen unangenehm ist... Das damit verbundene Einkommen ermöglicht dann den Erwerb von Konsumgütern. Personen werden daher solange ihr Arbeitsangebot weiter ausdehnen, solange sie durch die zusätzlich erworbenen Konsumgüter für das zusätzliche ‚Arbeitsleid' zumindest entschädigt werden." In dieser Modellwelt kommt es zur Schlußfolgerung: „Bei hohen Löhnen wird sehr viel Arbeit angeboten, jedoch sehr wenig nachgefragt – nicht alle, die bei diesem Lohnsatz arbeiten wollen, finden eine Stelle, es herrscht Arbeitslosigkeit. Bei niedrigen Löhnen genau umgekehrt." Schlußfolgerung: Lohnsenkungen beseitigen Arbeitslosigkeit.

Die Autoren haben es sich aber nicht leicht gemacht und müssen diese Modellwelt modifizieren: „Am Arbeitsmarkt werden nicht klar spezifizierte Güter getauscht, sondern Arbeitsverträge abgeschlossen." Weiters müsse die Arbeitsnachfrage (durch die Unternehmer) bei Lohnsenkungen nicht zunehmen: „Die keynesianische Wirtschaftstheorie argumentiert, daß Absatzprobleme am Gütermarkt nicht automatisch beseitigt werden... Die Nachfrage nach Arbeitskräften ... ist somit eine rein abgeleitete Nachfrage und hängt von der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ab." Und schließlich müsse bei Lohnsenkungen das Arbeitsangebot (der Arbeitskraft) nicht zurückgehen. Vor allem könnten sich die Arbeitskräfte bei Lohnsenkungen nicht ganz einfach „vom Markt zurückziehen". Marx ist beim Studium derselben Problematik vor fast 150 Jahren zu sehr klaren Schlußfolgerungen gekommen. Er scheint im Literaturverzeichnis nicht auf.

Die Wirtschaftswissenschaften spielen sich rund um die Modellwelt ab, ohne Alternativen anzubieten. Dies zeigt auch das Kapitel IV „Wettbewerbs- und Strukturpolitik" (Christian Bellak, Werner Clement, Reinhold Hofer), deren Grundlagen recht anschaulich geschildert werden: Gesellschaftliche Zielsetzung des Wettbewerbs ist die „Eröffnung von Freiheitsspielräumen (Handlungsfreiheit)", die gesellschaftliche Funktion des Wettbewerbs besteht in „Freiheitsfunktion, Sicherheitsfunktion". Ökonomisch geht es (natürlich!) um Marktversorgung, „leistungsgerechte versus bedarfsgerechte Einkommensverteilung", „Begrenzung und Kontrolle wirtschaftlicher Macht"(!) usw. Die Modellwelt als Phrasenwelt. Welche Politik unter dem angeblichen Sachzwang Wettbewerb gemacht wird, erleben wir täglich.

Nur die Medien?

Daß in einer solchen Modellwelt von Anfang an „das sozialstaatliche Prinzip kein verfassungsrechtlich normiertes Baugesetz der österreichischen Bundesverfassung" war, daran erinnert im Kapitel I „Grundlagen und Institutionen der Wirtschaftspolitik" Ewald Nowotny. Dieser Beitrag könnte eigentlich Ausgangspunkt für die Arbeit an Alternativen zur herrschenden kapitalistischen Wirtschaft sein. Ein bißchen Ökologie da, ein bißchen „Grundeinkommen" dort, ab und zu eine neue Theorie zur „gerechten Lohnfindung" kratzen nicht am System und seinen Verteilungsmechanismen. Hierzu wäre der Einsatz von Untersuchungsmethoden aus der marxistischen Theorie unentbehrlich.

Vom Sozialdemokraten Nowotny ist dieser Schritt nicht zu erwarten, aber aus der Legion junger Ökonomen in Österreich sind immerhin einige dazu imstande. Wo sind sie nur? Und wo könnten sie sich artikulieren? Eine Antwort gibt Nowotny selbst, wenn er das Meinungsbildungsmonopol der österreichischen Medien darstellt, „einen der höchsten und im Zeitablauf raschest gestiegenen Konzentrationsgrade der westlichen Welt" mit der „gemeinsamen Beteiligung eines großen ausländischen Medienkonzerns an der größten und an der drittgrößten Tageszeitung". Durch neue technische Entwicklungen (Verkabelung, Satelliten) sei es auch „irreführend, von einem ORF-Monopol zu sprechen, was Information, Unterhaltung und Werbung anlangt".

Nowotny unterschlägt dabei den Umstand, daß weder die übrige Tagespresse noch der ORF sich in ihrer Meinungsbildung von den Monopolmedien wesentlich unterscheiden. Sie brechen ebensowenig aus dem System aus wie die Wirtschaftswissenschafter und produzieren allesamt Meinungsbilder, die den Kapitalismus mit seinen Gesetzmäßigkeiten als einzig denkbare Wirtschafts- und Gesellschaftsform festgeschrieben sehen. Damit steckt dieser Wissenschaftszweig in der Sackgasse des Beschreibens und Interpretierens, während seine praktische Wirkung sich auf die Dolmetscherfunktion zwischen der kapitalistischen Wirtschaft und der politischen Macht reduziert.

Zukunft im Nebel

Wie ist nun die nächste Zukunft der österreichischen Wirtschaftspolitik behandelt? Schon im Kapitel I stellt Nowotny fest, daß durch Übernahme des EU-Rechtsbestandes eine nationale Wirtschaftspolitik weitgehend reduziert wird, sei es durch ein neues Bankwesengesetz, Bundesvergabegesetz usw. Dies sei als „großes Deregulierungsprogramm" zu sehen und führe dazu, daß „der reale ökonomische Effekt vieler nationaler Regulierungen mit zunehmender Verflechtung immer stärker zurückgeht". Das gilt auch für die Praxis der „Sozialpartnerschaft", deren preispolitische Funktion ohnehin bereits liquidiert

wurde. Nowotny ringt sich nach dezenten Hinweisen darauf, daß die Illusionen von einer „europäischen Sozialpartnerschaft" recht unrealistisch sein dürften, lediglich zu einer vorsichtigen Frage durch, „ob und in welcher Form dieses System auch in Zukunft eine tragende Rolle in der österreichischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik spielen kann".

Die herrschende Lehre kann – wenn überhaupt – nur triste Perspektiven bieten: Verringerung der Einkommenszuwächse und größere Differenzierung der wirtschaftlichen Entwicklung führten zu größerer Intensität der Verteilungsproblematik; steigende Bedeutung international operierender Konzerne, die schwieriger in eine gesamtwirtschaftliche Disziplin integrierbar seien; erhöhtes Innovationstempo führe zu erhöhter Notwendigkeit(!) und auch Möglichkeit(!) einer stärkeren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte; schließlich bedeute die Internationalisierung „geringere Spielräume für eine nationale Wirtschaftspolitik und damit auch geringere Möglichkeiten der sozialpartnerschaftlichen Spielräume", während „die generell gegenüber dem Faktor Arbeit höhere internationale Mobilität des Faktors Kapital eine tendenzielle ökonomische Machtverschiebung zugunsten der Kapital- und zu Lasten der Arbeitnehmerseite bewirken".

Endlich ist der Brocken heraußen, möchte man gerne sagen. Das ist aber noch lange nicht alles, denn Nowotny verweist gleich auf das Kapitel II „Österreich im internationalen Wirtschaftssystem" (Johannes Pointner, Friedrich Schneider). Da wird ebenfalls die vage Zukunft einer österreichischen Wirtschaftspolitik behandelt, speziell mit der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Unter anderem gehe das Instrument der Wechselkursanpassung verloren. Dadurch könnten unterschiedliche Entwicklungen „nicht durch Anpassung der Wechselkurse ausgeglichen werden, sondern sie schlagen auf die Lohn- und Preisentwicklung und auf Konjunktur und Beschäftigung durch". Als Lösung bietet die Wissenschaft mobile Produktionsfaktoren an, dann „können Ungleichgewichte durch den Transfer von Arbeitskräften und Kapital ausgeglichen werden". Man vergleiche mit Kapitel I...

Hier ist der Hinweis auf einen aktuellen Zynismus angebracht: Auch in den „Grundzügen" wird mehrfach über die neuen Wettbewerbsbedingungen nach der „Ostöffnung" referiert und auf die

Vorteile hingewiesen, daß wir jetzt der Arbeitskraft nicht irgendwo in Übersee, sondern vor der Haustür das Menschenrecht auf anständigen Lohn und soziale Sicherheit vorenthalten dürfen. Die Ökonomen rechnen mit längeren Zeiträumen. Diese kurze Sicht aus der augenblicklichen Profitchance für das Kapital vernachlässigt natürlich den Umstand, daß der neue Hinterhof Westeuropas als kaufkräftiger Handelspartner auf weite Sicht die bessere und vor allem menschlichere Alternative wäre.

Im Resümee des Kapitels II kehrt dann der wissenschaftliche Optimismus zurück. Da wird auf den Kohäsionsfonds der EU und natürlich auf die hehren „Ziele der gemeinsamen Geld- und kompatiblen Wirtschaftspolitik" verwiesen, die auf einmal wieder konvergierende Lebensstandards, Preisstabilität, ausgewogenes Wachstum, hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bringen sollen. Die Frage an die Wissenschaft, ob nicht die auf nationaler Ebene gegebenen Instrumentarien besser geeignet wären, diese Ziele zu erreichen, „muß unbeantwortet bleiben". So steht's im Text. Daß diese Frage zur selben Zeit nicht unbeantwortet blieb, dafür sorgten andere Ökonomen, die gegenüber dem EU-Anschluß sehr wohl die Nutzung der eigenen nationalen Instrumentarien für geeigneter hielten.

Unsicherheitsfaktor EU

Triste Ausblicke eröffnet auch das Kapitel IV „Wettbewerbs- und Strukturpolitik" (Christian Bellak, Werner Clement, Reinhold Hofer). Der Verlagerung von Kompetenzen auf die supranationale Ebene mit verringerter Einflußmöglichkeit steht ein beschleunigter Strukturwandel der Wirtschaft gegenüber. Besonders betroffen sind die Handels- und Direktinvestitionspolitik. Österreich kann keine eigene Zollpolitik mehr betreiben. Auch in der Regionalpolitik werden Kompetenzen an die EU abgegeben. „Die eigene Kompetenz der EU für industriepolitische Maßnahmen, welche im Vertrag von Maastricht geschaffen wurde, könnte zu Autonomieverlust auf nationaler Ebene führen", heißt es zurückhaltend (die Beiträge wurden ja während der Anschluß-Kampagne geschrieben).

Auch im Kapitel V „Wachstums- und Umweltpolitik" (Erich W. Streißler, Werner E. Neudeck) sind die Antworten auf die Frage nach der Zukunft offen. Es werden nur anschaulich die Wachstumstheorien und Umweltökonomien (in der kapitalistischen Modellwelt) und der Status quo dargestellt. Und schon gar keine Perspektive kann das Kapitel VI „Öffentlicher Sektor: Finanz- und Sozialpolitik" (Bernd Genser, Robert Holzmann) anbieten. Einer ausführlichen Darstellung des Status quo folgen Schlußbemerkungen über den finanzpolitischen Handlungs- und Anpassungsbedarf im Hinblick auf die Konvergenzkriterien von Maastricht.* Österreich erfüllt zwar derzeit als eines der wenigen Länder diese Vorgaben (die nach der Volksabstimmung zugegebenen höheren Defizite schmälern diesen Vorzug allerdings), doch haben wir die geringere Chance, aus den Defiziten herauszukommen: Es hat nämlich „die Steuerreform von 1988 die Kapitalbesteuerung auf einen Stand gebracht, der auch bei zunehmender Kapitalmobilität im Binnenmarkt keine steuerinduzierte Kapitalflucht erwarten läßt". Die geringe Kapitalbesteuerung wird wohl kaum angehoben, also müssen die Massenbelastungen zunehmen, um einigermaßen die Konvergenz zu halten.

Daraus entsteht aber wiederum Verlust an Kaufkraft – und an sozialer Substanz, wie am Schluß dieses Kapitels angedeutet: „Der starke Ausgabendruck der altersabhängigen Sozialprogramme (Alterssicherung, Gesundheit) erfordert rasche und einschneidende Reformen, um die Sozialprogramme langfristig glaubhaft zu sichern, wobei auch die Einsparpotentiale in demographisch entlastenden Programmen (Familie, Bildung) genutzt werden müssen." Das Kapital kann diese wissenschaftlichen Ratschläge für kommendes politisches Handeln durchaus begrüßen.

Was bleibt also noch von der Zukunft politischen Handelns, von den nationalen Kompetenzen, den Regionen? Das Schlußkapitel VII „Geldwirtschaftlicher Sektor: Geldpolitik" (Georg Winckler) zeigt die Zusammenhänge innerhalb der Geldwirtschaft und die Größenverhältnisse von Geldmengen, Kreditbeziehungen und Kapitalmarkt sowie die Internationalisierung des Finanzsektors. Auch hier ergibt sich mit dem EU-Anschluß der Verlust wirt-

* Die vier Konvergenzkriterien für die WWU: Inflationsrate höchstens um 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei Länder mit niedrigsten Teuerungsraten; langfristiges Zinsniveau höchstens um 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei Länder mit den niedrigsten Zinssätzen; stabile Position im Wechselkurssystem zwei Jahre vor dem Eintritt; öffentliches Defizit nicht über 60 Prozent des BIP und maximal 3 Prozent Neuverschuldung.

schaftspolitischer Handlungsfähigkeit, allein durch den Übergang der Notenbankfunktion an die EU-Zentralbank. Es gibt dann Währungspolitik, Zinsenpolitik, Wechselkurspolitik nur mehr in sehr engem Rahmen, abgesehen davon, daß die Nationalbanken „liberalisiert" und damit die nationalen Spielräume dem Einfluß der Staaten und ihrer Interessenpolitik entzogen werden.

Zum Thema Geldpolitik aus marxistischer Sicht wäre hier auf Hans Kalt zu verweisen, dessen Beiträge in »Weg und Ziel« bzw. in hier besprochenen Veröffentlichungen unseren LeserInnen noch in Erinnerung sein dürften.

Ökonomie - für welche Praxis?

Zu den allgemeinen systemkritischen Herausforderungen, wie sie aus den „Grundzügen" abzuleiten sind, kommen auf jeden Fall die Strategien und Taktiken der Klassenauseinandersetzung unter den neuen Bedingungen in EU-Europa. Welche politisch-ökonomischen Informationen und Schlußfolgerungen sind zu ver- bzw. erarbeiten? An wen haben sich welche Informationen und Argumente zu richten? Was in den „Grundzügen" erarbeitet wurde, kommt in verarbeiteter Form über die „Sozialpartnerschaft" und die Medien in die Köpfe der Lohnabhängigen, vor allem ihrer politisch interessierten und aktiven Teile. Ihnen muß unsere Aufmerksamkeit gelten, ihnen müssen die Alternativen, die Realität hinter den Systemdarstellungen, Modellen, Phrasen, wissenschaftlichen Dolmetscherdiensten für die Durchsetzung der Kapitalinteressen in der Politik sichtbar gemacht werden. Dazu brauchen wir aber Ökonomen, die sich von der ihnen eingebleuten Schulweisheit zu lösen vermögen, das marxistische Instrumentarium benützen lernen, wissenschaftliche Alternativen zum herrschenden ökonomischen System entwickeln und für die tägliche Wirtschafts- und Sozialpolitik die Dolmetscherdienste „nach unten" leisten.

Hubert Schmiedbauer

Sexualität und Mythos

Jamake Highwater, Sexualität und Mythos. Walter-Verlag, Olten und Freiburg i. Brsg. 1992, 264 Seiten, 281 Schilling.

Mythologie, Schreiben und Sprechen über Mythen, hat Konjunktur. Allzuoft freilich mangelt es an Kompetenz und Wissen in Sachen Mythologie, so daß die modischen Reisen ins Reich der Mythen schließlich im Neo-Okkultismus enden. Diesen Vorwurf kann man der vorliegenden Publikation, zuerst 1990 in den USA erschienen, nicht machen. Im Gegenteil, Highwater verfügt über gediegene Kenntnisse, die ihn in die Lage versetzen, einen spannenden Abriß über die Metamorphosen der Sexualität von den Schöpfungsmythen bis zu den kulturindustriell produzierten Modemythen zu liefern. In einer gut lesbaren Serie essayistischer Miniaturen über den „Körper" als historisch-gesellschaftliche Metapher, deren Bedeutung einzig sich erschließt im Kontext je dominanter Welt- und Menschenbilder, gelingen ihm eine Reihe nachdenkenswerter Einsichten in den historischen Charakter der gesellschaftlichen Natur der Sexualität und der kulturellen Vermitteltheit der Geschlechterbeziehungen.

Highwaters mythenhistorische Versuche lesen sich wie eine kulturalistische Kritik an den im Grunde konservativen Paradigmen der Geschlechterdifferenz im Sinne einer fundamentalen Andersartigkeit von Frau und Mann. Es ist der „Geist des Egalitarismus", typisch für die US-amerikanische Kultur, der sich bei Highwater vorteilhaft geltend macht. Der Egalitarismus ist dabei nicht nur der Faden, an dem entlang der Autor seine analytischen Miniaturen zum Wandel der Schematisierungen des Weiblichen bzw. Männlichen reiht. Er sorgt darüber hinaus dafür, daß die Kritik des „Sexismus" nicht moralisierend daherkommt. Dies gilt vor allem für das höchst instruktive Kapitel „Der Körper als Ware". Der Warenform der Sexualität wird mitnichten ein Bild der Sehnsucht nach archaisch-naturwüchsigem sexuellen Glück gegenübergestellt. Vielmehr erscheint die entwickelte Warengesellschaft durchaus als Durchgangsstation zu mehr und neuer Selbständigkeit im sexuellen Verhalten und in den erotischen Beziehungen. Der „Skandal der Warenform des Sexuellen" tritt in Erscheinung als Bewegungsform säkularer Befreiung vom „Alp der Sexualität als Sünde".

Wenn auch der Autor dank seiner egalitaristischen Denkweise weithin gegen naturalistische Mythisierungen („Das Weibliche schlechthin") gefeit ist, so verfällt er doch gelegentlich in neomythisches Denken. Und zwar stets dann, wenn er - vielleicht aus Kulturwaren- bzw. Marktgründen - die Erinnerung an die „Muttergöttin" spazieren führt bzw. wenn er den Nebel des weiblichen Ur, den Mythos für die historisch-gesellschaftliche Realität nimmt.

Wer das Buch als ein informatives Kapitel Geistesgeschichte liest, den wird nicht weiters stören, daß der Autor es häufig bei deutenden Beschreibungen beläßt und elegant an dem Problem kausaler Konstellationsanalyse bei der Rekonstruktion von Umbrüchen in der Sexualethik und -ästhetik vorbeigleitet. Anders, ein bißchen mehr materialistische Religionssoziologie hätte nichts geschadet. Dieses Manko aber teilt Highwater mit dem Kulturalismus, der viel zu wenig von der Sozialökonomie weiß, generell. Gleichwohl, ein lesenswertes Buch.

Friedhelm Kröll

Fortsetzung von Seite 2

Unter diesen Voraussetzungen wäre die Aktionsgemeinschaft in Österreich eine vorwärtstreibende geschichtliche Kraft unter sozialistischer Führung geworden. Die Sozialistische Partei hat die Hauptstöße ihrer Kraft gegen die kleinere Kommunistische Partei gerichtet und damit Aufmerksamkeit der Massen *von der viel wichtigeren Aufgabe*, die kapitalistischen Grundlagen unserer unbefriedigenden Lebensverhältnisse zu beseitigen, *ablenkt*. Sie hat damit erreicht, daß das kapitalistische System in Österreich bereits wieder so gefestigt ist, daß uns nur unsere geographische und außenpolitische Situation vor einer reaktionär-faschistischen Entwicklung vorläufig noch zu schützen vermag.

Zur Rechtfertigung wird gerne gesagt, daß die Sozialistische Partei doch nicht alle demagogischen Angriffe und Machenschaften der Kommunisten unbeantwortet lassen konnte. Aber dieses Argument ist nur für die kleinen Leute bestimmt. Es hält nicht, sogar dann, wenn wir uns selbst vollkommen frei von jeder Demagogie fühlen dürften. Was würden wir zu einem Familienvater sagen, der den Bankrott seines Vermögens erklären soll und die Verschwendungssucht seines minderjährigen Sohnes dafür verantwortlich macht? In Österreich ist die Sozialistische Partei verantwortlich für Erfolge und Mißerfolge der Arbeiterbewegung und nicht die KPÖ. Von uns wird es im wesentlichen abhängen, ob Österreich sozialistisch wird oder nicht, und wir werden dafür Rechenschaft abzulegen haben!

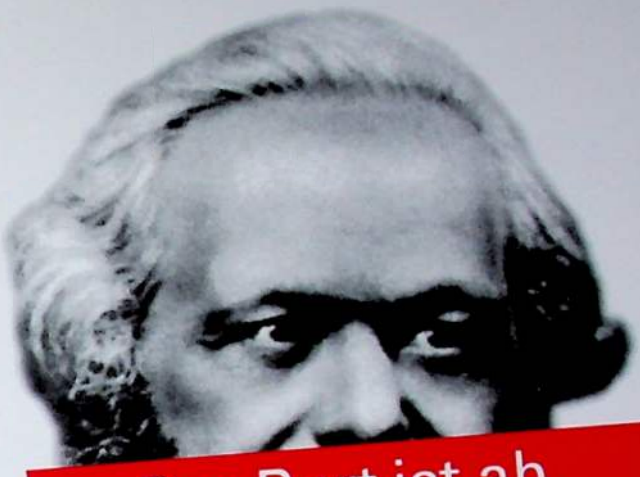
Innerhalb nur weniger Jahre ist rund die Hälfte der regionalen und nahezu die gesamte parteipolitisch deklarierte Presse und mit ihr ein wesentlicher Teil der österreichischen Geschichte aus dem öffentlichen Leben Österreichs verschwunden. An die Stelle des/der Politikers/Politikerin ist der/die politische Unterhalter/Unterhalterin, an die Stelle der politischen Information die Nachricht mit Unterhaltungswert getreten.

Zu Überleben ist das Grundanliegen für österreichische Tageszeitungen geworden. Nicht zum letzten Mal wird eine bundesweite österreichische Tageszeitung ihre Lokalredaktionen aus wirtschaftlichen Gründen, nicht zum letzten Mal wird eine noch nicht unterhaltungsorientierte Zeitung ihren Anteil an Berichterstattung über „kulturelle Minderheiten" aus wirtschaftlichen Gründen auf einen Minderheitenanteil reduzieren.

Wirtschaftlichkeit als Ausgangspunkt für eine Zeitungsgründung außerhalb des Boulevards ist in den derzeitigen Verhältnissen auszuschließen. Wenn also unter diesen ökonomischen Bedingungen das „Zentralorgan der KPÖ" als „linke Wochenzeitung" wiedergegründet wurde, dann sicher nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus inhaltlichen Motiven, und genauso nicht aus irgendwelchen, sondern denen, die der Wahrnehmung sonst nicht wahrgenommener gesellschaftlicher Interessen dienen.

Wenn nur ein Teil der Aufmerksamkeit, die im Bedauern des Verschwindens einer „Volksstimme", eines „Salto" und einer „AZ" festzustellen war, der wiedergegründeten „Volksstimme" zugute käme, müßte das regelmäßige Erscheinen einer Wochenzeitung oppositioneller, linker Standpunkte zu garantieren sein. Nicht, weil es um die Wiedereinführung „wenigstens eines Sprachrohrs" geht, sondern weil für Themenstellungen allein schon dadurch, daß eine Zeitung über sie berichtet, die Möglichkeit zu öffentlichen Auseinandersetzungen besteht.

Gerhard Ruiss
Peter Turrini



Der Bart ist ab.

Volksstimme

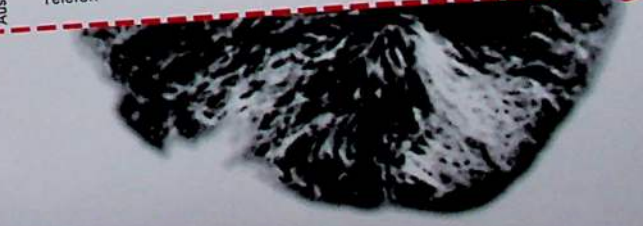
Die linke Zeitung zur rechten Zeit.
Wöchentlich am Donnerstag.

Ausschneiden und schicken an: VOLKSSTIMME, Kaiserstraße 67/1/DG, 1070 Wien.

Ich bestelle:
☐ **4 Nummern gratis** zum Kennenlernen 0,–
☐ **Abonnement** mit jährlicher Zahlung 960,–
☐ **Abonnement** mit halbjährlicher Zahlung 480,–

(Mit Ausnahme der Gratisnummern verlängert sich jedes Abo automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.)

Familienname
Vorname
Adresse
PLZ und Ort
Telefon
Datum/Unterschrift



Symposium

Biologismus Rassismus „Ganzheitlichkeit"

Fr./Sa., 18./19. November 1994

Ort: WUK (Werkstätten und Kulturhaus), Museumsräume, 1090 Wien, Währingerstraße 59

Veranstalter: Die Zeitschriften »Weg und Ziel«, »Forvm«, »Volksstimme«, das WUK und die Gesellschaft für New Age, Esoterik- und Biologismus-Kritik

1. Biologismus/Verhaltensforschung/ Sozialdarwinismus/Selbstorganisation in den Sozialwissenschaften/Einführung in die Thematik)

Horst Seidler (Humanbiologe, Wien) angefragt
Anton Staudinger (Historiker, Wien) angefragt
Karl Farkas (BRD) angefragt
Maria Wolfingseder (Pädagogin, Wien)

2. Ökologie von rechts

Jutta Ditfurth (Ökologische Linke, Frankfurt)

3. Biologismus/Kulturalismus/ Nationale Identität/Heimat als Territorium

Gero Fischer (Wien)
Günther Jacob (Historiker, BRD) angefragt
Hannes Hofbauer (Soziologe und Verleger, Wien)

4. Öko-Feminismus/Mütterlichkeit

Marianne Friese (Pädagogin, Bremen)

5. Biologismus/Gentechnologie

Martin Potschka (Biochemiker, Wien)
Elisabeth M. Trafoier (Soziologin, Wien)

6. Malthusianismus/„Überbevölkerungstheorie"

Susanne Heim (Humboldt-Stiftung für Sozialgeschichte)

7. Biologismus/Rassismus/Eugenik

Ulrich Kattmann (Anthropologe, Oldenburg)

8. Biologismus und Sexualität

Elke Gabriele Fischer (Soziologin, FH Kiel)
Hans Wancata (Wien)

9. „Ganzheitlichkeit"

Karl Stirner (Psychologe und Philosoph, TU-Berlin)
Wolfgang Ritter (Psychoanalytiker, Wien)

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit

Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien